Freitag, 20. Juli 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 168 - 29. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 140,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

20. Juli: In der Sowjetunion und in der „DDR" setzt sich eine andere Betrachtung der Männer des 20. Juli 1944 durch. Oberst Graf Stauffenberg wurde gestern in Sowjet-Zeitungen als eine von hohen Idealen getragene Persönlichkeit gewürdigt. In historischen Werken wurde er bisher nicht erwähnt. Die „DDR" sprach von einer „patriotischen Tat historischen Ranges". (S. 2 und 8)

Golfkrieg: Der Irak hat erneut ein großes Schiff nahe dem iranischen Ölterminal Kharg angegriffen. Nach Mitteilung des Irak sind bisher 73 Schiffe getroffen worden.

Flucht: Vergeblich hat ein „DDR"-Schiffsoffizier bei der Durchfahrt durch den Nord-Ostsee-Kanal ein geflüchtetes Besatzungsmitglied wieder an Bord zurückzuholen versucht.

Nicaragua: US-Präsident Reagan hat heftige Angriffe gegen die Sandinisten in Nicaragua gerichtet und die Karibik-Staaten aufgefordert, die Regimegegner zu unterstützen.

Streikfolgen: Der Druckerstreik hat nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) das Erscheinen von über 80 Millionen Zeitungsexemplaren verhindert. CDU-Generalsekretär Geißler hat die Gewerkschaften aufgefordert, sich klarzuwerden, ob sie den Weg konstruktiv-kritischer Partnerschaft gehen oder in der alten Klassenkampf-Ideologie zwischen Kapital und Arbeit verharren wollten. (S. 8)

Befremden in Israel: Die Absicht der deutschen Grünen, die jüdisch-arabische „Fortschrittsliste für den Frieden" im Wahlkampf zu unterstützen, schlägt in Israel Wellen. (S. 6)

Konservative: Rückgang der Wählersympathien für die britische Regierungspartei meldet Gallup. 38,5 Prozent sind für Labour, 37,5 für die Konservativen und 22 Prozent für die sozialdemokratisch-liberale Allianz.

Heute: Bundeskanzler Kohl spricht zum 40. Jahrestag des 20. Juli in Berlin. – Außenminister Genscher nach Teheran.

WELT-Serie zum 20. Juli 1944 (II)

Am 20. Juli jährt sich zum 40. Mal der Tag, an dem Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg ein Attentat auf Hitler verübte. Das historische Datum hat heute Symbolwert für den Widerstand im Dritten Reich. Seite 7

WIRTSCHAFT

US-Haushalt: Die Aufhebung der 30prozentigen Quellensteuer, die ausländische Investoren bisher auf Zinsgewinne in den USA zahlen mußten, ist nun amtlich, nachdem Präsident Reagan das Etatgesetz unterzeichnet hat. (S. 9)

Einigung bei VW: Die Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Wochenstunden soll bei den inländischen Volkswagen-Werken durch Freischichten erreicht werden; die Tages-Arbeitszeit bleibt im neuen Tarifvertrag bei acht Stunden.

Wohnungen: Im Gegensatz zu den Meldungen über leerstehende Wohnungen registriert das Bonner Städtebauinstitut immer noch einen Fehlbestand in Ballungsräumen. (S. 9)

Börse: Die Aktienkurse fielen auf einen neuen Jahrestiefstand. WELT-Aktienindex 137,2 (138,5). Am Rentenmarkt veränderten sich die Notierungen kaum. Dollar-Mittelkurs 2,8574 (2,8515) Mark. Goldpreis je Feinunze 352,35 (345,75) Dollar.

KULTUR

Heraion: Das Deutsche Archäologische Institut Athen hat auf griechischem Boden vier große Grabungen, sämtlich schon vor dem Ersten Weltkrieg, begonnen: Olympia, Tiryns, den Kerameikos von Athen und das Heraheiligtum auf Samos, kurz „das Heraion" genannt. Die Entdeckung der Kolossalfigur eines Jünglings gilt dabei als archäologische Sensation. (S. 17)

Ljubimow: Der sowjetische Regisseur, Gründer und ehemaliger Direktor des Moskauer Theaters an der Taganka, soll die Leitung des „Bobigny"-Theaters in Paris übernehmen. Ljubimow, dessen letzte Inszenierungen in der Sowjetunion verboten wurden, hatte im März während eines Londoner Gastspiels von seiner Entlassung in Moskau erfahren und lebt seither im Westen.

ZITAT DES TAGES



»Die Herrschaft des Rechts, die Menschenwürde und Freiheit können nur dann in ihrem Bestand erhalten und von jedermann erlebt werden, wenn sie sich verbinden mit den Tugenden von Treue, Gehorsam, Loyalität und Pflichterfüllung«

Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Gedenkschrift zum 20. Juli 1944
FOTO: JUPP DARCHINGER

SPORT

Tennis: Das deutsche Damen-Team hat bei der Mannschafts-Weltmeisterschaft in Sao Paulo mit einem 2:1-Sieg über Schweden das Viertelfinale erreicht und trifft dort auf Australien.

Olympia: 90 Prozent der 5,3 Millionen Eintrittskarten für die Sommerspiele sind verkauft. Das Organisations-Komitee rechnet mit einem Überschuß von 25 Millionen Dollar. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Massaker: In einem Schnellrestaurant von San Ysidro (USA) hat ein mit Revolver und Schnellfeuergewehr bewaffneter Mann 20 Menschen getötet und 21 verwundet, bevor er von einem Polizisten getötet werden konnte. (S. 18)

Fackellauf: Stolz und Begeisterung in einem nicht erwarteten Ausmaß schlagen in Amerika den olympischen Fackelläufern entgegen. Mehr als 8000 Kilometer haben sie bis heute auf ihrem Weg nach Los Angeles schon zurückgelegt – für manche Orte war es das Ereignis des Jahres.

Wetter: Aufheiternd, zögernd wärmer, bis 23 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kabinett Fabius ohne KPF. Öffnung zur Mitte blieb aus

Die Kommunisten wollen die Regierung im Parlament unterstützen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die neue französische Regierung unter dem 37jährigen Premierminister Laurent Fabius ist weniger „technokratisch" als angenommen. Die vier Kommunisten gehören ihr nicht mehr an. Die Regierungsliste enthält viele bekannte Namen des vorhergehenden Kabinetts. Sie deutet nicht, wie erwartet worden war, auf eine „Öffnung zur Mitte" hin. Im ganzen präsentiert sich das neue Kabinett als eine stark politische Mannschaft.

Offensichtlich bemühen sich der neue Regierungschef und der Staatspräsident, die nach dem Auszug der Kommunisten stark verunsicherte sozialistische Partei nicht vor den Kopf zu stoßen und den „Ideologen" einen gebührenden Platz im neuen Kabinett einzuräumen.

So ziehen der bisherige Kammerfraktionsvorsitzende Pierre Joxe und der Führer des linken Flügels der Partei, Jean-Pierre Chevenement, wieder in die Regierung ein, der sie schon einmal unter Mauroy angehört hatten. Joxe erhält das Superministerium für Inneres und Dezentralisierung, dessen bisheriger Chef Gaston Defferre zum Planungsministerium wechselt. Chevenement übernimmt aus den Händen des zurückgetretenen Alain Savary das nicht gerade bequeme Erziehungsministerium. Seine erste Aufgabe wird die Vorbereitung eines neuen Schulreformgesetzes sein, dessen ursprüngliche Fassung wegen der massiven Proteste der Öffentlichkeit von Präsident Mitterrand in der Vorwoche zurückgezogen worden war.

Viele Portefeuille-Inhaber bleiben an ihren Plätzen: Claude Cheysson

Seite 3:
Ungeliebte Partnerschaft

im Außen-, Charles Hernu im Verteidigungs-, Robert Badinter im Justiz- und Michel Rocard im Landwirtschaftsministerium. Roland Dumas, ein Intimus Mitterrands, behält das eigens für ihn geschaffene Europaministerium. Edith Cresson kümmert sich weiter um den Außenhandel. Dem neuen 16-Mann-Kabinett gehören nur noch zwei gegen vorher vier Frauen an. Den wichtigen Posten des Ministers für Arbeit übernimmt Michel Delebarre, ein enger Vertrauter Mauroys und dessen bisheriger Kabinettschef. Daraus ergibt sich, daß die bisherige Verteilung zwischen den drei Flügeln der sozialistischen Partei, Mitterrandisten, Rocardisten und Mauroy-Anhänger, nicht geändert wird. Die Nachfolge des Wirtschaftsministers Delors, der als Präsident der EG-Kommission nach Brüssel geht, übernimmt der bisherige Sozialminister Pierre Beregovoy.

Nach einer Nachtsitzung des KPF-Zentralkomitees verkündete Parteisprecher Pierre Juquin vor der Presse, daß die Partei angesichts der Weigerung des Premierministers, auf ihre politischen Forderungen einzugehen, die Verantwortung für eine weitere Teilnahme an der Regierung nicht übernehmen könne.

Die KPF will aber die Regierung in der Kammer unterstützen und, wie Juquin sagte, „bei einem Kurswechsel in unserem Sinne" jederzeit wieder eine Regierungsverantwortung übernehmen.

DER KOMMENTAR

Kraftproben

AUGUST GRAF KAGENECK

Frankreichs Kommunisten haben es gewagt. Sie sind freiwillig aus einer Regierung ausgetreten, in die sie die Gunst der Stunde und die Großmut eines Souveräns aufgenommen hatten. 1945 war ihnen das Glück schon einmal hold gewesen, als de Gaulle sie für ihre spät gebrachten Opfer im Zweiten Weltkrieg belohnte. Diesmal hatte sie Mitterrand für ihre Loyalität im Wahlkampf belohnt, der zum Sieg der Linksunion geführt hat. Damals beendete ein sozialistischer Ministerpräsident das eheliche Verhältnis, diesmal waren es die Kommunisten, die die *Scheidung aussprachen.*

Georges Marchais und sein Gefolge werden sich die Sache gründlich überlegt haben. Leicht gibt man als Tochterpartei Moskaus nicht Positionen auf, die unverhofft Einblick in lange verschlossen gebliebene westliche Planungen liefern. Auch war die Reaktion der kommunistischen „Massen" abzuwägen, die sich mit vier Ministern endlich wieder einmal in der Chefetage der Macht repräsentiert sahen. Die negative Seite des Experiments mag den Ausschlag gegeben haben. Elf Prozent Stimmenanteil in der Europawahl zeigten der Parteiführung, daß man nicht ungestraft eine Sanierungspolitik mitverwalten kann, die neuerdings Stabilität über Verteilung stellt.

Für Mitterrand und Premierminister Fabius hat der Auszug der Partner eine gute und eine schlechte Seite. Man ist den Klotz am Bein los und kann jetzt ungehemmt eine „neue" Politik machen, von der man sich Erfolg bei den Wahlen von 1986 verspricht, auch wenn dabei ideologische Ladung über Bord geht. Aber wie werden die Ausgeschifften reagieren, die über ihren Gewerkschaftsarm die Straße mobilisieren können? Daß sie bei jeder Gelegenheit – und deren wird es viele geben – Rache üben werden, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Erst dann wird sich zeigen, wer die besseren Nerven hat. Erst bei der großen Kraftprobe wird sich auch herausstellen, ob es mit dem Sozialismus in Frankreich endgültig ein Ende hat oder ob er noch eine Gnadenfrist eingeräumt bekam.

EG-Präsident – hat Bonn falsch taktiert?

Der Franzose Delors machte das Rennen / Neue deutsche Kommissare im Gespräch

MANFRED SCHELL, Bonn

Der bisherige französische Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors wird im Januar 1985 als Nachfolger des Luxemburgers Gaston Thorn Präsident der EG-Kommission in Brüssel. Seiner Ernennung haben inzwischen alle EG-Regierungen, auch die in Bonn, zugestimmt. Damit ist der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf endgültig aus dem Rennen.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Wochenanfang in einem Gespräch mit Biedenkopf gesagt, daß es aufgrund der Meinungsbildung innerhalb der EG „keine Chancen mehr" für ihn gebe. In Bonn wird jetzt – mit kritischem Unterton – die Frage nach dem Taktieren der Bundesregierung gestellt. Der Kanzler hatte zu einem frühen Zeitpunkt Präsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher informiert, daß Bonn als der größte Nettozahler in der EG den Posten des EG-Präsidenten besetzen möchte. Die Bundesrepublik Deutschland, so die Argumentation Bonns, sei nach dem Ausscheiden Walter Hallsteins 1967 hier nicht mehr zum Zuge gekommen. Das Echo aus Paris und London war unverbindlich. Wahrscheinlich war es ein Fehler, daß Kohl den deutschen Wunsch nicht bei dem letzten Gipfel in Fontainebleau zur Sprache brachte, nachdem der französische Europaminister Dumas unmittelbar vorher mitgeteilt hatte, Biedenkopf sei weiter im Rennen. Allerdings war Kohl schon nach der Rückkehr von seiner Lateinamerikareise der Stimmungsumschwung zugunsten Delors zu Ohren gekommen.

Weit von sich weist das Kanzleramt den Verdacht, es könnte hier mit den Franzosen ein „Kopplungsgeschäft" geschlossen worden sein: Die Franzosen tolerieren die besonderen Subventionen für die deutschen Bauern, und Bonn verzichtet im Gegenzug auf die Besetzung des EG-Präsidenten. Der „prinzipielle Anspruch" werde auch weiterhin von der Bundesregierung aufrechterhalten.

Aber es geht nicht nur um den EG-Präsidenten. Auch die zwei deutschen EG-Kommissare Wilhelm Haferkampf (SPD) und Karlheinz Narjes (CDU) sollen ersetzt werden. Für Haferkamp ist nach Informationen aus Regierungskreisen das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Vorstandes, Alois Pfeiffer, im Gespräch. Zwar ist Pfeiffer noch nicht der offizielle Vorschlag des DGB, aber es wird damit gerechnet, daß sein Name genannt wird.

Bundesinnenminister Zimmermann hat sich erst kürzlich lobend über das Engagement von Narjes für die Einführung des abgasarmen Autos geäußert. Dennoch könnte es sein, daß Narjes durch einen CSU-Politiker ersetzt wird. Kohl hat dem CSU-Vorsitzenden Strauß gesagt, daß er den Anspruch der CSU versteht. Zunächst war dort an den bisherigen Bundestagsabgeordneten Walter Althammer gedacht worden; Althammer ist aber designiertes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank. Im Gespräch ist auch der bayerische Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Peter Schmidhuber, ein Wirtschafts- und Finanzexperte. Die CSU hätte Biedenkopf gerne an der Spitze der EG-Kommission gesehen. In einem solchen Fall hätte sie ihre eigenen Ansprüche zurückgestellt.

Blüm erhofft Schub auf Arbeitsmarkt

WELT-Gespräch mit dem Bundesarbeitsminister / Beschäftigungsförderungsgesetz vorgelegt

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm rechnet damit, daß der von seinem Ressort vorgelegte Entwurf für ein Beschäftigungsförderungsgesetz einen „positiven Schub auf dem Arbeitsmarkt bewirkt".

Durch ein „gelenkigeres Arbeitsrecht", so sagte Blüm gestern in einem WELT-Gespräch, wolle er zwei Ziele erreichen: 1. Es müsse eine „Spaltung" zwischen Arbeitsbesitzenden und Arbeitslosen verhindert werden und 2. Der Arbeitsmarkt müsse „schnellen Anschluß" an die aufwärtsstrebende Konjunktur finden. Kernstück des geplanten Gesetzes, über das bereits Ende August im Bundeskabinett beraten wird, ist die Möglichkeit, befristete Arbeitsverträge auszustellen. Wer einen Arbeitslosen einstellt, könne den Arbeitsvertrag auf ein Jahr befristen. Er hoffe, „daß viele Verträge in Dauerarbeitsverträge umgewandelt werden".

Bei Firmenneugründungen sollen Arbeitsverträge mit Zwei-Jahres-Frist abgeschlossen werden können. Blüm: „Der gesunde Menschenverstand spricht dafür, daß Leute, die ein Unternehmen gründen und das Risiko nicht abschätzen können, bei Einstellungen zurückhaltend sind". Den Kritikern sagte er: „Es ist besser, befristete Arbeit zu haben als unbefristet arbeitslos zu sein". Ihm gehe es darum, „denen zu helfen, die draußen sind, vor allem den Langzeitarbeitslosen". Deshalb sollte – von Notsituationen abgesehen – in den Unternehmen „auf Überstunden und Sonderschichten verzichtet werden".

Mehr Flexibilität werde es auch dadurch geben, daß vor allem Betriebe mit bis zu 30 Arbeitnehmern die Kosten für den Mutterschutz auf dem Weg überbetrieblicher Ausgleichskassen bewältigen können. Teilzeit-Arbeitsverhältnisse sollen künftig rechtlich ebenso abgesichert werden wie Vollzeitarbeitsplätze. Dies werde den „Stellenwert" von Teilzeitarbeit erhöhen, sagte der Minister. Leiharbeitnehmer sollen in Zukunft, so sieht es der Gesetzentwurf vor, bis zu sechs Monate beschäftigt werden können. Bisher war hier bei drei Monaten eine Frist gezogen.

Der Minister stellte besonders die Auflockerung des Ausbildungsplatz-Monopols der Bundesanstalt für Arbeit heraus: „Das Monopol ist nicht aufgelöst, aber es wurde die Tür aufgemacht". Und: „Wer sich hier engagiert, den darf man nicht mit Bußgeldverfahren bedrohen, der verdient eher eine Auszeichnung". Kooperation und unbürokratisches Verhalten seien gefragt. Blüm: „Über Federfuchser, die mir hier mit immer komplizierteren Formularen kommen, werde ich wahnsinnig".

Seite 2: Sesam öffne dich

Benda: Rolle des Parlaments ist gestärkt

DW. Hannover

Die Bedeutung des Urteils über die Kontrollrechte des Parlaments hat der ehemalige Verfassungs-Gerichtspräsident Ernst Benda gewürdigt. In einem Gespräch mit der „Neuen Presse" (Hannover) sagte Benda über die am Dienstag verkündete Entscheidung, in der es im konkreten Fall um die Herausgabe von Akten für den Flick-Untersuchungsausschuß ging: „Es war notwendig, daß die Rolle des Parlaments wieder ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt wurde."

Benda fügte hinzu, allerdings sei im außenpolitischen Bereich der Anspruch des Parlaments auf unverzügliche Auskunft und Kontrolle sicher geringer als im innenpolitischen Bereich. „Es ist weder sinnvoll noch verfassungsrechtlich geboten, daß die Regierung auf außenpolitischem Gebiet nun zur Unzeit ihr Wissen gegenüber dem Parlament kundtun muß".

Demgegenüber sieht die FDP-Abgeordnete Hamm-Brücher auch auf außenpolitischem Gebiet mehr Ansprüche auf Kontrolle durch das Parlament. Ebenfalls in der „Neuen Presse" kündigte sie an, die FDP-Fraktion werde für die Waffenexportpolitik ein parlamentarisches Kontrollverfahren verlangen. Der Regierung warf sie auf diesem Gebiet eine „Verschleierungspolitik" vor. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei insgesamt als „epochal" zu bezeichnen, denn angesichts „des reinen Obrigkeitsstaates, der bei uns herrscht, ist nun das Parlament wieder in sein Recht eingesetzt worden".

Demokraten in den USA zeigen jetzt Einigkeit

TH. KIELINGER, San Francisco

Wie erwartet hat der 39. Parteikongreß der Demokraten am Mittwoch abend Walter F. Mondale zum Spitzenkandidaten im Kampf um die Präsidentschaft nominiert. Nach der Entscheidung erschien Mondale mit seiner Familie kurz auf dem Podium und dankte der Versammlung für das Vertrauen. „Ich brauche alle Eure Hilfe", sagte er. Mondale erhielt sogar mehr Stimmen als ursprünglich, nach den Vorwahlen, auf ihn eingeschworen waren: 2190 statt 2076, mit denen er den Parteitag begonnen hatte.

Hart hatte vor der Abstimmung noch einmal um die Stimmen der Delegierten geworben. Als das Ergebnis der Abzählung aber feststand, schlug Hart Mondale als offiziellen Präsidentschaftskandidaten vor. Jesse Jackson komplettierte das Ritual der Eintracht, das zu den ungeschriebenen Regeln der Partei gehört, wenn die Vorwahlkämpfe vorüber sind. Der Parteitag endete offiziell mit Mondales Nominierungsrede. Zuvor wurde noch Geraldin Ferraro von den Delegierten als Mitbewerberin für das Amt des Vizepräsidenten bestätigt.

Der Spitzenkandidat der Demokraten liegt nach allen Umfragen zur Zeit weit hinter Präsident Reagan in der Gunst der Wähler zurück. Diese Kluft verringert sich traditionell in der unmittelbaren Folge des Parteitags, vor allem, wenn zum Schluß dem Fernsehpublikum ein glaubhaftes Bild der Einigkeit vorgeführt wurde. Für Mondale und seine Partei kommt es jetzt darauf an, die Eintracht über den Schlußtag in San Francisco hinaus zu halten.

Seite 2: Das gewaltige Sammelbecken

Pöhl empfiehlt Abschaffung der Kupon-Steuer

DW. Bonn

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat den Vorschlag von Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl begrüßt, dem beabsichtigten Beispiel der USA zu folgen und die Kapitalertragssteuer auf deutsche Anleihen in ausländischem Besitz (Kupon-Steuer) abzuschaffen. Pöhls Empfehlung diene der weiteren Möglichkeit zur Abkopplung des Zinsniveaus der Bundesrepublik von dem der USA, erklärte der FDP-Politiker gegenüber der dpa. Pöhl hatte seinen Vorschlag als Beitrag zur Stärkung der D-Mark begründet.

Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums erklärte zu der Anregung Pöhls, sie werde wie viele andere Vorschläge auch vom Finanzministerium geprüft. Die in der Bundesrepublik *Deutschland bislang* erhobene Steuer auf Zinserträge aus Anleihen beträgt für Ausländer 25 Prozent.

Kuron lehnt „Amnestie mit Auflagen" ab

DW. Warschau

Jacek Kuron, einer der vier inhaftierten Mitglieder des polnischen „Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung" (KOR), deren Prozeß am Mittwoch vertagt wurde, lehnt eine „Amnestie mit Auflagen" ab. Die französische Nachrichtenagentur AFP zitierte mit dieser Bemerkung gestern den Sohn Kurons. Der Mitangeklagte Adam Michnik hatte sich am Mittwoch in ähnlichem Sinne geäußert.

In einer Rede, die Kuron während seiner Haft für die Verhandlungen vor dem polnischen Militärgericht vorbereitet hatte, nennt der Regimekritiker die Abschaffung des gegenwärtigen Gesellschaftssystem in Polen „unerläßlich", weil es schon in naher Zukunft zu einer „Krise aller *Werte" führen werde. Einen Kampf* mit Waffen gegen das System lehnte Kuron aber entschieden ab.

„DDR"-Kredit: Entscheidung nächste Woche

ms. Bonn

Das Bundeskabinett wird voraussichtlich in der nächsten Woche die „politische Genehmigung" für den 950-Millionen-Mark-Kredit an die „DDR" erteilen. In Regierungskreisen in Bonn *hieß es gestern,* Voraussetzung dafür sei allerdings, daß die Verhandlungen mit der Regierung der „DDR" über humanitäre Erleichterungen „gut laufen" und bis dahin zum Abschluß gebracht werden können. Die Chancen dafür stünden zur Zeit 60:40.

Am Donnerstag hat Staatsminister Philipp Jenninger vom Bundeskanzleramt den FDP-Politiker Günter Hoppe über die bisherigen Gespräche mit Ost-Berlin unterrichtet. Konsortialführer bei der Kreditgewährung ist die Deutsche Bank. Bonn erwartet, daß die „DDR" im Gegenzug unter anderem den Zwangsumtausch reduziert.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sesam öffne dich

Von Heinz Heck

Der Entwurf des Arbeitsministers für ein Beschäftigungsförderungsgesetz ist zumindest in weiten Passagen vom gesunden Menschenverstand diktiert. Das gilt zum Beispiel für die Abschaffung des Monopols der Bundesanstalt für Arbeit. Es gehört zum politischen Spiel, daß Blüm dies nicht in aller Offenheit zugibt. Aber so wenig, wie es ein bißchen Schwangerschaft gibt, so wenig kann es ein Monopol mit geöffneter Tür geben. Ist erst einmal der Nürnberger Alleinherrschaftsanspruch in der gerade zur Zeit heftig diskutierten Ausbildungsplatzvermittlung in Frage gestellt, so dürften auch andere Bastionen ins Wanken geraten.

Bei so sensiblen und zum Teil ideologisch befrachteten Themen sollte man keine Hauruckentscheidungen erwarten. Eine schrittweise Rückkehr zu mehr Freizügigkeit wird ohnehin schon genug Widerstand bei vermeintlich und tatsächlich Betroffenen auslösen.

Da Blüm ein Interesse an einer möglichst raschen parlamentarischen Verabschiedung des Omnibusgesetzes hat (das Kabinett will Ende August entscheiden), war es nur vernünftig, solche Teile des Entwurfs zunächst zurückzustellen, die aus verschiedenen Gründen zu unnötiger Verzögerung geführt hätten.

Bedauerlich ist allerdings der Verzicht auf die geplante Überstunden-Regelung. Gerade dieser Punkt hätte nachhaltig zu der von Blüm mit Recht geforderten größeren „Gelenkigkeit" beitragen können. Er zielt im Kern auf eine Abgeltung von Überstunden durch mehr Freizeit. Zwar hat der neue Tarifvertrag in der Metallindustrie in gewisser Weise neue Daten gesetzt. Doch rechtfertigt dieser Umstand keine so überzogene Reaktion. Der Grundgedanke von Blüms Konzept ist richtig und könnte getrost offensiv verteidigt werden, zumal da sich alle Gewerkschaften für eine Verkürzung und nicht eine Verlängerung der Arbeitzeit einsetzen (sei es nun Wochen- oder Lebensarbeitszeit).

Ruf aus dem Gefängnis

Von Carl Gustaf Ströhm

Die tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" hat einen bemerkenswerten Brief an die westlichen Friedensfreunde gerichtet. Unterzeichnet von den prominentesten Prager Dissidenten – unter ihnen der ehemalige Außenminister Hajek –, warnt die Botschaft die westlichen Pazifisten vor einseitiger Betrachtung der weltweiten Aufrüstung.

Der Prager Appell geht von Leuten aus, die eher pazifistisch und überwiegend auf der klassischen „linken" Seite des europäischen politischen Spektrums anzusiedeln sind. Es sind meist ehemalige Kommunisten, die sich auch heute noch als Sozialisten und Sozialdemokraten verstehen. Auf keinen Fall kann man diese kleine, aber tapfere Schar als Konservative oder als Anhänger Reagans bezeichnen.

Um so mehr sollten sich die deutschen Friedensfreunde die Prager Mahnungen zu Herzen nehmen und einmal gründlich über die eigene Position nachdenken. Die Pazifisten im östlichen Europa können es nicht wagen, etwa vor sowjetischen Raketenstützpunkten Sitzstreiks oder Demonstrationen zu veranstalten. Ihnen stehen keine heimischen Medien zur Verfügung, nicht einmal versammeln dürfen sie sich. Aktionen wie unlängst vor dem amerikanischen Stützpunkt Mutlangen sind schon deshalb undenkbar, weil die sowjetischen Kasernen und Stützpunkte in Osteuropa von weiträumigen Sperrgebieten, hohen Zäunen und Wachtürmen umgeben sind und wahrscheinlich nicht einmal die osteuropäischen Regierungen genau wissen, was sich dahinter verbirgt.

Solange es der westlichen Friedensbewegung also nicht gelingt, die volle Gleichberechtigung, also die „Chancengleichheit", ihrer osteuropäischen Friedensfreunde und Pazifisten zu erzielen, muß sie sich den Vorwurf gefallen lassen, hier im Westen Alibihandlungen zu setzen, ohne den wirklichen Kern des Problems zu berühren: nämlich die sowjetische Überrüstung und die ständig wiederkehrenden sowjetischen Militärmanöver, die eindeutig offensiv gegen Westeuropa konzipiert sind. Wo also sind unsere wackeren, sonst so protestfreudigen Pazifisten, wenn es jetzt darum geht, sich an die Seite der Prager Friedensfreunde zu stellen? Was mögen die drüben wohl für Einsichten über die wirklichen Gefahren für den Weltfrieden aus eigener Anschauung gewonnen haben; sollte man sie nicht wenigstens fragen?

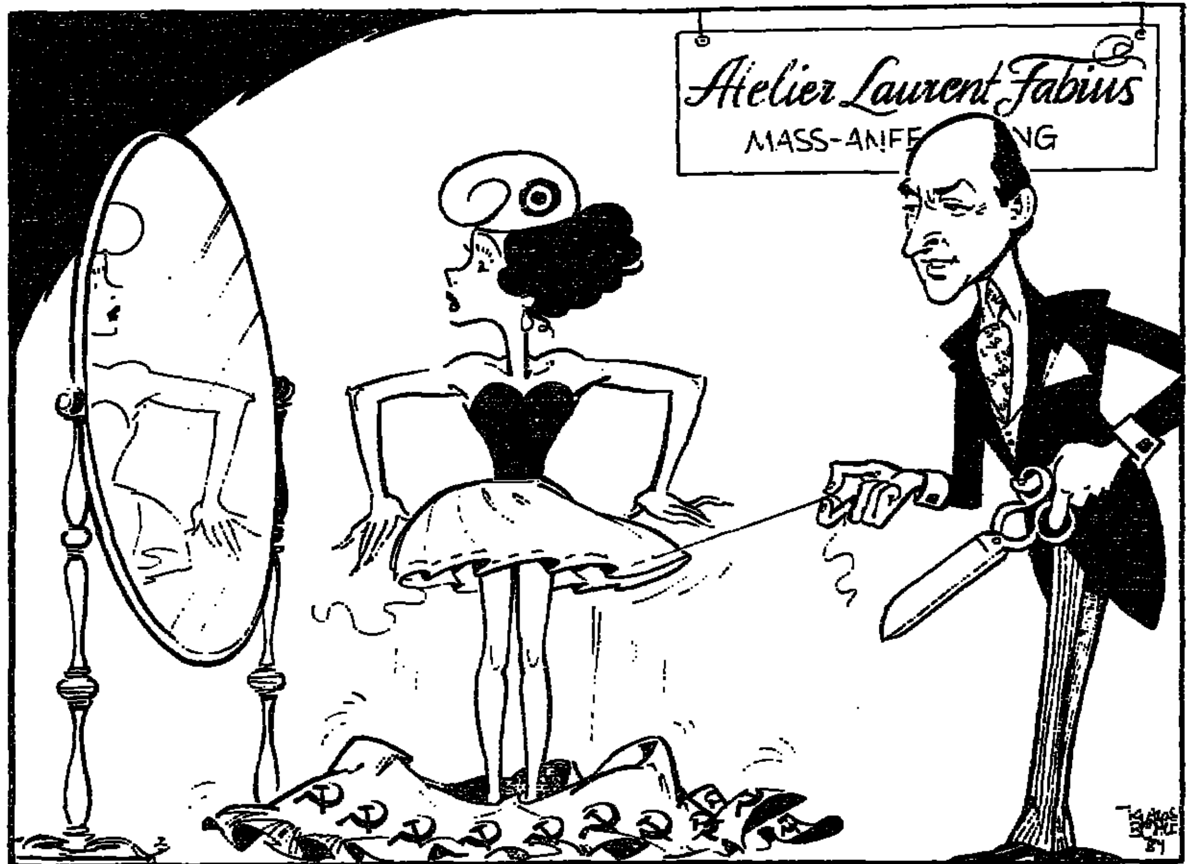
Ein Amt weniger

Von Enno v. Loewenstern

Zunächst die gute Seite der Nachricht. Die EG braucht einen sehr guten Mann an der Spitze. Jacques Delors ist ein sehr, sehr guter Mann: in Frankreich weint man ihm viele Tränen nach. „Le Matin", Paris, den Sozialisten nahestehend, formulierte eine Kleinanzeige: „Modernistischer Sozialstaat tauscht Finanzminister von bekannter Glaubwürdigkeit gegen Premierminister mit potentieller Glaubwürdigkeit". Andererseits gebietet dem Inhaber die Würde des Amtes, nicht allzuviel mehr an Ämterpatronage und sonstigem „für sein Land" zu tun als für die anderen Länder. So gesehen, hat die Bundesrepublik Deutschland nicht viel verloren, als sie den Posten des EG-Präsidenten verspielte, der ja nun wirklich kein richtlinienkompetenter europäischer Staats- und Regierungschef ist.

Außer, natürlich, dem allemal unwägbaren Zugewinn an Prestige; das Amt schmückt durchaus, und es gibt keinen Grund, weshalb der wünschenswerte sehr gute Mann an der Spitze des mehr oder weniger vereinten Europa nicht deutscher Zunge sein sollte. Das heißt, offenbar gab es einen Grund. Allem Anschein nach ist der deutsche Kanzler, der diesmal wohl den ersten Zugriff auf Brüssel hatte, dem deutschen Alleinkandidaten (nachdem Genscher abwinkte) aus gemeinsamer Parteitätigkeit nicht hold.

Versuchen wir auch hier, eine gute Seite der Nachricht zu sehen. Sagen wir, daß Delors eine starke und in der Regierungsarbeit erprobte Persönlichkeit ist; das verschafft mehr Gewicht im Interesse der Sache, als wenn man zwar stets eine Meinung, aber nie ein Amt hatte. Hoffen wir ferner, daß der Verzicht auf die germanische Häuptlingsrolle angemessene gallische Konzessionen erbrachte. Erwägen wir schließlich auch, daß ein Regierungschef, der kraftvoll in der Anwendung der Vergeltungstheorie ist, eine heilsam erzieherische Wirkung pour encourager les autres ausüben mag; das ist in einer kompromißlerisch gewordenen Zeit nicht geringzuschätzen. Haben wir uns mit alledem getröstet, so sagen wir uns: Wenn der Verlierer ein sehr guter Mann ist, wird er auch etwas anderes finden. Und dann denken wir gelassen über den menschlichen Faktor als solchen in der Politik nach.



Neue Mode: Sparsamer am Saum KLAUS BÖHLE

Der einsame Widerstand

Von Herbert Kremp

Der Philosoph Karl Jaspers sagte in einer seiner Heidelberger Vorlesungen, ein totalitäres Regime könne von innen nicht gestürzt werden. Es sei von außen zu besiegen oder es werde die anderen überleben. Das war nach dem Kriege, im Wintersemester 1945/46. Jaspers wußte, wovon er sprach. Im Reich hatte er seine jüdische Frau im Hauskamin versteckt. Als die ruppigen Studenten in den Wehrmachtsmänteln der Zeit ihn fragten, ob es mit dem Kommunismus anders sei als mit dem Nationalsozialismus, sagte der Philosoph, das sei alles gleich, denn beide seien sehr modern.

Das war ideologisch und technisch gemeint. Hitler hat Lenin sehr bewundert. Er sah in ihm den Meister der Massenorganisation und der Massenkontrolle. Lenin hatte keine Gelegenheit, das kollegiale Kompliment zurückzugeben, aber er hätte es getan. Für ihn tat es Stalin. Die modernen Meister des totalitären Systems durchdringen mit der Sonde der Partei ein Volk von der Fontanelle bis zur großen Zehe. Sie beseitigen im Namen der „Einheit" der Rassenation oder des Sozialismus alle Gliederungen, Institutionen und Korporationen, alle Autoritäten und Mächte, die zwischen dem einzelnen und dem Staat gelagert sind, die das Alter der Tradition besitzen und in ihrem unterschiedlichen Ausdruck Freiheit bedeuten.

Aus diesem Grunde hatte sich der Widerstand gegen Hitler unendlich Schweres vorgenommen. Wäre die Bombe in der Wolfsschanze einen halben Meter besser plaziert gewesen, hätte sie den Diktator zerrissen – und einen verbissenen Bürgerkrieg ausgelöst. Denn der Widerstand hatte es mit einer totalitären Struktur zu tun, die, einmal gefestigt, mehr ist als nur ein Führer. Sie ist perfekte Organisation, sie ist die Konfrontation des kunstvoll vereinzelten, des ausgezogenen und dann in Kluft gekleideten Menschen mit der Übermacht, die in Reih und Glied befiehlt. Man möchte es nicht glauben, aber auf dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, bei der Parade auf dem Roten Platz, unter dem Lichterdom Mao Zedongs auf dem Tienanmen in Peking haust Massenglück.

Damit hatte der Widerstand, damit hatten die Attentäter Hitlers zu tun. Sie kamen aus zwei Institutionen, die der Demiurg nicht hatte zerschlagen und zerbröseln können, weil er zu früh in den Krieg fiel: Die traditionsbewußte deutsche Armee, der er 1934 die proletarischen Legionen Röhms opferte, und die Kirchen, auf die man sehr lange einschlagen muß, bis die Reichsbischöfe hervortreten, die roten Popen oder die verschmitzten Funktionäre der immediat gemachten „nationalen katholischen Assoziation" oder der „nationalen protestantischen Assoziation" im kommunistischen China. Die Sozialisten, die Gewerkschafter hatten keinen institutionellen Halt. Hitler hatte ihre Organisationen kurzerhand über den Platz geschleift.

Der Widerstand, der aus den alten Gehäusen und Rüstkammern kam, war also einsam, er hatte keine Massenbasis, wie man das heute nennt. Das überzieht die wenigen, um die es sich handelte, mit einem heroischen Glanz. Die Frage, warum sie nicht früher Hand an den Führer gelegt hatten, ist geschichtsfremd: Hitler als Massenführer war zu erfolgreich. Die Frage, warum sie Hand anlegten, als es nach ihrem eigenen Zeugnis zu spät war, eröffnet die tragische Dimension. Es ging nicht mehr um die Rettung des Landes, es ging um die Rettung des Geschichtsbildes: Deutsche griffen Hitler an.

Die Wenigen nennt man Beispiel. Warum sie nicht Leitbild wurden, hat offenkundige Gründe. Der Widerstand war ein Lager des Widerspruchs. Was Goerdeler wollte, was die Stauffenbergs dachten, was Mierenbach meinte, paßte natürlich nicht zusammen – wie sollte es auch. Man war sich einig gegen Hitler und sein System, aber man war sich keineswegs einig über die Zukunft. Die wäre, welchen der zahlreichen Entwürfe man sich heute auch vornimmt, in jedem Falle besser gewesen als der Nationalsozialismus. Aber sie hätte bei gelungenem Coup d'Etat erkämpft, ausgekämpft werden müssen. Ganz sicher mit eisernen Würfeln.



Widerstand und Widerspruch: Goerdeler FOTO: KEYSTONE

Gegen die große geistige Wirkung des Widerstands stand auch die erzwungene Eigenart eines jeden Widerstands im totalitären Umfeld. Er erzeugt bei denjenigen, die von den Massensuggestionen frei geblieben sind, diese aber mit Entsetzen in ihrer durchgreifenden Wirkung um sich herum beobachten, das Gefühl, in der Nußschale auf dem Meer zu treiben. Das regt die philosophische Idee an, das religiöse, das humanistische Menschenbild, die gute Utopie. Mit der Entfernung vom Ufer wächst die Frömmigkeit. Aber die Vereinzelung gegenüber der feindlichen Macht, die Atmosphäre der Konspiration, die Verständigung durch Blicke und Handzeichen verbietet die Verständnis verbreitende Publizistik. Die blieb, wo es sie gab, im „Kreis", in der Gutsbibliothek, im Hinterzimmer.

Wer die damalige Zeit nicht erlebte und wer sein Auge gegenüber dem Totalitarismus von heute verschließt, vermag nicht zu ermessen, was es innerhalb eines solchen Systems, im Bauche des Wals, bedeutet, jemandem eine Nachricht zu übermitteln oder jemanden für die Sache des Widerstands zu werben. Das enge Netz der Beobachtung verkürzt Bewegung, Zeit und Wort. Man kann sich kaum bewegen. Die Zugänge zum Diktator sind modern bewacht, modern versperrt. Man kann ihn nicht töten, wie die Senatoren Caesar töten konnten. Und es ist noch nicht viel getan, wenn nur er tot ist. Jaspers hatte recht mit seiner Deutung vor den Heidelberger Studenten. Im 20. Jahrhundert entstand eine neue Qualität von Macht und Organisation. Ihr entspricht die Antwort eines chinesischen Freundes, der nach seinem Widerstand gegen die barbarische Kulturrevolution Maos befragt wurde: „Ja, weißt du, ich habe meine Schallplatten nicht zerbrochen."

IM GESPRÄCH Mario Cuomo

Dankbarer Patriot

Von Thomas Kielinger

Ginge er über den Marktplatz in Salerno oder Genua oder wo immer sonst im Lande seiner Familie, sein Gesicht würde sich mühelos in die Physiognomie Italiens einbetten. Aber er ist Amerikaner, auch wenn er bis zum achten Lebensjahr nur gebrochen Englisch sprach, weil im elterlichen Zuhause oder im väterlichen Lebensmittelladen in New York das Italienische dominierte.

Immaculata und Andrea Cuomo aus Salerno waren mit ihren drei Kindern 1926 eingewandert. Im Juni 1932 kam ihr viertes Kind zur Welt, Mario. Heute ist aus diesem Jungen der Gouverneur des Bundesstaates New York geworden, ein Politiker mit Verheißung und schon jetzt der Geheimtip der in San Francisco versammelten Demokraten für das Wahljahr 1988, falls die Partei 1984 an der Popularität Ronald Reagans scheitern sollte.

Mario Cuomo begeisterte die Delegierten in der Kongreßhalle in San Francisco mit einer ebenso geschliffenen wie gedankentiefen, warmherzigen wie inhaltsreichen Parteitagsrede. Eine Darstellung, die das Herz jener wiederauffrischte, die von den vorhergehenden Blamagen, die sich Spitzenmann Mondale zugefügt hatte, niedergeschlagen dasaßen. Cuomo umriß Amerika als Familie, in der kein Mitglied verlorengehen, zurückfallen darf – die amerikanische Mittelklasse, die sich durch die steigenden Zinsen in ihrer Existenz bedroht sieht, mit dem Haushaltsdefizit wie eine Hypothek auf ihrer Zukunft – Reagans „Sozial-Darwinismus", der angeblich nur die härtesten und gesündesten Menschen überleben läßt. Wenn politische Kämpfe Debatten schärfen, dann meldete sich hier ein Kämpfer und Tonangeber zu Wort, mit dem zu rechnen sein wird.

Das war nicht immer so in der Karriere des tiefgläubigen Katholiken Cuomo, der wie Mondales Wahlkampfgefährtin Geraldine Ferraro, der bekanntesten Italo-Amerikanerin der Saison, sogar den Wohndistrikt New Yorks, Queens, gemein hat. 1974 bewarb sich der Summa-cum-laude-Jurist von der St.-Johns-Hochschule in Brooklyn und spätere Anwalt zum ersten Mal um ein politisches Amt, den Posten des stellvertretenden



Der eigentliche Star des Parteitags: Cuomo FOTO: AP

Gouverneurs von New York – und fiel durch. Drei Jahre später ein neues Malheur: Im Kampf um das Bürgermeisteramt New Yorks unterlag Cuomo gegen den scharfsinnigen Edward Koch.

Danach aber begann sich das Schicksal zu wenden. 1978 wurde er der Vize des Gouverneurs Carey, 1982 bezwang er im Rennen um die Carey-Nachfolge erst Bürgermeister Koch und schließlich den republikanischen Gegner, Lewis Lehrman. Aus dieser Wahlkampfzeit liegt jetzt Cuomos Tagebuch gedruckt vor, seine „Diaries", ein Bestseller nicht nur in New York. Die Eintragungen verraten einen Mann mit großem Wertgefühl. Verantwortung und Familiensinn – auch Humor und Sportsgeist, was im amerikanischen System allemal Gewinn verspricht, zumal bei einem, der als 20jähriger ein Jahr Profi-Baseball in Pittsburgh spielte.

Familie ist für den Gouverneur nicht nur eine Metapher. Die Cuomos – drei Töchter, zwei Söhne – sind ein siebenköpfiges loyales Team. Die Dankbarkeit des Einwandererkindes Mario Cuomo bildet zudem eine starke Brücke zur Heimat Amerika: sie stiftet jenes patriotische Grundgefühl, das die Demokraten in diesem Jahr so deutlich artikulieren – vier Jahre, nachdem Ronald Reagan Patriotismus wieder hoffähig gemacht hat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt kommentiert die auch vom Berliner Wissenschaftssenator Kewenig (CDU) verfolgten Pläne, den Reichstag „einzuwickeln":

Bundestagspräsident Rainer Barzel, der Hausherr des Reichstags, wäre allerdings gut beraten, wenn er dem Beispiel seiner Vorgänger Carstens und Stücklen folgte und dem künstlerisch frisierten Humbug seine Zustimmung verweigerte. Denn der Reichstag ist nicht irgendein Gemäuer. Er ist der Ort, in dem sich die Hoffnung aller Deutschen sammelt, daß hier eines Tages wieder ein gemeinsames, frei gewähltes Parlament tagen wird. Der Reichstag ist ein Symbol der offenen deutschen Frage. Er hat seine eigene politische Würde, die keine flotten Experimente verträgt. Wenn uns im freien Teil der Stadt zur 750-Jahr-Feier nichts anderes einfällt, als den Reichstag einzuhüllen, dann sollten wir uns alle miteinander einpacken lassen – meinetwegen von Christo.

MÜNSTERSCHE ZEITUNG

Zur „Stern"-Attacke auf Bangemann heißt es hier:

Seit den Tagen von vor gut einem Jahr, als dieses Bilderblatt mit dem höheren Anspruch an ein paar Bauernfänger für die hübsch frisierten Tagebücher von Adolf Nazi Millionen verpulverte und anschließend die Geschichte des Dritten Reiches total umschreiben wollte, weiß man, was Seriosität dem Stern wert war: schlicht schnuppe. Ein Jahr später, doch kein bißchen geläutert: So einsichtig, wie die Geschichte über Bangemann abgespult wird, so mitleiderregend lächerlich wirkt sie beinahe auch. Saftige Worte ehemaliger Prozeßgegner zu veröffentlichen stellt nicht einmal Anforderungen mittlerer Journalistenreife an die Recherche.

WIESBADENER TAGBLATT

Die Zeitung kommentiert die antideutsche Kampagne Moskaus:

Nach der anti-amerikanischen Kampagne wird jetzt in den sowjetischen Medien Stimmung gegen die Bundesrepublik gemacht. Der häßliche Deutsche wird karikiert. Solche Aktionen dienen der sowjetischen Außenpolitik . . . Es wird daran erinnert, daß das deutsch-sowjetische Verhältnis immer nur in etwa so gut sein könne wie das amerikanisch-sowjetische. Das gilt so lange, wie Bonn keine eigenständige, von Amerika unabhängige Politik macht, wie es sich Moskau wünscht.

SÜDKURIER

Zur Stuttgarter Diätenerhöhung meint die Konstanzer Zeitung:

Lediglich die Grünen scherten aus diesem Zweckbündnis aus, das in der Tat fatal an einen Selbstbedienungsladen erinnert, allerdings aus ziemlich durchsichtigen Gründen. Die Ökopartei sagt zwar nein zur Erhöhung, doch halten ihre Vertreter hinterher genauso die Hand auf wie ihre Kollegen.

Das gewaltige Sammelbecken und sein Kandidat

Warum Mondale zerfasert und Reagan bündelt / Von Thomas Kielinger

Die Demokratische Partei der USA ist wie die Sammelstelle des Universums: Alles Menschliche spiegelt sich in ihr, mit allen Schattierungen der Hautfarbe, der Meinungen, der Begehr. Mit gutem Grund versammelt diese Koalition die äußerliche Wirklichkeit Amerikas viel typischer, repräsentativer, als Ronald Reagans Partei, die Republikaner, dies tut. Amerika ist eine Nation der Minderheiten, ein Steppmuster aller Rassen und Glaubensrichtungen, geeint unter dem Banner des Einwanderers, der an diesem Gestade sein Glück und seine Heimat fand.

Darf sich eine Partei, die diese Vielfalt unter ihrem Dach beherbergt, nicht glücklich schätzen? Ist sie nicht des Volkes wahrer Himmel? Das gilt nur bedingt, wie Walter Mondale, der frischgekürte Präsidentschaftskandidat seiner Partei, bald feststellen wird. Es ist ein Ding, soziologisches Auffangbekken für alle Sonderinteressen zu sein, die sich immer wieder um neue Minderheiten – heute speziell aus Asien und aus Mexiko – vermehren. Es ist ein anderes, aus dieser Diversität jene Einheit zu schmieden, die das Land zu seiner Selbstdarstellung braucht. Es kann sich als Weltmacht nicht auf die Summe seiner Einzelteile stützen.

Herberge der Vielfalt zu sein ist eine schöne Metapher; Opferspielball der gleichen Vielfalt zu werden kann politisches Ansehen ruinieren. Diversität um sich zu haben ziert den Politiker – von den Einzelinteressen beherrscht zu werden brandmarkt ihn. Ist Walter Mondale Herr der amerikanischen Koalition, genannt Demokratische Partei, oder beherrscht sie ihn?

Der gerade verflossene Parteitag gab eher ungünstige Auskunft. Wir werden nie wissen, ob der Spitzenkandidat Frau Geraldine Ferraro als seine Kampfgefährtin deshalb auswählte, weil er die Zeit für eine Frau in dem Amt des Vizepräsidenten gekommen sah oder weil er dem Druck der Frauenorganisation innerhalb seiner Partei nachgeben wollte. Wir werden lange nicht wissen, was wir von den neuentdeckten Lieblingsthemen der Demokraten zu halten haben: Nachbarschaft, Familie, Ethos, wenn die gleiche Partei weiterhin die Rechte der Homosexuellen, der Abtreibungsanhänger und die Rhetorik der radikalen Feministinnen an die große Glocke hängt.

Die Demokratische Partei ist mit einer Hingabe auf die Emanzipation der Minderheiten fixiert, daß man sich manchmal fragt, ob diese Sorge um den gesellschaftlichen Fortschritt nicht die übergreifende Sorge um die Regierbarkeit der Res publica und der freien Welt überwuchert. Selbst die Außenpolitik kann in diesen Strudel der Fortschrittstherapie geraten, wenn man – wie in San Francisco geschehen – den Einsatz amerikanischer Militärmacht nicht nach Gewicht und Interesse wägt, sondern nach dem Maßstab seiner inneren Abneigung gegen ihn.

Fragt man sich da, warum Ronald Reagan weiterhin so populär ist, auch wenn einzelne seine Programme und die Folgen seiner Politik – siehe das Defizit, die Zinsen, etc. – nicht immer unumstritten sind? Reagan strahlt alles das aus, was Walter Mondale sein will: die Sammlung Amerikas aus einer Vielfalt zu einem einigen Willen und Wollen. Über den Streit um Programme hinweg beherrschen die Republikaner in Amerika noch immer das geistige Themenfeld. Gesprochen wird über Wirtschaftswachstum, Patriotismus, ausreichende Verteidigung, Law and Order, Familie, Grundwerte. Nur, daß die Demokraten hier überall ihre Kontrahenten kopieren. Wo sie es nicht tun, etwa in der Frage des nuklearen „freeze", den sie in San Francisco wieder hervorholten, begeben sie sich sofort in ein Randgebiet des Landesinteresses. Frieden dagegen ist das Zentralthema, aber auch hier läuft Reagan davon: im Dialog mit den Russen, ausgerechnet. Mondale, wo ist dein Stachel?

Der Schluß des Parteitages in San Francisco wurde überschattet von der Nachricht über das grauenvolle Blutbad in San Ysidoro im Süden Kaliforniens, wo ein Amokläufer alles niederschoß, was er in einer McDonald's-Filiale vorfand. Immer wieder wird Amerika geschüttelt von Angriffen aus dem Untergrund der Kriminalität. Das Land wendet sich in Abscheu ab.

Der jüngste Vorfall dürfte den Trend zu schärferen Gesetzen, die dem Leichtsinn und dem Verbrechen neue Riegel vorschieben, nur weiter bestärken. Der Oberste Gerichtshof des Landes hat hier zuletzt bereits bahnbrechende Urteile gesprochen, die Reagan-Regierung selber mit den Vorlagen zur Auto-Sicherheit und zum Ausschankverbot an Jugendliche unter 21 Jahren neue Marken gesetzt. Amerika spiegelt sich zwar in der Vielfalt seiner Herkunft und seiner Gegenwart, sehnt sich aber gleichzeitig nach einer Führung, die für dies alles nicht mit dem Preis der Sicherheit zahlt. So betrachtet, hat Walter Mondale am 6. November kaum eine Chance.

WIE WAR DAS?

Hoovers „verrücktes Ding" von 1932

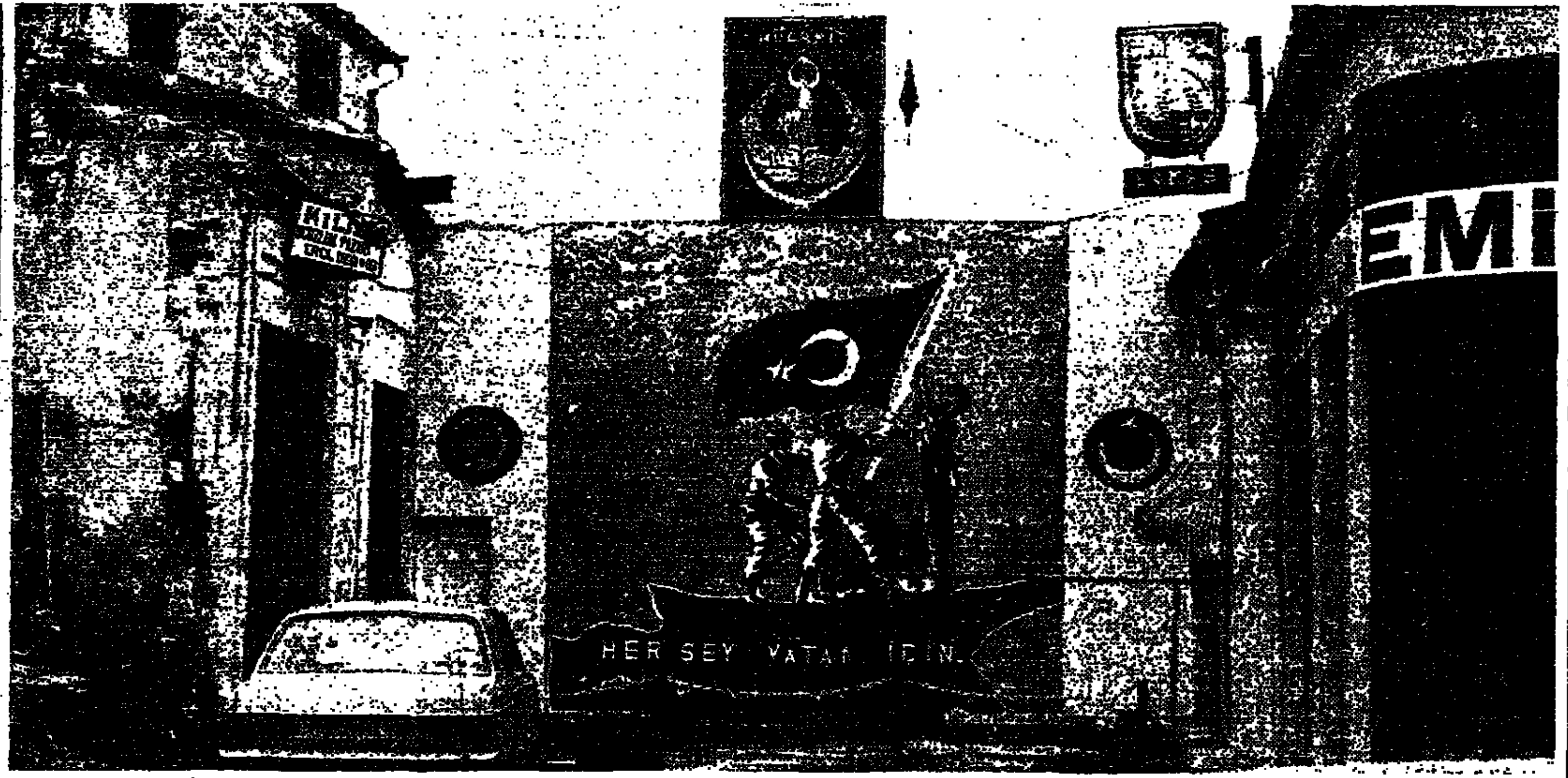
Von FRANK QUEDNAU

In Deutschland überschritt die Zahl der Arbeitslosen die Sechs-Millionen-Grenze. Hans Fallada schrieb seinen Roman „Kleiner Mann, was nun?" In der kalifornischen 2,7-Millionen-Stadt hingen derweil Transparente aus den Wohnhäusern: „Lebensmittelgeschäfte statt Spiele". Vor dem Rathaus in Los Angeles versammelten sich Demonstranten und riefen: „Nieder mit dem Zirkus." Bürgermeister John C. Porter war wegen seiner Versprechungen gewählt worden, die Moral zu heben und den Schnaps zu bekämpfen. In Washington sprach Präsident Hoover von einem „verrückten Ding".

Das verrückte Ding, die Olympischen Spiele, kehren nach 52 Jahren zurück. Damals, der Höhepunkt der Weltwirtschafts-Krise war erreicht, schrieb der deutsche Sport-Funktionär Carl Diem, 1936 Generalsekretär des Organisations-Komitees für die Sommerspiele von Berlin, in sein Tagebuch: „Wie die Expedition eigentlich zustande gekommen ist, bleibt rätselhaft ... Die Verbände haben *kein Geld und die Sportsleute* auch nicht. Aber ... sie schwimmen auf dem Ozean und sind mächtig vergnügt." Reichspräsident von Hindenburg hatte lediglich einen Brief geschickt, zwei Sätze nur, *aber* handschriftlich: „Der deutschen Olympia-Arbeit glückauf! Möge unsere Jugend bei den Olympischen Spielen erfolgreich sein!" In der Zeitschrift „Jugend" erschien eine Karikatur muskelbepackter, flachköpfiger Jünglinge mit der Unterschrift: „In einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist – aber manchmal nur ein kleiner." Das war die Stimmung, die 82 deutsche „ausübende Teilnehmer" umgab, als sie den Lloyd-Dampfer „Europa" betraten.

In Los Angeles war die anti-olympische Stimmung erst umgeschlagen, als Filmstar Douglas Fairbanks eingeschaltet worden war. Und als Hollywood seinen ersten Film uraufführte, mit dem Schwimm-Olympiasieger Johnny Weissmueller weltberühmt *wurde – als Tarzan. Zum ersten Mal* gab es ein olympisches Dorf, zum ersten Mal aber mußte auch für die Teilnehmer bezahlt werden: zwei Dollar (8,20 Reichsmark) pro Kopf und Tag. Zum ersten Mal gab es das dreistufige Siegespodest, Flaggen und Hymnen für die Gewinner – und einen schwarzen Olympiasieger in einer Laufdisziplin (Edward Tolan/USA über 100 m). Und die Veranstalter machten bei elf Millionen Zuschauern sogar einen Gewinn in Höhe von einer Million Dollar.

Die kleine deutsche Mannschaft gewann vier Gold-, zwölf Silber- und fünf Bronzemedaillen (USA 41 Mal Gold). Bei Filmregisseur Ernst Lubitsch, erzählt heute der Wasserballer Fritz Gunst (75), „haben wir erst einmal den Bierkeller leergetrunken." Vor zwei *Monaten* erhielt auch er eine Absage aus Los Angeles. Die Organisatoren hatten zuvor alle Medaillengewinner von 1932 eingeladen. Gunst: „Kein Geld, haben sie plötzlich geschrieben. Dabei leben auf der ganzen Welt doch höchstens noch hundert."



Ein geteiltes Land, eine getrennte Bevölkerung: Auf dieser Mauer durch Nikosia feiern die Türken den Sieg der „Befreiungsarmee" FOTO: CAMERA PRESS

Die einen feiern, die anderen trauern

Vor zehn Jahren besetzten türkische Truppen den Norden Zyperns. Die Insel ist seither geteilt, Türken und Griechen leben getrennt. Eine schwache Hoffnung ruht in Nikosia auf der Vermittlung von UNO-Genralsekretär Perez, doch zu oft schon wurden Hoffnungen zerstört.

Von E. ANTONAROS

Zyperns sozialistische Edek-Partei hatte ganz konkrete Pläne: Anläßlich des zehnten Jahrestages der türkischen Invasion vom 20. Juli 1974 wollte Edek-Chef Wassos Lyssarides, einstiger Leibarzt des verstorbenen Erzbischofs Makarios, seine Anhänger innerhalb der Pufferzone marschieren lassen. Lyssarides: „Wir wollen der ganzen Welt zeigen, daß wir kein Stück Boden an die Türken abtreten wollen."

Seine Pläne konnten nicht realisiert werden. Die „Blauhelme" der Vereinten Nationen, deren Hauptaufgabe *das Auseinanderhalten* von Griechen und Türken auf Zypern ist, verboten den provokativen Marsch in dem von ihnen kontrollieren Landstrich. Die Sozialisten mußten schließlich doch einlenken und ihren Marsch entlang der Demarkationsinie veranstalten.

Zypern ist eine geteilte Insel und lebt im Kriegszustand. Die Breite der Pufferzone, wie sie nach dem Sommerkrieg von 1974 vereinbart wurde, beträgt an manchen Stellen ein paar Kilometer, anderswo, so etwa im Zentrum Nikosias nur ein paar Meter. Es gibt weder Schießautomaten noch Minenfelder, aber auf beiden Seiten sind schwerbewaffnete Soldaten postiert, die diese Landschaftsidylle zerstören und die Trennungslinie unpassierbar machen.

Die beiden Volksgruppen leben scharf voneinander abgeschirmt. Etwa 550 000 Griechen, die knapp 80 Prozent der gesamten Inselbevölkerung ausmachen, müssen sich mit 60 Prozent des Insel-Territoriums zufriedengeben, das ihnen seit der türkischen Invasion übriggeblieben ist. Im Norden, wo weiterhin an die 25 000 türkische Soldaten vom Festland stationiert sind, leben 120 000 Insel-Türken und an die 40 000 Siedler aus der Südtürkei auf fast 40 Prozent des Hoheitsgebiets der Republik Zypern. Ein paar hundert alte Griechen sind *freiwillig im türkischen Norden* geblieben, ebenso knapp 120 Türken im Süden.

Mitten in der geteilten Hauptstadt Nikosia gibt es ein unfehlbares Stimmungsbarometer: Es heißt „Checkpoint Ledra Palace", direkt vor dem Goethe-Institut, und ist seit zehn Jahren der einzige Grenzübergang. In diesen Tagen ist der Checkpoint für normale Sterbliche unpassierbar geworden. Nur die 2313 „Blauhelme" der UNO genießen völlige Bewegungsfreiheit, selbst Diplomaten unterliegen mittlerweile gewissen Weisungen des Außenministeriums in Nikosia. Der Schlagbaum ist hingegen für alle Journalisten gefallen, die noch bis vor einigen Tagen mal im griechischen, mal im türkischen Sektor sein durften. Die Entscheidung *fiel auf griechischer Seite.* Regierungssprecher Christofides: „Wir wollen Denktasch doch nicht die Möglichkeit geben, seine Propaganda kostenlos zu verbreiten."

Völlig unterschiedlich – wie könnte es anders sein? – bewerten die beiden Seiten den zehnten Jahrestag der türkischen Invasion vom 20. Juli 1974. Für die Türken handelt es sich um eine „Friedensaktion", deren einziges Ziel die Schaffung von Garantien für die Sicherheit der türkischen Minderheit gewesen sei. In den Augen der Griechen – so Staatspräsident Spyros Kyprianou – ist die Landung der türkischen Truppen „ein brutaler Besatzungsakt, dessen Endziel die Einverleibung der gesamten Insel durch die Türkei ist". In disen Tagen jubeln die Türken mit Militärparaden, die Griechen trauern in Protestmärschen.

Griechische Offiziere, die auf das Diktat der Athener Obristen hörten, lieferten den Türken im Sommer 1974 den Vorwand zum militärischen Eingriff: Am 15. Juli hatten sie gegen Staatspräsident Erzbischof Makarios geputscht und ein Marionetten-Regime in Nikosia installiert. Weil das Obristenregime die „Enosis", Zyperns Anschluß ans griechische Mutterland predigte, schickte Ankaras damaliger Regierungschef Bülent Ecevit seine Truppen auf die Insel.

Athens Offiziere, die eine solche Entwicklung nicht erwartet hatten, verließen Hals über Kopf die politische Szene, die Demokratie wurde in Griechenland wiederhergestellt, auch Nikosias Marionetten-Kabinett trat klanglos ab. Zu einer Einigung kam es jedoch trotz intensiver Beratungen in Genf nicht. Die Türken, die ursprünglich nur einen relativ kleinen Teil Zyperns um die Hafenstadt Kyrenia erobert hatten, marschierten Mitte August massiv weiter vor. Ihre Luftwaffe zerschmetterte die militärisch unterlegenen Griechen. Innerhalb von wenigen Tagen hatte Ankara knapp 40 Prozent des Insel-Territoriums unter Waffengewalt.

Nennenswerte Änderungen hat es seither auf der Insel nicht gegeben. Hoffnungsschimmer traten zwar gelegentlich auf: so etwa 1977, als der damalige UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim ein Treffen von Erzbischof Makarios mit dem Führer der türkischen Volksgruppe Rauf Denktasch arrangierte. Ein Grundsatz-Abkommen wurde verabschiedet. Zähneknirschend erklärten sich die Insel-Griechen „im Prinzip" mit einer föderativen Lösung einverstanden und wollten weiter verhandeln.

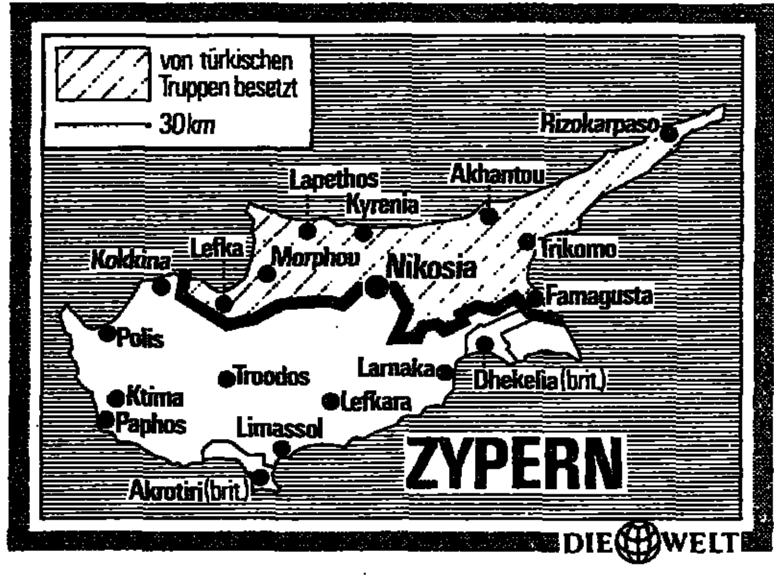
Aber Makarios' Tod ein paar Monate später ließ die ersehnte Einigung schon wieder in weite Ferne rücken. Der verstorbene Erzbischof mag sehr umstritten gewesen sein, aber er war bei den Griechen sehr populär und konnte mit seiner Autorität fast jede Entscheidung durchsetzen. Seine Nachfolger sind unter sich zerstritten. Der jetzige Staatschef Kyprianou, ein *Mann der politischen Mitte,* hat zwar die stillschweigende Unterstützung der Kommunisten. Aber Moskaus Gefolgsleute und die konservative „Sammlungsbewegung" nehmen das Staatsoberhaupt unter Beschuß, weil er keine Verhandlungsbereitschaft zeige.

Kyprianou sieht die Sache anders: „Die Griechen auf Zypern haben sich bereits verhandlungsbereit gezeigt und in mehreren Punkten zurückgesteckt. Wir können doch nicht von vornherein jede türkische Forderung akzeptieren und einen Dialog ohne einen festen Rahmen akzeptieren. Dann würden die Türken neue vollendete Tatsachen schaffen."

Die Entwicklungen der letzten Monate geben dem letztes Jahr wiedergewählten Staatschef, der jahrelang Außenminister unter Makarios war, recht: Im November 1983, während eine Vermittlungs-Initiative des UNO-Generalsekretärs Perez de Cuellar im Gange war, rief Denktasch eine unabhängige „Türkische Republik von Nordzypern" aus. Bisher hat zwar kein Staat außer der Türkei diese „Pseudo-Republik" – wie sie die Griechen nennen – anerkannt. Aber im griechischen Teil Nikosias wird Denktaschs Entscheidung als eine „grobe Verletzung aller UNO-Resolutionen" betrachtet.

Zehn Jahre nach der Invasion herrscht auf der Insel Funkstille zwischen den beiden Volksgruppen.

(SAD)



Das Ende einer ungeliebten Partnerschaft

Gekriselt hatte es schon länger in dieser politischen Ehe, die erst vor drei Jahren geschlossen wurde. Gestern war Scheidungstermin: Frankreichs Kommunisten verlassen das Kabinett. Etappen einer Krise.

Von A. GRAF KAGENECK

Um 8.40 Uhr ertönte gestern das dünne Alarmzeichen aus den Tickern der Nachrichtenagentur AFP, das außergewöhnliche Ereignisse ankündigt. Die zu den Geräten stürzenden Redakteure hatten darauf gewartet. Die Kommunistische Partei Frankreichs werde, hieß es in einer 4-Zeilen-Meldung, um 9 Uhr eine Pressekonferenz in ihrem Hauptquartier am Colonel-Fabien-Platz in Nord-Paris geben. Das entnervende Rätsel, ob die Kommunisten an der neuen Regierung des Technokraten Laurent Fabius teil*nehmen würden oder nicht, schien* nach zwei schlaflosen Nächten gelöst zu werden.

Die Kommunisten hatten 48 Stunden schwere Gewissenserforschung hinter sich. Von der Regierungsumbildung waren sie überrascht worden. Wie jeder andere brave Bürger Frankreichs hatten die vier Minister Fiterman, Ralite, Le Pors und Rigout von der Geschichte am Dienstag abend um 20 Uhr im Fernsehen erfahren. Parteichef Georges Marchais weilte an der rumänischen Schwarzmeerküste im Urlaub. Die Minister tobten. Das war der Tropfen, der das Faß *überlaufen lassen würde.* Die Sozialisten hatten es gewagt, ihren Koalitionspartner nicht einmal von einem so folgenschweren Schritt wie einer Regierungsumbildung zu unterrichten. Allen voran François Mitterrand, den sie nie wirklich gemocht hatten und von dem Georges Marchais in einer schwachen Stunde einmal gesagt hatte, daß er jedesmal, wenn er das Gesicht des sozialistischen Parteichefs vor sich habe, Lust bekomme, seine Hand darauf landen zu lassen.

Einer der vier, Rigout, hatte schon vor Wochen darauf gedrängt, das Schiff, auf das man 1981 mit äußer*ster Zurückhaltung aufgestiegen war,* wieder zu verlassen. Aber nun wollte man erst einmal die Rückkehr des angeschlagenen Parteichefs Marchais abwarten und dann im eigentlichen Entscheidungsgremium der Partei, dem Zentralkomitee, das Für und Wider eines solchen Schrittes prüfen.

Das ZK wurde für Mittwoch, 20 Uhr, einberufen. Vorher hatte Marchais gleich vom Flugplatz aus, begleitet von Fiterman und seinem jungen Adlatus Juquin, den designierten Premierminister Fabius im Matignon-Palais aufgesucht und ihm die Bedingungen für eine weitere Mitarbeit der Kommunisten in seinem Kabinett genannt: Ende der Austerity-Politik, Rückkehr zur Vollbeschäftigung, staatliche Investitionen, Konjunkturankurbelung über den Konsum – kurz, Rückkehr zur Geschäftsgrundlage, die 1981 vereinbart und mit Einsetzen der Austerity-Politik des Jacques Delors im März 1983 einseitig verlassen worden war.

Diese Forderungen der Kommunisten waren nicht neu. Sie wurden seit Monaten vorgebracht und hatten das Verhältnis zwischen den Koalitionspartnern zunehmend vergiftet. Mitterrand und Premier Mauroy hatten sich lange Zeit taub gestellt, entweder weil sie die Kritik für unangebracht hielten oder weil sie einen Bruch mit dem unbequemen Rebellen noch nicht riskieren wollten. Keinesfalls *konnte man auf die Forderungen des* Georges Marchais eingehen, ohne den gerade wieder zu Buch schlagenden Sanierungskurs Delors' ad absurdum zu führen. Das, was die Kommunisten wollten, war ja gerade das Übel, dem man in der Euphorie des ersten Jahres der Macht verfallen und womit man an den Rand des Abgrundes geraten war.

So mußten Mitterrand und seine *Parteigänger einfach gute Nerven* behalten und die Dinge durchgestanden werden. Und wenn es den Herren vom Colonel-Fabien-Platz nicht paßte, dann sollten sie eben gehen. Man werde schon sehen, ob sie es wagten, eine seit Jahrzehnten angestrebte Machtposition freiwillig zu räumen, ob sie dabei nicht auch die Interessen Moskaus zu berücksichtigen hätten.

Für Mitterrand war es ein gewisser Triumph, als er sich am Abend des 17. Juni nach den Europawahlen trotz des schlechten Abschneidens der Linken das Ergebnis der KPF ansah: 11 Prozent der Stimmen, nur noch ein *Drittel dessen, was die Partei auf ih*rem Höhepunkt in der Nachkriegszeit besessen hatte. Das war das Scheitern ihrer Doppelstrategie, mit einem Bein der Regierungsmehrheit und mit dem anderen der Opposition anzugehören. Die Kritik an der Regierungspolitik hatte für die KPF nicht zu Buch geschlagen. Marchais' Spagat hatte der Partei die Beine verrenkt.

Nun konnte der Staatschef seine Regierung umbilden, ohne sich über die kommunistische Reaktion den Kopf zu zerbrechen, einen Premierminister berufen, der sein volles Vertrauen hat, der kein Ideologe, sondern Pragmatiker ist und eine Politik machen werde, die sich an den Realitäten mißt und den Beweis ihrer Wirksamkeit schon unter Delors geführt hatte. Fabius' kurze Antrittsre*de am Dienstag abend bestätigte,* daß er diese Anweisungen vom Staatschef erhalten hatte: Modernisierung Frankreichs und Einigung der Franzosen waren die Stichworte. Mit anderen Worten, Fortführung der Austerity und Aufgabe aller Reformen, die die Franzosen trennen würden.

Das politische Paris wußte, daß in diesen Worten des neuen Premierministers der Bruch mit den Kommunisten steckte. Sie waren das Gegenteil dessen, was die Partner vergeblich mit ihrer Obstruktion zu erreichen versucht hatten. Als Marchais bei Fabius herauskam, sagte er drohend, daß der neue Premierminister auf seine Vorschläge nicht eingegangen sei und er sie ihm noch einmal schriftlich unterbreiten werde. Dann fuhr er ins Zentralkomitee, das bis 1 Uhr nachts tagte und sich gegen eine weitere Regierungsbeteiligung entschied, nachdem bis zu diesem Zeitpunkt keine Antwort aus dem Matignon-Palais eingegangen war.

Noch zweimal rief der Parteichef dann um 4 Uhr und um 8 Uhr morgens seine engsten Mitarbeiter zusammen, um eine angemessene Begründung für die Kündigung zu formulieren. Pierre Juquin verlas sie dann um 9 Uhr morgens vor der Presse: „Unter diesen Umständen können wir nicht die Verantwortung vor den Millionen enttäuschter Arbeiter übernehmen, noch weiter an der Regierungsverantwortung beteiligt zu sein."

Berliner SPD wirft Bergungsfirma „kriminelle Praktiken" vor

Waren lukrative Munitionsfunde manipuliert? / Untersuchungsausschuß beantragt

F. DIEDERICHS, Berlin

Die SPD-Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus will durch einen Untersuchungsausschuß klären lassen, wie es zu dem sogenannten „Munitionsskandal" kommen konnte. Damit steht dem Senat nach der Sommerpause der dritte parlamentarische Untersuchungsausschuß dieser Legislaturperiode ins Haus, nachdem sich die Kontrollgremien des Abgeordnetenhauses bereits mit dem Feuertod von sechs Abschiebehäftlingen und den Vorwürfen gegen den CDU-Abgeordneten Karl-Heinz Schmitz wegen dessen zu enger persönlicher Bindung zur Ausländerpolizei beschäftigen mußte.

Hintergrund der Absicht der SPD-Opposition, nach den Ferien die Arbeit der Behörde von Berlins Bausenator Klaus Franke (CDU) unter die Lupe zu nehmen, sind die nach Ansicht der SPD vom Senat „vertuschten betrügerischen Machenschaften" einer der renommiertesten Berliner Firmen, die sich mit der Beseitigung von Kriegsmaterialien und Sprengstoffen aus dem Zweiten Weltkrieg beschäftigt. Derzeit sucht die Firma mit großem Aufwand im Berliner Bezirk Neukölln unter einer Neubausiedlung nach Munition, die gegen Ende des Jahres 1944 dort in einen ehemaligen Panzergraben geschüttet worden sein soll. Später bauten Stadtplaner darauf Wohnungen, Kindergärten, Fabriken und einen Supermarkt.

Im Zuge der Munitionssuche, so stellte sich jetzt heraus, hatte die Firma bereits in den Monaten März und April dieses Jahres Granaten unter einem Wohnhaus emporgefördert, die aber nach Erkenntnissen der Polizeitechnischen Untersuchungsanstalt niemals aus dieser Baugrube stammen können. Vielmehr seien die explosiven Stoffe, die 42 Mietparteien zu wochenlangem Verlassen ihrer Wohnungen zwangen, aus dem entfernten Tiergarten herbeigeschafft worden. Nachdem die Polizeitechniker dies ermittelt hatten, teilten sie ihren Verdacht dem zuständigen Fachbeamten in der Senatsbauverwaltung mit.

Dieser bekannte heute, er habe „die Angelegenheit nicht für so dringlich gehalten", so daß er Bausenator Klaus Franke nicht informiert hätte. Die SPD wirft dem Senat in diesem Punkt vor, den offensichtlichen „Munitionsschwindel" völlig falsch eingeschätzt zu haben.

Am 4. Mai dann „fand" die beauftragte Firma weitere Granaten, die sich später ebenfalls als von anderer Stelle herbeigeschafft herausstellten. Doch erst am 5. Juli dieses Jahres erfuhr Bausenator Klaus Franke, so seine eigenen Angaben, von dem Vorschlag der Polizei, die Arbeitsweise der Munitionsbergungsfirma stärker als bisher unter die Lupe zu nehmen.

Die Frage, ob die Bergungsfirma oder unbekannte Dritte die Munition an den späteren Fundort schafften und was sie mit dieser Täuschungsaktion bezweckten, ist nach wie vor ungeklärt. Der Firmeninhaber weist alle Vorwürfe gegen sich und seine Mitarbeiter zurück, doch sieht er sich unter scharfer Kritik des SPD-Abgeordneten Klaus Junglaus, der dem Unternehmen „kriminelle Praktiken" anlastet, um weiter an dieser Stelle die lukrative Munitionssuche betreiben zu können. Derzeit ermittelt die Berliner Staatsanwaltschaft gegen die Bergungsfirma. Berlins Bausenator Franke muß sich vor allem offene Kritik gefallen lassen, der Informationsfluß in seiner Behörde sei nicht nur zähflüssig, sondern „chaotisch".

„DDR" verteidigt vor UNO-Ausschuß den Schießbefehl an der Grenze

Menschenrechtsorganisationen: Verhalten mit dem Recht auf Freizügigkeit unvereinbar

DW. Genf

Die „DDR" hat versucht, den an ihre Grenztruppen ausgegebenen Schießbefehl mit einem Hinweis auf entsprechende Bestimmungen in anderen Ländern zu verteidigen. Vor dem Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen in Genf zitierte der Vertreter des „DDR"-Justizministerium, Professor Buchholz, ausführlich aus dem Grenzgesetz von 1982, das den Schußwaffengebrauch zur Verhinderung von Fluchtversuchen und anderen angeblichen Straftaten im Grenzbereich erlaubt.

Grundsätzlich, so Buchholz, sei festgelegt, daß das Leben der Verdächtigen „falls möglich" geschont werden solle. Außerdem solle auf Frauen und Jugendliche „falls möglich" nicht geschossen werden. „Im Prinzip" habe dem gezielten Schuß ein Warnschuß vorauszugehen, es sei denn, es gelte unmittelbare Gefahr abzuwenden. Buchholz stellt sich auf den Standpunkt, daß die Bestimmungen des Grenzgesetzes „durchaus den Vorschriften in anderen demokratischen Ländern entsprechen". In einem 27seitigen Bericht, den die „DDR" in Genf präsentiert hatte, möchte Ost-Berlin den Eindruck erwecken, die Menschen in Mitteldeutschland seien im vollen Genuß ihrer Menschenrechte. Vor dem UNO-Ausschuß muß die „DDR" nämlich Rechenschaft darüber ablegen, ob ihre Gesetzgebung mit dem „Pakt über die zivilen und politischen Rechte" der Vereinten Nationen vereinbar ist.

Bereits am Mittwoch waren Formulierungen in dem „DDR"-Text auf entschiedenen Widerspruch gestoßen. So hatte Ost-Berlin unter anderem damit argumentiert, daß drei Millionen „DDR"-Bewohner in das nicht-sozialistische Ausland hätten reisen können. Als Beobachter im Auftrag der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und der Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung hielt der frühere Staatssekretär Günter Wetzel in einer Stellungnahme der „DDR" vor, ihre „Hinweise" bewiesen nicht die Erfüllung der Bestimmungen des Internationalen Pakts. „Die Regierung der DDR handhabt vielmehr ein Verbot der Ausreise mit Erlaubnisvorbehalt. Begünstigte der Erlaubnis sind Männer über 65 und Frauen über 60 Jahre. Der überwiegenden Mehrheit der Bürger der DDR wird die Ausreise verweigert", heißt es in der Stellungnahme. „Um diese Verweigerung aufrechtzuerhalten, hat die Regierung der DDR ein Grenzsystem errichtet, das mit den Prinzipien der Menschlichkeit und dem Recht auf Freizügigkeit unvereinbar ist." Die Regierung der „DDR" habe die Ausnahme des Artikels 12 Absatz 3 (Verweigerung der Ausreise aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) zur Regel erhoben und damit Artikel 12 des Internationalen Pakts auf den Kopf gestellt.

Der Hinweis im Bericht der „DDR" auf das Paßgesetz vom 28. Juni 1979 belege diesen Tatbestand, heißt es in der Stellungnahme weiter. Nach diesem Gesetz besteht kein Rechtsanspruch auf Ausstellung eines Dokuments, das zum Grenzübertritt berechtigte. Schlußfolgerung in der Stellungnahme der Menschenrechtsorganisation: „Damit ist die Ausreisegenehmigung in Gegensatz zu dem, was Artikel 12 des Internationalen Pakts erreichen will, in das Ermessen der Regierungsorgane gestellt."

Im Jahre 1983, darauf wurde von Wetzel in Genf hingewiesen, seien an der innerdeutschen Demarkationslinie 600 Detonationen der Selbstschußanlagen vom Typ SM-70 registriert und 200 Schüsse gezählt worden. Noch am Sonntag, dem 25. Juni dieses Jahres, wurde ein 29jähriger Mann aus Mitteldeutschland in der Nähe der Ortschaft Brohme in Thüringen durch 16 Splitter in Brust, Rücken und Hals schwer verletzt, durch die Splitterwirkung habe er außerdem einen Armbruch erlitten.

„In der Sowjetunion ist der Kampf um die Ausreise besonders hart"

IGFM legt ihren Jahresbericht vor / 1983 gelang 228 Menschen Flucht aus „DDR"

Walter H. RUEB, Bonn

Die Deutsche Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) betreute 1983 insgesamt 8434 Personen in der Bundesrepublik, der „DDR" sowie in zahlreichen fremden Ländern. Wie aus dem jetzt vorgelegten Jahresbericht hervorgeht, wurde die Aktion „Rettet Sacharow" fortgesetzt. Die IGFM nahm sich auch des sowjetischen Unteroffiziers Jurij Waschtschenko an. Waschtschenko war Soldat der Roten Armee in Afghanistan, Gefangener der Freiheitskämpfer, sodann Internierter in der Schweiz. Im Sommer 1983 floh er in die Bundesrepublik und stellte einen Asylantrag. Die endgültige Entscheidung darüber steht noch aus.

Sehnsucht nach Gott

Die Verbesserung der Menschenrechts-Situation in der „DDR" und der Sowjetunion waren Schwerpunkte der IGFM-Arbeit im Berichtsjahr. Jenseits der deutsch-deutschen Grenze sei die Zahl der Ausreisewilligen erneut beträchtlich angestiegen, wird im IGFM-Bericht konstatiert. Wörtlich heißt es dann: „Die Regierung der DDR versuchte auf verschiedene Weise der Situation Herr zu werden: die einen wurden eingesperrt, die anderen eingeschüchtert, die dritten in den Westen abgeschoben ... Die Ursachen für die große Unruhe, die die Menschen in der DDR erfaßt hat, geht auf drei Grundmotive zurück: Sehnsucht nach Gott, nach freier Ausübung der Religion bzw. Leiden unter dem Druck des atheistischen Staates; Sehnsucht nach dem Frieden bzw. Angst vor dem Krieg; Sehnen nach bürgerlichen und politischen Rechten bzw. zunehmende Einschränkung dieser Rechte und Entmündigung der Bürger."

Die IGFM vertritt in ihrem Bericht den Standpunkt, daß die offene und unterschwellige Opposition sowie der weitverbreitete Wunsch, das Land zu verlassen, von der „DDR"-Regierung durch die Steigerung ihres Drucks auf die Menschen in vielen Bereichen selbst verursacht worden sein. Genannt werden dabei unter anderem die hemmungslose Propaganda gegen den „Klassenfeind BRD", die Militarisierung des öffentlichen Lebens, Einführung der Wehrerziehung für Kinder und Jugendliche, verlängerter Militärdienst, Erfassung der Frauen zum Wehrdienst, Senkung des Lebensstandards infolge der hohen Rüstungsausgaben und durch den Beschluß des Warschauer Pakts, weitere sowjetische Atomraketen in der „DDR" zu stationieren.

Die IGFM veröffentlicht in ihrem Jahresbericht auch Zahlen über die Fluchtbewegung aus der „DDR" in die Bundesrepublik. 1983 gelang danach 228 Menschen die lebensgefährliche Flucht über Sperranlagen (1982 waren es noch 283 gewesen). Auf andere Weise schafften 2487 (2565) die Flucht; eine offizielle Ausreisegenehmigung erhielten 8856 (9113) Personen; die Ausreise nach politischer Haft oder auf Zwang der Behörden traten 1127 (1425) Personen an. Insgesamt wechselten damit im vergangenen Jahr 12 698 Personen (13 386 in 1982 und gar 16 923 in 1981) aus der „DDR" in die Bundesrepublik.

Aus der Sowjetunion durften im Berichtsjahr in 21 Fällen Rußlanddeutsche in die Bundesrepublik ausreisen. Die Gesamtzahl der von der IGFM betreuten Familien aus der deutschen Minderheit von insgesamt zwei Millionen Menschen in der UdSSR betrug 1376 mit 6000 Personen. „Der Kampf um die Ausreise ist hart", begründet die IGFM in ihrem Jahresbericht die kleine Zahl von Familienzusammenführungen. „Die sowjetischen Behörden unternehmen alles, um Ausreisewillige von ihrem Vorhaben abzubringen: Verweigerung von Antragsformularen unter Vorwänden, Verboten, Postzensur, Schikanen bei Ferngesprächen in den Westen, bürokratische Hürden, Zwangsschulungen und Unterdrückung."

Die KPdSU zeige auch nach 67jähriger Regierungszeit keinerlei Neigung, von ihren alltäglichen und umfangreichen Menschenrechtsverletzungen abzulassen, heißt es im IGFM-Bericht weiter. Mit allen Mitteln werde versucht, die Menschen zu zwingen, nach der lebensfeindlichen kommunistischen Ideologie zu leben. „Erlaubt sind alle Mittel, die zu diesem Ziel führen: Freiheitsberaubung, Lüge, Entziehung der Existenzmöglichkeit, gewaltsame Trennung der Familien, Hunger, Zwangsarbeit, Totschlag, Massenexekutionen."

Der Fall Lukjanow

Allein in der Sowjetunion nahm sich die IGFM 1983 insgesamt 419 Familien und Einzelpersonen an. Über einen besonders tragischen Fall heißt es im Jahresbericht: „Ein markanter Fall ist Jermak Lukjanow. Während des Krieges kam er in deutsche Gefangenschaft, später siedelte er nach Belgien um. Er arbeitete in einem Bergwerk und hatte eine Familie mit neun Kindern. Im Jahre 1968 fuhr er in seine alte Heimat, um Verwandte zu besuchen. Man verhaftete ihn und sperrte ihn in eine psychiatrische Anstalt ... Erst im Sommer 1983 erhielt seine Familie einen offiziellen Bescheid aus der Sowjetunion, daß ihr Vater zum Tode durch Erschießen verurteilt worden sei ... Die Kinder bemühten sich um eine Genehmigung, ihren 70jährigen Vater zu besuchen. Erst unter dem Druck zahlreicher öffentlicher Proteste wurde der Besuch gestattet ... Ob aber das Todesurteil aufgehoben wird, ist bisher nicht bekannt ..."

Haft für vier Mitglieder aus „Montagskreis"

rtr. Berlin

Vier Mitglieder des Weimarer kirchlichen „Montagskreises" sind nach Angaben von Freunden in West-Berlin vom Erfurter Bezirksgericht wegen „Beeinträchtigung staatlicher und gesellschaftlicher Tätigkeit" zu Freiheitsstrafen zwischen 24 und 34 Monaten verurteilt worden: der 19jährige Volker Otto zu zwei Jahren und zehn Monaten, der 21jährige Wolfram Hasch zu zwei Jahren und sechs Monaten und der 19 Jahre alte Alexander Kobylinski zu zwei Jahren und vier Monaten Haft. Nur die zweijährige Haftstrafe für den 21 Jahre alten Jan-Georg Fischer wurde zur Bewährung ausgesetzt.

Alle vier Verurteilten hätten in dem Kirchenkreis der Jakobsgemeinde in Weimar mitgearbeitet und sich dort für Friedensfragen und ökologische Probleme engagiert, hieß es in dem Freundeskreis. Sie waren am 25. Januar dieses Jahres verhaftet worden. Für ihre Freilassung hatten sich unter anderen der Schriftsteller Günter Grass und Jo Leinen vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) eingesetzt.

Arbeitslose: Franke gegen Schwarzmalerei

AP/dpa, Osnabrück

Als „völlig unrealistisch" hat es Präsident Heinrich Franke von der Bundesanstalt für Arbeit bezeichnet, daß die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik auf drei Millionen ansteigen könne. In einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" wies Franke damit Äußerungen seiner designierten Stellvertreterin Ursula Engelen-Kefer „mit Nachdruck" zurück. Solche Prognosen stellten eine „absolut unbegründete Schwarzmalerei" dar.

Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß es in diesem Jahr bei der voraussagten Zahl von 2,2 bis 2,3 Millionen Arbeitslosen bleiben werde, sagte Franke. Darin seien sich auch die wirtschaftswissenschaftlichen Institute einig. Da die Aufschwungtendenzen anhielten, sei nicht mit einer Verschlechterung der Lage zu rechnen. „Auch die Streikfolgen werden bis zu den besonders kritischen Monaten im Winter und im Frühjahr nächsten Jahres zum großen Teil wieder aufgeholt sein, so daß es keinen Grund zu übertriebenem Pessimismus gibt."

Für den Monat Juli wird im Bundesgebiet und in Berlin allerdings wieder mit einem Ansteigen der seit Februar rückläufigen Arbeitslosigkeit gerechnet, erfuhr die Deutsche Presse-Agentur am Donnerstag. Auch in diesem Jahr wird sich voraussichtlich die sommerliche Ferien- und Urlaubszeit negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken. Bestenfalls sei mit einer Stagnation der Arbeitslosenzahl zu rechnen, die Ende Juni bei 2 113 000 lag. Die Arbeitslosenquote betrug am Ende des Vormonats 8,5 Prozent. Im vergangenen Jahr war im Monat Juli die Zahl der Arbeitslosen um 75 000 auf 2 202 000 angestiegen. Wegen der insgesamt etwas günstigeren Lage auf dem Arbeitsmarkt könnte die Zunahme in diesem Jahr geringer ausfallen.

Bonn „verhindert" Kulturgut-Austausch

AP, Bremen

Die Bundesregierung verhindert nach Meinung des Bremer Kultursenators Horst-Werner Franke „die Rückführung wertvollsten deutschen Kulturgutes aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik". Wie Franke am Donnerstag vor Journalisten in Bremen erklärte, ist die Sowjetunion bereit, 30 000 im Moskauer Zentralarchiv liegende Archivalien aus den Hansestädten Bremen, Hamburg und Lübeck zurückzugeben. Die Rückgabe scheitere aber an der Weigerung der Bundesregierung, der Stadt Reval in der estnischen Sowjetrepublik ihr in der Bundesrepublik liegendes Stadtarchiv herauszugeben.

Franke warf der Bundesregierung vor, sie sei „eindeutig der Faktor, an dem ein vernünftiger und im Interesse der Kultur beider Länder liegender Austausch" scheitere. Sie setze sich in Widerspruch zu einem Beschluß des internationalen Archivrates der Unesco, der 1977 mit der Stimme der Bundesrepublik die Rückführung solcher Archivmaterialien beschlossen habe.

Bei den rund 30 000 im Zentralarchiv in Moskau liegenden Stücken aus den Archiven der drei Hansestädte handele es sich um Urkunden, Stadtchroniken, Verfassungen, Amtsbücher und Akten, die vielfach noch aus dem Mittelalter stammten. Rund 24 000 Archivalien gehörten nach Lübeck, 6500 nach Bremen und einige hundert nach Hamburg.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Leistungen der Koalition offensiver vertreten"

Gespräch mit Stoiber vor dem Familien-Kongreß der CSU

PETER SCHMALZ, München

Die CSU ist trotz erheblicher Verbesserungen weiterhin nicht voll zufrieden mit der Familienpolitik der Bundesregierung. Zwar seien zwischen den beiden Unionsparteien keine fundamentalen Unterschiede zu erkennen, erklärte der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber im Gespräch mit der WELT, doch die Koalition habe durch die Kürzungen auch im Familienbereich zu Beginn dieser Legislaturperiode politische Glaubwürdigkeit eingebüßt und versäume es nun, die auch von der CSU begrüßten geplanten oder bereits realisierten Maßnahmen der Öffentlichkeit offensiv zur Kenntnis zu bringen. Man sei darüber „zutiefst verärgert", sagte der CSU-Politiker.

Von dem familienpolitischen CSU-Kongreß am Samstag in München erhofft sich Stoiber einen publizistischen Anstoß, um in einer breiten Öffentlichkeit ein Bewußtsein für dieses Thema und für die Erfolge der Union zu schaffen. Als Vorsitzender der CSU-Familienkommission formulierte Stoiber für den Kongreß ein CSU-Bekenntnis für „die Familie als Fundament unserer Gesellschaft".

Die CSU wolle die Familie nicht allein aus Traditionsverständnis heraus fördern („weil's immer so war"), sondern aus der Überzeugung, daß „eine humane Gesellschaft, die Chancengerechtigkeit zu einem wesentlichen Teil ihrer Politik erhebt, ohne eine wirksame Familienpolitik ihr Ziel verfehlt". Die Familie habe sich als natürliche Grundform menschlichen Zusammenlebens nicht nur über die gesamte Menschheitsgeschichte und durch alle Kulturkreise als stabilste Einheit bewährt, sie sei zugleich für eine optimale Persönlichkeitsentwicklung unverzichtbar.

Für die CSU leitet Stoiber daraus eine Grundaussage ab: In erster Linie muß die Familie gefördert werden, außerfamiliäre Institutionen wie Kindergärten, Horte und Schulen können die Familie nur ergänzen, aber niemals ersetzen. Stoiber: „Hier ist ein fundamentaler Unterschied zur SPD, die vor allem auf außerfamiliäre Einrichtungen setzt."

Motivation für das Engagement zugunsten der Familie zieht Stoiber nicht zuletzt aus der Tatsache, daß 70 Prozent der 14- bis 25jährigen sich für Ehe und Kinder aussprechen. Das heißt, so interpretiert er, daß „der Wunsch nach Familie für die überwältigende Mehrheit der jungen Generation Lebensziel Nummer 1 ist".

Stoiber unterstützt die von Geißler ausgelöste Diskussion um den Abtreibungsparagraphen: „Ich teile vollinhaltlich seine Meinung." Die CSU will, so der CSU-Politiker, den Paragraphen 218 b nicht abschaffen oder ändern, die soziale Indikation müsse es auch weiterhin geben. Aber: „Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen, was soziale Indikation eigentlich ist. Wir müssen sie im Begriff auf den Kernpunkt zurückführen, als was sie vom Gesetzgeber in dem damals ausgehandelten Kompromiß gemeint war." Dazu wird der Kongreß morgen vorschlagen, die soziale Beratung stets vor der Indikationsfeststellung durchzuführen, zwischen beiden eine strikte Trennung zu gewährleisten, die soziale Beratung allein anerkannten Beratungsstellen zu überlassen und die Bedenkzeit zwischen Beratung und Indikationsfeststellung von drei auf fünf Tage zu verlängern.

Für 20 Mark liefert JURIS Rechtsauskünfte

Bundesweite Datenbank soll privat betrieben werden

STEFAN HEYDECK, Bonn

Mit einem Juristischen Informationssystem (JURIS) wird die Arbeit von Richtern, Staatsanwälten, Rechtsanwälten und Juristen wesentlich erleichtert. Nach einer zehnjährigen Aufbau- und Entwicklungsarbeit durch das Bundesjustizministerium wird der „Rechts-Computer" künftig allen Interessierten gegen Bezahlung Auskünfte geben. Bisher sind in JURIS 450 000 Gesetze, Verwaltungsvorschriften, Urteile und Aufsätze in drei Datenbänken gespeichert worden. Sie können jederzeit per Knopfdruck abgerufen werden. In einem nächsten Schritt sollen in möglichst kurzer Zeit die rund 100 000 Einzelvorschriften des Bundesrechts mit Hinweisen auf andere damit zusammenhängende Vorschriften gespeichert werden. Der Gesetzgeber hat dann ein wichtiges Hilfsmittel, überflüssige Vorschriften auszuschalten und erforderliche neue eindeutig und widerspruchsfrei festzulegen.

Ziel ist es, auf diese Art die gesamte Rechtsordnung „durchschaubarer und zuverlässiger" zu machen. Allerdings wird nach den Worten von Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) „nicht der Mensch durch die Maschine ersetzt". Entscheidungen müßten auch in Zukunft getroffen werden: „Gerichtsurteile vom Computer wird es also auch in Zukunft nicht geben."

Und so funktioniert JURIS: Nach Eingabe von Stichwörtern findet er blitzschnell einschlägige Gesetzesmaterialien, Gerichtsentscheidungen und juristische Literatur. Er informiert zum Beispiel auf die Anfrage, ob der Kauf eines Toupets als außergewöhnliche Belastung von der Steuer absetzbar ist, daß dies nach einer Entscheidung des elften Senats des Düsseldorfer Finanzgerichts bei „kreisrundem Haarausfall" möglich ist. Dazu mußten vorher in den Computer die Wörter „Toupet", „Kosten" und „außergewöhnliche Belastungen" eingegeben werden. Gleichzeitig mit dem Hinweis auf das Urteil ging aus der Antwort hervor, daß insgesamt in Juris unter Begriff „Toupet" 21 Fälle, unter „Kosten" 30 000 und unter „außergewöhnlicher Belastung" 675 Entscheidungen gespeichert sind.

Die Entwicklung von JURIS seit 1973, an der neben dem Justizministerium auch das Finanz- sowie Arbeits- und Sozialministerium und die obersten Bundesgerichte beteiligt waren, hat bisher rund 90 Millionen DM gekostet. In der Testphase waren an das System über 60 Parlamente, Gerichte, Ministerien, Universitäten, Verbände und Rechtsanwälte angeschlossen. Nach einem Beschluß der Bundesregierung wird das Informationssystem aus dem Bundesjustizministerium ausgegliedert und vom kommenden Jahr an in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) unter Bundesbeteiligung umgewandelt. Dazu vertrat Engelhard die Ansicht, die Produktion und der Vertrieb von Fachinformationen, wie sie JURIS liefern könne, solle grundsätzlich Aufgabe der Privatwirtschaft sein sollte. Der Bund werde sich nach seiner „Starthilfe" auf das zur Wahrung öffentlicher Interessen unumgängliche Beteiligungsmaß beschränken.

Auch nach der jetzt erfolgten Freigabe von JURIS für alle Interessenten bleibt der Standort vorerst im Raum Bonn. Im Herbst soll dann über den endgültigen Sitz entschieden werden. Darum haben sich bereits Berlin, Kassel, Trier und Saarbrücken beworben. Nach vorläufigen Berechnungen wird eine 15-Minuten-Anfrage, in der „eine Fülle von Tatbeständen geklärt" werden kann, zwischen 20 und 30 DM kosten.

Wieder FDJ-Westreisen?

Bundesjugendring rechnet mit baldigem Boykott-Ende

BERND HUMMEL, Eschwege

Der Bundesjugendring erwartet von der geplanten Begegnung zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker Gespräche über eine Wiederaufnahme des von der „DDR" einseitig abgebrochenen Jugendtourismus zwischen den beiden Staaten in Deutschland. BJR-Geschäftsführer Ulrich Bunjes erklärte: „Es gibt Anzeichen für die stille Hoffnung, daß es weitergeht."

Die „DDR" hatte die für das laufende Jahr vorgesehenen Besuche von Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland abgesagt, nachdem der Generaldirektor von „Jugendtourist" am 24. April in einem Interview mit der „DDR"-Nachrichtenagentur ADN Kritik an der Bewertung von „DDR"-Gruppen im Verfassungsschutzbericht 1983 geübt hatte. Im Verfassungsschutzbericht heißt es unter anderem: „Die FDJ setzte ihre Bemühungen, auch den innerdeutschen Jugendaustausch für ihre politische Agitation auszunutzen, fort." Sogenannte „Touristengruppen" aus der „DDR" seien bei ihren Besuchen von besonders geschulten Funktionären begleitet worden.

Seither ruht der Jugendaustausch in Richtung Bundesrepublik Deutschland, in dessen Rahmen für 1984 der Besuch von 65 „DDR"-Jugendgruppen mit insgesamt 2200 Teilnehmern vereinbart worden war. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten nach Angaben des Bundesjugendringes lediglich zehn Gruppen mit 350 Teilnehmern die Bundesrepublik besucht. Ulrich Bunjes glaubt allerdings, daß die „DDR" die Begegnungen nicht langfristig einfrieren wird. Wörtlich: „Die Art der Stornierungen, nämlich stets sechs Wochen vor dem vereinbarten Besuchstermin, lassen eine gewisse Flexibilität in der DDR erkennen." Aufgrund von Absprachen zwischen dem Bundesjugendring sowie einigen Jugendverbänden und der „FDJ" der „DDR" wurden im September 1982 die Voraussetzungen für die Entwicklung des Reiseverkehrs von Jugendgruppen geschaffen. Bunjes: „Von daher haben wir auch bestimmte Wünsche."

„DDR": Früherer Bischof gegen Schießausbildung

hrk. Berlin

Gegen die in der „DDR" übliche Schießausbildung für Schüler und junge Pioniere hat sich der frühere mecklenburgische Landesbischof Heinrich Rathke gewandt. Er verurteilte auf einer Kirchenkonferenz in Rumänien, bei der er den „DDR"-Kirchenbund repräsentierte, diese Schießübungen und forderte stattdessen eine „Erziehung zum Frieden". In seinem Referat nannte es Rathke, der am 30. Juni nach 13jähriger Bischofszeit wieder in den Pfarrdienst zurückgekehrt war, „schrecklich, daß ausgerechnet auf deutschem Boden die ersten atomaren Mittelstreckenraketen stehen".

Bereits auf dem Kirchentag 1983 in Rostock hatte sich Rathke kritisch zu diesem Thema geäußert, indem er dem katholischen Schweriner Bischof Heinrich Theissing ausdrücklich zustimmte, daß nichts den Frieden so sehr gefährde, wie die Erziehung zum Haß. Das Wort „Friedenskampf ist ein Unsinn in sich, den wir von den Marxisten übernommen haben". Schon während seiner Amtszeit als Bischof hatte sich Rathke intern wiederholt für einen waffenlosen „sozialen Friedensdienst" als Alternative zur Wehrpflicht in der Volksarmee eingesetzt.

Arbeitszeit bei VW wird verkürzt

rtr. Wolfsburg

Eine Arbeitszeitverkürzung ist am Donnerstag für die rund 112 000 Beschäftigten der sechs inländischen Volkswagen-Werke vereinbart worden. Ein Konzernsprecher teilte mit, die Tarifparteien hätten sich auf die Einführung einer Jahresarbeitszeit auf der Basis einer 38,5-Stunden-Woche geeinigt. Dabei bleibe die tägliche betriebliche Arbeitszeit von acht Stunden bestehen. Der Ausgleich erfolge durch neun bezahlte Freischichten, die über das ganze Jahr verteilt nach Rücksprache mit dem Unternehmen genommen werden sollen.

Außerdem sei Einigung darüber erzielt worden, daß Mehrarbeit bis zu zehn Stunden je Mitarbeiter und Monat in Geld vergütet werde. Eine über zehn Stunden hinausgehende Mitarbeit werde durch Zeitausgleich abgegolten. Die neue Arbeitszeitregelung in der Volkswagenwerk AG solle ab 1. Januar 1985 in Kraft treten und eine Laufzeit von 24 Monaten haben.

Genscher sprach mit rumänischem Premier

Co. Bonn

Bundesaußenminister Genscher empfing gestern den ersten stellvertretenden rumänischen Ministerpräsidenten Gheorghe Oprea zu einem Gespräch über bilaterale und internationale Themen. Dabei meinte Genscher zum Ost-West-Verhältnis: „Es ist mehr erforderlich als nur der Dialog. Wir brauchen die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, kulturellen, im wissenschaftlich-technischen Bereich und beim Umweltschutz." Für die Ost-West-Beziehungen sei eine langfristige Perspektive erforderlich, die auch Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen erleichtern würde.

Bei einer Verbesserung der rumänischen Investitionsmöglichkeiten, so Genscher, würde auch das Interesse der deutschen Wirtschaft für Investitionen in Rumänien wachsen. Er unterstrich ferner die Notwendigkeit einer „fortlaufenden Lösung der humanitären Fälle", womit offensichtlich die reibungslose Fortsetzung der Ausreise von Deutschen aus Rumänien im Rahmen der Familienzusammenführung gemeint war.

C-Waffen: Bonn legt Dokument vor

Co. Bonn

Der Bonner Delegationsleiter bei der Genfer Abrüstungskonferenz, Botschafter Wegener, hat gestern ein neues Arbeitspapier eingebracht, das eine Zusammenfassung der Ergebnisse des von der Bundesregierung Mitte Juni veranstalteten „Workshop" zur Verifikationsproblematik bei der Vernichtung chemischer Waffen" enthält. Damit ergänzt Bonn seine Beiträge vom 28. Februar 1984 und 5. April 1984 zu dem für den Fortgang der Genfer Verhandlungen entscheidenden Bereich der Verifikation.

Für TV-Sat schon Nachfolger geplant

dpa, München

Die Bundesregierung plant, so Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU), „auf schnellstem Wege" einen Nachfolgesatelliten für den direktstrahlenden TV-Sat. Es sei dringend notwendig, in drei bis vier Jahren einen leistungsfähigen Nachfolger für den ersten TV-Sat zu bauen, der Ende 1985 mit drei Kanälen den Betrieb aufnehmen soll. Eine deutsch-französische Arbeitsgruppe für den Nachfolge-Satelliten (zehn bis 15 Kanäle) sei schon gebildet worden.

Argentinien will Diskussion über Souveränität nicht ausklammern

Berner Gespräch über die Falkland-Inseln abgebrochen / Auch London bleibt hart

FRITZ WIRTH/DW. London

Argentinien hat gestern seine Gespräche mit Großbritannien über die Falkland-Inseln knapp 24 Stunden nach ihrem Beginn abgebrochen. Der argentinische Außenminister Dante Caputo sagte, sein Land sei willens gewesen, einen Dialog über die Souveränität der Inselgruppe aufzunehmen. Es habe sich jedoch wegen der „britischen Unnachgiebigkeit bei diesem *Thema*" zurückgezogen.

Dieses erste direkte Gespräch seit dem Ende der Kampfhandlungen um die Falkland-Inseln vor zwei Jahren fand vor zwei Tagen in Bern statt. Übereinstimmung herrschte dabei in einem Punkt: Die beiden Länder streben eine Normalisierung ihrer Beziehungen an.

Auf welchem Wege dies erreicht und welchen Problemen und Themen dabei Priorität eingeräumt werden soll, ist seit Monaten Anlaß höchst schwieriger und delikater Bemühungen hinter den Kulissen. Die Schweizer Regierung spielt dabei eine bedeutende Rolle; sie vertritt seit dem Abbruch der Beziehungen die diplomatischen Interessen Großbritanniens in Buenos Aires.

Der Schlüssel für das Zustandekommen dieser Berner Gespräche war die Frage der Souveränität über die Falkland-Inseln. Frau Thatcher hat bisher wiederholt öffentlich wissen lassen, daß dies für sie kein Verhandlungsthema sei. Es fällt jedoch auf, daß sie seit einigen Monaten in der Diskussion der Falkland-Frage große Zurückhaltung zeigte.

Die Argentinier waren seit dem Regierungswechsel stets zu Gesprächen mit den Briten mit einer offenen Tagesordnung bereit, bestanden jedoch darauf, daß die Souveränitätsfrage dabei nicht ausgeklammert werden dürfe. Die Schweizer Diplomaten, die sich nach Berichten aus informierten Kreisen über die mangelnde Flexibilität der britischen Regierung betroffen zeigten, fanden offensichtlich eine Formel, die dieses Thema unverbindlich auf die Tagesordnung brachte. Offenbar reichte diese den Argentiniern nicht.

Das britische Außenministerium fürchtet, daß eine Behandlung der Souveränitätsfrage zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine zu große Belastung für diese Gespräche wäre und sehr schnell zu ihrem Zusammenbruch führen könnte. Man möchte *sich im Foreign Office zunächst auf* die lösbaren Fragen konzentrieren.

Das bedeutet: Man möchte alle jene Hindernisse aus dem Weg räumen, die einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen im Wege ste*hen. Voraussetzung dazu ist nach bri*tischer Ansicht vor allem eine offizielle Erklärung der Argentinier über das Ende der Kampfhandlungen im Falkland-Konflikt.

Die Argentinier wünschen von den Briten ein Ende der sogenannten Festung-Falkland-Politik. Sie drangen auf eine Aufhebung der 150-Meilen-Schutzzone um die Falklands, einen Abbau der britischen militärischen Präsenz auf der Insel und eine Freigabe der Falkland-Gewässer für argentinische Fischer.

Die Briten sind in den letzten Mo*naten diesen Wünschen bereits teil*weise entgegengekommen, indem sie die Zahl ihrer Soldaten auf den Falkland-Insel von 6500 auf 5300 reduzierten. Wenn im nächsten Jahr der zum Preise von umgerechnet 800 Millionen Mark gebaute Flughafen fertiggestellt ist, soll die ständige britische Garnison auf der Insel 2000 Soldaten nicht übersteigen. Die Kosten für die Beibehaltung der gegenwärtigen Kampfstärke belasten die britische Staatskasse bis zum nächsten Jahr um insgesamt 1,7 Millionen Pfund Sterling.

Auf den Falkland-Inseln selbst beobachtete man dieses erste Gespräch mit Skepsis und Mißtrauen. Frau Thatcher ist bei den 1800 Falkländern mit dem Versprechen im Wort, daß gegen ihren Willen nichts am verfassungsrechtlichen Status der Insel geändert werde.

Dennoch sah sich der Zivilkom*missar der Insel, Rex Hunt, veranlaßt*, die Falkländer gestern mit der Versicherung zu beruhigen, daß die Gespräche in Bern nur dem Zweck dienen, praktische Wege zur Normalisierung der Beziehungen zu Buenos Aires zu erforschen. Die Souveränitätsfrage sei von den Gesprächen ausgeschlossen worden. Wenig später gaben die Argentinier ihren Rückzieher bekannt.

Ankaras Linke sucht die Einheit

Zwei Parteien schließen sich zusammen / Ecevits Anhänger formieren sich neu

E. ANTONAROS, Athen

Die türkische Parteienlandschaft ist nur wenige Monate nach den Wahlen und somit der Rückgabe der Macht an die Politiker in Bewegung geraten: Die beiden wichtigsten Oppositionsparteien, beide links von der *Mitte angesiedelt, haben „im Prinzip"* beschlossen, sich zusammenzuschließen und eine einheitliche politische Formation zu bilden.

Gleichzeitig haben die Gefolgsleute des ehemaligen Regierungschefs Bülent Ecevit *die Bildung einer* neuen Linkspartei angekündigt.

Mit dem Zusammenschluß der „Halkci Partisi" (Populistische Partei) unter dem früheren Staatssekretär Necdet Calp und der „Sozialdemokratischen Partei" (SODEP) unter dem Physikprofessor und Präsidentensohn Erdal Inönü hat man in Ankara in der letzten Zeit fest gerechnet. Zum einen haben die Anhänger beider Gruppen diesen Schritt immer wieder befürwortet. Andererseits machten die politischen Realitäten dieses Zusammengehen nahezu zwingend.

Calps Partei war als eine von insgesamt drei Gruppen von den Generälen zur Novemberwahl zugelassen worden: Dank der Ausschaltung von anderen Gruppierungen, wozu auch die SODEP zählte, konte sie mit 30,5 Prozent der Stimmen die zweitstärkste Fraktion in der Nationalversammlung stellen. Bei den Kommunalwahlen im März jedoch – und diesmal durfte auch die SODEP antreten – *erlebte Calp mit 8,8 Prozent der Stim*men eine Wahlkatastrophe. Inönüs Partei konnte sich hingegen mit 23,5 Prozent der gültigen Stimmen als zweitstärkste erweisen und die „Populistische Partei" als wichtigste Op*positionsgruppe entthronen*.

Seither existiert in der Türkei, ausgerechnet wegen der Einmischung des Militärs in die Politik, eine zwitterhafte Situation: Die Populisten sind im Parlament vertreten und attackieren die Regierungspartei von Ministerpräsident Turgut Özal auf Schritt und Tritt, ohne die Gunst des Volkes zu genießen. Inönüs SODEP regiert in vielen Rathäusern, hat aber auf nationaler Ebene nichts zu sagen.

Zusammen verfügen die beiden Parteien über knapp 33 gegenüber 41,5 Prozent der Stimmen der regierenden „Mutterlandspartei". Diesen Wählerstamm will eine weitere neue Gruppierung der neu entstandenen Großpartei offenbar streitig machen: Ehemalige enge Mitarbeiter des sozialdemokratischen Ex-Ministerpräsidenten Ecevit wollen eine „Partei der Demokratischen Linken" auf die Beine stellen. Ecevit selbst darf sich an der Parteigründung nicht beteiligen, weil er vom Militär mit einem zehnjährigen Betätigungsverbot belegt worden ist.

Diese Partei will offenbar versuchen, die ehemaligen Wähler der verbotenen „Republikanischen Volkspartei" Ecevits zurückzugewinnen, die zu Calp und Inönü abgewandert zu sein scheinen. Es ist jedoch äußerst zweifelhaft, ob dieser Versuch gelingen kann. Zumal Ecevits Popularität bereits vor dem Putsch der Generäle im September 1980 be*deutende Rückschläge erlitten hatte.*

Die Entwicklung in der Parteienwelt dürfte den Generälen nicht sonderlich gefallen. Inönü hatten sie zunächst als Gründungsmitglied seiner Partei abgelehnt, später verweigerten sie der SODEP die Teilnahme an den Parlamentswahlen. Inönüs Äußerungen zugunsten einer Teilamnestie und einer „Liberalisierung" des Regimes sind vielen Generälen, die einen Rückfall in die innenpolitischen Verhältnisse vor ihrer Machtergreifung befürchten, ein Dorn im Auge.

Dennoch fehlen den Generälen die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten, die Entwicklungen im linken Lager zu beeinflussen oder gar zu bremsen. Beim Parteitag der SODEP saß zwar ein Staatsanwalt auf der Tribüne und schrieb alles eifrig mit, was die Delegierten vorzutragen hatten. Doch die Generäle, die im außen- und sicherheitspolitischen Bereich nach wie vor das Sagen haben, müßten schon ihre eigene Verfassung brechen, um gegen die unliebsamen Politiker und Parteien vorzugehen. Und damit rechnet zur Zeit kaum jemand in Ankara.

(SAD)

Umfrage: Konservative fallen zurück

dpa, London

Einen deutlichen Rückgang der Wählerunterstützung für die konservative britische Regierung unter Premierministerin Thatcher zeigt die gestern veröffentlichte jüngste Gallup-Umfrage in der Tageszeitung „Daily Telegraph". 38,5 Prozent der Wähler sprachen sich für die Labour Party aus, 37,5 Prozent für die Konservativen und 22 Prozent für die sozialdemokratisch-liberale Allianz. Das sind die schlechtesten Werte für die Regierungspartei und für Frau Thatcher persönlich seit April 1982, bevor der Falkland-Krieg sich in starken Maße zu ihren Gunsten auswirkte.

Nur noch 41 Prozent der Befragten äußerten sich jetzt zufrieden über Frau Thatcher, 55 *Prozent waren un*zufrieden. Allerdings immer noch mit 34 Prozent die relativ meisten Wähler, sie sei der bestmögliche Premier. Oppositionsführer Kinnock erhielt nur 27 Prozent. 40 Prozent der Befragten meinen allerdings, die Labour Party sei jetzt am besten geeignet, mit den Arbeitskämpfen zurechtzukommen. Den Konservativen trauten dies nur 33 Prozent zu.

Späths Kompromiß für Abgaswerte

X.-H. KUO, Stuttgart

Eine dreijährige Übergangsfrist für die EG-Nachbarstaaten in Sachen Abgaskatalysatoren bei Pkws hat der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (SPD) als Kompromißlösung angeregt. Späth erklärte in der ARD-Sendung „Im Brennpunkt" und vor dem Stuttgarter Landtag, dies betreffe die Import-Autos aus EG-Staaten. Während nach den Vorstellungen Späths die Bundesrepublik Deutschland unbedingt am Termin 1. 1.86 für die obligatorische Einführung von umweltfreundlichen Autos, auch im Alleingang festhalten solle, würden die anderen europäischen Staaten durch die Gewährung dieser Schonfrist schwerlich einen deutschen Alleingang ablehnen können.

Die baden-württembergische Haltung in dieser Frage hat im Landtag die Unterstützung aller Parteien gefunden. Einstimmig verabschiedete das Haus entsprechende Anträge von CDU, SPD und FDP, die im wesentlichen die Vorstellungen Späths in dieser Frage unterstützen: die Einführung der niedrigen US-Abgaswerte ab 1986. Auch die Grünen stimmten den Vorlagen zu.

Strauß kritisiert Weltpostverein

rtr, München

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat den geplanten Ausschluß Südafrikas aus dem Weltpostverein verurteilt. Bei einem Empfang für die Teilnehmer des Weltpostkongresses in München sagte Strauß gestern: „Die Post ist kein Kriegsinstrument, sondern sie soll den Menschen dienen und der völkerverbindenden Weltwirtschaft." Strauß rief die Gäste auf, ihre Entscheidung auf dem bis zum 27. Juli dauernden Kongreß noch einmal zu überdenken.

Iran will Beziehungen zum Westen verbessern

Genscher nach Teheran / Wirtschaft als Hauptthema

BERNT CONRAD, Bonn

Mit der Absicht, den deutsch-iranischen Dialog zu beleben und gleichzeitig politische Positionen der NATO- und EG-Partner plausibel zu machen, fliegt Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher heute für zweieinhalb Tage nach Teheran.

Nach Bonner Ansicht ist Genscher, den die iranische Regierung mehrfach und besonders herzlich zu einem Besuch eingeladen hat, wahrscheinlich am ehesten geeignet, die Beziehungen des fundamentalistisch-islamischen Staates zum Westen wieder zu verbessern. Weder die Amerikaner noch die Briten oder Franzosen könnten diese Aufgabe angesichts ihres gespannten Verhältnisses zu Iran derzeit übernehmen.

Das deutsche Interesse am Dialog mit Teheran beruht auf der herausragenden politischen und strategischen Bedeutung des Ölstaats sowie seiner Rolle als wichtigster Handelspartner der Bundesrepublik in der Dritten Welt. Genscher hat es seit der Revolution des Ayatollah Khomeini für falsch gehalten, das iranische Regime zu isolieren. Seinen Gesprächspartnern wird der Bundesaußenminister *erklären, nach Überzeugung Bonns* könne jeder Staat seine politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten nach eigenen Vorstellungen regeln. Die Bundesregierung habe auch die islamische Revolution in diesem Kontext gesehen.

Diese Einstellung dürfte der Grund dafür sein, daß das Khomeini-Regime an guten Beziehungen zu Bonn erkennbar interessiert ist. Nach der Einschätzung von Experten wollen die Iraner – nicht zuletzt mit Blick auf den stagnierenden Krieg mit Irak – ihre politische Isolation aufbrechen. Deshalb fiel die Gesprächsbereitschaft des Bundesaußenministers in Teheran auf fruchtbaren Boden.

Die Bevorzugung der Deutschen war zuvor schon im wirtschaftlichen Bereich deutlich geworden. Im Jahre 1983 importierte Iran Waren im Werte von insgesamt 7,7 Milliarden Mark aus der Bundesrepublik. Für Deutschland bedeutete das eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 100 Prozent, während beispielsweise die Lieferungen nach Saudi-Arabien und Irak rückläufig waren.

In Bonn ist man sich darüber klar, daß die Steigerungsrate 1984 nicht mehr so groß sein wird. Immerhin war auch in den ersten fünf Monaten dieses Jahres noch eine Ausweitung der Exporte um 27 Prozent zu verzeichnen. Damit war die Bundesrepublik 1983 der wichtigste Wirtschaftspartner Irans, gefolgt von Japan.

Für die Iraner birgt diese Entwicklung Probleme in sich, weil die Deutschen im letzten Jahr fünfmal mehr geliefert als aus Iran bezogen haben. Das liegt zum Teil an den geringen Ölimporten der Bundesrepublik aus diesem Land. Sie werden sich aber vermutlich nach dem Ende des Golfkrieges wieder erhöhen. Zur Erörterung von Wirtschaftsfragen wird Genscher bei seiner Reise von je einem Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) begleitet werden.

Genscher will – trotz oder gerade wegen seiner positiven Absichten – auch seine Meinung zu Fragen der Menschenrechte darlegen. In sehr kritisch gehaltenen Briefen haben ihn die Exilorganisationen „Freedom Front of Iran" und das „Iran-Solidaritätskomitee in der Bundesrepublik Deutschland" aufgefordert, in Teheran energisch gegen Menschenrechtsverletzungen zu protestieren und die Beendigung der Verfolgung aller oppositionellen Demokraten zu verlangen. Generell hätte die Reise nach Meinung der Exil-Iraner besser unterbleiben sollen.

Ungehörige Weigerung

BERNT CONRAD, Bonn

Westliche Diplomaten halten die Weigerung der sowjetischen UNO-Mission in Genf, einen als "Diplomatengepäck" deklarierten Schwerlastwagen von den Schweizer Zollbehörden kontrollieren zu lassen, „nicht nur für ungewöhnlich, sondern für ungehörig". Man fragt sich, welches Motiv die Sowjets veranlaßt haben könnte, sich in einer Weise zu verhalten, die den Normen des diplomatischen Verkehrs widerspricht.

Der Schweizer Zoll hatte, als die Sowjets einen Lastwagen mit neun Tonnen schwerer Ladung ohne Kontrolle nach Genf bringen wollten, darauf bestanden, daß die Russen wenig*stens den Inhalt der Ladung angeben* und zu diesem Zweck als Gegenstände für den amtlichen Gebrauch ihrer Genfer UNO-Vertretung oder für den privaten Gebrauch der dort beschäftigten Diplomaten anmelden sollten. Dies lehnten die Sowjets ab. *Darauf*hin wurde der Wagen plombiert. Am Ende kehrte er ungeöffnet in die Sowjetunion zurück.

Nach der Wiener Konvention sind „diplomatisches Kuriergepäck" und „diplomatisches Gepäck" von der Kontrolle befreit. Daneben gibt es jedoch noch Transportgut, das als „diplomatic cargo" deklariert wird und in der Regel aus Einrichtungsgegenständen und anderen Materialien für auswärtige Missionen besteht. Bei solchen Cargo-Lieferungen, die zum Beispiel auch im deutsch-sowjetischen diplomatischen Bereich üblich sind, werden Inhaltslisten angefertigt; Kontrollen sind möglich. Offensichtlich handelte es sich bei der schwergewichtigen, für Genf bestimmten sowjetischen Ladung um eine solche Lieferung.

Weshalb die Sowjets noch nicht einmal eine Inhaltsliste zusammenstellen wollten – was sie im Verkehr mit der Bundesrepublik durchaus tun –, erscheint Experten als rätselhaft. Ihnen drängt sich die Vermutung auf, daß es sich um irgendeine Art von Geheimdienstmaterial handeln müsse, von dem die Russen den Schweizer Behörden keine Kenntnis geben wollten. Nicht zu erfahren war gestern, ob der fragliche Lastwagen auf dem Wege in die Sowjetunion inzwischen das Gebiet der Bundesrepublik passiert hat, und was hier damit geschehen ist.

FDP: Begabte an Universitäten besonders fördern

STEFAN HEYDECK, Bonn

FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher, der Ende 1983 mit seinem „Elite"-Vorstoß für Schlagzeilen gesorgt hatte, will jetzt die Theorie-Diskussion um die Frage der Förderung *von Spitzenforschung und Hochbe*gabten beenden. In einem Rundbrief an die Landesvorsitzenden der Freien Demokraten ruft er dazu auf, ihr „praktische Taten" folgen zu lassen. Die Landesverbände und -fraktionen sollten sich „nachdrücklich einsetzen", daß die jeweiligen Regierungen und insbesondere die Finanzminister konkrete Schritte zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen realisieren.

Genscher regt unter Berufung auf *den Präsidenten der Universität Er*langen, Nikolaus Fiebiger, an, statt vieler sich vor allem in Zeitverträgen und Lehraufträgen niederschlagenden „Überlastmaßnahmen" diese Mittel zur Schaffung zusätzlicher Planstellen für Professoren zu ver*wenden und eine entsprechende Zahl* mit einem „KW-Vermerk" zu versehen. Wenn dann in den 90er Jahren die Studentenzahlen sinken, könnten diese Stellen wieder abgebaut werden. Bis dahin aber könnten zur Be*wältigung der „Überlast" zusätzliche* Stellen zur Verfügung stehen.

Dahinter steht Genschers Überlegung, daß wegen der gegenwärtigen Altersstruktur der Hochschullehrer und des Stellenaufbaus „die Chancen *für den wissenschaftlichen Nach*wuchs in vielen Fächern fast völlig verschlossen sind". Deshalb würden vor allem besonders Qualifizierte den Gedanken an eine wissenschaftliche Karriere frühzeitig aufgeben und nicht länger als unbedingt nötig an den Universitäten bleiben.

Überversorgung bei Kassenärzten befürchtet

PETER JENTSCH, **Bonn**

Binnen Jahresfrist haben sich in der Bundesrepublik Deutschland 3610 neue Kassenärzte niedergelassen (Stand: 31. 12. 83). Das ist eine Steigerung um 6,2 Prozent, die höchste seit Jahren. Daß sich der Nettozuwachs in dieser Zeit nur um 1700 Kassenärzte (2,9 Prozent) erhöhte, ist allein der Tatsache zuzuschreiben, daß eine große Zahl von Ärzten aus Altersgründen ihre Praxis aufgab.

Die Situation wird sich allerdings noch verschärfen. Nach Hochrechnungen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) ist bis 1990 ein Zugang von weiteren 20 000 Ärzten zu erwarten. Auffallend dabei ist, daß sich das Verhältnis von den in der Regel als Hausarzt tätigen Allgemeinärzten (praktische Ärzte) zugunsten der Fachärzte (Gebietsärzte, zum Beispiel Internisten, Gynäkologen) verschiebt. So sind unter den 1700 Ärzten, die 1983 zusätzlich eine neue Praxis eröffneten, 1000 Fachärzte und nur 700 Allgemeinmediziner.

Folge dieser Entwicklung: An die Stelle der früher einmal drohenden ärztlichen „Unterversorgung" etwa von ländlichen Regionen, hat sich, so der KBV-Vorsitzende Hans Wolf Muschallik, „in zahlreichen Versorgungsbereichen eine Überversorgung ergeben, die, gemessen an den Sollzahlen der Bedarfsplanung, 200 Prozent weit überschreitet".

Gemeinsam mit den Verbänden der Krankenkassen hat daher die Kassenärztliche Bundesvereinigung jetzt an den Bundesarbeitsminister appelliert, „ein Gesetzgebungsverfahren zur Änderung der RVO (Reichsversicherungsordnung) sowie der Zulassungsordnung für Kassenärzte einzuleiten, durch welches eine Umorientierung der Bedarfsplanung in der kassenärztlichen Versorgung bewirkt und das Instrumentarium zu ihrer Verwirklichung ergänzt wird". Im Klartext: Die Zulassung zur Kassenpraxis soll nicht nur regional gesperrt werden können, wenn die Arztdichte eine bestimmte Größenordnung überschreitet (also etwa: Kein Arzt darf sich mehr in München niederlassen, da dort schon mehr als genug Mediziner tätig sind). Vielmehr sollen nach den Vorstellungen der KBV künftig bundesweit Ärzte ganzer Fachgebiete von der Zulassung ausgeschlossen werden können, weil vorrangig der Bedarf an weitergebildeten Allgemeinärzten befriedigt werden soll. Das gilt vor allem für Internisten, Orthopäden, Urologen und Gynäkologen.

Die Vorschläge der KBV stoßen innerhalb der ärztlichen Berufsverbände zum Teil auf heftige Kritik, weil sie das Selbstverständnis etwa des Marburger Bundes („Zulassungsfreiheit als Ventil für den Berufsnachwuchs, der im Krankenhaus keine Anstellung findet") oder des Verbandes der niedergelassenen Ärzte, NAV, („Zulassungsfreiheit als Element der Freiberuflichkeit des Kassenarztes") berühren.

Sowjets dehnen Sperrgebiete in Mitteldeutschland aus

Militärfachleute im Westen sprechen von einem schweren Schlag gegen die KVAE

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Die Sowjetunion hat die Gebiete in der „DDR", für die die Vertreter der drei westlichen Militärmissionen keinen Zutritt haben, erheblich ausgeweitet. Im vergangenen Mai verfügte der Oberbefehlshaber der „Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" (GSTD), Armeegeneral Saizew, in einem einseitigen Akt, der die drei Westmächte unvorbereitet traf, daß die ständigen Sperrzonen rund 40 Prozent der Gesamtfläche der „DDR" ausmachen. Vorher waren es nur etwas mehr als 30 Prozent gewesen.

Fachleute westlicher Regierungen bewerten dieses sowjetische Vorgehen als einen schweren Schlag gegen die Zielsetzungen der verschiedenen europäischen Konferenzen, auf denen es um die Bildung von mehr Vertrauen als der Voraussetzung echter Entspannung geht. Im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß beschäftigt sich seit Jahresbeginn ganz besonders die Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm mit dieser Aufgabe. In ihren Reden unterstrichen die sowjetischen Vertreter auf der KVAE starkes Interesse an der Vertrauensbildung. Die tatsächliche Handlungsweise der sowjetischen Streitkräte in der „DDR" widerspricht dieser Zielsetzung nach dem Urteil westlicher Fachleute jedoch völlig.

Die neue sowjetische Verfügung verbietet es neuerdings Vertretern der Militärmissionen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die bei General Saizews Stab als Folge des Besatzungsrechts in der „DDR" akkreditiert sind, mit ihren besonders gekennzeichneten Fahrzeugen die Grenzbereiche der „DDR" einschließlich der Ostseeküste in einem bis zu 20 Kilometer breiten Streifen zu bereisen. Außerdem sind für sie alle Zonen gesperrt, die von militärischer Bedeutung sind, unter anderem Fernmeldezentren oder Raketenstandorte. Sogar größere Städte gelten als „Off limits" für Offiziere der West-Alliierten, so zum Beispiel Schwerin, Stendal, Dessau, Weimar und Frankfurt/Oder. Selbst zahlreiche Brücken dürfen von den Militärdiplomaten nicht mehr benutzt werden.

Die östliche Ausweitung der Sperrgebiete ist nach westlichem Urteil von „neuer Qualität". Sie widerspreche dem Geist der Abrüstungsverhandlungen, bei denen nach mehr Inspektionen vor Ort gerufen werde. Sie werfe alle Versuche zum Abbau von Mißtrauen weit zurück. Wie es hieß, werde von den drei Westalliierten augenblicklich eine angemessene Reaktion auf die Sperrausweitung überlegt. Mit großer Wahrscheinlichkeit wollen die drei Westmächte damit im Herbst die Stockholmer KVAE befassen, da die westlichen Erkenntnismöglichkeiten über militärische Aktivitäten im Osten erheblich eingeschränkt worden seien. Dies wiege auch deshalb besonders schwer, weil trotz der Restriktionen der Bewegungsfreiheit der drei sowjetischen Militärmissionen auf dem Gebiet der Bundesrepublik (in den drei früheren Besatzungszonen) angesichts der Reisefreiheit auch für Ausländer im Bundesgebiet die Beobachtungsmöglichkeiten von Militäraktivitäten und -einrichtungen fast uneingeschränkt seien, hieß es. Für die sowjetischen Offiziere der Militärmissionen gilt der Zutritt auf 15 Prozent des Territoriums der Bundesrepublik als verboten.

Nach westlichen Erkenntnissen setzt die Sowjetunion das Manöver, das vom 28. Juni bis 7. Juli rund 60 000 Mann in der „DDR" und der Tschechoslowakei sowie auf der Ostsee aus ihren Standorten brachte und gekoppelt war mit einer großangelegten Übung aller Stäbe von den drei westlichen Militärbezirken bis zu den Kommandozentralen der „Fronten" im westlichen Vorfeld, auf neue und bisher von der NATO nicht registrierte Weise fort. An diese Übung vor allem der konventionell ausgerüsteten Landstreitkräfte schloß sich sofort danach ein Manöver der strategischen Truppen der Roten Armee (Fernflieger-, Raketen-, U-Boot-Kräfte sowie der Luftlandetruppen großer Reichweite) an. Seit dem 18. Juli operieren nun die sowjetischen Streitkräfte für den strategischen Luftkrieg in einem Manöver, das neben realen Übungen vor allem aber auch wie in den Manöverabschnitten vorher „auf dem Papier" abläuft.

Mehr Rechte für Algeriens Frauen

Neues Familienrecht zwischen Tradition und Moderne des Islam / Nur Monogamie

B. RÜTTEN, **Bonn**

Eine überaus kontroverse rechtspolitische Diskussion hat in Algerien zumindest vorläufig ein Ende gefunden: Die Regierung Chadli hat ein neues Familienrecht beschlossen, das vor allem die rechtliche Stellung der Frau regelt und einen Kompromiß zwischen den Vorschriften des traditionellen islamischen Rechts und modernen westlichen Einflüssen anstreben soll.

Ein erster Entwurf im Jahre 1982, der auch die Polygamie vorsah und die unverheiratete Frau der Vormundschaft des Vaters, die verheiratete der des Ehemanns unterwarf, war auf heftigen Widerstand der algerischen Frauenverbände gestoßen, vor allem von Seiten der ehemaligen Freiheitskämpferinnen. Die Regierung sah sich gezwungen, den Entwurf zurückzuziehen.

Das neue Gesetz läßt grundsätzlich nur die Monogamie zu. Der Ehemann kann bei Fortbestand der ersten Ehe eine zweite Frau nur dann heiraten, wenn die erste Frau unfruchtbar oder unheilbar krank ist. Das auf den Koran gegründete Recht, wie es in den meisten islamischen Ländern gilt, läßt eine Ehe mit bis zu vier Frauen zu.

Eine wichtige Neuerung ist auch, daß die Frau nicht mehr ohne ihre Zustimmung verheiratet werden darf. Einer Algerierin ist es jedoch nicht erlaubt, einen Nicht-Moslem zu heiraten, während umgekehrt ein Algerier eine Frau christlichen oder jüdischen Glaubens heiraten darf.

So schreibt es auch der Koran vor. Im Scheidungsrecht blieben in diesem Sinne zahlreiche Vorschriften unangetastet, die nach westlichen Vorstellungen eine Diskriminierung der Frau darstellen.

Wie kaum eine andere Frage hatte das Familienrecht die Gemüter erhitzt und der Regierung die Entscheidung erschwert. Einerseits war Algerien durch die Kolonisierung von mehr als hundert Jahren und seine Nähe zu Europa besonders stark westlichem Einfluß ausgesetzt, andererseits hatte es nach dem langen blutigen Unabhängigkeitskampf ganz bewußt und entschieden den Islam zur Staatsreligion erhoben.

Hinzu kommt, daß sich gerade in den letzten Jahren eine starke Gruppe der Bevölkerung in immer stärkerem Maße in die Befolgung religiöser Vorschriften geflüchtet hatte – sei es aus Enttäuschung über das bürokratisch-sozialistische System oder die soziale Ungerechtigkeit.

Die Regierung sah sich gezwungen, diese fundamentalistischen Moslems, die „Integristen", mit Gewalt zu unterdrücken. Die Integristen haben vor allem bei der akademischen Jugend großen Zulauf. Mit dem neuen Familienrecht zeigt Präsident Chadli, daß er nicht gewillt ist, ihnen allzu viel Zugeständnisse zu machen, obwohl sie in der einen oder anderen Form in mehreren Ländern des Nahen und Mittleren Ostens aber auch in Nordafrika und in Gebieten Schwarzafrikas wieder sehr aktiv geworden sind.

Jeder zweite gegen Zwangsversicherung

HEINZ HECK, **Bonn**

Jeder zweite Bürger ist bereit, für seine soziale Sicherung selbst zu sorgen statt auf Staatsfürsorge zu setzen. 48 Prozent würden es begrüßen, wenn der Staat bei der Abdeckung der Lebensrisiken zwar für eine Grundsicherung der Bürger sorgte, es jedoch der Entscheidung des einzelnen überließe, sich eigenverantwortlich voll oder ergänzend privat abzusichern.

Zu diesem Ergebnis kommen die Wirtschaftsjunioren Deutschland (WJD) nach einer bundesweiten Umfrage (knapp 5000 Personen). 41 Prozent der Befragten halten dagegen den derzeitigen Staatseinfluß auf die soziale Sicherung für unverzichtbar. Mit jeder dritten Mark, die in der Bundesrepublik Deutschland erwirtschaftet wird, fließt – so die Meinung eines Drittels der Bundesbürger – schon zuviel Geld in das soziale Netz. Nur jeder fünfte plädierte dafür, bei den sozialen Leistungen noch zuzulegen.

„DDR"-Offizier wollte Flüchtling einfangen

dpa, **Kiel/Bonn**

Vergeblich hat ein „DDR"-Schiffsoffizier bei der Durchfahrt seines Schiffes durch den Nord-Ostsee-Kanal den Versuch gemacht, ein geflüchtetes Besatzungsmitglied mit Gewalt wieder an Bord zurückzuholen. Einige Stunden nach dem Zwischenfall, der sich am Mittwoch in der Kanalschleuse Brunsbüttel ereignete, wurde der Offizier nach Informationen aus Bonn in der Schleuse am anderen Ende des Kanals, in Kiel-Holtenau, wegen versuchter Verschleppung festgenommen. Wie es heißt, war der Offizier nach Rücksprache mit der Ständigen Vertretung der „DDR" in Bonn zur Aussage bereit. Auch das Bundeskanzleramt wurde in den Fall eingeschaltet. Das Schiff, die „Franz Stenzer", konnte die Fahrt fortsetzen.

Delhi: Sondergerichte gegen Terroristen

Maßnahme gegen Sikhs / Notstand durch die Hintertür?

P. DIENEMANN, **Neu-Delhi**

Droht Indien eine Neuauflage – diesmal durch die Hintertür – des Notstandes, wie es ihn von 1975 bis 1977 gab? Nachdem der Armee durch Sondergesetzgebung im Bundesstaat Pandschab weitreichende Befugnisse erteilt wurden, die Zeit der Inhaftierung „unsozialer Elemente" ohne Gerichtsverhandlung auf zwei Jahre verlängert wurde, hat die Regierung Gandhi jetzt per Gesetzesänderung die Einrichtung von Sondergerichten beschlossen. Sie sollen unter Ausschluß der Öffentlichkeit „Terroristen und subversive Elemente" in „von Terrorismus betroffenen Gebieten" aburteilen.

Die Unterschrift von Präsident Giani Zail Singh unter das neue Gesetz kam gerade rechtzeitig: Viele jener Sikhs, die sich zum Protestmarsch auf Amritsar formiert haben, um ihr Heiligtum, den Goldenen Tempel, von der indischen Armee zu befreien, werden wohl die ersten sein, die von diesen Sondergerichten abgeurteilt werden.

Religiöse Agitation wird geahndet

Der Buchstabe des neuen Gesetzes erfaßt auch Agitatoren, die zu Feindseligkeiten zwischen Angehörigen verschiedener Religionsgemeinschaften anstacheln. Vor Sondergerichten in den betroffenen Gebieten werden schließlich Verstöße gegen das Waffengesetz, Beschädigung von Eisenbahnanlagen, öffentlichem Eigentum sowie Einrichtungen der Wasser- und Stromversorgung verhandelt.

Die Vorsitzenden der Sondergerichte sollen von der Zentralregierung in Neu-Delhi bestimmte Distriktrichter sein. Sie entscheidet auch, welche Gebiete vom „Terrorismus betroffen" sind. Das Gesetz hat zwar Gültigkeit für Gesamt-Indien ausgenommen Jammu und Kaschmir, aber die Sondergerichte scheinen vor allem auf Pandschab sowie die seit Jahren von Terrorismus geschüttelten Nordost-Staaten des Landes Mizoram, Manipur, Nagaland und Assam gezielt zu sein.

In einer offiziellen Verlautbarung der Regierung wird hervorgehoben, daß die „Law and order"-Situation in einigen Bundesstaaten durch terroristische Aktivitäten derart gestört sei, daß friedlich und ordentlich durchgeführte Gerichtsverhandlungen nur unter größten Schwierigkeiten stattfinden könnten.

Verhandlungen sind nicht öffentlich

Wie fair die Prozesse tatsächlich sein werden, wird wohl kaum bekannt werden. Aus Sicherheitsgründen wird, so die Regierung, unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Verteidiger der Angeklagten sind zugelassen, auch Berufung kann eingelegt werden. Doch die Berufungsverhandlung muß vor dem Obersten Gerichtshof stattfinden, der aber derart überlastet ist, daß in der Regel Jahre vergehen, ehe dort ein Fall neu aufgerollt wird.

Die Einführung der Sondergerichte versetzt die Judikative in die Lage, innerhalb kurzer Zeit die im Pandschab unter dem Verdacht des „Terrorismus" inhaftierten Sikhs schnell und ohne viel Aufhebens aburteilen zu können. Tausende sitzen angeblich in den Gefängnissen des Landes, und immer noch verhaftet die Armee täglich Dutzende von verdächtigen Personen.

Schon kursieren in Neu-Delhi Gerüchte über ein weiteres Novum in der indischen Rechtssprechung: Angeblich wird vom Kabinett Gandhi ein Gesetz vorbereitet, das die Arbeit des Anklägers erleichtert. Entgegen üblichem Verfahren soll bei verschiedenen Straftaten der Angeklagte die Pflicht haben, seine Unschuld glaubwürdig zu beweisen.

Israelis über „Einmischung" der Grünen empört

dpa, **Tel Aviv**

Die Absicht der deutschen Grünen, die jüdisch-arabische „Fortschrittsliste für den Frieden" im israelischen Wahlkampf zu unterstützen, schlägt in Israel Wellen. Nach kritischen Bemerkungen des Wahlleiters Gabriel Bach und der oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiterpartei meldete sich gestern das unabhängige Massenblatt „Jediot Acharonot" mit einem Kommentar unter dem Titel „Sofort ausweisen" zu Wort.

Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Otto Schily und Bundesvorstandsmitglied Günther Hopfenmüller, die am Donnerstag – vier Tage vor den Wahlen – in Tel Aviv zusammen mit der kleinen „Friedensliste" eine Pressekonferenz geben wollten, waren zu dem Zeitpunkt noch nicht eingetroffen. Die Pressekonferenz wurde auf heute verschoben.

Der Chefredakteur der „Jediot Acharonot", Herzl Rosenblum, der zu den Unterzeichnern der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel gehört, schrieb in seinem Kommentar: „Die Ankunft der westdeutschen Grünen-Delegation, die der „Friedensliste" unter die Arme greifen wollen, ist erneut eine Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten. Solche Interventionen von fremder Seite hat es schon früher gegeben, doch ging es dabei immer um nur angedeutete oder versteckte Versuche. Jetzt kommen die deutschen Grünen, von denen die meisten „gesunde Antisemiten" sind, um sich mit typisch deutscher Frechheit offen in unseren Wahlkampf einzumischen. Die Gesetzeshüter bei uns schweigen bis jetzt – sollten diese Grünen nicht von hier vertrieben werden?"

Auch die kommunistische Partei „Rakach", die ihre Stammwähler besonders unter den israelischen Arabern hat, kritisierte die Absicht der „Friedensliste", die Grünen an einer Wahlveranstaltung und an der Pressekonferenz zu beteiligen. „Erst kündigt die Friedensliste an, sie benötige keine Unterstützung von außen und auch nicht von der PLO, dann holt sie ausgerechnet die Deutschen ins Land. Warum nicht ein paar Eskimos?" meinte Rakach-Sprecher Usi Burstein auf Anfrage.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schwerer Irrtum

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrer Ausgabe vom 16. Juni 1984 erschien unter der Überschrift „Polnische Exilzeitschrift stellt sich vor Mertes" (Untertitel: „'Kultura' gibt die Existenz deutscher Minderheit zu") ein Bericht von Joachim G. Görlich, dessen Inhalt nicht den Tatsachen entspricht.

Die „Kultura"-Redaktion in Paris hat mit großer Genugtuung einen Kommentar nachgedruckt, der in einer der wichtigsten polnischen Publikationen im Untergrund erschienen ist. Unsere Redaktion hat deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die polnische Opposition zu den Ausführungen von Staatsminister Alois Mertes über die deutschen Minderheiten in Polen und die Rechtslage der polnischen Westgrenze an der Oder und Neiße in bestimmter Weise Stellung genommen hat. Der Text findet sich im Nachdruck in der Pariser „Kultura", Nr. 6/1984.

Man soll ganz deutlich unterstreichen, daß es sich um den Nachdruck des Bulletins „KOS" (Komité für Gesellschaftlichen Widerstand), Nr. 51 vom 12. März 1984 handelt, und nicht um unseren Kommentar. Dieses Dokument stellt einen Beitrag der polnischen demokratischen Bewegung im Untergrund dar, die sich nachdrücklich für eine deutsch-polnische Aussöhnung einsetzt. Wir halten Stimmen, die dieses Anliegen in Polen selbst vertreten, für bedeutsamer als alle Meinungsäußerungen, die wir zu dieser Problematik in der „Kultura" veröffentlichen.

Inzwischen ist in den folgenden Nummern von „KOS" eine Reihe von Artikeln erschienen, die, im Gegensatz zur offiziellen polnischen Presse, für das Recht einer Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands eintreten. Herr Görlich hat einen grundlegenden Fehler begangen, als er diesen Kommentar der Pariser „Kultura" zuschrieb. Es ist nämlich viel schwieriger und gefährlicher, in Polen seine Stimme zu diesem Thema zu erheben, als in Paris.

Mit freundlichen Grüßen
Jerzy Giedroyc,
Paris

Grüne Negierung

„Die Grünen" propagieren ein Streichen der Wiedervereinigungsklausel im Grundgesetz und haben dementsprechend bei der Bundestagssitzung zum Gedenken an den 17. Juni 1953 durch Abwesenheit geglänzt. Geschützt durch die Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik lassen sich leicht derartige Verhaltensweisen und Phrasendreschereien an den Tag legen, die eine Negierung des Schicksals von vielen Millionen Deutschen jenseits der Elbe bedeuten. Aber solange es dort Menschen gibt, die sich nach Recht und Freiheit sehnen, wird die Hoffnung auf die Wiedervereinigung in einem demokratischen Deutschland lebendig bleiben.

Hätten „Die Grünen" die Mehrheit im Staate, so würden sie durch ihre Ideologie die Wiedervereinigung erheblich erschweren, mit der Konsequenz einer Zerstörung der alle Deutschen in Ost und West miteinander verbindenden Hoffnung. Schon sitzen „Die Grünen" im Bundestag und verbreiten ihre antideutschen und schicksalsverachtenden Parolen.

Das Gebot der Stunde heißt deshalb, dieser Entwicklung auf demokratischer Basis Einhalt zu gebieten, damit die Deutschen sich weiter miteinander verbunden fühlen und in Ost und West das Ziel bestehen bleibt, in freier Selbstbestimmung Einigkeit, Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland zu erreichen.

E. Nass.
Krefeld

Wort des Tages

„Glaube nicht, daß ein Augenblick des Glücks etwas Geringes sei. Das Glück existiert nur in der Form kurzer Augenblicke."

Ignazio Silone, ital. Autor und Politiker (1900–1976)

„Brechnuss"

„Von Eisenhelm und Gierennund": GEISTIGE WELT vom 7. Juli

Mancher mag das Viertelpfund „Gepülverter Krähenaugen", mit dem Wölfe vergiftet werden können, zu wörtlich genommen haben. In Wirklichkeit handelt es sich um die auch als „Brechnuss" zumindest Apothekern bekannten Früchte des Krähenaugenbaumes (Strychnos nux vomica), die das sehr starke Gift Strychnin enthalten.

Unsere Altvorderen wußten also wohl schon Bescheid bevor erst um 1815 das Strychnin in den „Krähenaugen" entdeckt wurde.

Dr. F. Lehmann,
Althütte

Bundeswehr

„Leserbrief: Sinnvolle Verwendung": WELT vom 2. Juli

Sehr geehrte Redaktion,

ich meine, ein Vergleich mit den „früheren" Wehrbezirkskommandos sollte hier nicht angestellt werden, eben weil wir heute zivile Bundeswehrverwaltungen usw. haben. Berufssoldaten und -offiziere haben mit rd. 55 Jahren ihre Pension. Und Soldaten oder Offiziere auf Zeit wissen schon bei Einstellung, wann sie aus der Bundeswehr ausscheiden werden, so daß sie sich rechtzeitig darauf einstellen können. Es werden kaum bei dem jetzt schon knappen Personaletat der angesprochenen Verwaltungen bei Pensionierungen, soweit die Beamtenplanstellen dann überhaupt alle wieder besetzt werden dürfen, die noch infrage kommenden ohne weiteres durch die zuletzt Genannten zu ersetzen sein.

Auch kann man nicht jederzeit Angestellte etwa entlassen, da diejenigen mit einer 15jährigen Dienstzeit unkündbar sind, also ihre Stellen erst zur Verfügung stehen, wenn sie in Rente gehen. Grundsätzlich sollte dann aber künftig vielleicht jede solche Stelle und jede andere von vornherein mit ausscheidenden und geeigneten „Soldaten und Offizieren auf Zeit" und im Hinblick darauf, daß jetzt auch in der freien Wirtschaft die Lebensarbeitszeit herabgesetzt werden soll, nur in ganz bestimmten Härtefällen eventuell auch noch mit pensionierten Berufssoldaten besetzt werden.

Es hätte meines Erachtens im zuständigen Bundesministerium schon seit vielen Jahren für die zur Rede stehenden Berufsgruppen und gegen einen Beförderungsstau sowie inzwischen auch für die Offiziere, die, nach Abschluß ihres Studiums auf den Bundeswehrhochschulen, ausscheiden, „entsprechend" geplant werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Spindler.
Lübeck

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Botschafter a. D. **Udo Horstmann** ist mit dem Großen Verdienstkreuz ausgezeichnet worden. Staatssekretär **Jürgen Ruhfus** überreichte die Auszeichnung in Bonn. Horstmann, 1918 in Warnemünde geboren, zunächst Berufsoffizier, gehörte dem AA seit 1952 an. Er war von 1971 bis 1975 Botschafter in Kamerun und 1979 bis 1983 Botschafter in Senegal. Während seiner langjährigen Tätigkeit im Auswärtigen Amt gehörte er zu den profiliertesten Afrika-Kennern des Hauses.

*

Als Anerkennung für die Doppelbelastung von Studium und ehrenamtlicher Vereinsarbeit mit Kindern und Jugendlichen sind die Horst-Schmidt-Jugendsportstipendien an mehrere Studenten vergeben worden. Ministerialdirigent **Heinz Fallak** vom hessischen Ministerium für Arbeit und Soziales überreichte die Auszeichnungen während des ersten Landestreffens der hessischen Sportjugend im historischen Rathaus von Marburg an **Ute Blessing** aus Hofheim, **Dagmar Gimpel** aus Offenbach und **Peter Tremmel** aus Amöneburg. Die Stipendien von je 3000 Mark, die zum siebten Mal vergeben wurden, sind nach dem 1976 tödlich verunglückten hessischen Sozialminister Dr. **Horst Schmidt** benannt.

LITERATUR

Die bekannte Marburger Märchenforscherin und Ethnologin, Professor Dr. **Charlotte Oberfeld**, ist vom Präsidium der Europäischen Märchengesellschaft in den Beirat berufen worden. Der Beirat dieser zweitgrößten literarischen Vereinigung im deutschsprachigen Europa berät diesen bei Publikationen und der inhaltlichen Vorbereitung der alljährlichen internationalen Tagungen.

MEDIZIN

Professor **Peter Bannasch** vom Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) in Heidelberg ist zum Vorsitzenden der Kommission für Krebsforschung der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF) gewählt worden. Die Kommission hatte sich kürzlich konstituiert. Ihre Aufgabe ist die Koordinierung der Krebsforschung der AGF, in der 13 überwiegend vom Bund finanzierte Einrichtungen zusammengeschlossen sind.

RUNDFUNK

William W. Marsh ist als neuer Präsident des amerikanischen Aufsichtsgremiums von Rias Berlin eingeführt worden. Sein Vorgänger, **Patrick E. Nieburg**, der seit Februar 1980 in diesem Amt tätig war, geht in die Vereinigten Staaten zurück.

VERÄNDERUNG

In der letzten Aufsichtsratssitzung der Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen GmbH (MTU), legte der 84jährige **Jean Raebel** sein Mandat nieder. Raebel war viele Jahre engster Mitarbeiter von **Karl Maybach** und mehr als 50 Jahre für das Unternehmen tätig, davon 31 Jahre in der Leitung und 17 Jahre als Aufsichtsratsmitglied. Seine Nachfolge übernahm **Irmgard Schmid-Maybach** (60), eine Tochter Karl Maybachs, die in San Francisco lebt.

BUNDESPRÄSIDENT

Im ehemaligen Kabinettssaal des Palais Schaumburg in Bonn, genau an der Stelle, wo **Konrad Adenauer** als Kanzler die Minister und Staatssekretäre um sich versammelte, hatte Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** einen runden Tisch dekken lassen. Von Weizsäcker gab ein Essen zum 80. Geburtstag von **Hans Herwarth von Bittenfeld**, dem früheren deutschen Botschafter in London und ersten Protokollchef nach dem Krieg. Der Gastgeber machte es nicht wie Konrad Adenauer: Der nämlich hatte, wenn er hohe Ehrengäste um sich sammelte, den prominentesten Persönlichkeiten teure Weine einschenken lassen, der Normalgast bekam den preiswerteren Regierungswein. So jedenfalls erinnerte sich jetzt Hans Herwarth von Bittenfeld. Der ehemalige Botschafter hatte bereits dem Auswärtigen Amt in der Wilhelmstraße in Berlin angehört und seine Moskauer Diplomatenjahre damals in dem Buch beschrieben „Zwischen Hitler und Stalin". Er wurde 1949 erster Protokollchef der neuen Bundesregierung. Damals hatte das Protokoll noch den einfachen Namen „Arbeitsstab". Als offizieller „Chef des Protokolls" im AA 1951 nahm er an allen einschlägigen Konferenzen teil. Sein liebster Posten wurde der des deutschen Botschafters in London 1955. Präsident von Weizsäcker hatte Freunde von Herwarths eingeladen. Ehemalige ebenfalls berühmt gewordene Protokollchefs: **Ernst Günther Mohr**, Protokollchef von 1955 bis 1958 und dessen damaliger Amtsnachfolger 1958 bis 1962 **Sigismund von Braun**, den früheren deutschen Botschafter in London **Karl-Günther von Hase**, den früheren AA-Staatssekretär **Berndt von Staden** und den ehemaligen Botschafter und Regierungssprecher **Günther Diehl** sowie Professor Dr. **Fritz Caspari**, ehemaliger Chef des Bundespräsidialamtes, und die Ehrenvorsitzende der Deutsch-Englischen Gesellschaft, **Lilo Milchsack**.



Sie haben das Protokoll in Bonn berühmt gemacht: die früheren Botschafter Sigismund von Braun, Hans von Herwarth und Ernst Günther Mohr. FOTO: KEIL

WELT-Serie zum 20. Juli 1944 (II): Als Stauffenberg in Berlin ankam, war er schon als Verschwörer erkannt

Die Umsturzpläne, die nicht nur die Beseitigung Hitlers, sondern auch die Machtübernahme durch die Verschwörer vorsahen, scheiterten nicht nur am Mißlingen des Attentats. So war man im Führerhauptquartier ständig über die Maßnahmen der Verschwörer informiert, weil eine nicht erkannte Schaltung alle Befehle auch zu Hitler selbst weiterleitete.

Zehn Minuten nach Mitternacht standen die ersten Opfer vor den Gewehren der Lynch-Justiz

Von UWE BAHNSEN

Auf dem Flugplatz Rangsdorf verabschiedete Stauffenberg sich von seinem Bruder und bestieg mit dem Ordonanzoffizier Werner von *Haeften die zweimotorige* Heinkel-Maschine des Generalquartiermeisters, General Eduard Wagner, einem Teilnehmer der Erhebung, zum Flug nach Rastenburg. Kurz vor sieben Uhr startete die Maschine.

Während des Fluges überprüfte Stauffenberg noch einmal sorgfältig die Bombe in seiner gelben Aktentasche – einen 1000 Gramm schweren, grauen Block aus Plastiksprengstoff englischer Herkunft, den er in ein altes Hemd eingeschlagen hatte. Nach dem Eindrücken des Säurezünders würde nach etwa 15 Minuten ein Draht zerfressen und damit ein Schlagbolzen gelöst, der vorschnellen und so die Explosion herbeiführen würde. Gesinnungsfreunde Stauffenbergs in der Abwehr, dem Geheimdienst der Wehrmacht, hatten den Sprengsatz besorgt; der Oberstleutnant Fritz von der Lancken hatte das *brisante Paket in seiner Wohnung in* Potsdam verborgen.

Um 10.10 Uhr kam der Flugplatz Rastenburg in Sicht; fünf Minuten später kletterten Stauffenberg und von Haeften aus der Maschine und bestiegen einen schon wartenden Wagen des Führerhauptquartiers. Den Piloten hatte der Oberleutnant zuvor angewiesen, sich auf jeden Fall ab 12 Uhr zum Rückflug bereitzuhalten. Für die 14 Kilometer bis zur „Wolfsschanze" durch bewaldetes Gelände brauchte man im Auto normalerweise knapp 15 Minuten. Wegen der scharfen *Kontrollen an den einzelnen* Sperrkreisen der weitverzweigten Festungs- und Bunkeranlage – die „Wolfsschanze" war ursprünglich ein Barackenlager gewesen – benötigten die beiden Offiziere aber fast eine halbe Stunde.

Das erste Tor führte in einen weiträumigen Befestigungs- und Minengürtel, das nächste nach etwa zwei Kilometern in einen mit elektrischem Stacheldraht gesicherten Sperrkreis. Nach etwa 800 Metern folgte die sogenannte Offizierswache und von dort nach 200 Metern das Tor zum Sondersperrkreis A, in dem Hitler wohnte und arbeitete – hinter einem 2,5 Meter hohen Maschendrahtzaun, an dem ständig Beamte des Reichssicher*heitsdienstes RSD patroullierten.* Zum Betreten war ein von RSD-Chef Rattenhuber persönlich ausgestellter Passierschein erforderlich.

In diesem Sperrkreis A befanden sich drei Bauten: Hitlers Wohnbunker, die zum Schutz gegen Bomben und Granatsplitter mit Beton ummantelte „Lage-Baracke" mit dem „Lage"-Raum und der Zwinger für Hitlers Hündin Blondie. Generalleutnant Adolf Heusinger, damals Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres, beschrieb den „Lage"-Raum so: „Ein etwa 10 Meter breiter und etwa 4 bis 5 Meter tiefer Backsteinanbau an einen Betonbunker. Eine Breitseite bildet die Bunkerwand. *In ihr befindet sich die* Eingangstür, die man durch den Bunker erreicht. Gegenüber und rechts mehrere Fenster, während die linke Seite fensterlos ist. Wände, Decken und Boden sind von leichter Bauart." Hier sollte um 12.30 Uhr die *Lagebesprechung stattfinden; sie war* um eine halbe Stunde vorverlegt worden, weil Hitler um 14.30 Uhr den Besuch Mussolinis erwartete. An diesem *Tag sollten nur die dringlichsten* Themen besprochen werden, und zwar in einem möglichst kleinen Teilnehmerkreis.

Stauffenberg meldete sich zunächst beim Lagerkommandanten. Er hatte noch Zeit genug und ging daher mit dessen Adjutanten, dem Rittmeister von Möllendorf ins Kasino, um zu frühstücken. Anschließend begab er sich zu einer Besprechung mit General Walter Buhle, dem Generalstabschef des Heeres, mit dem er noch Einzelheiten seines Vortrags in der bevorstehenden „Lage" zu klären hatte. Gegen 12 Uhr gingen Buhle und Stauffenberg dann in die Dienstbaracke des Feldmarschalls Wilhelm *Keitel, dem sie über das Ergebnis ihrer* Besprechung berichteten. In dem leeren Vorraum ließ Stauffenberg absichtlich seine Mütze und sein Koppel liegen.

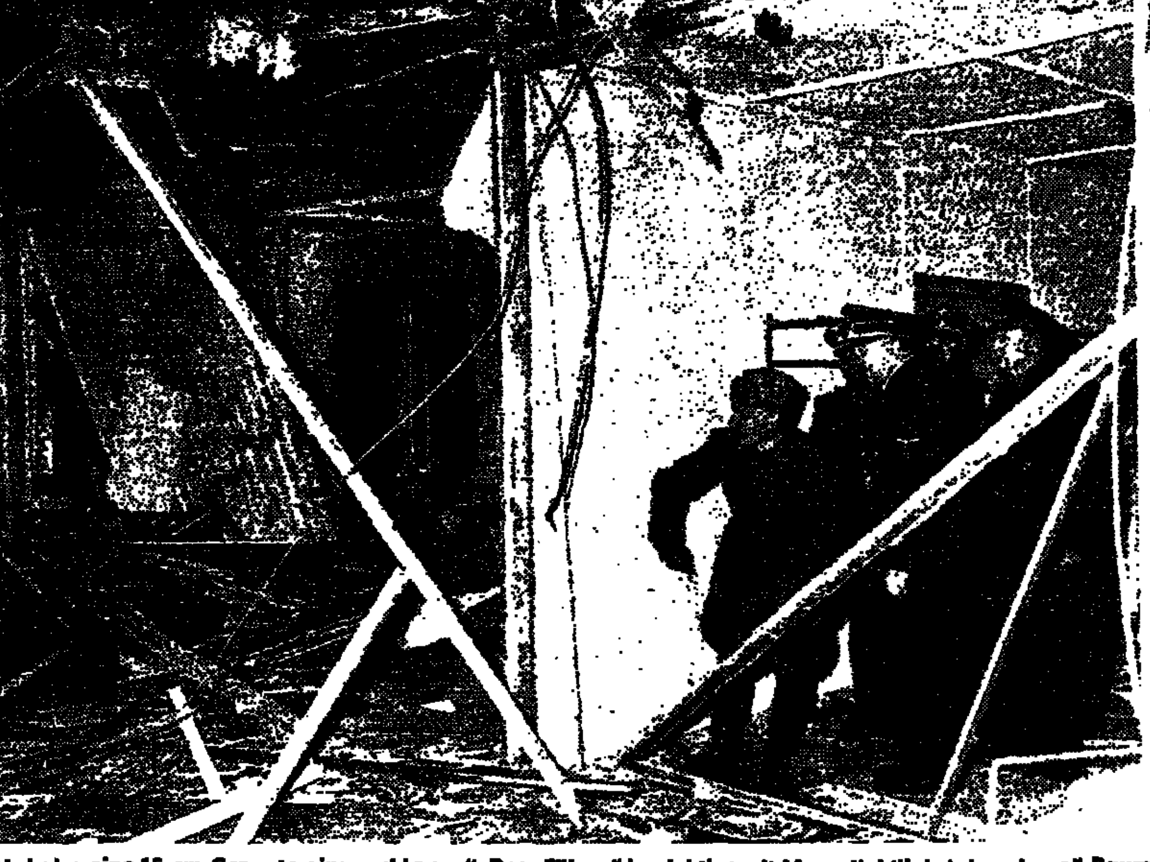
Gegen 12.25 Uhr drängte Keitel ungeduldig zum Aufbruch; begleitet von seinem Adjutanten, Oberstleutnant von John, Buhle und Stauffenberg machte er sich auf den Weg zur Lagebaracke, für den man etwa drei Minuten benötigte. In diesem Augenblick entschuldigte sich Stauffenberg für einen Moment, er habe seine Mütze und sein Koppel vergessen. Keitel, sichtlich verärgert, wartete mit Buhle und John auf den Obersten. Es war unterdessen 12.30 Uhr geworden. Kurz darauf erschien Stauffenberg. Er hatte in dem Augenblick, in dem er allein war, mit einer kleinen Zange, die er mit den drei Fingern seiner *verbliebenen linken Hand betätigen* konnte, den Hals der Säurekapsel im Zündmechanismus der Bombe abgeknipst. Nun hatte er noch 15 Minuten Zeit. Eiligen Schrittes ging die Gruppe durch das Tor des Sondersperrkreises A zur „Lage"-Baracke. Dort hatte die Besprechung bereits begonnen. Wegen der schwülen Witterung waren alle Fenster geöffnet. Im „Lage"-Raum befanden sich zwei Dutzend Teilnehmer. Auf dem sechs Meter langen, 120 Zentimeter breiten Tisch in der Mitte lagen die vorbereiteten Karten. Keitel, von John, Buhle und Stauffenberg betraten den Raum, als Generalleutnant Adolf Heusinger über die Lage an der Ostfront berichtete. Hitler, der in gebeugter Haltung vor den Karten stand, wandte sich kurz um und erwiderte den Gruß der Eintretenden, worauf Keitel ihm sagte: „Mein Führer, hier ist Oberst Graf Schenk von Stauffenberg, der Ihnen nachher über *den Einsatz der Sperrdivisionen Vortrag* halten wird." Hitler begrüßte den Obersten mit Handschlag.

Stauffenberg stellte die Aktentasche mit dem Sprengsatz daraufhin an die Innenseite eines der drei schweren Holzböcke, auf denen die lange Tischplatte ruhte – knapp zwei Meter vom rechten Bein Hitlers entfernt. Dann trat er an die Wand zurück, verharrte einen Moment neben der Tür und schlich sich dann hinaus. Heusinger setzte seinen Vortrag fort. Ein Detail veranlaßte Hitler zu einer Nachfrage bei General Buhle, der vor*schlug, der Oberst Graf von Stauffen*berg möge die Frage beantworten.

Hitler nahm Stauffenbergs offenbar nur kurzfristige Abwesenheit etwas indigniert zur Kenntnis, rügte sie jedoch nicht, da er zuvor erklärt hatte, er wünsche, den Einsatz der Sperrdivision erst nach dem allgemeinen Lagevortrag zu erörtern. Keitel aber fand die Tatsache, daß Stauffenberg nicht mehr im Raum war, etwas beunruhigend und ging hinaus, um nach ihm zu sehen, kehrte dann jedoch gleich wieder auf seinen Platz neben Hitler zurück. Heusinger beendete in diesem Augenblick seinen Vortrag über die Lage an der Ostfront mit den Worten: „Der Russe dreht westlich der Düna mit starken Kräften *nach Norden ein. Seine Spitzen* stehen bereits südwestlich Dünaburg. Wenn jetzt nicht endlich die Heeresgruppe vom Peipus-See zurückgenommen wird, dann werden wir eine Katastrophe ...".

Ein Donnerschlag zerriß seinen Satz. Grellgelbe Flammen schossen hoch, ätzender Qualm zog durch den zertrümmerten Raum. Es war 12.42 Uhr.

Die Explosion hatte Hitler zu Boden geschleudert. Er lag in der Nähe des linken Türpfostens unter Deckenbalken, Latten und Spanplattenteilen. Seine *Haare* und seine *Kleidung* hatten Feuer gefangen; seine Augen schmerzten, ebenso der rechte Ellenbogen und die Beine, an denen Blut



„Als habe eine 15-cm-Granate eingeschlagen": Der „Führer" besichtigt mit Mussolini (links) den „Lage"-Raum, in dem vor wenigen Stunden die Bombe Graf Stauffenbergs detoniert war. FOTO: ULLSTEIN

hinunterlief; Blut sickerte ihm auch aus den Ohren. Mit großer Mühe befreite er sich aus dem Trümmergewirr, schlug mit den Händen die Flammen an seiner Uniform und am Hinterkopf aus und versuchte, durch den sich langsam verziehenden Qualm zu erkennen, was hier geschehen war. Er sah in den Trümmern des Lageraums einige Teilnehmer der Be*sprechung liegen, die vor Schmerzen* schrien, doch er konnte sie nicht hören. Und er sah die massige Gestalt Keitels, der sich inzwischen ebenfalls *erhoben hatte und mit dem Ruf* „Mein Führer, Sie leben ..." auf ihn zusprang, ihn stützte und ins Freie führte. Der SS-Adjutant Otto Günsche geleitete Hitler, dessen Gesicht rauchgeschwärzt war, in den Wohnbunker.

Aus allen Richtungen kamen unterdessen Beamte des Reichssicherheitsdienstes herbeigelaufen; Sanitäter bargen die Schwerverletzten – das *waren vor allem der Chef des Heeres*personalamtes, Generalleutnant Rudolf Schmundt, Heusingers erster Generalstabsoffizier Oberst Heinz Brandt (der Stauffenbergs Aktentasche auf die andere Seite des Tischbocks gestellte hatte, weil er sich behinderte fühlte, und Hitler damit wahrscheinlich das Leben rettete), der Generalstabschef der Luftwaffe, Günther Korten, und der Stenograph Dr. Berger, der am späten Nachmittag seinen Verletzungen erlag. Die drei Offiziere starben in den nächsten Tagen.

Hitler wurde sogleich von seinem Leibarzt, Professor Theodor Morell, und dessen Begleiter, Professor Hanskarl von Hasselbach, untersucht. Sie stellten verblüfft fest, daß der „Führer" offenbar keine schweren Verletzungen davongetragen hatte; selbst der Puls war fast normal. Sie streiften ihrem Patienten die zerfetzte Hose ab und entfernten mehr als hundert Holzsplitter aus den Beinen und dem Gesicht, gaben ihm Spritzen und verlangten kategorisch, er müsse sich zunächst schonen.

Das freilich sah Hitler anders – er wurde im Gegenteil äußerst aktiv. Über den oder die Täter laut spekulierend, wobei er zunächst Arbeiter der „Organisation Todt" verdächtigte, die beim Umbau des Hauptquartiers eingesetzt waren, erteilte er präzise Befehle: Die Kriminalbeamten des RSD hatten sofort nach Zündschnüren und Sprengsätzen zu suchen. Goebbels, Himmler und Göring sollten un*verzüglich benachrichtigt werden.* Zugleich ordnete Hitler für das Hauptquartier eine strikte Nachrichtensperre an; der Luftwaffenadjutant Oberst Nikolaus *von Below ließ* in der Telefonzentrale die Stöpsel aus den Klappenschränken reißen und befahl den Telefonisten, zwei Meter Abstand von den Schränken zu halten. Von dem Wehrmachtsnachrichtenoffizier der „Wolfsschanze", dem Oberstleutnant Ludolf Gerhard Sander, verlangte Hitler Auskunft, wann frühestens eine Ansprache für den Rundfunk aufgenommen und gesendet werden könne. Die Antwort, das werde erst in einigen Stunden möglich sein, nahm er verärgert zur Kenntnis. Um 13.15 Uhr zeigte er sich *in neuer Uniform wieder im Freien* – und begegnete dort dem forschenden Blick eines Mannes, der zu den Schlüsselfiguren der Erhebung zählte: *Jenseits des Maschendrahtzauns,* der den Sondersperrkreis A begrenzte, ging General Erich Fellgiebel, der Chef des Heeresnachrichtenwesens, auf und ab. Er hatte die Aufgabe übernommen, das Führerhauptquartier in den entscheidenden Stunden des Umsturzes von den Nachrichtenverbindungen abzuschneiden.

Das mißlang – als Folge von zwei verhängnisvollen Fehlern der Verschwörer. Sie hatten nicht bedacht, daß eine besondere Schaltung alle Befehle an die Wehrkreise – und damit auch alle „Walküre"-Befehle – *gleichzeitig auch in das Führerhaupt*quartier leitete. Infolgedessen war Feldmarschall Keitel, der in den nächsten Stunden mit äußerster *Energie gegen die Erhebung vorging,* zu jedem Zeitpunkt in der Lage, „mitzulesen". Noch folgenschwerer war, daß die Geheimleitung des Propagandaministers Joseph Goebbels zum Führerhauptquartier intakt blieb.

So kam es, daß Keitel um 16.15 Uhr einen Funkspruch an die Wehrkreise absetzen lassen konnte, der die Maßnahmen der Verschwörer schon am *frühen Nachmittag zu paralysieren* begann: „Blitzfunkspruch! ... Der Führer lebt! Völlig gesund! Reichsführer SS OB Ersatzheer, nur seine Befehle gelten. Befehle von Generaloberst Fromm, Feldmarschall von Witzleben, Generaloberst a. D. Hoepner nicht ausführen! Verbindung mit Gauleiter und höherem Polizeiführer halten!"

Ebenso folgenschwer war, daß Goebbels in seiner Stadtresidenz dem Kommandeur des Wachbataillons „Großdeutschland", Major Otto-Ernst Remer, der ihn festnehmen *sollte, ein Gespräch mit dem Führer* anbieten konnte, das innerhalb von Minuten zustande kam. Hitler: „Hören Sie mich? Erkennen Sie meine Stimme? Major Remer, man hat versucht, mich umzubringen, aber ich lebe und bin gesund. Major Remer, ich spreche als oberster Befehlshaber der Wehrmacht. Nur meine Befehle sind zu befolgen. Sie haben Berlin für mich zu sichern. Wenden Sie alle Mittel an, die Sie für notwendig halten. Erschießen Sie jeden, der versucht, meinen Befehlen nicht zu gehorchen."

Als man gegen 17 Uhr ein langes, von Feldmarschall von Witzleben und Stauffenberg unterzeichnetes Fernschreiben an die Wehrkreiskommandos im Führerhauptquartier abfing, wurde für Hitler und Himmler (der in aller Eile auch formell zum neuen Befehlshaber des Ersatzheeres gemacht worden war) die Rolle Stauffenbergs endgültig klar. Das Fernschreiben verkündete den militärischen Ausnahmezustand – mit detaillierten Befehlen über die sofortige Eingliederung der Waffen-SS in das Heer, die Entmachtung der Gestapo und die Ausübung der vollziehenden Gewalt durch die Wehrmacht.

Stauffenberg war es unmittelbar nach dem Attentat gelungen, die Wachen an den Sperrkreisen der „Wolfsschanze" zu düpieren und zusammen mit Oberleutnant Werner von Haeften den Flugplatz Rastenberg zu erreichen, wo die bereitstehende Maschine um 13.13 Uhr startete. Gegen 16.30 Uhr trafen die beiden Offiziere an ihrem Dienstsitz in der Berliner Bendlerstraße ein und gingen sofort daran, die „Walküre"-Maßnahmen voranzutreiben. Generaloberst Friedrich Fromm, der den Tod Hitlers bezweifelte und sich weigerte, den „Walküre"-Befehl zu unterschreiben, wurde *festgesetzt,* am frühen Abend jedoch nach turbulenten Szenen, tätlichen Auseinandersetzungen und Schießereien in den Fluren des weitläufigen Gebäudes *durch „führertreue"* Offiziere befreit. In einem Telefongespräch mit Gesinnungsfreunden in Paris, wo die Erhebung ebenfalls am späten Abend zusammenbrach, konnte Stauffenberg noch den Satz hervorstoßen: „Meine Mörder toben schon auf den Gängen ..." Dann wurde er *festgenommen.*

Das Ende kam gegen Mitternacht: Fromm berief ein Standgericht, das General Friedrich Olbricht, dessen Chef des Stabes, Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim, Fromms Stabschef, Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg und den Oberleutnant Werner von Haeften zum Tode durch Erschießen verurteilte.

Während im Hof ein aus zehn Un*teroffizieren bestehendes Hinrich*tungskommando unter dem Befehl des Leutnants Schady aufmarschierte, verkündete Fromm das Todesurteil. Die *vier Offiziere wurden* über die Treppe in den Hof geführt, während der frühere Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Ludwig Beck, nach zwei vergeblichen Versuchen, sich selbst durch Kopfschuß zu entleiben, von einem Feldwebel des Wachbataillons im Nebenraum eines der Dienstzimmer den Gnadenschuß erhielt. Es war 0.10 Uhr, als Olbricht, Mertz, Stauffenberg und Haeften im Licht der Scheinwerfer eines Lastwagens vor einem Sandhaufen standen. Sekunden später krachten die Schüsse. Stauffenberg konnte noch rufen: „Es lebe unser heiliges Deutschland."

Etwa eine Stunde später wurden die vier Toten und der Leichnam Becks auf einen Wagen gelegt und von einem Feldwebel weggebracht; er hatte den Befehl, noch in der Nacht für eine Bestattung zu sorgen, deren Ort geheim bleiben sollte. Er fuhr in die Großgörschenstraße in Schöneberg zum alten Friedhof der Matthäi-Kirche und hob dort mit einem Gehilfen die Gräber aus. Drei herbeigerufene Polizeibeamte halfen bei der Bestattung. Am Morgen des 21. Juli war das Grab, wie befohlen, unkenntlich. Doch auf persönlichen Befehl Himmlers wurde es wieder geöffnet. 14 Tage später, am 3. August, hat Himmler den Vorgang in einer Rede *vor den Gauleitern in Posen zynisch* geschildert: „Sie wurden dann am anderen Tage ausgegraben, und es wurde noch einmal richtig festgestellt, wer sie waren. *Ich habe dann den* Befehl gegeben, daß die Leichen verbrannt wurden und die Asche in die Felder gestreut wurde." Das freilich war erst der Anfang einer furchtbaren Rache des Regimes.

Morgen in der WELT:
Nach dem Attentat erklärte Hitler, wie er gegen seine Kontrahenten vorzugehen gedachte: *„Die sollen nicht die ehrliche Kugel bekommen, die sollen hängen wie gemeine Verräter!"*

Gillers Dauerbrenner

Der Jux hört auf vor Frittenbuden

Die kleinen Geschichten, wie sie Walter Giller heute abend wieder „Locker vom Hocker" serviert, sind ein echter Dauerbrenner geworden. Seit sechs Jahren bereits haben sie einen festen Platz im Unterhaltungsangebot des ZDF.

„Allerdings versuchen wir, uns ein bißchen rar zu machen", sagt Produzent und Regisseur Gerhard Schmidt. „Das heißt, wir drehen nicht mehr als drei Folgen im Jahr, damit das Publikum der Sendung nicht überdrüssig wird." Noch haben die Zuschauer großen Spaß an „Locker vom Hokker". Einschaltquoten bis zu vierzig Prozent beweisen es. Zum Dauererfolg der Reihe, meint Schmidt, trage

Locker vom Hocker – ZDF, 21.15 Uhr

gewiß auch die ungebrochene Popularität von Walter Giller mit bei.

„Was die Stärke der Sendung gegenüber Konkurrenzprogrammen ist: Wir machen unsere Sache liebevoller, wir geben uns mehr Mühe mit den einzelnen Geschichten, und sowas honoriert der Zuschauer", behauptet der Produzent-Regisseur. „Man kann solche komödiantischen Miniaturen nicht aus dem Ärmel schütteln. So locker, wie der Titel verheißt, ist das nicht zu machen. Es soll nur so aussehen."

„Locker vom Hocker", dessen Sketche bis auf zwei Ausnahmen von englischen Comedy-Autoren geschrieben werden, will das Komische im Alltag ans Licht der Öffentlichkeit bringen. Spott und Hohn verkneifen sich Walter Giller und seine zumeist prominenten „Hocker"-Mitspieler. Trotzdem gab es geharnischte Proteste, als sich die Sendung einen Scherz mit deutschen Autobahn-Raststätten und Hamburgern von der Frittenbude erlaubte.

Früher, als Gerhard Schmidt noch die satirische Sendereihe „Express" fürs ZDF produzierte, fühlte sich die „Lobby des Bierernstes", rekrutiert aus Vertretern von Parteien, Verbänden und Berufsgruppen, mit schöner Regelmäßigkeit auf den Fuß getreten. 1977 wurde die mit einem Grimme-Preis dekorierte TV-Satire eingestellt. „Wir überlegen", verrät Schmidt, „ob wir nochmals so eine ‚Enthüllungsserie' wie ‚Express' machen wollen. Wir haben auch bereits ein Exposé für eine erste Sendung geschrieben und hoffen sehr, daß wir eine Anstalt finden werden, die mitmachen will."

EGON WOLFF



Verkneift sich Spott und Hohn in seinen Sketchen: Walter Giller *FOTO: MISERONY*

KRITIK

Warum zögert die Autoindustrie?

Legt man den Titel der Brennpunkt-Sendung vom NDR zugrunde, so ist die Frage: „Wer bremst das umweltfreundliche Auto?" unbeantwortet geblieben. Es sei denn, man gäbe sich mit einer Kettenantwort zufrieden, daß es eine Mischung sei aus Entschlußlosigkeit der Bundesregierung, Zögern der EG-Kommission und abwartender Haltung der Automobilindustrie.

Als Bestandsaufnahmne allerdings war der **Brennpunkt** hervorragend *gemacht. Ideologiefrei – und das ist* beim Thema Umweltschutz schon bemerkenswert – stellte Peter Staisch Aussagen der Verfechter der raschen *Einführung von Katalysator-Autos* (Innenminister Zimmermann, sein Staatssekretär Spranger sowie Ministerpräsident Lothar Späth) und der *Vertreter der Automobilindustrie* mit BMW-Chef Eberhard von Kuenheim und dem Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie, *Diekmann, gegenüber.*

Diekmann wurde Gelegenheit gegeben, sein – bewußt oder unbewußt – vielfach falsch zitiertes Wort von den 5000 Mark Zusatzkosten für ein Katalysator-Auto richtigzustellen. Erfreulich informativ auch der Beitrag über die in Frankreich erst langsam *einsetzende Diskussion* zum Thema und die in der mangelnden Kaufkraft des Binnenmarktes liegenden Gründe für das Zögern der Auto-Industrie *und Mineralölwirtschaft dort. Offen* blieb in der Sendung die entscheidende Frage: Wird Bonn den Katalysator-Alleingang gegen den Rest Europas wagen?

GÜNTHER BADING

Pan-Spiele eines Unrasierten

Das „Kleine Fernsehspiel" (ZDF) zeigte den preisgekrönten Erstling **Gratwanderung** von Barbara Kappen, der mit Hilfe des „Kuratoriums junger deutscher Film" gedreht wurde. Kein Wunder, daß er der Definition entspricht, Jungfilmerstreifen würden meist durch glänzende Fotografie über die Nichtigkeit ihres Inhaltes hinwegtäuschen.

Dieser in der norwegischen Einöde spielende Film ist wirklich glänzend fotografiert. Drei frustrierte Damen *aus Deutschland ziehen sich in die* Natur zurück, um in Distanz von der Männerwelt „zu sich selbst zu kommen". Doch da bricht auf Schusters Rappen *ein unrasierter Mann in die* asketische Runde. Da bei seinem Auftauchen Hamsun zitiert wird, nimmt man an, daß nun das alte Stück „Na*turbursche kontra gehemmte Damen*" gespielt wird. Und wirklich: der Unrasierte schläft der Reihe nach mit den drei Damen. Aber oh weh: auch *er hat Probleme. Außerdem steht im* Wald versteckt sein Auto, mit dem er nach den Pan-Spielen zu seinen Computern zurückfahren will.

Daran hindern ihn jedoch die Damen, indem sie ihn in einen Abgrund befördern – vermutlich nur, um wieder einen Wagen zum Einkaufen zu haben: der Pseudo-Naturbursche hat entgegen seinem Versprechen ihren kaputten VW-Bus nicht repariert. Die Damen sprechen auch am Ende des *Films noch immer flüsternd leise,* so daß jeder zweite Satz unverständlich bleibt. Offensichtlich hat sie auch das Menschenopfer nicht von ihrem Frust befreit.

ANTON MADLER

ARD

ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Ab 11.35 Uhr nur über die Sender des ZDF

10.00 heute
10.05 Auf der Lüneburger Heide
10.50 ... scheibchenweise
11.35 Beschreibungen
Oberschwaben: Paradies vorm Ausverkauf
12.10 Warum habt ihr Hitler widerstanden?
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

12.00 Gedenkveranstaltung zum 40. Jahrestag des Attentats auf Hitler
15.00 Die Schneekönigin
15.30 Matt und Jenny
16.00 Tagesschau
16.10 Hoheit wohnt in keinem Schloß
Leopold von Bayern
16.35 Denen ist nichts heilig
Amerikanischer Spielfilm (1937)
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Jenny und der Herr im Frack
Deutscher Spielfilm (1941)
Mit Johannes Heesters, Gusti Huber, *Hilde Hildebrand u. a.*
Regie: Paul Martin
Bei der Suche nach einem Juwelendieb kommen sich der Versicherungsvertreter Peter Holm und die hübsche Tochter seines Chefs ins Gehege, die ihn für den gesuchten Dieb hält.
21.40 Plusminus
Ausverkauf der Neuen Heimat – Umstrittenes Sanierungskonzept / Wenig auf Lager – Die Logistik der Automobilindustrie / Lehrstellen-Leere – Aussichten für Jugendliche immer schlechter / Dollar-Optimismus – Auswirkungen auf die Wirtschaft / Interview mit Bundeswirtschaftsminister Bangemann / Dabeisein ist alles – Olympiakommerz im Zeichen der fünf Ringe
Moderator: Jochen Bäumel
22.30 Tagesthemen
mit Bericht aus Bonn
23.00 Die Sportschau
23.25 Moment mal
Die ARD-Redezeit mit Martin Schulze und Barbara Dickmann
Wollen unsere Kinder noch lernen? – Leistungsdruck und Leistungsverweigerung
anschl. Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Ferienkalender
Moderation: Hansi Fischer und Benny
15.10 Ein Käfer auf Extratour
Deutscher Spielfilm (1973)
16.40 Breakdance
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Roswitha Scheer, Panama Cut
18.10 Mein Name ist Drops!
18.30 Brigitte und ihr Koch
Zucchini-Omelett
19.00 heute
19.30 auslandsjournal
Israel vor der Wahl: Der Herausforderer Peres / Die religiösen Parteien – Zünglein an der Waage / USA: Die Mitgift der Kandidatin Ferraro
Moderation: Rudolf Radke
20.15 Derrick
Ein Mörder zu wenig
21.15 Locker vom Hocker
21.45 heute-journal
22.05 Aspekte – Literatur
Gespräche mit Autoren über neue Bücher
Moderation: Alexander U. Martens, Dieter Schwarzenau
23.20 Der 20. Juli
Deutscher Spielfilm (1955)
Mit Wolfgang Preiss, Annemarie Düringer, Robert Freytag u. a.
Regie: Falk Harnack
20. Juli 1944, 12 Uhr 42: Im Führerhauptquartier „Wolfsschanze" detoniert eine Bombe, die dem nationalsozialistischen Terrorregime ein Ende bereiten sollte. Doch Hitler erleidet nur leichte Verletzungen und kann schon am Abend eine Rundfunkansprache halten und eine Verhaftungswelle in Gang setzen.
0.55 heute

III.

WEST
18.30 Rudi macht's möglich
19.00 Aktuelle Stunde
Mit „Blickpunkt Düsseldorf"

NORD/HESSEN
18.00 Black Beauty
18.30 Rudi macht's möglich
19.00 Ungewöhnlich leben
Mit vierzig ein Kind
19.45 Sebastiao Tapajos
Brasilianische Gitarrenmusik

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Der deutsche Widerstand gegen Hitler
anschl. Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Erzählen und Singen
20.15 Joseph Haydn: Schöpfungsmesse
Live aus dem Münster in Schwarzach mit dem SWF-Sinfonieorchester; Leitung: Kazimierz Kord
21.00 Jugendstil wiederentdeckt
Der Maler und Sammler Heinrich R. Gruber in der Pfalz
21.30 Sonnenpferde
Die Jahrhundertfeier – 1930
22.20 We'll remember Trane
Tagebuch eines Jazz-Workshops
23.05 Gespräch am Abend
Bei Ludwig von Hammerstein mit Joachim Fest
0.20 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bayern-Report
18.45 Rundschau
19.00 Unser Land
19.45 Z. E. N.
19.50 Die Osterseen
20.15 Der deutsche Widerstand gegen Hitler
0.15 Rundschau

Ausländerpolitik in Hessen stößt auf Widerspruch

MANFRED SCHELL, Bonn

Die zwischen SPD und Grünen in Hessen vereinbarte „neue Ausländerpolitik" verletzt nach Darstellung des Bundesinnenministeriums teilweise Verwaltungsvorschriften des Bundes. In anderen Punkten weiche sie von bundeseinheitlicher Behördenpraxis oder Empfehlungen der Bundesregierung ab.

Beim Aufenthaltsrecht räumt die hessische Vereinbarung Ausländern eine Aufenthaltsfrist von vier Jahren ein, um die besondere Arbeitserlaubnis für einen unbefristeten Aufenthalt einzuholen. Nach der geltenden Gesetzeslage, so das Innenministerium in Bonn, dürfe die Aufenthaltserlaubnis in solchen Fällen nur um zwei Jahre verlängert werden. Eine Verletzung des Rechts gebe es auch hinsichtlich der Festlegung über die Aufenthaltsberechtigung. SPD und Grüne wollten diese Genehmigung schon nach fünf Jahren erteilen, nach dem Ausländerrecht sei dies aber erst nach acht Jahren möglich.

Erhebliche Abweichungen gebe es auch im Bereich der Familienzusammenführung. SPD und Grüne wollten hier den Kindernachzug ohne altersmäßige Beschränkung, wenn sich ein Elternteil rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland aufhalte. Hingegen sei nach den Empfehlungen der Bundesregierung vom 2. Dezember 1981, denen die Länder in Verwaltungsanweisungen weitgehend gefolgt seien, der Nachzug grundsätzlich nicht gestattet bei 16- und 17jährigen ausländischen Jugendlichen (Ausnahme Bremen) und bei ausländischen Kindern, wenn sich nur ein Elternteil auf Dauer im Bundesgebiet aufhalte. Die Vereinbarung in Hessen, so die Bonner Einschätzung, sehe auch keinerlei Beschränkungen für den Ehegattennachzug zu Ausländern der ersten Generation vor. Nach dem Beschluß der Innenministerkonferenz sei aber die Voraussetzung für den Ehegattennachzug ein dreijähriger Aufenthalt des ausländischen Arbeitnehmers im Bundesgebiet, ein ungekündigtes Arbeitsverhältnis und angemessener Wohnraum. Gravierende Abweichungen, bemerkte das Bundesinnenministerium ferner, gebe es außerdem bei der Regelung für den Ehegattennachzug zu Ausländern der „zweiten Generation".

20. Juli 1944: „DDR" und Kreml revidieren Urteil

Ost-Berlin spricht von „Koalition der Vernunft"

DW. Bonn

In der Sowjetunion und in der „DDR" beginnt sich eine andere Betrachtung der Männer des 20. Juli 1944 durchzusetzen. Oberst Graf Stauffenberg wurde gestern auch in sowjetischen Zeitungen als eine von hohen Idealen getragene Persönlichkeit gewürdigt. In den sowjetischen Hauptwerken über den Zweiten Weltkrieg wird der noch am Abend des Attentatstages hingerichtete Oberst nicht erwähnt. Die „DDR" nannte das Attentat eine „patriotische Tat historischen Ranges".

Allerdings fiel auf, daß sich die sowjetischen Medien bemühten, das Gedenken an den 20. Juli 1944 in der Bundesrepublik Deutschland in die derzeitige Kampagne der UdSSR gegen angebliche revanchistische Tendenzen einzureihen.

Der sowjetische „Rote Stern" nennt die, wie es heißt, propagandistische Aktion um den 20. Juli in der Bundesrepublik Deutschland dazu bestimmt, anti-amerikanische Stimmungen zu neutralisieren. „Die Aktion ist von dem Bestreben durchdrungen, die Rolle der sowjetischen Armee bei der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands herabzusetzen". Die Verschwörung wird als „eine direkte Folge der Niederlage der deutsch-faschistischen Truppen an der sowjetisch-deutschen Front" dargestellt. Einige Vertreter des „monopolistischen Bürgertums" und der deutschen Militärkreise hätten einen Ausweg aus der entstandenen Lage durch die Beseitigung Hitlers und den Abschluß eines Separat-Friedens mit westlichen Ländern suchen wollen.

In Artikeln des SED-Blatts „Neues Deutschland" wird dagegen unterschieden zwischen „bestimmten Kreisen des deutschen Imperialismus", die einen „Regierungswechsel ohne Erschütterung" angestrebt hätten und „realistischer" eingestellten Kräften um Generaloberst Ludwig Beck und Graf Stauffenberg. Auf einem Colloquium in Ost-Berlin sagte der Pro-Rektor der Pädagogischen Hochschule in Potsdam, Professor Kurt Finker, viele der Kämpfer des 20. Juli seien bereit gewesen, mit Kommunisten und Sozialdemokraten für den Sturz des NS-Regimes zusammenzuwirken. Der Wissenschaftler sprach von einer „Art Koalition der Vernunft" und suchte eine Brücke zur Gegenwart zu schlagen: „Nur eine solche, über politische und Klassengrenzen hinausreichende Koalition der Vernunft kann heute der Gefahr der imperialistischen Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik wirksam begegnen."

Im „DDR"-Fernsehen kamen zwei im Westen lebende deutsche Gräfinnen unter voller Nennung ihrer Adelstitel zu Wort: Freya Gräfin von Moltke und Marion Gräfin Yorck von Wartenburg. Ihre Männer waren nach dem mißglückten Attentat auf Hitler hingerichtet worden. Auch dieser nicht alltägliche Auftritt in den „DDR"-Medien signalisiert eine veränderte Betrachtungsweise des Widerstands durch die SED.

In Bonn würdigte Bundesaußenminister Genscher die Angehörigen des Auswärtigen Dienstes, die am Widerstand gegen Hitler beteiligt waren. „Elf Mitglieder des Auswärtigen Amtes verloren ihr Leben. Sie waren aktiv an der Vorbereitung des 20. Juli beteiligt", sagte Genscher in einer Feierstunde. Es sei an der Zeit, jener besonderen Verdammung zu begegnen, die nach dem Kriege im Inland wie im Ausland das Auswärtige Amt getroffen habe.

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, erklärte, der Widerstand gegen das Unrecht habe entscheidend zu einem differenzierten Deutschlandbild beigetragen. Die historische Wahrheit gebiete es aber zu sagen, daß gegenüber dem Judentum Betroffenheit und Empörung angesichts der Verfolgung und Massenvernichtung „nicht immer rechtzeitig zum Ausdruck kam".

Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) hält in der Nacht zum 20. Juli Mahnwachen vor den Botschaften der UdSSR und Chiles in Bonn ab um, wie er gestern erklärte, „deutlich zu machen, daß heute dort eine Bombe – ähnlich des 20. Juli 1944 – legitimiert ist, wo Unfreiheit, Tyrannei, Folter und gröbste Mißachtung der Menschenrechte vorherrschen". Passiver und aktiver Widerstand gegen ein totalitäres Regime sei „a priori legitimiert" jedoch niemals in einer Demokratie.

Bahr verwirft Moskaus Kritik

Der SPD-Politiker betont im Kreml das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Kritik an den sowjetischen Revanchismus-Vorwürfen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie die Frage der deutschen Einheit betreffen, hat der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr in Moskau geäußert. Der SPD-Politiker erinnerte den Leiter der internationalen ZK-Abteilung, Ponomarjow, und dessen Stellvertreter Sagladin daran, daß er bei den Vorverhandlungen zum deutsch-sowjetischen Vertrag gegenüber Außenminister Gromyko erklärt habe: Eine Normalisierung der Beziehungen sei nicht möglich, wenn das Ziel der deutschen Einheit, das dem Willen der Bevölkerung und dem Grundgesetz entspricht, „unter den Vorwurf des Revanchismus gestellt" würde. Das sei der Hintergrund des Briefes zur deutschen Einheit gewesen, den Moskau entgegengenommen habe, und ebenso die Grundlage der Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag.

Das wichtigste am Vertrag sei, daß er die Grenzen in Europa dem Gebot des Gewaltverzichts unterworfen habe. Angesichts dieser „völkerrechtlich absolut verbindlichen Feststellung" könne die Einheit also nur einvernehmlich erreicht werden, und das sei kein Revanchismus.

Ponomarjow versicherte, unter Revanchismus verstehe die Sowjetunion alle Absichten, die Grenzen des deutschen Reiches von 1937 wiederherzustellen und dabei den Moskauer Vertrag zu übersehen. Egon Bahr erwiderte, die gesamte SPD fände den Gedanken an 1937 grotesk; wenn sich ein Regierungsmitglied wie Innenminister Zimmermann im Sinne dieser Bestrebungen äußere, wäre ein klärendes oder richtigstellendes Wort des Bundeskanzlers zu erwarten. Sollte die sowjetische Kampagne allerdings weitergehen, werde das auch für die SPD politische Konsequenzen haben.

Die sowjetische Presse setzt die Propaganda-Aktion allerdings fort. Ihre Berichte über die „Hydra des Revanchismus" behaupten weiterhin, daß Vertriebenenverbände und „Neofaschisten" seit dem Bonner Regierungswechsel einen Aufschwung erlebt hätten und durch Äußerungen aus dem Regierungslager ermuntert würden, nach den Ostgebieten zu rufen. Was von CDU/CSU ausgehe, widerspreche den politischen Realitäten und den Ostverträgen.

Ponomarjow, der die Aufhebung der letzten Rüstungsbeschränkungen für die Bundesrepublik durch die WEU angesprochen hatte, nahm Bahrs Erläuterungen kommentarlos zur Kenntnis. Bahr unterstrich die Versicherung der Bundesregierung, sie werde die Freigabe nicht zur Herstellung von Fernwaffen nutzen. Seine Partei werde sich kräftig zu Wort melden, „so daß es auch in Moskau zu hören ist", falls irgendeine Regierung in Bonn in Zukunft davon abweichen sollte.

Bahr war in Begleitung von drei weiteren SPD-Bundestagsabgeordneten nach Moskau gereist, um zu hinterfragen, ob durch einen verminderten Rüstungsaufwand in Ost und West mehr Hilfe für die Dritte Welt möglich wäre. Bei der Klärung der Grundbegriffe ist man aber offenbar noch nicht weit gekommen. Immerhin fand man es von seiten der SPD bemerkenswert, daß der Kreml nicht mehr auf seinem traditionellen Standpunkt verharrt, allein die „imperialistischen Staaten" seien zu Entwicklungshilfe verpflichtet.

Geißler: Kritik an den Tarifpartnern

Unnötige Verlängerung des Druckerstreiks / Soziales und politisches Klima gestört

HEINZ HECK, Bonn

Kritischer als Bundesbank und Wirtschaftsministerium beurteilt CDU-Generalsekretär Geißler die Folgen der zurückliegenden Arbeitsausstände. Die CDU wolle allerdings die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften fortsetzen, sagte Geißler gestern in Bonn. Er kritisierte auch das Verhalten der Arbeitgeber der Druckindustrie. Es sei zu einer unnötigen Verlängerung des Streiks gekommen, da die Arbeitgeber den auch von ihnen herbeigerufenen Vermittler Biedenkopf nicht konsultiert hätten. Dabei enthalte der Vorschlag Biedenkopfs „zukunftsweisendere Inhalte" als der Lebers, der in der Metallindustrie erfolgreich geschlichtet hatte.

Durch den Arbeitskampf sei das soziale, wirtschaftliche und politische Klima gestört worden. „Der Arbeitskampf hat Schlaglöcher in den Weg der wirtschaftlichen Konsolidierung gerissen", die nur mühsam aufgefüllt werden könnten. „Diese politisch motivierten Streiks haben fast allen geschadet, niemandem genützt." Vor allem für die Arbeitslosen sei „nichts herausgesprungen". Das Hauptziel der beiden Gewerkschaften (Metall sowie Druck und Papier), neue Arbeitsplätze zu schaffen, „kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht erreicht werden". Insofern seien sie „gescheitert". Auch für die betroffenen Arbeitnehmer sei es ein „schlechtes Geschäft" gewesen. Denn ein durchschnittlich verdienender Arbeitnehmer (monatlich 2800 Mark brutto, 1992 Mark netto) müsse – sofern er Streikgelder bekommen habe – zwei Jahre lang arbeiten, um aus der diesjährigen Lohnerhöhung die Einkommensverluste wieder wettzumachen. Ohne Streikgelder dauere der Ausgleich gar fünf Jahre.

Der Arbeitskampf habe auch der wirtschaftlichen Entwicklung geschadet. Geißler bezweifelt, daß die von der Bundesbank auf rund ein Prozent bezifferte Minderung des Bruttosozialprodukts im zweiten Quartal durch Mehrarbeit im zweiten Halbjahr wieder ausgeglichen werden könne. Noch weniger gelte dies für die negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Nur bei einer Zunahme der Arbeitskosten bis zum Ausmaß des Produktivitätsfortschritts (besser darunter) könnten zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Bedingungen seien in den beiden Tarifabschlüssen nicht eingehalten worden. Positiv wertet Geißler lediglich, „daß in Zukunft flexiblere Arbeitszeitregelungen möglich sind".

Zur Rolle der CDU wie der Bundesregierung betonte Geißler, beide hätten sich nicht auf die Seite des einen oder anderen Tarifpartners gestellt, sondern nur zur Sache Stellung genommen und seien dadurch in Gegensatz zu den beiden Gewerkschaften geraten, befänden sich jedoch in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrzahl der Gewerkschaften, die Lohnerhöhungen und Vorruhestandsregelungen fordern.

Kreml: Peking schürt neue Hetzkampagne

dpa, Moskau

Die Sowjetunion schlägt wieder schärfere Töne gegenüber China an. Das sowjetische Partei-Organ „Prawda" warf am Donnerstag den chinesischen Medien eine feindselige Kampagne gegen die UdSSR vor und stellte fest: „Entgegen den bekannten Tatsachen erklären Vertreter der Volksrepublik China, daß angeblich die Sowjetunion und nicht Peking einer Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen Hindernisse in den Weg legt." Die Sowjetunion wies auch die Beschuldigung zurück, daß sie ihre antichinesische Propaganda verstärke und die militärische Bedrohung für China steigere.

Nach Meinung westlicher Beobachter hat die im Mai erfolgte überraschende Absage eines bereits angekündigten China-Besuchs des Ersten stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Iwan Archipow einen Schatten auf die Bemühungen der beiden ideologisch zerstrittenen kommunistischen Nachbarstaaten geworfen, ihre Beziehungen zu normalisieren. Die „Prawda" versicherte, daß es die prinzipielle Position der UdSSR sei, das bilaterale Verhältnis in normale Bahnen zu lenken. Aber eine Normalisierung der Beziehungen dürfe nicht auf Kosten der Interessen dritter Länder gehen.

Das Moskauer Partei-Organ unterstellte den chinesischen Medien eine wachsende antisowjetische Kampagne und stellte fest: „Auch hören Publikationen nicht auf, die darauf abzielen, (chinesische) territoriale Ansprüche an unser Land in der einen oder anderen Form zu bekräftigen."

Unter dem Deckmantel der sogenannten „Theorie des Kampfes gegen den Hegemonismus der Supermächte" werde die These von der Verantwortung der UdSSR für die Zunahme der internationalen Spannung insbesondere in Asien und im Nahen Osten ins Spiel gebracht, meinte die „Prawda" weiter. Auch stellten die chinesischen Medien die sowjetischen Friedensinitiativen als „Betrug an der öffentlichen Meinung" dar.

Auch Staats- und Parteichef Tschernenko hatte kürzlich während des Moskau-Besuches des nordkoreanischen Staatschefs Kim Il Sung den „chinesischen Hegemonismus" verurteilt. Zugleich sprach sich Tschernenko für eine „Gesundung und Verbesserung" der Beziehungen zu Peking aus.

Lösung für „Weinsee"

Ha.(Brüssel) – Europas Agrar-Technokraten sind erfinderisch, wenn es um die Beseitigung landwirtschaftlicher Überschüsse geht. Neueste Idee ist es, den „Weinsee" zunehmend in den Dienst der europäischen Energieversorgung zu stellen.

In einem offiziellen Verordnungsvorschlag hat die EG-Kommission den Rat um die Ermächtigung ersucht, Weinalkohol aus der sogenannten obligatorischen Destillation den Ölraffinerien zum Kauf anzubieten. Die derzeitige Energielage lasse an eine solche Lösung denken, zumal viele Mitgliedsstaaten schon in der Vergangenheit die Möglichkeit der Vermischung von Alkohol mit Benzin als Ersatzkraftstoff genutzt hätten.

Nach der Weinmarktordnung ist die Idee für den Absatz des aus der obligatorischen Destillation gewonnenen Alkohols verantwortlich. Sie muß jedoch zugleich sicherstellen, daß der Markt für Industriealkohol nicht durcheinandergerät. Die Verwendung im Kraftstoffsektor soll künftig möglich sein, wenn der Alkohol anderswo nicht abzusetzen ist. Der Haken dabei ist nur, daß der Preis beträchtlich heruntersubventioniert werden muß.

Bei einer Million Hektolitern, die gegenwärtig in Frage kämen, ist mit 167 Millionen Mark Mehrkosten zu rechnen. Den Winzern wird es aber gewiß nicht schwer fallen, noch mehr Weinüberschüsse zu produzieren. Was fehlt sind phantasiereiche Männer, die der Gemeinschaft zu mehr Geld verhelfen. Die Agrar- und Energieprobleme könnten dann gleichzeitig gelöst werden.

Arroganz

fu (London) – Wechselkursturbulenzen sind in Großbritannien ein willkommener Anlaß, laut über Vor- und Nachteile einer vollen Mitgliedschaft des Pfundes im Europäischen Währungssystem nachzudenken. So auch jetzt wieder. Doch die Öffentlichkeit zeigt sich desinteressiert, solange die Regierung mit schon peinlicher Arroganz ihre stereotype Antwort wiederholt, ein Beitritt sei immer ins Auge gefaßt worden, nur würden die äußeren Bedingungen diesen Schritt vorerst nicht rechtfertigen. Diese äußeren Bedingungen sprechen heute mehr als je zuvor für einen Beitritt. Zwar ist das Pfund weiterhin „Nordsee-Öl-Währung", doch die Zeiten extremer Ölpreisschwankungen sind erst einmal vorüber. Längst ist das Pfund nicht mehr überbewertet, was bislang eines der Hauptargumente gegen einen Beitritt war. Auf der Suche nach längerfristiger Währungsstabilität, angesichts längst noch nicht beendeter Dollar-Turbulenzen, drängt sich das EWS geradezu auf. Doch was macht London? Es sieht den Währungskrisen untätig und in selbstgewollter Isolation zu.

USA / Haushaltskürzungsgesetz unterzeichnet – Quellensteuer für Ausländer entfällt

Höhere Kapitalzuflüsse sollen zum Abbau des Budgetdefizits beitragen

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Aufhebung der 30prozentigen Quellensteuer, die ausländische Investoren bisher auf Zinsgewinne in den USA zahlen mußten, ist nun amtlich, nachdem Präsident Ronald Reagan den „Deficit Reduction Act of 1984" unterzeichnet hat. Bei dem Versuch, die Einnahmen des amerikanischen Fiskus auszuweiten, schlägt diese Maßnahme mit nur einigen 100 Millionen Dollar zu Buch. Worauf man in Washington jedoch hofft, ist ein noch breiterer Strom ausländischen Kapitals, das in staatlichen und privaten Anleihen angelegt wird, was der Treasury die Finanzierung der riesigen Defizite erleichtern würde.

Es wird noch viele Monate dauern, bis ein klareres Bild darüber besteht, in welchem *Umfang die ausländische* Nachfrage nach US-Bonds zunimmt. Bei der Wharton Econometrics Inc. in Philadelphia ist man jedoch davon überzeugt, daß der jüngste Anstieg des Dollarkurses und ausländischer Zinsen bereits die Streichung der Quellensteuer reflektierte. Jeder zusätzliche Kauf amerikanischer Obligationen erhöht gleichzeitig die Dollarnachfrage – ein Mechanismus, der schon bisher die US-Währung neben anderen Faktoren verteuerte.

Reagans Unterschrift hat weitreichende Auswirkungen auf beiden Seiten des Atlantiks, und zwar auf die Wechselkurse ebenso wie auf Zinsniveaus und Handelsbilanzen. Das Interesse der USA besteht darin, Ausländern die Geldanlage so attraktiv wie möglich zu machen. Wegen des wachsenden Währungsrisikos war das zuletzt nicht mehr der Fall. So halten Ausländer zwar rund 92 Mrd. Dollar in amerikanischen *Regierungstiteln; netto, also nach Abzug* der Verkäufe, erhöhten sie jedoch ihre Portefeuilles 1983 nur um 5,8 Mrd. Dollar. *Im Auge hat* das Schatzamt auch den Eurobond-Markt, auf dem 1984 Papiere für 46,4 Milliarden Dollar emittiert wurden; davon rund 35 Milliarden Dollar in US-Währung. Seit 1974 haben US-Unternehmen im Ausland 32 (1983: 7,4) Mrd. Dollar aufgenommen – etwa 80 Prozent ebenfalls in US-Währung.

Im US-Finanzministerium ist man davon überzeugt, daß der Verzicht auf die Quellensteuer letztlich den Zinsdruck in Amerika mildert, während die Zinslasten in anderen Ländern, die mit Kapitalabflüssen konfrontiert werden, zunehmen. Das heißt, die Zinskosten der Treasury sinken und damit die Defizite. Das Ausmaß hängt davon ab, in welchem Umfang Washington ausländische Ersparnisse anzapfen kann. Die First Boston Corp. geht so weit, daß sie die Finanzierung des gesamten US-Budgetdefizits – nahezu 200 Milliarden Dollar einschließlich des außerordentlichen Haushalts – im Ausland voraussagt, und zwar wegen der magnetischen Wirkung steuerfreier Dollaranlagen.

An der Wall Street veranschlagt man den Netto-Zufluß schon im ersten Jahr nach dem Steuerschnitt auf sechs bis zehn Mrd. Dollar. Nach dem Urteil der Morgan Guaranty Trust Co. geht das auf Kosten aller anderen Regierungen und Unternehmen, „die wegen des Wettlaufs um Auslandsgeld höhere Zinsen zahlen müssen".

Offen ist noch, ob die USA einen Schritt weitergehen und den Ausländern den anonymen Kauf von amerikanischen Regierungs- und Unternehmensanleihen erlauben. Das würde den Geldstrom in die Vereinigten Staaten noch stärker anschwellen lassen. Denn mit der Genehmigung von Inhabertiteln würde der *Registrierzwang entfallen, der heute noch* Investoren abschreckt. Im Gespräch ist noch eine weitere Änderung der Steuervorschriften: Ausländer sollen künftig auch ihre Bonds einlösen können, ohne ihre Identität preisgeben zu müssen. Ohne Adressenangabe zahlen sie zur Zeit eine Steuer von 20 Prozent.

Präsident Reagan hat den „Deficit Reduction Act" ohne Fanfaren in Kraft gesetzt. Der Grund: Statt um 150 hat der Kongreß nur einen Abbau des US-Haushaltsdefizits um 63 Milliarden Dollar in drei Jahren beschlossen. Davon entfallen auf höhere Einnahmen 50 und auf Ausgabenschnitte nur 13 Milliarden Dollar.

BUNDESBANK-PRÄSIDENT PÖHL

Auch in der Bundesrepublik auf Kuponsteuer verzichten

rtr/dpa, Hamburg

Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Karl Otto Pöhl, hat sich für eine Abschaffung der Kuponsteuer *ausgesprochen, der die Erträge deutscher* Anleihen im Besitz von Ausländern unterliegen. In der Sendung „Tagesthemen" des Deutschen Fernsehens empfahl Pöhl der Bundesregierung diesen Schritt, der nach seiner Ansicht zur Stärkung der D-Mark gegenüber dem Dollar beitragen würde. Pöhl verwies in diesem Zusammenhang auf die (inzwischen realisierte) Absicht der USA, künftig auf eine derartige Steuer zu verzichten.

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat den Vorschlag Pöhls, die Kupon-Steuer abzuschaffen, begrüßt. Er sei vernünftig, erklärte der FDP-Politiker gegenüber dpa, und diene der weiteren Möglichkeit der Abkoppelung des Zinsniveaus der Bundesrepublik von dem der Vereinigten Staaten. Der Vorschlag liege außerdem im Interesse „unserer Geld- und Beschäftigungspolitik und die Bundesregierung sollte ihn ernsthaft in Erwägung ziehen".

Der Bundesbank-Präsident sagte weiter, die Erklärung für den hohen Dollar sei in erster Linie zweifellos in den sehr hohen Zinsen in den USA zu suchen. Als weiteren Grund nannte er die starke Dynamik der amerikanischen Wirtschaft. Ein zusätzlicher, jüngster Grund sei die inzwischen *verwirklichte Absicht, die Kupon*steuer abzuschaffen, also die Steuer auf Zinsen für amerikanische Anleihen.

Als erstaunlich bewertete es Pöhl, *daß es in einem so hohen Maße gelungen* sei, die Bundesrepublik von dem hohen Zinsniveau in der USA abzukoppeln. Er verwies darauf, daß die Rendite für Anleihen in den Vereinigten Staaten 13½, fast 14 Prozent beträgt, in der Bundesrepublik dagegen etwas unter acht Prozent. Er hoffe und glaube, daß die Abkoppelung auch weiterhin gelingen werde, und zwar dank der niedrigen Inflationsrate und der guten außenwirtschaftlichen Leistung der Bundesrepublik.

Wenn sich jedoch der Zinsanstieg in den USA noch weiter fortsetzen würde, betonte Pöhl, würde dies auch für die Bundesrepublik schwieriger werden. Pöhl sagte weiter, der derzeitige Wechselkurs biete eine starke Stütze für den deutschen Export. Die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten seien in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um fast 60 Prozent höher gewesen als zur gleichen Zeit 1983.

Aber, sagte Pöhl, ein falscher Wechselkurs sei noch nie eine gute Basis für eine langfristige Aufwärtsentwicklung gewesen. Deswegen wäre ihm eine gewisse Normalisierung des Dollar-D-Mark-Kurses, eine Entwicklung in eine Richtung, die den wirtschaftlichen Realitäten vielleicht doch mehr entspreche, schon sehr recht.

Ungeahnte Streikfolgen

Von WILHELM FURLER, London

Siebzehn Wochen lang köchelte der Ausstand von rund zwei Dritteln der britischen Bergleute auf mehr oder weniger kleiner Flamme vor sich hin, wenn man einmal von der häufigen Wiederholung häßlicher Szenen unter fanatischen Streikposten absieht. Auf die britische Wirtschaft wirkte er sich nur geringfügig aus. Von Krisenstimmung war keine Spur.

Das Bild wandelte sich schlagartig, als am Montag vor zwei Wochen die britischen Hafenarbeiter ohne jede Vorwarnung ihre Arbeit nieder- und damit die Häfen des Landes lahmlegten. Ihre Aktion steht – wenn auch von ihnen bestritten – in direktem Zusammenhang mit dem Bergarbeiter-Streik. Die politische Motivierung der Aktion läßt eine Beilegung nur schwer vorhersagen. Die Finanzmärkte beurteilen die Lage ebenso und haben entsprechend reagiert.

Sowohl im In- als auch im Ausland schwand das Vertrauen in die Fähigkeiten der Regierung Thatcher, die Situation rasch in den Griff zu bekommen. Zusätzlich zum steigenden US-Dollar verstärkte sich der Druck auf das Pfund Sterling derart, daß London nichts anderes übrig blieb, als innerhalb einer Woche das Zinsniveau in zwei Schritten um insgesamt 2,75 Prozent auf das höchste Niveau seit zwei Jahren anzuheben.

Schon ist fraglich, ob es bei der *knapp dreiprozentigen Zinserhöhung* bleiben kann. Immerhin bedeutet jeder Prozentpunkt Zinsanstieg für die Wirtschaft eine zusätzliche Kostenlast in Höhe von rund einer Milliarde Mark pro Jahr. Negativ werden sich Pfund-Schwäche und Zinsanstieg auch auf die Inflationsentwicklung auswirken – über teurere Importe (insbesondere Rohstoffe) und höhere Kreditkosten. Allein die jetzt notwendig gewordene Anhebung der Hypothekenzinsen um 2,25 Prozent wird der Inflationsrate bis zum Jahresende einen zusätzlichen Schub von mindestens 0,75 Prozent geben.

Betroffen ist auch die Investitionsneigung, auf die sich die Konjunktur-Hoffnungen der Regierung stützt, nachdem ein Abflauen des Verbraucher-Booms abzusehen ist. Nicht nur höhere Zinsen, sondern ebenso die Furcht vor einer Verschlechterung der Streiklage dürfte die Prognose des Schatzkanzlers hinfällig machen, die Industrie-Investitionen würden in diesem Jahr um zehn Prozent zunehmen. Schon jetzt gehen Konjunktur-Experten in der Londoner City davon aus, daß das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr höchstens zwei Prozent und nicht, wie vom Schatzamt vorausgesagt, drei Prozent wie 1983 erreichen wird.

Doch in dieser Berichtigung sind noch nicht enthalten die stark negativen Auswirkungen einer über mehrere Wochen andauernden Blockade der Im- und Exporte durch die britischen Seehäfen. Immerhin laufen dem Volumen nach mehr als 80 Prozent des britischen Außenhandels (der Tonnage nach mehr als 90 Prozent) durch die britischen Seehäfen. Die Unternehmen der verarbeitenden Industrie könnten die Streikfolgen nur dann ohne größere Folgen verkraften, wenn ein Ende der Streikmaßnahmen innerhalb der nächsten zwei Wochen herbeigeführt werden könnte.

Das Problem für die britische Wirtschaft liegt auf der Hand: Spätestens Ende dieses Monats werden etliche Exporteure ihre Lieferzeiten überschritten haben; Akkreditive werden hinfällig geworden sein; ausländische Kunden werden sich nach neuen Lieferanten umsehen, und damit wird das einsetzen, was das Land in den vergangenen Jahrzehnten so oft erleben mußte: Die Exportbemühungen der Vergangenheit werden *am Ende wieder keine Früchte tragen.*

Doch betroffen sind bei weitem nicht nur die Exporte. Bereits jetzt setzen in der Chemieindustrie des Landes, die ganz wesentlich von Rohstoff-Importen bei sehr geringer Vorratshaltung abhängig ist, Produktionssorgen ein. Und die Autoindustrie – Ford und die Opel-Schwester Vauxhall haben sich noch nicht einmal von den Folgen des deutschen Metaller-Ausstands erholt – wird relativ bald in Produktionsnöte geraten.

Besonders hart würde ein längerer Hafenstreik die kleinen Unternehmer treffen, die sich angesichts des lange Zeit stagnierenden Inlandsmarktes stark auf den Export konzentriert haben. Sie können sich in der Regel die teuren Luftfrachttarife nicht leisten. Daß sich jetzt Nahrungsmittel verderben, ist nur ein weiterer trauriger Aspekt dieser unsinnigen Aktion, die die Regierung Thatcher zu Fall bringen soll.

AUF EIN WORT

„Viele Subventionen sind, wenngleich sie ihre ursprüngliche Zielsetzung längst verloren haben, für die Begünstigten schlichtweg zu einer besonders interessanten Form von steuerfreien Einkünften geworden, die man nicht erst mühsam über die Produktion und den Verkauf von Produkten erarbeiten muß. Die heißen Diskussionen um Abbauvorschläge dokumentieren, daß jede der betroffenen Gruppen sehr innig dem St.-Florians-Prinzip ergeben ist."

Gerhart Klamert, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Bauindustrieverbandes, München

FOTO: CLAUS HAMPEL

AUTOPRODUKTION

Streik hinterläßt tiefe Spuren in der Branche

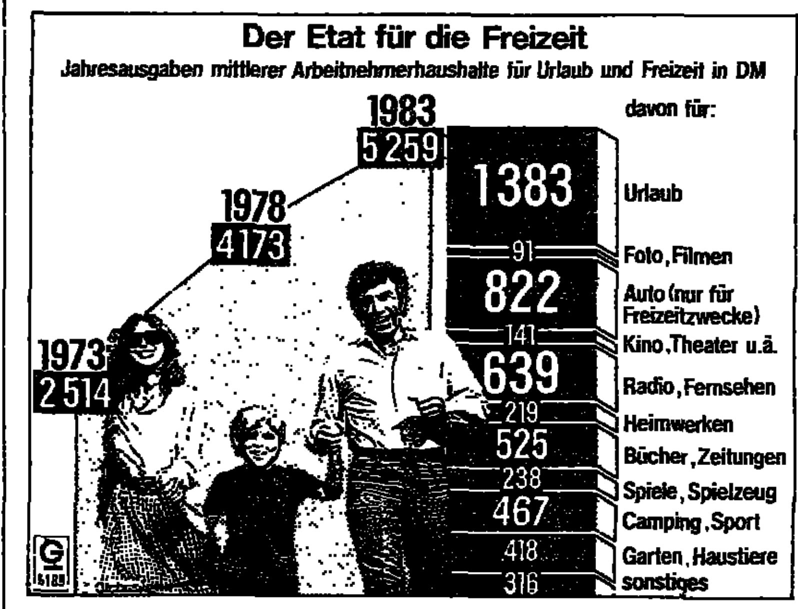
dpa/VWD, Frankfurt

Der durch den Arbeitskampf in der Metallindustrie bedingte Produktionsausfall in der deutschen Automobilindustrie hat in der Halbjahresbilanz der Branche tiefe Spuren hinterlassen. Wegen der Tarifauseinandersetzung fiel im 1. Halbjahr 1984 das Produktionsvolumen 13 Prozent niedriger aus als in den ersten sechs Monaten 1983, berichtete der Verband der Automobilindustrie (VDA).

Aufgrund des Metallarbeiterstreiks wurden im Juni lediglich 40 000 Pkw/Kombi produziert. Ein Jahr zuvor liefen noch 365 095 Personen- und Kombifahrzeuge von den Fließbändern. Die Fertigung von Nutzkraftwagen ging auf 3300 (Vorjahr: 23 038) Einheiten im Berichtsmonat zurück. Einschließlich es Streikmonats Juni belief sich das Produktionsergebnis im 1. Halbjahr auf 1 777 200 Pkw/Kombi (Vorjahr: 2 044 819). Bei Nutzkraftwagen ging die Fertigung auf 122 900 (143 337) Einheiten zurück.

Ähnlich wie bei der Produktion ist auch der Export infolge des Streiks im Juni deutlich zurückgegangen. Lediglich 44 700 Pkw/Kombi (200 500) und 4100 Nutzfahrzeuge (13 860) gingen im Berichtsmonat ins Ausland. Daher ist auch die Exportbilanz für die 1. Jahreshälfte mit insgesamt 1 098 900 (1 218 862) ausgeführten Kraftwagen aller Art um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgefallen. Nach der Ansicht des Branchenverbandes führte die vom Metallarbeiterstreik ausgelöste Unsicherheit sowohl im In- wie im Ausland zu einer spürbaren Kaufzurückhaltung.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Je kürzer die Arbeitszeit, je länger der Urlaub und je höher der Verdienst, desto größer werden die Ausgaben der Bundesbürger für Reisen und Erholung, für Unterhaltung und Hobby, für Sport und Spiel. Die Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen, die regelmäßig für *das Statistische Bundesamt über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch* führen, haben für diese Zwecke im vergangenen Jahr insgesamt 5259 DM reserviert, doppelt soviel wie zehn Jahre zuvor. Selbst in den Flautejahren 1981 bis 1983 hat sich der Freizeit-Etat weiter erhöht. Quelle: Globus

STÄDTEBAU-INSTITUT

In Ballungsräumen fehlen noch große Wohnungen

HEINZ HECK, Bonn

Im Gegensatz zu den Meldungen über leerstehende Wohnungen in der Bundesrepublik registriert das Bonner Städtebauinstitut immer noch einen Fehlbestand in Ballungsräumen, besonders an großen Wohnungen. 1982 habe es nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes in den Ballungskernen einschließlich ihrer Großstädte mit über 500 000 Einwohnern lediglich knapp 93 Wohnungen für 100 Haushalte gegeben (wünschenswert seien 103 je 100). An diesem Defizit habe sich 1983 tendenziell nichts geändert und werde sich auch „in absehbarer Zeit kaum etwas ändern".

Der Mangel vor allem an großen Wohnungen in den Kernstädten der zehn Ballungsräume – das sind Hamburg, Bremen, Hannover, West-Berlin, das Rhein-Ruhr-, Rhein-Main- und Rhein-Neckar-Gebiet sowie Stuttgart, Nürnberg und München – dürfte kaum behoben werden. Denn diese blieben auch weiterhin Anziehungszentren für die Zuwanderung aus strukturschwächeren Räumen. Das gelte vor allem für die südlich der Main-Linie liegenden Gebiete. Zudem *stoße der Wohnungsbau* wegen der Baulandknappheit und der dementsprechend hohen Bodenpreise bereits auf „absolute Schranken".

Auch im Wohnungsbau wird ein „ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle" beobachtet. Die nördlich der Main-Linie liegenden Ballungsräume seien weit stärker als die südlichen von dem seit Jahren zu beobachtenden Rückgang der Bautätigkeit (1977 wurden rund 409 000 Wohnungen gebaut, 1982 nur noch 347 000) betroffen. Auch sei der Rückgang in den Kernzonen mit 30 Prozent – verglichen mit Mehrfamilienhäusern – doppelt so stark wie im Bundesdurchschnitt gewesen.

Deutsche Industrie blickt skeptisch in die Zukunft

Mülheim/Ruhr (VWD) – Die *deutsche Industrie ist für die zweite Hälfte* dieses Jahres noch zuversichtlich, hegt aber Skepsis hinsichtlich der Geschäftschancen im kommenden Jahr. Da geht aus der Quartalsumfrage des Mülheimer Investitionsgüter-Vermietungsunternehmens Mietfinanz GmbH bei 13 wichtigen Branchen hervor. Die Zurückhaltung für die weitere Zukunft wird mit dem zurückliegenden Arbeitskampf, der Ungewißheit über die Fortdauer der guten US-Konjunktur sowie mit den Risiken des Dollar-Wechselkurses begründet. Für 1984 wird mit einer realen Umsatzsteigerung um 3,2 Prozent gerechnet. Ohne den Bergbau ergibt sich eine mittlere Umsatzerwartung von 3,8 (April: 3,7) Prozent. Mietfinanz sieht einen starken Bedarf an Rationalisierungs- und Automatisierungsinvestitionen.

Rückgang im Wohnbau

Wiesbaden (VWD) – Das Baugenehmigungsvolumen des Monats Mai 1984 betrug – gemessen am Rauminhalt – nach 25,1 Mill. Kubikmetern (cbm) im Mai 1982 und 35,7 Mill. cbm im Vorjahr – nunmehr 26,8 Mill. cbm. Der Rückgang im Wohnbau lag bei minus 17 Prozent und im Nichtwohnbau bei minus 35 Prozent, gab das Statistische Bundesamt an; in den ersten fünf Monaten 1984 lagen die Baugenehmigungen mit 119 Mill. cbm Rauminhalt um 21 Prozent unter dem Vorjahresergebnis.

US-Dollar steigt weiter

Frankfurt (dpa/VWD) – Der US-Dollar steht auf neuem Höchststand seit Anfang Januar 1974. Der amtliche Mittelkurs der US-Devise wurde in Frankfurt mit 2,8574 DM nach 2,8515 DM am Vortag festgestellt. Die Deutsche Bundesbank verkaufte gestern zum Marktausgleich 28,65 Mill. Dollar.

Für Passivierungspflicht

Frankfurt (VWD) – Gegen die Bonner Pläne, auf eine Passivierungspflicht der Belastungen zur Vorstandsregelung zu verzichten, wendet sich das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland (IDW). Werner Schuelen, Vorsitzender des Hauptausschusses des IDW, erklärte, eine Passivierungspflicht für Leistungsverpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen sei *zwingend. Das IDW* sieht in Leistungsverpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen keine Pensionsverpflichtungen, sondern Abfindungen.

Fiat-Vertrag mit Moskau

Rom (VWD) – Drei Verträge über eine Zusammenarbeit mit der UdSSR hat Fiat Spa unterzeichnet. Bei einem Vertrag handele es sich um die Verlängerung früherer Abkommen über wirtschaftliche und technische Kooperation. Nach zwei zusätzlichen Vereinbarungen wird Fiat die Möglichkeiten der Exporte von Nutzfahrzeugen, Traktoren, Landmaschinen und Werkzeugmaschinen in die UdSSR prüfen.

Primärenergieverbrauch

Essen (dpa/VWD) – Der Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik ist im 1. Halbjahr 1984 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,5 Prozent auf 191,2 Mill. Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) gestiegen. Das geht aus vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Essen, hervor. Sie begründete den Anstieg mit der wirtschaftlichen Erholung und der kälteren Witterung.

Fahrzeugbestand erhöht

Flensburg (rtr) – Der Bestand an Kraftfahrzeugen mit amtlichem Kennzeichen ist in der Bundesrepublik im ersten Halbjahr 1984 um 0,651 Mill. oder 2,2 Prozent auf 29,905 Mill. gestiegen, wie das Kraftfahrt-Bundesamt mitteilte. Hinzu kämen 1,6 Mill. Fahrzeuge mit Versicherungskennzeichen und 1,7 Mill. Kraftfahrzeuganhänger.

Wochenausweis

	15.7.	7.7.	30.6.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	71,6	72,4	72,4
Kredite an Banken	76,2	78,	80,9
Wertpapiere	6,3	6,3	6,4
Bargeldumlauf	106,4	107,4	105,8
Einl. v. Banken	46,5	47,9	50,3
Einl. v. öffentl. Haushalten	3,1	2,7	4,7

EG-KOMMISSION

Etat-Fehlbeträge müssen progressiv abgebaut werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Zu einem „progressiven Abbau" der Defizite der öffentlichen Hand hat die EG-Kommission Belgien, Dänemark, Griechenland, Italien und Irland aufgerufen. Dagegen scheint nach ihrer Meinung in der Bundesrepublik und in Großbritannien 1985 der Nettofinanzbedarf „von selbst ein Niveau zu erreichen, das als normal im Zusammenhang mit der voraussichtlichen wirtschaftlichen Situation angesehen werden kann".

Neueste Schätzungen zeigen nach einer Mitteilung der EG-Behörde einen Rückgang des Finanzierungsdefizits der Gesamtheit der nationalen Verwaltungen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), außer in Frankreich und Italien. Weiter deutet dies eindeutig auf eine Verringerung der in Prozent des BIP ausgedrückten öffentlichen Ausgaben in der Hälfte der Mitgliedsstaaten (Dänemark, Bundesrepublik, Luxemburg, Niederlande und Großbritannien) hin, während sich dieses Verhältnis bei der Mehrheit der anderen Länder stabilisiert. Dies zeigt eine anhaltende Wachstumsverlangsamung der Zwangsabgaben und das Fehlen von Fortschritten bei der Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben zugunsten produktiverer Ausgaben.

Mit 114,6 Prozent des BIP ist die Staatsverschuldung am höchsten in Irland – vor Belgien mit 112,2 Prozent. Für Italien ermittelte die Kommission 1983 einen Satz von 89,9, für Dänemark von 80,2 und für die Niederlande von 68,6 Prozent. Günstiger dran sind Großbritannien (48,2) Griechenland (44,9), die Bundesrepublik (39,5) und Frankreich (36,9 Prozent). Am geringsten verschuldet ist Luxemburg (17,2 Prozent).

INTERNATIONALE KREDITVERGABE / Besonderes Engagement in Nah- und Fernost

BIZ stellt kräftige Expansion fest

dpa/VWD, Basel

Die internationalen Geschäftsbanken haben im 2. Halbjahr 1983 ihre Kreditgewährung an die Länder der Dritten Welt teilweise kräftig ausgeweitet. Wie aus dem Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, über die „Fälligkeitsverteilung der internationalen Bankausleihungen" hervorgeht, vergaben die Banken insgesamt Neukredite in Höhe von wechselkursbereinigt 28,1 Mrd. Dollar an Länder außerhalb von Nordamerika, Japan und Westeuropa. Im 1. Halbjahr 1983 lagen die Neuausleihungen an diese Länder noch bei zehn Mrd. Dollar.

Die neuen Darlehen an Entwicklungsländer (einschließlich Opec) erhöhten sich von acht Mrd. Dollar im 1. Halbjahr 1983 auf 19,4 Mrd. Dollar in der 2. Jahreshälfte. Das stärkste Kreditvergabe bezog sich hauptsächlich auf die Opec-Länder des Nahen Ostens und auf Fernost. Die größten Veränderungen gab es beim Irak. Die Bankkredite erhöhten sich von 0,7 auf 1,6 Mrd. Dollar. Demgegenüber verschaffte sich Iran durch Einlagenabzüge 1,1 Mrd. Dollar.

Auch die Kredit an Osteuropa stiegen laut BIZ-Angaben im 2. Halbjahr wieder an und wiesen wechselkursbereinigt ein Plus von 0,8 Mrd. Dollar auf. Dabei gab es „erhebliche" Neuausleihungen an die UdSSR und Ungarn, während die Forderungen an Polen um 1,3 Mrd. Dollar zurückgingen. Die BIZ vermutet, daß der Rückgang der Polen-Kredite auch auf „Abtretung von Forderungen der Banken an Exportkreditinstitutionen sowie effektiv (auf) Abschreibungen der Banken" zurückzuführen ist.

Die höhere Kreditgewährung wurde allerdings auch durch eine erhebliche Aufstockung der Einlagen bei den Geschäftsbanken begleitet. So stockten diese Länder ihre Einlagen um 21,7 Mrd. Dollar auf, nachdem sie im 1. Halbjahr noch 13,5 Mrd. von ihren Einlagen abgezogen hatten. Beinahe die Hälfte dieses „recht spektakulären Umschwungs" von rund 35 Mrd. entfiel auf die Opec-Länder des Nahen Ostens, auch konnten die lateinamerikanischen Länder ihre Einlagen mit 5,9 Mrd. Dollar etwas stärker erhöhen als die Neukredite mit 4,9 Mrd. Dollar.

Das Bemühen der hochverschuldeten Länder der Dritten Welt und des Ostblocks nach Umstrukturierung ihrer kurzfristigen Verbindlichkeiten in Richtung längerfristiger Laufzeiten hatte bislang insgesamt gesehen noch keinen Erfolg. Die Bankkredite mit Fälligkeiten von mehr als einem Jahr stiegen nur leicht an, nämlich von 45 auf 45,2 Prozent aller Forderungen. Allerdings gelang es Lateinamerika, der am höchsten verschuldeten Region der Welt, den Anteil der kurzfristigen Bankschulden von 45,5 auf 42,8 Prozent zu senken.

WELTBÖRSEN

Rückschlag an der Wall Street

New York (VWD) – Drei Sitzungstage zeigten eine vergleichsweise freundliche Tendenz. Doch am Mittwoch mußte die Aktienbörse an der Wall Street wieder einen Rückschlag hinnehmen. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte sackte um 11.26 auf 1111.64 Punkte ab (Vorwoche: 1108.55 Punkte). Der Umsatz war recht mäßig. Das Verhältnis der Kursverlierer zu den -gewinnern betrug etwa fünf zu drei.

Begründet wurde der Umschwung zum einen mit Gewinnmitnahmen. Angesichts der relativ bescheidenen Umsätze, wiegt dieses Argument nicht viel. Zum anderen hielten sich die Institutionellen weitgehend zurück, da sie sich zunächst ein klares Bild über die in diesen Tagen und Wochen veröffentlichten Quartalsergebnisse wie auch über Konjunktur- und Zinsentwicklung machen wollten, verlautete aus Kreisen des Handels. Ebenso bestimmten Spekulationen über mögliche Übernahmen das Marktgeschehen.

Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto veröffentlicht die WELT einmal in der Woche – jeweils in der Freitagsausgabe – einen Überblick über den Trend an den internationalen Aktienmärkten.

Tokio (dlt) – Bei schwachem Geschäft gaben die Kurse an der Börse von Tokio weiter nach. Der Dow-Jones-Index verlor im Wochenvergleich 181,4 Punkte und sank auf 10 088.8. Die Tagesumsätze lagen zwischen 250 Mill. und 300 Mill. Aktien. Die schwache Tendenz des Yen, ausländische Verkäufe und Verluste an den Börsen von New York und London waren die Hauptgründe für die rückläufige Kursentwicklung.

London (AP) – An der Londoner Wertpapierbörse haben die Kurse am Mittwoch bei sehr ruhigem Verlauf geringfügig nachgegeben. Der Index der „Financial Times" für 30 Industriewerte fiel um 0.70 Punkte auf 769.80 (Vorwoche: 772,9). Ölwerte waren wenig gefragt, BP gaben um einen Penny nach. Staatsanleihen notierten geringfügig schwächer. Die mangelnde Nachfrage wurde auf Anlegersorgen im Zusammenhang mit der Streiklage zurückgeführt. Auch von der nach Eröffnung schwächeren Wall Street kamen keine Impulse.

NEUE HEIMAT / Trotz Zuschüssen der Gewerkschaften von einer Milliarde Mark

Noch lauern überall erhebliche Risiken

JAN BRECH, **Hamburg**

Diether Hoffmann, Anfang 1982 von der Bank für Gemeinwirtschaft zur Unternehmensgruppe Neue Heimat entsandt, um das von Albert Vietor und Kumpanen hinterlassene Chaos zu ordnen, zeigt sich anläßlich der Vorlage der Bilanzen für die gemeinnützige NH-Gruppe und für die NH Städtebau zuversichtlich. Dies gehört zur Pflicht-Routine jedes Sanierers. Dabei weiß Hoffmann vermutlich besser als jeder andere, daß vor dem gewerkschaftseigenen Baukonzern noch eine lange, sicher auch kritische Wegstrecke liegt. Fast 1.5 Mrd. DM haben die beiden Schwestergesellschaften in den Jahren 1981 bis 1982 an Verlusten präsentiert, von denen 1 Mrd. DM die Gewerkschaften durch Zuschüsse abgedeckt haben. Und noch immer lauern Risiken in fast allen Bereichen.

Für die gemeinnützige Gruppe erwartet Hoffmann in diesem Jahr zwar einen Gewinn von 50 Mill. DM, doch nur weil die Mobilisierung stiller Reserven über den Verkauf von Gebrauchtwohnungen forciert fortgesetzt werden soll. Dieser Substanzabbau ist notwendig, um andere tiefe Löcher zu stopfen. Die auf Vorrat erworbenen unbebauten Grundstücke, die das Jahresergebnis 1983 mit fast 200 Mill. DM belastet haben, stehen noch mit 1,5 Mrd. DM zu Buch und warten auf Verwertung. Weitere 1,4 Mrd. DM sind im Bestand von 4200 unverkauften Eigentumsobjekten gebunden. Der Abbau der Halde dürfte vor dem Hintergrund des schwachen Immobilienmarktes mit großen Schwierigkeiten und weiteren Verlusten verbunden sein.

Ungelöst ist das Problem leerstehender Wohnungen. Zuerst sind bei der NH rund 6000 Einheiten nicht vermietet und belasten das Ergebnis mit 25 Mill. DM. Die Tendenz ist steigend. Ein weiterer Teil der eigenen Wohnungen ist nur unter Verzicht auf die volle Miete zu belegen.

Immerhin verfügt die gemeinnützige NH über eigene Reserven, um sich selbst zu helfen. Bei der Schwestergesellschaft der NH Städtebau, ist dies nicht der Fall. Um ihren unerwartet hohen Verlust des Jahres 1983 zum Teil wenigstens auszugleichen, mußten die Eigentümer nochmals 50 Mill. DM zuschießen. Sie erlitt trotz hoher Risikovorsorge im Ausland wieder 125 Mill. DM Verluste, wovon 32 in Mexiko, 28 in Brasilien, 23 in Venezuela und 34 Mill. DM in Frankreich anfielen. Die NH Städtebau sitzt im Ausland noch immer auf Immobilien zum Buchwert von 1,2 Mrd. DM. Nach dem Erkenntnisstand Mitte 1984 sei für die darin enthaltenen Risiken vorgesorgt, erklärt Hoffmann.

Mit dem geplanten Rückzug aus allen Geschäften in den nächsten Jahren endet das Schicksal der NH Städtebau. Der gesunde Kern im Inland wird in eine neue Gesellschaft ausgegliedert. Vorher allerdings wartet auch im Inland noch ein Bestand von unbebauten und bebauten Grundstücken zum Buchwert von 400 Mill. DM auf eine mit vielen Risiken behaftete Verwertung.

Wie lange die Sanierung der gesamten Gruppe noch dauern wird und welche zusätzlichen Verluste von wem auch immer gedeckt werden müssen, läßt Hoffmann offen. Aus der Vielzahl der Gerüchte über die NH aber stellt er einiges klar. Die Sanierung der NH Städtebau über die Versilberung von Substanz der gemeinnützigen NH gehöre ins Reich der Phantasie. Überlegungen, daß die NH gegen Zahlung eines Betrags die Entlassung aus der Gemeinützigkeit anstrebe, gab und gebe es nicht. Daß schließlich die Banken wegen der anhaltenden Probleme unruhig geworden seien, entspreche nicht den Tatsachen. Die Kreditgeber betrachteten die NH zu Recht sehr kritisch, machten aber keine Schwierigkeiten.

BURDA / „Erfreuliche" Auflagengewinne – Ungleichen EG-Wettbewerb beklagt

Druckereien sind gut ausgelastet

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Über eine gute Auslastung ihrer Druckereien im bisherigen Verlauf des Jahres 1984 berichtet die Burda GmbH, Offenburg. Trotz der Wettbewerbsverzerrungen in Europa rechnet das Unternehmen aufgrund der deutlichen Belebung auf den ausländischen Druckmärkten wieder mit einem Anstieg des Exportgeschäfts. Positive Aspekte ergäben sich auch für den Verlag, denn das Anzeigenaufkommen sei gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Vertrieb habe bis zum Beginn des Arbeitskampfes bei einigen Objekten „erfreuliche" Auflagengewinne verbucht. Seit diesem Frühjahr ist der Verlag auch direkt in das Privatfernsehen eingestiegen.

Hinsichtlich einer Prognose für 1984 hält man sich bei Burda freilich zurück. Noch seien die Auswirkungen des Arbeitskampfes in der Druckindustrie nicht voll abzusehen. Schon jetzt registriere man Einbußen auf dem Vertriebsmarkt. Druck auf die Erträge komme von den Kosten für die Arbeitszeitverkürzung, steigenden Personalkosten und den kletternden Papierpreisen. Um so nachhaltiger wird rationalisiert, wozu die Zusammenlegung der beiden Darmstädter Betriebsteile gehöre.

Im Geschäftsjahr 1983, in dem die Burda GmbH ihren Umsatz um 1,2 Prozent auf 846 Mill. DM steigerte – in dem erstmals für die Burda Verwaltungs-KG veröffentlichten Konzernabschluß wird der Außenumsatz mit 885 Mill. DM angegeben –, gab es gegenläufige Entwicklungen. Während der Inlandsumsatz um 4 Prozent zunahm, schrumpfte das Exportgeschäft um 14.6 Prozent. Hier beklagt Burda die ungleichen Wettbewerbsbedingungen. Angeprangert wird, daß einige europäische Staaten zunehmend in das Marktgeschehen eingriffen und ihre Druckereien subventionierten. Da der deutsche Markt für Fremddruck ausgeschöpft sei, spielten sich erbitterte Preiskämpfe ab. Unter diesem Aspekt hält man bei Burda den Rückgang des Druckerei-Umsatzes um 4,3 Prozent noch für „zufriedenstellend". Auch im vergangenen Jahr sei man hier gut beschäftigt gewesen, zumal die günstige Entwicklung im eigenen Verlag für eine unverändert hohe Druckereiauslastung gesorgt habe. Das Verlagsgeschäft weitete sich um 4,4 Prozent auf 559 Mill. DM Umsatz aus.

Mit der breiten Zeitschriften-Palette schaffte Burda eine Steigerung des Anzeigenumsatzes um 7,1 Prozent. Bei einem Anzeigenplus von 7 Prozent nahm die „Bunte" unter den großen aktuellen Illustrierten eine Spitzenposition ein. Spürbar war die Einführung von Billigzeitschriften im Vertriebsgeschäft, in dem der Umsatz dennoch um 1,7 Prozent gesteigert wurde. Die „Freizeit Revue" (1,51 Mill. Auflage im ersten Quartal 1984) erzielte im Berichtsjahr ein Verkaufsplus von 52 000 Exemplaren. Auflagenstärkstes Objekt ist nach wie vor „Das Haus" mit 2.73 Mill. Exemplaren (plus 0,9 Prozent).

Der auf 16,3 (15,4) Mill. DM gesteigerte Gewinn wurde in voller Höhe an den Organträger, die Burda Verwaltungs-KG, Offenburg, abgeführt. Das bilanzielle Fundament ist solide: Die Eigenkapitalquote verringerte sich zwar etwa auf 39.7 (42,1) Prozent, doch verbesserte sich die Anlagendeckung auf 76,6 (71,1) Prozent.

Burda	1983	± %
Umsatz (Mill. DM)	846	+ 1.2
dav. Druckerei	287	– 4.3
Anzeigen	283	– 6.8
Vertrieb	276	+ 1.8
Exportquote (%)	12.3	(14.6)
Beschäftigte	4454	– 2.0
Investitionen (Mill. DM)	48	– 4.0
Abschreibungen	44	+ 27,5
Cash-flow *)	77	+ 12.6
Gewinn	16.3	+ 5,8

*) Gewinn plus Abschreibungen plus Zuführung zu Pensionsrückstellungen

HARMSTORF / Bis weit in die zweite Hälfte 1985 ausgelastet

Werften-Gruppe wieder bei den Gewinnern

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Harmstorf-Gruppe gehört weiterhin zu den wenigen Gewinnern unter den deutschen Schiffbauern. Zum zweiten Mal nach der Fusion mit der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft legt die Gruppe einen Abschluß mit Gewinn vor und erwartet auch für 1984 ein positives Ergebnis.

Bei einem leicht zurückgegangenen Umsatz von 501 Mill. DM beträgt der Überschuß im Konzern 10,9 Mill.DM; im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Verdoppelung. Die Harmstorf AG, die durch Namensumwandlung aus der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft entstanden ist und sich zunehmend auf Holdingsfunktionen konzentriert, weist 6,1 (1,9) Mill. DM Gewinn aus. Aus diesem Überschuß werden 3 Mill. DM der Rücklage zugeführt, der Rest wird in Form von 4 (6) Prozent Dividende ausgeschüttet (Hauptversammlung am 15. 8. in Flensburg.) Im Jahresüberschuß der Gruppe sind 9,4 Mill. DM steuerfreie Investitionszulagen enthalten (im AG-Gewinn 5,4 Mill. DM).

Die öffentlichen Zuschüsse ermöglichten es, daß die meisten der in der Gruppe zusammengefaßten Betriebe schwarze Zahlen schrieben. Lediglich von der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft und der Reederei A. F. Harmstorf & Co mußte die AG insgesamt 4,1 Mill. DM Verluste übernehmen. Nach der Fusion umfaßt die Harmstorf-Gruppe die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft, die Schlichting Werft mit den Unterbeteiligungen Büsumer Werft und Deutsche Industrie-Werke Berlin, die Reederei sowie eine Reihe anderer Beteiligungsgesellschaften.

Zu dem Gruppenumsatz steuert der Werftbereich 86 Prozent bei, der Rest entfällt auf die Schiffahrtsaktivitäten, Instandsetzung von Bundeswehrfahrzeugen und andere Dienstleistungen. Die Werften haben im Berichtsjahr 14 Schiffe abgeliefert, ein Beweis, wie es im Geschäftsbericht heißt, für die große Bandbreite und Spezialisierung des Bauprogramms.

Die drei Seeschiffwerften der Gruppe verfügen zur Zeit über einen Auftragsbestand von 16 Schiffen im Wert von fast 700 Mill. DM und sind bis weit in die zweite Hälfte 1985 ausgelastet. Für alle Werften liefen Verhandlungen über neue Aufträge, erklärte der Vorstand. Ziel der Gruppe bleibe es, die Beschäftigung auf dem hohen Stand zu halten und in Fertigungstechnik und Anlagenstruktur dem Anspruch der Gruppe zu genügen, „für jedes Schiff die richtige Werft" zu haben. Für die Modernisierung und Optimierung der Anlagen sind 1983 rund 27 (mehr als 60) Mill.DM investiert worden.

Venezuela will Ölpolitik abstimmen

dpa/VWD, **London**

Venezuela will mit Großbritannien eine engere Abstimmung über die Ölpolitik herbeiführen. In London verlautete, daß Venezuelas Ölminister Arturo Hernandez Grisanti im September zu entsprechenden Gesprächen mit seinem britischen Kollegen Peter Walker nach London kommt. Venezuela befürwortet die offizielle Linie der Organisation ölexportierender Länder (Opec), wonach Nicht-Opec-Förderländer wie Großbritannien ihre Produktion in Zeiten einer geringen Nachfrage drosseln sollten. Das Land steht mit den Briten in keiner direkten Konkurrenz, da es andere Ölqualitäten exportiert.

Eine Opec-Delegation unter Leitung des saudiarabischen Ölministers Scheich Zaki Yamani wird ebenfalls in London erwartet – vermutlich auch im September. Dabei wird es gleichfalls um die Nordsee-Förderquoten gehen.

PHILIP MORRIS / Überdurchschnittliches Wachstum

Signal für Preiserhöhungen

JAN BRECH, **Hamburg**

Für Preiserhöhungen in kleinen Schritten hat sich der Vorsitzende der Geschäftsführung der Philip Morris GmbH, München, Staffan Gunnarsson, ausgesprochen. Die deutschen Zigarettenhersteller brauchten bessere Erlöse, um die ständig steigenden Kosten aufzufangen und die infolge des extrem hohen Dollar immensen Verteuerungen beim Rohtabak zu kompensieren. Gleichzeitig warnte Gunnarsson vor Überlegungen, erneut an der Tabaksteuer-Schraube zu drehen. Die letzte Erhöhung der Steuer habe gezeigt, daß damit Konsumrückgänge verbunden seien, von denen sich die Industrie nur schwer erholen könne.

Trotz des marginalen Aufschwungs am deutschen Zigaretten-Markt, wie er sich im ersten Halbjahr 1984 zeige, werde der Absatz das Niveau früherer Jahre nicht mehr erreichen, erklärt Gunnarsson. Positiv wertet man bei Philip Morris, daß sich die Verhältnisse am deutschen Zigarettenmarkt langsam wieder stabilisieren. Die traditionellen Marken hätten Terrain zurückgewonnen, der Marktanteil der Billigzigaretten des Handels pendele sich bei 4 Prozent ein.

Überdurchschnittliches Wachstum meldet Gunnarsson für das eigene Unternehmen. Danach ist der Absatz im ersten Halbjahr um 16,4 Prozent (Branche 4 Prozent) gestiegen. Der Philip-Morris Marktanteil verbesserte sich um 1,9 Prozentpunkte auf 17,2 Prozent. Spitzenreiter unter den Marken blieb „Marlboro", die im Vergleich zum 1. Halbjahr 1982 rund 27 Prozent an Absatz zugewann und wieder 13,3 Prozent Marktanteil hält. Die zweite große Marke „L+M" behauptete mit 2,4 Prozent Anteil ihren Platz unter den „top ten".



SÜDZUCKER

Ausgleich aus Bonn erhofft

JOACHIM WEBER, Mannheim

Die Süddeutsche Zucker-AG, Mannheim, blickt aus verschiedenen Gründen mit einiger Skepsis auf das Geschäftsjahr 1984/85 (28. 2.). Zum einen hat das Wetter dafür gesorgt, daß das Frühjahr und der „Einstieg in den Sommer sehr unbefriedigend" ausgefallen sind – zu den Einbußen bei den Getränke- und Speiseeisherstellern kommen wahrscheinlich auch noch Rückgänge im Geschäft mit den einmachenden Hausfrauen.

Zum zweiten zeichnet sich bei einem derzeit noch erheblichen Wachstumsrückstand eine bestenfalls mittlere Rübenernte ab. Drittens hat der Weltzuckermarkt ein Nachfrage- und Preistief erreicht, das – bei Beständen von 40 Prozent eines Jahresverbrauchs – kaum Besserung erwarten läßt. Und schließlich gibt es auch noch Ärger mit der Politik.

Von der in Brüssel beschlossenen Verminderung des deutschen Währungsausgleichs, die eine Senkung der Zucker-Garantiepreise um gut 5 Prozent zum Jahresbeginn 1985 mit sich bringt, ist die deutsche Industrie besonders hart getroffen. Sie muß den Landwirten für die gesamte Ernte der Kampagne 1984/85 noch die derzeit kontrahierten hohen Rübenpreise zahlen. Daraus errechnen sich für die Branche insgesamt Belastungen (durch den Wertverlust der Bestände) von 160 Mill. DM, für Südzucker allein von 50 Mill. DM. Vorstandsmitglied Klaus O. Fleck ist allerdings zuversichtlich, daß über eine „Preisbruch-Vergütung" aus Bonn zumindest ein teilweiser Ausgleich geschaffen wird. Einen Präzedenzfall für solches Vorgehen gab es schon einmal 1969.

Auch für 1983/84 hatten die Vorstandsprognosen skeptisch geklungen. Obwohl aber der Zuckerabsatz im Gefolge der verringerten Rübenproduktion um 11 Prozent auf 854 000 (964 000) Tonnen und der Umsatz um 4,5 Prozent auf 1,55 (1,62) Mrd. DM zurückging, konnte das Unternehmen sein Ergebnis auf Vorjahresniveau halten. Der Jahresüberschuß erreichte unverändert 27 Mill. DM, das DVFA-Ergebnis je Aktie ging leicht auf 24,35 (24,60) DM zurück, und der Netto-Cash-flow verbesserte sich auf 145 (137) Mill. DM. Quelle des Erfolgs waren in erster Linie Kosteneinsparungen. Investitiert wurden 98 (94) Mill. DM.

LIEBHERR / Start in die Dieselmotorfertigung im November vorgesehen – Diversifikation soll den Erfolg sichern

Neues Konzerndach in der Schweiz errichtet

W. NEITZEL, Fribourg/Schweiz

Der in einer Zeitspanne von nur 35 Jahren zu einem mächtigen, aus insgesamt 40 Gesellschaften in 14 Ländern mit knapp 13 000 Beschäftigten herangewachsene oberschwäbische Baumaschinenkonzern Liebherr, der sich darüber hinaus in den verschiedensten Produktsparten mit gutem Erfolg tummelt, setzt drei weitere Marksteine in seiner Entwicklung: Das weitverzweigte Familienunternehmen hat sich mit der Gründung der *Liebherr-International AG, Bulle*, einer im schweizerischen Kanton Fribourg gelegenen Stadt, ein neues zentrales Firmendach gegeben. Es präsentiert außerdem für das Geschäftsjahr 1983 erstmals einen Weltabschluß, und es kündigt für den November dieses Jahres den Start einer Dieselmotorenfertigung an.

Liebherr-Finanzdirektor Kurt Kube skizziert noch einmal die Strategie der Firmengruppe: Der Diversifikation der Produkte und Märkte sei eine Diversifikation des Kapitals gefolgt, wie sie in der heutigen regionalen Struktur der Firmengruppe zum Ausdruck komme. Mit der in 1983 erfolgten Gründung der neuen schweizerischen Obergesellschaft, deren Aktienkapital von 500 Mill. sfr voll bei der Familie Liebherr liegt, wurde der strukturelle Aufbau einer Organisation, in dem Mobilität des Kapitals und relativ freies Agieren der einzelnen Gesellschaften auf ihren jeweiligen Feldern eine wichtige Rolle spielen, konsequent und ideenreich weitergeführt.

Bei Liebherr verhehlt man nicht, daß es auch steuerliche Überlegungen waren, die für den zentralen Standort Schweiz ausschlaggebend waren. Es galt, für das vom Firmengründer Hans Liebherr (69) geschaffene Werk auch eine Konstruktion für den Eintritt der zweiten Generation – Liebherr hat vier Söhne und eine *Tochter zu finden. Sie alle halten zu* gleichen Teilen die Aktien und sind zudem Mitglieder des siebenköpfigen Verwaltungsrats der Liebherr-International AG, dem der Konzerngründer Hans Liebherr als Präsident vorsteht. Für den Schritt in die Schweiz von wichtigerer Bedeutung sei – so Finanzdirektor Kube – freilich die Summe der günstigen Standortfaktoren. Für den Liebherr-Konzern, der sich weltweit geschäftlich betätigt, zählt die politisch stabile und ausgewogene eidgenössische Basis besonders viel.

Trotz der vielen Unwägbarkeiten, die insbesondere von der Baukonjunktur in wichtigen Ländern ausstrahlen, sieht Liebherr einigermaßen zuversichtlich in den weiteren Verlauf dieses Jahres. Es wird für 1984 für die Gruppe ein Außenumsatz von etwa 2,3 Mrd. DM erwartet, also etwas weniger als im vergangenen Jahr. Das Jahresergebnis schätzt Kube gleichfalls etwas niedriger ein als im Vorjahr. Für 1983 ist im Weltabschluß ein Jahresüberschuß von gut 78 Mill. sfr ausgewiesen.

Vom Umsatz entfallen etwa 60 Prozent auf Baumaschinen und 40 Prozent auf andere Produkte. Ein neuer Akzent kommt durch den Ausbau der Fertigungstiefe herein, denn für seine Baumaschinen baut Liebherr nicht nur Getriebe und Hydraulik-Aggregate sondern nunmehr auch seine Die*selmotoren selbst. Im Werk Bulle*, dessen Beschäftigtenzahl von derzeit 170 Mitarbeitern auf annähernd 500 aufgestockt werden soll, ist die Fertigung von 4500 bis 5000 Motoren (70 bis 147 kW) pro Jahr für den Eigenbedarf vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 1983 hat sich der Außenumsatz der Firmengruppe um 6,2 Prozent auf 2,4 Mrd. DM verringert. Dabei hat sich der Auslandsanteil auf 60 (74) Prozent reduziert, wobei zu berücksichtigen ist, daß das Auslandsgeschäft in den Vorjahren durch verschiedene Großaufträge und ein großes Industrieanlagenprojekt beeinflußt war. Unter Dach und Fach ist offenbar ein größeres Kooperationsprojekt (Erdbewegungsmaschinen) mit Iran.

Die deutschen Liebherr-Gesellschaften, deren Umsatz im Berichtsjahr um 6,7 Prozent auf 1,64 Mrd. DM abnahm (43 Prozent Export) kamen im Abschluß ihrer Liebherr-Holding GmbH, Biberach, zu einem Anstieg des Jahresüberschusses auf 35,8 (25,5) Mill. DM, wofür aperiodische Einflüsse ursächlich waren. Das Betriebsergebnis schrumpfte um etwa ein Drittel auf 62 (91) Mill. DM.

Von dem im gesamten Konzern erzielten Jahresüberschuß von 78,4 Mill. sfr werden 8 Mill. sfr ausgeschüttet. Die Investitionen von 81 Mill. sfr lagen in etwa auf Vorjahreshöhe. Sehr solide Relationen kennzeichnen *die Weltbilanz. Die Eigenkapitalquote* beträgt 35,9 Prozent, das Dekkungsverhältnis von Eigenkapital zu Anlagevermögen errechnet sich mit 152 Prozent.

Liebherr Welt	1983	±%
Außenumsatz (Mill. sfr)	1974	- 7,8
Spartenumsätze:		
Bau-/Autokrane	515	- 32,1
Bagger, Raupen	578	+ 11,5
Betonprogramm	97	- 21,9
Schiffskrane	162	- 19,9
Kältegräte	317	+ 10,8
Werkzeugmaschinen	58	- 23,1
Aerotechnik	144	+ 11,8
Industrieanlagen	90	-121,7
Sonstiges (z.B.Hotels)	17	+ 37,7
deutscher Anteil (%)	55	(57)
Beschäftigte	12 863	+ 0,1
Investitionen (Mill. sfr.)	81	- 3,6
Abschreibungen	57	-*)
Jahresüberschuß	78,4	-*)

*) Vergleichszahlen aus dem Vorjahr fehlen, da erster Weltabschluß.

GILDEMEISTER / Pittler-Produktion im Umbruch

Deutliche Besserung erhofft

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Belebung des Werkzeugmaschinenmarktes insgesamt, vor allem aber die Realisierung neuer Konzepte innerhalb des Unternehmens, stimmen den Vorstand der Gildemeister AG, Bielefeld, zuversichtlich, im laufenden Jahr eine deutliche Verbesserung des Ergebnisses erzielen zu können. Neben dem Einstieg des US-Konzerns Litton Industries (Die WELT vom 19. 7.) verweisen Vorstandssprecher Horst Göhren und Finanzchef Heinz Schaefer auf die engere Zusammenarbeit mit der Pittler Maschinenfabrik AG in Langen, an der Gildemeister jetzt mit 75 Prozent beteiligt ist. Alles in allem habe sich die Ausgangslage für Gildemeister erheblich verbessert.

Göhren rechnet im Konzern für 1984 mit einem Umsatz von rund 520 Mill. DM. Der Auftragseingang lag in den ersten sechs Monaten mit 250 Mill. DM um 10 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Der Auftragsbestand erreicht 350 Mill. DM. Die Preisentwicklung sei zwar noch nicht befriedigend, beginne aber, sich zu stabilisieren.

Im Geschäftsjahr 1983 führte die rezessive Branchenentwicklung bei der Gildemeister AG zu einem Fehlbetrag von gut 20 Mill. DM. Der Forderungsverzicht der Westdeutschen Landesbank in Höhe von 20 Mill. DM – der Besserungsschein von 10 Mill. DM wurde jetzt hinfällig – und die Auflösung von 10 Mill. DM Rücklagen halten den ausgeglichenen Bilanzverlust (0,35 Mill. DM) in Grenzen. Innerhalb des Konzerns ergibt sich ein Fehlbetrag von 1,38 (1,09) Mill. DM.

Der Konzernumsatz nahm um 13 Prozent auf 485 (428) Mill. DM zu, ist allerdings wegen der veränderten Konsolidierung nur bedingt vergleichbar. Der Exportanteil erreichte *63 (62) Prozent. Auf Pittler entfallen* Umsätze von 95 Mill. DM. Nach den Worten Schaefers ergab sich ein Verlust von 11 Mill. DM, der durch Forderungsverzichte der Banken kompensiert wurde. Auch für 1984 müsse bei Pittler noch mit einem Betriebsverlust gerechnet werden. Die Produktion in Langen befinde sich derzeit noch im Umbruch; aufgegeben wird die Herstellung von Mehrspindlern.

An der Pittler-Tochter Witzig & Frank-Martin GmbH, Offenburg, hat Gildemeister jetzt eine Beteiligung von 50 Prozent erworben und damit die Option genutzt. Die andere Hälfte hält die Deutsche Wagnisfinanzierungs-GmbH, Frankfurt. Witzig & Frank sei ein erfolgreich arbeitendes Unternehmen und erwarte 1984 einen Umsatz von 50 (44) Mill. DM. Im Konzern beschäftigt Gildemeister knapp 2500 Mitarbeiter.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Auftrag aus Saudi-Arabien

München (sz.) – Für die Erweiterung des Stromnetzes in der saudiarabischen Hafenstadt Jeddah haben die Siemens AG, Berlin/München, und ihre 75prozentige Tochter Transformatoren Union AG, Stuttgart, einen Auftrag im Gesamtwert von rund 90 Mill. DM erhalten. Beide Firmen werden Hochspannungsanlagen, Transformatoren, Starkstromkabel, Steuerungs- und Schutzeinrichtungen liefern und montieren. Auch die Erstinstallation des Elektrizitätsnetzes in Jeddah 1969 sowie mehrere nachfolgende Ausbaustufen waren von Siemens ausgeführt worden.

Regierung verkauft Sealink

London (VWD) – Die britische Regierung hat die Sealink-Reederei, die bisher ein Tochterunternehmen der britischen Eisenbahn war, verkauft. Transportminister Nicholas Ridley bestätigte den Verkauf im Unterhaus. Der Käufer, British Ferries, ein Tochterunternehmen der in Bermuda registrierten, aber in London ansässigen Reederei Sea Containers, bot nach Angaben von Ridley mit 66 Mill. Pfund Sterling den höchsten Preis.

Staatsanwalt ermittelt

Frankfurt/Detroit (rtr/VWD) – Die Koblenzer Staatsanwaltschaft ermittelt im Zusammenhang mit dem Konkurs der Mainzer IBH Holding gegen den amerikanischen Automobilkonzern General Motors (GM). Wie der Leiter der Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen, Oberstaatsanwalt Hans Seliger, auf Anfrage mitteilte, wird vermutlich Ende Dezember entschieden, ob gegen den GM-Konzern *Anklage erhoben wird. Dem* US-Autokonzern wird vorgeworfen, im Zuge von Kapitalerhöhungen der IBH als Großaktionär gegen das deutsche Aktienrecht verstoßen zu haben. General Motors blickt der Untersuchung der deutschen Behörden eigenen Worten zufolge zuversichtlich entgegen. Es werde sich herausstellen, daß man sich nichts habe zuschulden kommen lassen.

Umwandlung in GmbH

Offenbach (VWD) – Eine Dividende von unverändert 10 Prozent wird der Hauptversammlung der Kaiser Friedrich Quelle AG, Offenbach, am 29. August für das Geschäftsjahr 1983 vorgeschlagen. Gewinnberechtigt sind 1,68 Mill. DM Grundkapital. Ferner soll die Hauptversammlung die Umwandlung der AG in eine GmbH genehmigen. Den Aktionären bietet die Gesellschaft an, ihre durch die Umwandlung entstehenden Geschäftsanteile gegen eine Barabfindung von 950 DM für eine Aktie der Kaiser Friedrich Quelle AG von nom. 100 DM zu übernehmen. Der künftige Firmenname lautet Kaiser Friedrich Quelle GmbH. Das Stammkapital wird 1,8 Mill. DM betragen.

Wieder acht Prozent

Lehrte (VWD) – Die Lehrter Zukker AG, Lehrte, schlägt der Hauptversammlung am 13. September 1984 vor, für das Geschäftsjahr 1983/84 (31. März) aus dem Bilanzgewinn von 1,02 (1,07) Mill. DM auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 7 Mill. DM eine unveränderte Dividende von 8 Prozent zu zahlen. Wie aus der Einladung zur Hauptversammlung hervorgeht, soll ferner die Rücklage mit 0,32 (0,35) Mill. DM verstärkt werden.

NAMEN

Dr. Hellmuth Buddenberg, Vorstandsvorsitzender der Deutschen BP AG, ist zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der NCR GmbH, Augsburg, gewählt worden. Er ist Nachfolger von Bundesverkehrsminister Dr. **Werner Dollinger.**

Rechtsanwalt **Horst Prießnitz** wurde zum stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) e.V., Frankfurt, bestellt. Er löst Dr. **Gerhard Schultz** ab.

Wolfgang H. Molitor (47) hatden Vorstandsvorsitz der Keramag Keramische Werke AG, Ratingen, übernommen. Er ist Nachfolger von **Rolf Berg.**

Ralph Rogage wurde per 1. September zum weiteren Geschäftsführer der HKG-Zentrale Köln-Marsdorf, ernannt.

BOEHRINGER MANNHEIM / Gutes US-Ergebnis

Großreinemachen beendet

JOACHIM WEBER, **Mannheim**

Heinrich Hornef, Finanzchef des Pharmaherstellers Boehringer Mannheim GmbH, Mannheim, rechnet für 1984 mit einem möglicherweise wieder leicht verminderten Betriebsergebnis. Der Grund: Erhebliche Preis- und Mengeneinbußen (zusammen etwa 50 Prozent der bisherigen Umsätze von 80 Mill. DM) bei dem langjährigen „Starprodukt" Euglucon, einem Diabetes-Mittel, dessen Patentschutz Mitte 1983 ausgelaufen ist. Der Erfolg des Produkts hat elf Nachahmer auf den Plan gerufen.

Der Euglucon-Effekt läßt denn auch sinkende Umsätze im Bereich der Therapeutica (Anteil: knapp 40 Prozent) erwarten, während es bei den Diagnostica (gut 40 Prozent einschließlich 8 Prozentpunkte Gerätegeschäft) und den chemischen Wirkstoffen (Rest) weiter bergauf gehen soll. Die Umsatzsteigerung des ersten Halbjahres von 7 Prozent werde aber fürs Gesamtjahr wahrscheinlich nicht zu halten sein, meint Hornef.

Schon 1983 ist der Umsatz des Inlandskonzerns mit einem Plus von 4,2 Prozent auf 1,32 (1,26) Mrd. DM nicht mehr um den gewohnten zweistelligen Satz gewachsen. Der Weltumsatz der Gruppe erreichte mit 1,81 (1,73) Mrd. DM ebenfalls nur noch 5 Prozent Zuwachs, bereinigt um die Verkäufe mehrerer Tochtergesellschaften allerdings immer noch tröstliche 10 Prozent.

Ohnehin kann Boehringer der Entwicklung nun wieder mit mehr Gelassenheit entgegensehen. Nachdem die mehr als zweijährige Flurbereinigung, die – vor allem 1981 und 1982 – insgesamt runde 200 Mill. DM gekostet haben dürfte, abgeschlossen ist, entfallen gewichtige „Hypotheken". Das kam schon 1983 in einem auf 34 (15,5) Mill. DM verbesserten Jahresüberschuß zum Ausdruck.

Was dem Finanzchef weniger gefällt: Dieser Sprung kam ausschließlich durch die Verminderung der Sonderbelastungen zustande. So gingen die Abschreibungen auf Finanzanlagen auf 8,5 (55) Mill. DM zurück, die Verlustübernahmen auf 9 (gut 10) Mill. DM, und auch die Reduzierung der sonstigen Aufwendungen auf 284 (324) Mill. DM hing mit dem geringeren Strukturaufwand zusammen. An neuen Belastungen aus anderer Richtung kamen 14 Mill. DM zusätzlicher Pensionsrückstellungen (nach neuer Sterbetafel) und 4 Mill. DM Wertberichtigungen auf Auslandforderungen mit erhöhtem Länderrisiko hinzu.

Ihnen standen aber die erstmals schwarzen Zahlen des US-Geschäfts gegenüber, das bei einem Umsatz von 212 Mill. Dollar (plus 25 Prozent) 10 Mill. Dollar Gewinn erbrachte. Der US-Umsatz soll auch in diesem Jahr wieder um 20 Prozent wachsen.

Den neuen finanziellen Freiraum nutzt der (nun wieder) Pharma-Spezialist mit seinen 7180 Inlandsmitarbeitern ganz wesentlich für die Forschung. Die Aufwendungen hierfür, schon 1983 um gut 20 Prozent auf 174 (144) Mill. DM und damit 15 Prozent von 1,15 (1,1) Mrd. DM GmbH-Umsatz gestiegen, sollen in diesem Jahr noch über diesem Satz liegen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bielefeld: Nachl. d. Günter Fritz Hermann Habighorst; **Bochum:** RWH Rohrleitungsbau GmbH; Wolfgang Paulo Hydraulik GmbH; **Calw:** Charter-Trans Speditionsges. m.b.H.; **Düsseldorf:** Nachl. d. Grete Elsa Bertha Langer geb. Becher, Hausfrau; **Hamburg:** Choinka Oberflächenschutz GmbH; Nachl. d. Anneliese Johanna Röschen Freistädter; **Herford:** Gostmann GmbH & Co. KG, Löhne; **Menden:** Horst Klang, Estrichleger; **München:** Sedlmeier-Wohnbau-Ges. f. schlüsselfertiges Bauen mbH, Landsberied; Nachl. d. Heinz Horst Hagens; Calorent Wärmepumpen-Systeme GmbH; **Recklinghausen:** Josef Wegener Gas- u. Wasserinstallationsmeister; **Rheine:** Schabos GmbH, Nordwalde; **Schwarzenbek:** Nachl. d. Günter Holst; **Trier:** Kurt Schon, Inh. e. Möbelhandlung, Konz-Könen; **Zweibrücken:** Faber GmbH Landmaschinen, Hornbach.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: ASB Arbeitsgruppe f. schlüsselfertiges Bauen GmbH; **Düsseldorf:** EMG Energie-Maschinen-GmbH.

Vergleich beantragt: Duderstadt: Jörg Burandt, Kaufmann; **Düsseldorf:** Michelle Baumann Psychotherapeutin, Monheim; **Geilenkirchen:** Christian Ebel, Elektromeister; **Mainz:** Werner Hörstemeier; **Meppen:** Hermann Steffens, Bauunternehmer, Haren.

SCHICKEDANZ / „Natürliche Entwicklung" bei der Erschließung wachstumsträchtiger Dienstleistungsmärkte

Zwei weitere Versicherungen aus dem Katalog

DANKWARD SEITZ, **Fürth**

Noch stärker als bereits im Frühjahr dieses Jahres angekündigt, wird die Schickedanz-Gruppe, Fürth, gemeinsam mit der Wiesbadener Deutschen Beamten-Versicherung AG (DBV) in das Versicherungs-Geschäft einsteigen. Wie Konzernchef Hans Dedi anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1983/84 (31. 1.) in Fürth mitteilte, wird derzeit neben einer Lebensversicherung auch eine Unfall- und Sachversicherung vorbereitet. Dedi bezeichnete diese Engagements als „ganz natürliche Entwicklung" für ein Handelsunternehmen bei der Erschließung neuer, wachstumsträchtiger Märkte im Dienstleistungsbereich.

Recht deutliche Konturen hat inzwischen die Quelle + Partner Lebensversicherung AG mit Sitz in Fürth angenommen, für die das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen bereits die Genehmigung erteilt hat. Einzelheiten über die Tarife wollte Dedi noch nicht mitteilen, obwohl man ab September „mit besonders preiswerten Prämien an den Markt gehen" will. „Konkurrenzlos günstiger als die Branche" sollen die Konditionen werden, weil der Vertrieb über den Quelle-Katalog und per Post erfolgt und auf einen Außendienst verzichtet wird. Ausgestattet ist die „Quelle-Leben" mit einem Kapital von 3 Mill. DM, das jeweils zu 50 Prozent von Quelle und der DBV gehalten wird.

Für den Bereich Unfall und Sach ist den Angaben Dedis zufolge inzwischen die Quelle + Partner Versicherung AG, Fürth, gegründet worden. Am Grundkapital von 2 Mill. DM sind die DBV mit 35 Prozent und Quelle mit 65 Prozent beteiligt. Vorerst soll sie das Reparatur-Versicherungsgeschäft übernehmen, in dem Quelle schon seit löngerem mit der DBV zusammenarbeitet. „Schritt um Schritt" sollen dann andere Sparten hinzukommen. Langfristig schließt Dedi sogar den Einstieg in den Kfz-Bereich nicht aus. Ihre Geschäftstätigkeit soll diese Gesellschaft Anfang 1985 aufnehmen; der entsprechende Antrag dafür liegt dem Aufsichtsamt vor. Ähnlich wie bei der Leben will man auch hier günstige Prämien anbieten.

Zu der Anfang 1984 übernommenen Verbraucherbank AG, Hamburg, teilte Dedi mit, daß die organisatorische Fusion mit der Quelle-eigenen Noris Bank GmbH, Nürnberg, planmäßig verlaufe. Die rechtliche Fusion – höchstwahrscheinlich als AG – ist für das Jahr 1985 vorgesehen. Zusammen kommen beide Institute auf eine Bilanzsumme von etwa 2,5 Mrd. DM.

Alle neuen Aktivitäten bei Quelle sind vor dem Hintergrund geringer werdender Zuwachsraten im Handelsbereich in den kommenden Jahren zu sehen. So gab Firmenchefin Grete Schickedanz jetzt zu erkennen, daß schon für 1984 das geplante Umsatzwachstum von 6 Prozent wegen der Auswirkungen der Streiks und des schlechten Sommerwetters nicht erreicht werden dürfte. Per Ende Juni kam man auf ein Umsatzplus von 3,7 Prozent. Bei Quelle Deutschland waren es sogar nur 2 Prozent, wobei der Umsatz von Foto-Quelle stagnierte. Die beiden Töchter Möbel-Hess und Schöpflin erzielten ein Plus von 1,5 und 16,8 Prozent. Daß man aber nicht resigniert, verdeutlicht ein Investitionsprogramm von 235 (170) Mill. DM.

Im vergangenen Jahr mußte der Handelsbereich, wie bereits berichtet, ein Umsatzminus von 1,5 (kursbereinigt: 0,9) Prozent auf 8,6 Mrd. DM hinnehmen, davon bei Quelle Deutschland einen Rückgang um 2,4 Prozent auf 6,9 Mrd. DM. Dennoch ist es gelungen, wie Frau Schickedanz dazu ergänzend meinte, ein „befriedigendes" Ergebnis zu erzielen. Nachdem im Vorjahr der Jahresüberschuß des Großversandhauses Quelle Gustav Schickedaz KG um beachtliche 38 Prozent auf 68,5 Mill. DM abgesunken war, wird für 1983/84 wieder ein Plus von 3,1 Prozent auf 70,6 Mill. DM ausgewiesen. Zudem wurden mit 20 Mill. DM alle steuerlichen Pensionsrückstellungs-Möglichkeiten ausgenutzt.

Daß das Mitte 1982 eingeleitete Kostensenkungsprogramm Wirkung zeigte, kommt auch in dem auf wieder 133,7 (123,0) Mill. DM gestiegenen Netto-Cash-flow und in dem Abbau der Bankverbindlichkeiten um 22,4 Mill. auf 159,8 Mill. DM zum Ausdruck, was zu einer weiteren Verbesserung des Zinsüberschusses beigetragen habe.

PELIKAN / Umsatz und Ertrag deutlich über dem Planansatz – Für 1983 wird ein Überschuß ausgewiesen

Nach der Sanierung wieder auf solider Basis

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Pelikan AG in Hannover, die seit Anfang 1984 zur schweizerischen Holding Condorpart AG gehört, hat nach den schwierigen Jahren 1982 und 1983 wieder eine solide Basis gefunden. Wolf R. Mützlitz, Vorstandsvorsitzender des Unternehmens, erklärte bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1983, die Sanierungsphase sei nunmehr in den Grundzügen abgeschlossen. Die Ergebnisse im bisherigen Verlauf des Jahres 1984 berechtigten zu einigem Optimismus. Nach den ersten sechs Monaten würden Umsatz und Ertrag nicht nur über den Zahlen des gleichen Vorjahreszeitraum liegen, sondern auch deutlich über den Planansätzen. Mützlitz rechnet nach dem bereits 1983 erzielten positiven Betriebsergebnis mit einer weiteren Verbesserung.

Die Entwicklung im Geschäftsjahr 1983 war wesentlich geprägt von der Abwicklung des Vergleichsverfahrens, der Übertragung der ausländischen Beteiligungssgesellschaften auf die Condorpart und drastischen betrieblichen Sanierungsmaßnahmen. Die Belegschaft der AG, die bereits in den Vorjahren kräftig abgebaut wurde, reduzierte sich weiter auf 2050 (2216) Mitarbeiter. Fortgesetzt hat Pelikan die Sortimentsbereinigung. Die Zahl der Artikel schrumpfte von 8000 auf unter 5000.

Trotz dieser Maßnahmen hat sich der Umsatz nur geringfügig verändert. Für die AG wird eine Erlösminderung um 1,8 Prozent auf 269 (274) Mill. DM ausgewiesen. Der Konzernumsatz verringerte sich auf 331 (424) Mill. DM, eine Folge der Veränderung im Konsolidierungskreis (Umsatzminus 90 Mill. DM). Die Exportquote beziffert Mützlitz auf gut 30 Prozent.

Nach den Verlusten in den Jahren 1981 (270 Mill. DM) und 1982 (85 Mill. DM) weist die Pelikan AG im Berichtsjahr einen Überschuß von 216 Mill. DM aus. Dieses Ergebnis resultiert im wesentlichen aus außerordentlichen Erträgen. Mützlitz erwähnte in diesem Zusammenhang die Veräußerung von drei Gesellschaften, die Trennung von nicht betriebsnotwendigen Vermögensteilen sowie Erträge aus dem Übergang der Auslandsbeteiligungen auf Condorpart. Hinzu kommt ein Forderungserlaß mit Besserungsschein in Höhe von 90 Mill. DM, den die Mutter gewährte. Immerhin 12 Mill. DM stammen aus dem erwirtschafteten Betriebsergebnis.

Durch den Jahresüberschuß und den 1983 durchgeführten Kapitalschnitt von 62 Mill. auf 6,2 Mill. DM konnte der Verlustvortrag aus dem Jahre 1982in Höhe von 308 Mill. DM in der AG auf 36,5 Mill. DM und im Konzern auf 42 Mill. DM gesenkt werden. Diesem verbliebenen Bilanzverlust, so Mützlitz, stehen ausreichende stille Reserven gegenüber. In der AG-Bilanz wird das Sachanlagevermögen mit 38,4 (46) Mill. DM ausgewiesen; die Finanzanlagen stehen noch mit 26 (63,6) Mill. DM zu Buche. Um die finanzielle Situation weiter zu verbessern, dürfte Pelikan noch in diesem Jahr die restlichen ausländischen Beteiligungen abgeben.

Die Hauptversammlung am 18. Juli hat die Erhöhung des Grundkapitals um 8,8 Mill. DM auf 15 Mill. DM beschlossen. Darüber hinaus ist ein genehmigtes Kapital von 7,5 Mill. DM geschaffen worden. Aufsichtsratchef Hannjörg Hereth wies darauf hin, daß der neue Großaktionär nicht daran denke, Pelikan oder Teile des Unternehmens zu veräußern. Insgesamt dürfte dessen Umsatz die Milliarden-Mark-Grenze erreichen.

ADIG

Ausschüttungen werden erhöht

sz. **München**

Höhere Ausschüttungen für acht ihrer neuen Fonds kündigt die Adig Allgemeine Deutsche Investment-Gesellschaft mbH, München, für das Geschäftsjahr *1983/84 (30. 6.)* an. Je nach Fonds erhöhen sie sich zwischen 0,05 und 0,45 DM pro Anteil. Insgesamt werden diesmal an die Kunden rund 441 Mill. DM gezahlt, nachdem im Vorjahr der Betrag auf 416,6 (423,2) Mill. DM gekürzt worden war.

Dank der verbesserten Unternehmenserträge konnten vor allem die in Deutschland anlegenden Aktienfonds höhere Dividenden-Einnahmen verbuchen. Steigende Tendenz hätten auch die Zinseinnahmen aus ausländischen Rentenwerten gezeigt. Im einzelnen werden pro Anteil ausgeschüttet (ohne anrechenbare Körperschaftsteuer) für den Adifonds 1,10 (1,03) DM, Adirenta 1,85 (1,80) DM, Adiropa 1,28 (0,87) DM, Adiverba *1,61 (1,53) DM, Fondak 0,97 (0,89) DM,* Fondis 1,08 (0,92) DM, Fondra 3,55 (3,37) DM, Plusfonds 2,30 (1,98) DM sowie für den Gothaent 6,50 (6,90) DM.

Export von Büchern leicht gestiegen

dpa/VWD, **Frankfurt**

Nur geringe Zuwachsraten beim Export von Büchern konnten bundesdeutsche Verlage im vergangenen Jahr verzeichnen. Nach Angaben des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels stieg der Wert der Buchlieferungen ins Ausland 1983 um drei auf 777,7 Mill. DM.

Der Export von Zeitungen und Zeitschriften sei dagegen von 802 Millionen 1982 auf fast 870 Mill. DM gestiegen. Der Gesamtexport von „Gegenständen des Buchhandels" habe 1983 1,7 Mrd. DM erreicht, 4,5 Prozent mehr als 1982. Dagegen stieg die Einfuhr von Buchhandelserzeugnissen in die Bundesrepublik 1983 um 1,8 Prozent auf *666* Mill. DM. Mit einem Anteil von jeweils mehr als 27 Prozent sind Österreich und die Schweiz nach wie vor die besten Abnehmer für deutsche Bücher. In fast allen anderen europäischen Ländern wurden zum Teil erhebliche Einbußen registriert.

Günter Dorstewitz

em. o. Professor Dr.-Ing.

* 26. 4. 1908 † 15. 7. 1984

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande
und der Agricola-Denkmünze

Ein gütiger Mensch hat diese Welt verlassen. Er liebte seine Heimat und sein Vaterland.

In Dankbarkeit
Margarete Skerat
Marianne Dorstewitz geb. Peters
Dr.-Ing. Ulf-Ekhard Dorstewitz
Dr.-Ing. Ulrich Dorstewitz
Dr. med. Hartmut Dorstewitz
Almut Dorstewitz
Agathe Pankoke geb. Dorstewitz

5902 Netphen 2-Oelgershausen, Hömbergstraße 40

Die Trauerfeier fand im engsten Kreise statt.

Jochen Besthorn

* 27. 11. 1934 † 15. 7. 1984

Wir trauern um meinen geliebten Mann, meinen lieben Sohn und unseren Bruder.

Anne-Marie Besthorn geb. Wetzel
Käthe Besthorn geb. Somfleth
Marion v. Streit geb. Besthorn
und Hubertus v. Streit
Kathleen Rollin geb. Besthorn
und Prof. Dr. Heinz Rollin
Gero Besthorn
und alle Angehörigen

6740 Landau
Kolmarer Str. 72

2427 Timmdorf
Am Behler See 28

Die Beisetzung findet im Familienkreis in Friedrichshafen statt.

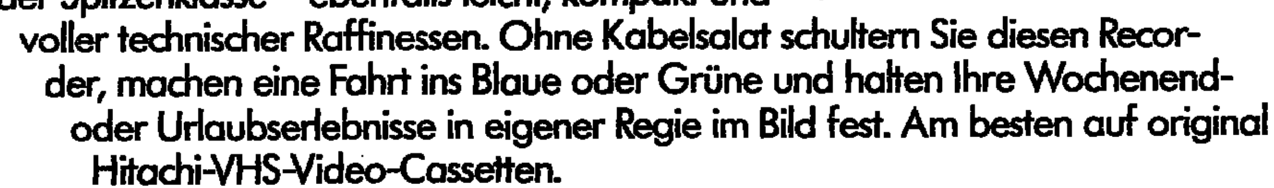
هكذا من الأصل

Hitachi jetzt:
Ihre Erb-Anlage.

Jetzt können Sie Ihren eigenen Erbanlagen, die Sie Ihren Nachkommen vermachen, eine weitere hinzufügen: die Hitachi Video-Kombination **VK-C 2000 E / VT-7 E.**

Denn bei der **VK-C 2000 E** handelt es sich um die einzigartige Hitachi MOS-Video-Farbkamera, deren revolutionäre Technologie sie nicht nur zuverlässiger und belastbarer macht, sondern auch extrem langlebig. Der Grund: ein **SENSOR** statt der üblichen Aufnahmeröhre. Und dieser kleine elektronische Baustein macht die **VK-C 2000 E** auf der einen Seite leicht, kompakt, sicher und sparsam – andererseits bietet er eine Fülle von technischen Vorteilen: Sofortige Aufnahmebereitschaft, kein Einbrennen, kein Nachziehen, schärfere Bilder in originalgetreuen Farben – selbst bei hellstem Sonnenlicht.

Und auch die zukunftsweisende Technologie des Hitachi VHS-Video-Recorders **VT-7 E** wird Sie und Ihre Nachkommen begeistern: mit einem Handgriff verwandelt sich dieses *Vielzweck-Gerät vom stationären Luxus-Video-Recorder in ein vollfunktionsfähiges Portable der Spitzenklasse* – ebenfalls leicht, kompakt und voller technischer Raffinessen. Ohne Kabelsalat schultern Sie diesen Recorder, machen eine Fahrt ins Blaue oder Grüne und halten Ihre Wochenend- oder Urlaubserlebnisse in eigener Regie im Bild fest. Am besten auf original Hitachi-VHS-Video-Cassetten.



P.S. Auch wenn Sie noch nicht ans Vererben denken, sollten Sie sich diese Hitachi Video-Kombination einmal bei Ihrem Fachhändler vorführen lassen.

ZUKUNFTWEISEND

VK-C 2000 E

VT-7 E

HITACHI

Hitachi Sales Europa GmbH, Rungedamm 2, 2050 Hamburg 80
Hitachi Sales Warenhandels-Gesellschaft m.b.H., Kreuzgasse 27, 1180 Wien · World Electric B.V., Industrieweg 17–19, 3762 EG Soest/Holland

Aktien unter Einfluß von New York

Weitere Einbußen bei den Auto- und Bankwerten

DW.- Der vorangegangene Kursrückgang an der New Yorker Aktienbörse ließ von Beginn an am deutschen Markt keinerlei Unternehmungslust aufkommen. Gerüchte, wonach US-Anleger von Aktien in Renten umzusteigen beginnen, führten zu der Befürchtung, daß dies auch für die international bekannten deutschen Standardwerte Folgen haben wird. Unter Druck lagen besonders die streikbetroffenen Autoaktien aber auch Bankaktien, eine Reaktion auf die rückläufigen Quartalsgewinne einiger US-Institute.

Bei den Papieren der Großchemie wurden die aus Renditegesichtspunkten vorgenommenen Käufe zwar fortgesetzt, doch konnten auch hier Kursverluste nicht mehr länger vermieden werden. Allerdings gingen sie nicht über zwei DM hinaus, während Autoaktien um vier bis fünf DM *schwächer lagen. Für Siemens gibt* es nach wie vor Anlagebereitschaft, zu verdanken ist dies der Aussicht auf eine höhere Dividende als acht DM. Doch auch bei Siemens reichten die Käufe nicht aus, um den *Kurs völlig zu stabilisieren.* Trotz der günstigen Exportaussichten mußten nunmehr auch die Maschinenbauwerte, allen voran Linde, Verluste hinnehmen.

Düsseldorf: Audi NSU verminderten um 5 DM und Dt. Atlanten um 5 DM. Keramag gaben um 4 DM auf 156 DM nach. Dyckerhoff St., Gildemeister und Heinrich erhöhten jeweils um 3 DM. Bei den Versicherungen verminderten Aachen Münchner Bet. um 5 DM. Allianz Leben um 10 DM und Nordstern um 10 DM.

Frankfurt: ADT AG erhöhten von 105,10 DM auf 109 DM. AEG Telefunken verminderten sich um 2,70 DM auf 86,60 DM. Brau AEG *gaben um 5 DM auf 167 DM nach* und Deutsche Bank um 5 DM auf 319 DM. Pfälzische Hypo fielen von 425 Taxe auf 415 Taxe.

Hamburg: HEW wurden bis 83 DM gehandelt. Dagegen waren *NWK-Vz. mit 164,50 DM nur knapp* gehalten. Beiersdorf schwächten sich um 2 DM ab. Phoenix Gummi gingen zu 111 DM um. Weiter unverändert blieben Vereins- und Westbank mit 287 DM.

München: Agrob St. erhöhten um 2 DM. Flachglas um 1,50 DM und Grünzweig um 1 DM. Hutschenreuther erhöhten um 5 DM auf 260 DM. Kolbermoor gaben um 13 DM auf 727 DM nach. NAK Stoffe verloren 5 DM auf 73 DM und Pegulan St. 4,50 DM auf 218,50 DM. Spinnerei Hof gaben um 3,20 DM auf 221,80 DM nach. Süd Chemie verloren 5 DM und Stumpf AG verbesserten sich um 3 DM.

Berlin: Kötilzer Leder wurden um 15 DM und Tempelhofer Feld um 10 DM höher taxiert. Kempinski verbesserten sich um 4 DM, Rheinmetall um 3 DM und Herlitz Vz. um 2,70 DM. Engelhardt ermäßigten sich um 7 DM, DeTeWe um 5 DM und Berthold um 4 DM. DUB-Schultheiß gaben um 1,50 DM, Berliner Bank, Herlitz St. und Orenstein um je 1 DM nach.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex: 137,2 (138,5)
WELT-Aktienindex: 1390 (1545)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

	19. 7.	18. 7.
H AachM Betei. 9+7,5	900	909
H Aach. M. Vers 7	305	303
D Aach. Ruck. 9	900T	900G
D Aseag *4	335G	333bG
M Ack-Gogg 4	107bG	108bB
H Acca 0	106	105
D Adler 9	298G	298G
F Adt AG 4	109	105,1
F AEG-Telef. 0	86,6	89,3
D AEG-Kabel 8	246G	249
S Aesculap 8	310G	312G
F AGAB 5	117	117

	19. 7.	18. 7.
H Br. H. Hypo 10	300G	100G
Hn Brsch. Jute *0	94G	95G
H Breitenb.-C. *28	640G	640G
H Br Straßb *0	365B	375B
H Br Vulkan 0	60,5	61,5
H Br Wolff. 6	122G	121
F BBC 6	205	207
S BSU Te rul %25	1300G	1300G
D Buckau-W. 4,5	150G	153
D Buderus *12	410G	410G
M Bgl. Br. Ing *11+1	730G	730G
S Bgl. Brn. Rav *0	430G	430bG
S Calw D. **18	819bG	819
F Cassella *10	430bG	430,1

	19. 7.	18. 7.
M En. Oberfr. 4,5	265TB	256
M En. Ostb 5+1	245bB	255
H Elkraft 0	37	37,9
B Engelhardt 7	215	220T
D Enka 6,67	150	151
M Erlus 10	500	500B
M Erste Kulmb 9	940	980
S esbl *0	16bB	16bG
S Essl. Masch. *6	239	236G
M Esterer **16	500	500
D Farb. Liqu RM 0	7,6	7,7
F Flachglas 8	242	242
D Ford *0	1050T	1050T
B Forst Ebn. *4	2200T	2200T

	19. 7.	18. 7.
H Holsten-Br. 6+1	259G	260G
F Holzmann 10	435	435,5bG
D Horten 0	160,5	161
B Hw. Kayser *12	260G	260G
D Hussel 8	226	227
D Huta Hoeg. 0	61,5	61T
M Hutschenr. 9	260bB	265bG
H Hypo Hbg 12,5	415G	416
D IKB 7	166	167
S IWKA 0	218	220
M Isar-Amper 6,5+1	275bG	–
D Isenbeck *9,5	320G	320G
H Jacobsen *8	615G	615G

Freiverkehr

Ausländische DM-Anleihen

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York | Toronto | London | Mailand | Amsterdam | Tokio | Wien | Zürich | Kopenhagen | Brüssel | Madrid | Hongkong | Singapur | Paris | Sydney

	19. 7.	18. 7.
CPC Int.	36,50	36,875
Curtiss Wright	37,50	33,375
Deere	25,25	22,625
Delta Airlines	30	30,50
Digital Equipm.	79,50	81,50
Dow Chemical	76,75	26
Du Pont	44	44,50
Eastern Gas-Fuel	22,25	22,50
Eastman Kodak	71,625	71,625
Exxon	41,25	41
Fabergé	30	29,75
Firestone	16,875	16,875
Fluor	17,25	17,25
Ford	38,625	38,625
Forster Wheeler	11	11,125
Fruehauf	31,625	30,75
GAF Corp.	18,25	18
General Dynamics	53,625	55,75

	19. 7.	18. 7.
Newmont	34	34,25
PanAm World	4,125	4,25
Pfizer	30,25	31
Phibro	25,875	24,75
Phillips Petroleum	36,625	37,625
Philip Morris	69	68,75
Pittston	10,125	10,375
Polaroid	27,25	27,50
Prime Computer	13,125	13,375
Procter & Gamble	52,75	53,25
RCA	30,875	31,25
Revlon	39,25	39,25
Reynolds Ind	58,625	57,75
Rockwell Int.	27,875	28,25
Rorer Group	28,75	29,375
Schlumberger	43	47,375
Sears, Roebuck	31,125	32,125
Shell Oil	56,875	56,875

	19. 7.	18. 7.
Bk. of Nova Scotia	10,75	10,75
Bell Cdn. Enterpr	31,25	31,625
Bluesky Oil	4,40	4,35
Bow Valley Ind.	19,55	19,375
Brenda Mines	10,375	10,50
Brunswick M. & Sm.	14,75	15
Cdn. Imperial Bk.	23,375	23,75
Cdn Pacific Ltd	38,375	39,25
Cdn. Pacif. Enterpr.	19,125	19,50
Cominco	15,125	15,25
Coseka Res.	3,20	3,20
Denison Mines	13	13,625
Dome Petroleum	2,34	2,41
Domtar	30,75	30,75
Falconbridge Ltd.	57	57,75
Great Lakes Forest	86,50	85
Gulf Canada	15,25	15,375
Gulfstream Res.	0,74	0,73

	19. 7.	18. 7.
Anglo Am. Gold $	97,50	98,75
Babcock Intl.	123	123
Barclays Bank	444	474
Beecham	288	293
Bowater	223	226
B. A. T. Industries	220	221
Br. Leyland	52	54
British Petroleum	451	455
Burmah Oil	170	173
Cadbury Schweppes	116	117
Charter Cons.	230	228
Cons. Gold. Fields	482	–
Cons. Murchison	625	650
Courtaulds	110	110
De Beers $	5,85	5,85
Distillers	285	286
Driefontein $	29,81	30,30
Dunlop	39	39

Mailand	19. 7.	18. 7.
IFI Vz.	4612	4699
Italcementi	47000	46700
Italgas	985	1000
Magneti Marelli	1202	1219
Mediobanca	59800	59850
Mondadori	2210	2101
Montedison	1140	1136
Olivetti Vz.	4250	4245
dgl. St.	5357	5238
Pirelli SpA	1683	1704
Rinascente	427	432
RAS	49100	49000
S. A. I.	12100	12100
SIP	1828	1830
Snia Viscosa	1570	1574
STET	1980	1991
Index	208,48	208,88

Wien

	19. 7.	18. 7.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	206	205
Gösser-Brauerei	–	325
Länderbank Vz.	206	206
Österr. Brau AG	305	–
Perlmooser	338	338
Reininghaus	400	400
Schwechater Br.	155	158
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	141	141
Universale Hoch Tief	210	–
Veitscher Magnesit	215	275
Index	53,55	53,52

Tokio	19. 7.	18. 7.
Teijin	361	368
Tokio Marine	548	550
Tokyo El. Power	1080	1070
Toray	402	405
Toyota Motor	1250	1250
Index	770,47	776,20

Kopenhagen

	19. 7.	18. 7.
Den Danske Bank	235	233
Jyske Bank	460	460
Kopenh. Handelsbk.	242	240
Novo Industri	2285	2250
Privatbanken	210	207
Ostasiat. Komp.	199	196
Dan. Sukkerfabr.	640	640
For. Bryggerier St.	925	930
Kgl. Porc. Fabr.	370	370

Brüssel

	19. 7.	18. 7.
Arbed	1408	1414
Brux. Lambert	2150	2165
Cockerill Ougrée	233	232
Ebes	2435	2420
Gevaert	3125	3120
Kreditbank	6890	6900
Pétrofina	6650	6610
Soc. Gén. d. Belg	1630	1615
Sofina	6060	6060
Solvay	3600	–
UCB	4390	4540
Index	142,01	141,61

Singapur

	19. 7.	18. 7.
Cycle + Car.	3,40	3,54
Cold Storage	3,16	3,16
Dev. Bk. of Sing.	7,85	7,95
Fraser + Neave	5,00	5,00
Kl. Kepong	2,68	2,72
Mal. Banking	–	8,10
Nat. Iron	4,90	4,86
OCBC	9,75	9,40
Sime Darby	2,00	2,00
Singapur Land	3,50	3,58
Un. Overs. Bank	4,40	4,40

Sydney	19. 7.	18. 7.
Westpacific Banking	3,72	–
Bridge Oil	2,26	2,25
Brok. Hill. Prop.	9,72	9,60
Coles	3,80	3,75
CRA	4,60	4,60
CSR (Thelas)	3,72	3,19
Metals Expl.	0,41	0,43
MIM-Holdings	2,82	2,75
Myer Emporium	1,81	1,80
North Broken Hill	2,13	2,09
Oakbridge	0,85	0,86
Peko Wallsend	4,25	4,20
Poseidon	3,25	3,20
Thomas Nat. Tr.	1,85	1,82
Waltons Bond	0,38	0,39
Western Mining	3,02	2,96
Woodside Petr.	1,21	–
Index	683,30	678,80

Optionshandel

Frankfurt: 19. 7. 84: 740 Optionen = 40 400 (27 500) Aktien, davon 136 Verkaufsoptionen: = 8350 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-100/1,5, 1-1-95, 1-100/4, BASF 10-150/6,5, 10-170/1,5, 1-150/10,5, 1-160/4,4, 1-170/2,9, 4-160/9, 4-170/4,8, Bayer 10-160/4,6, 10-170/2, 1-150/13,5, 1-160/8,5, 1-170/4,4, BHF 4-240/25, Bekula 1-95/3,3, 4-100/2,05, BMW 1-400/4, Commerzbank 10-150/5,3, 10-160/2,1, 1-150/8,9, 1-160/4,9, 1-170/2, 4-150/14, 4-160/7,9, Conti 10-110/6,6-6,5,6, 10-120/3,45, 1-110/10,4-10,2, 1-120/5, 1-130/2,6, 4-110/15, 4-120/6,5, Daimler 10-560/5,1, 1-540/22, 1-570/10, 1-580/8,5, Deutsche Bank 10-350/4, 1-350/13, 1-360/8, 1-370/5,4, 4-330/28,2, Degussa 1-370/6, Dresdner Bank 10-150/4,9, 1-150/8,9, 1-170/2,09, 4-150/13, GHH St. 1-140/5, 1-150/3, 4-150/5, Hoechst 10-180/7, 10-170/2, 1-170/6, 4-160/14, 4-170/9, 4-180/4,7, Hoesch 10-100/4,8, 1-100/6,85, 4-100/10,4, 4-120/4,15, 4-130/2,6, Karstadt 1-240/3,3, Kaufhof 1-220/6, Kloeckner 10-50/5,9, 10-55/3, 10/60/1,6, 1-55/5,3, 1-60/3, 1-65/2,2, 4,60/4,5, Lufthansa St. 1-140/11, 1-150/6, Metallges. 4-230/8, Mannesmann 10-140/2, 10-150/1,5, 1-140/6, 1-150/3,4, 4-150/5, *RWE Vz. 1-160/5,5,* Kali + Salz 10-220/6, Siemens 10-390/4, 1-400/8, 1-410/6, 4-410/9,4, 4-420/7, Thyssen 10-70/3,6, 10-75/2,8, 10-80/1,5, 1-75/5,1, 1-80/3,8-3, 4-90/2,2, VEBA 10-170/2,5, 4-180/3,6, VEW 10-120/2,3, VW 10-170/7, 10-180/4, 10-210/2, 10-220/1, 1-170/13,5, 1-180/8,4, 1-200/4,4, 4-170/19, 4-190/9, 4-200/6, Alcan 4-20/8,5, Chrysler 10-75/4,5, 1-70/11,6, 1-75/6,85, 1-80/4, 4-75/10, Philips 10-40/2,5, 1-40/3,9, 1-45/2, 4-40/4,7, Royal Dutch 10-130/6, Sony 1-40/3, Sperry 1-110/7,5. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-85/2,5, 10-90/4,2, 1-85/3, 4-90/7, BASF 1-150/5, Bayer 4-150/4,9, BBC 1-180/2,3, BMW 10-360/14, 1-360/16,8, Commerzbank 10-150/6,1, 4-150/8, Conti 10-110/2,9, 1-110/4,9, 4-110/7, Deutsche Bank 10-330/13, 1-320/8, 1-330/14, Dresdner Bank 10-150/6, 1-150/7, GHH St. 10-130/6,8, Hoechst 4-160/5,4, Hoesch 10-95/2,6, Kloeckner 10-55/2,6, 1-55/3,2, 4-55/3,4, Linde 4-340/8,6, Mannesmann 1-130/3,4, Kali + Salz 1-200/4, Siemens 10-370/6,3, 10-380/9,1, 10-390/18,5, 1-370/11,2, Thyssen 10-70/1,65, VW 1-170/8, Chrysler 10-80/4,1, 1-75/5,9, 1-80/7,2, General Motors 10-200/13, 1-180/6,8, 1-190/12,6, 4-170/4,4, Litton 10-200/5,9, 10-210/11, 1-200/10, Norsk Hydro 10-200/9,4, Philips 10-40/1,8, 1-40/2,8, Sperry 10-110/8,9. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 19. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11½–11¾	5⅜–5⅝	4½–4¾
3 Monate	12 –12¼	5⅝–5⅞	4¾–5
6 Monate	12½–12¾	6⅛–6⅜	4⅞–5⅛
12 Monate	13⅛–13⅜	6⅜–6⅝	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 19. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1535,00	1898,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1270,00	1530,10
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	227,00	281,58
1 £ Sovereign Elizabeth II.	232,00	288,42
20 belgische Franken	180,00	232,56
10 Rubel Tscherwonez	246,00	307,80
2 südafrikanische Rand	228,00	281,00
Krüger Rand, neu	1023,00	1206,12
Maple Leaf	1023,00	1206,12
Platin Noble Man	1015,00	1197,00

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	251,00	313,50
20 schweiz. Franken „Vreneli"	182,00	231,42
20 franz. Franken „Napoléon"	181,00	230,28
100 österr. Kronen (Neuprägung)	940,00	1135,44
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,00	235,98
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	438,00	549,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	105,00	142,50

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

19. 7. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	2,8534	2,8614	2,8131	2,80	2,89
London¹)	3,760	3,774	3,706	3,69	3,84
Dublin¹)	3,058	3,072	3,011	2,98	3,13
Montreal³)	2,1461	2,1541	2,1123	2,10	2,20
Amsterd.	88,515	88,735	88,46	87,75	89,75
Zürich	118,180	118,380	118,28	117,00	119,75
Brüssel	4,933	4,953	4,872	4,81	5,01
Paris	32,430	32,640	32,035	31,75	33,50
Kopenh.	27,325	27,445	27,015	26,25	28,00
Oslo	34,520	34,640	34,005	33,75	35,50
Stockh.**)	34,295	34,455	33,755	33,25	35,00
Mailand²) **)	1,623	1,633	1,586	1,58	1,68
Wien	14,236	14,275	14,215	14,15	14,37
Madrid**)	1,758	1,769	1,728	1,74	1,86
Lissabon**)	1,890	1,910	1,815	1,45	2,35
Tokio	1,1735	1,1755	–	1,13	1,19
Helsinki	47,310	47,510	46,305	46,25	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,500	2,562	–	2,10	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,354	2,373	–	2,28	2,40
Johannesbg.*)	1,9155	1,9345	–	1,70	1,95

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Nach unveränderten Zinssätzen wurde der US-Dollar gegen D-Mark bei ruhigem Geschäftsverlauf am 19. 7. zwischen 2,8505 und 2,8585 gehandelt. Lediglich beim Kursausgleich an der Börse zum Kurs von 2,8574 wurde die Deutsche Bundesbank mit *Dollar-Abgaben in Höhe von 28,65* Millionen Dollar beobachtet. Alle anderen amtlich notierten Währungen wurden fast unverändert gegenüber der Deutschen Mark festgestellt, mit Ausnahme des britischen Pfundes, das sich um 0,35 Prozent auf 3,767, und dem kanadischen *Dollar, der sich um 0,28 Prozent auf 2,1501* verbessern konnte. Auch die schwedische Krone (plus 0,2 Prozent auf 34,375) und der japanische Yen (plus 0,13 Prozent auf 1,1740 konnten leichte Kursgewinne verbuchen. US-Dollar in: Amsterdam 3,2250; Brüssel 57,82; Paris 8,7730; Mailand 1756,00; Wien 20,0500; Zürich 2,4158; Ir. Pfund/DM 3,065; Pfund/Dollar 1,3183; Pfund/DM 3,767.

Ostmarkkurs am 19. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: *Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.*

Devisenterminmarkt

Leicht rückläufige Dollar-Zinsen, insbesondere im Tagesgeldbereich, sorgten am 19. Juli für verringerte Abschläge für US-Dollar per Termin.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,64/1,44	4,48/4,38	8,85/8,65
Pfund/Dollar	0,11/0,06	0,12/0,07	0,15/0,22
Pfund/DM	2,90/1,50	6,80/5,40	11,70/10,30
FF/DM	25/9	58/42	113/97

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 19. 7.: Tagesgeld 5,50–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,80–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 6,00–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 19. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 19. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

Renten kaum verändert

Der leichte Anstieg der US-Bonds erwies sich am Donnerstag für den deutschen Rentenmarkt als psychologische Stütze. Dies um so mehr, als der Dollarkurs nur noch geringfügig anzog. Öffentliche Anleihen schwankten um 0,10 Prozentpunkte. Die meisten Kaufaufträge wurden wegen zu niedriger Limitierung nicht ausgeführt. Bei den Pfandbriefen zeigte sich eine größere Stabilität. Labil blieb dagegen nach wie vor der Markt für DM-Auslandsanleihen. Die 7 5/8 - bzw. 7 7/8-prozentige Anleihe von Dänemark wurde deutlich unter Emissionskursen an der Börse eingeführt.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	19. 7.	18. 7.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5G	82,5G
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25
F 7½ Bakola Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl. Pf 105	103,05G	103,05G
10 dgl. Pf 108	107,55G	107,55G
7 dgl. KS 132	95,7G	95,7G
8 dgl. KS 155	99,4G	99,4G
9 dgl. KS 169	102,15G	102,15G

Bundesbahn

		19. 7.	18. 7.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,2	100,2
8½ dgl. 76	9/84	100,25	100,25G
6 dgl. 78 III	11/84	99,95G	99,95G

	19. 7.	18. 7.
M 5½ Bayer Hdbs Pf 14	97,75G	92,5bG
6 dgl. Pf 20	82G	82G
5½ dgl. Pf. 2	95,5T	95,5T
7 dgl. Pf 3	95,25G	95,25G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74G	74G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	80,75G	80,75G
6 dgl. KS 1	99,35G	99,35G

	19. 7.	18. 7.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,3G	90,3G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	–	–
6 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	100,8G	100,8G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hypo. Hbg. Pf 96	81,75	81,75
8½ dgl. Pf 80	90,5	90,5
8 dgl. Pf 248	100,25	100,25G

	19. 7.	18. 7.
M 5 Vereinsbk. Hbg. Pf 56	117G	117G
6 dgl. Pf 95	76G	76G
7 dgl. Pf 100	99,95G	99,95G
D 8 WestLB Pf 350	100,75G	100,75G
6¾ dgl. Pf 403	97,55G	97,55G
8½ dgl. Pf 1007	105,85G	105,65G
8 dgl. Pf 1015	99,05G	99,05G
7 dgl. KO 566	99,9G	99,9G
6¼ dgl. KS 430	96,2G	96,2G
9½ dgl. KO 1301	104,5G	104,5G
8½ dgl. KS 1278	101,1G	101,1G
8 dgl. IS 1512	100,35G	100,35G

	19. 7.	18. 7.
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	99,55G	99,55G
6¾ dgl. Pf 60	96,25G	96,25G
6¼ dgl. Pf 74	99,25G	99,25G
6¼ dgl. Pf 76	97,25G	97,25G
Br 6½ dgl. Pf 77	94,75G	94,85G
8 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	101,5G	101,5G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	70G	70G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	76,5G	76,5G
6 dgl. Pf 130	92,5G	92,5G
6½ dgl. Pf 133	85,5G	85,5G

	19. 7.	18. 7.
M 6 Südboden Pf 41	90G	90G
5½ dgl. Pf 57	76,5G	76,5G
6½ dgl. Pf 143	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 87	95bG	95G
7½ dgl. Pf 104	95,75G	95,75G
7 dgl. KS 49	93G	93G
7½ dgl. KS 81	100,25bG	100,25bG
8 dgl. KS 133	99TG	99TG
8½ dgl. KS 132	100,75G	100,75G
9 dgl. KS 185	103G	103G
9½ dgl. KS 171	104G	104G

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Industrieanleihen

	19. 7.	18. 7.
5¾ HEW 62	97,5G	97,5G
7½ dgl. 71	99,75G	99,75G
4½ Harpen 59	196G	196bG
6 Hoesch 64	99,75G	99,75T
7½ dgl. 71	99,6G	99,6G
7½ Karstadt 71	99,85bG	99,85G
7½ Kaufhof 71	99,85G	99,85G
7¾ dgl. 71	99,6G	99,8
7½ dgl. 76	99,5T	99,5T
7½ Klöckner W. 71	99,25G	99,25G
8 dgl. 72	99,8	99,8

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Anmerkungen:
- = Zinsen steuerfrei
- Pf = Pfandbriefe
- KO = Kommunalobligationen
- KS = Kommunalschatzanweisungen
- IS = Inhaberschuldverschreibungen
- RS = Rentenschuldverschreibungen
- S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien in DM

	19. 7.	18. 7.
F Elf Aquitaine	68,6	69,8
F Emhart	81,1	81G
D Ericsson	108T	108T
D Esmark	168T	169T
D Exxon	115,5	116,5
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	6,35T	6,35T
D dgl. Vz.	5,25	5,35G
F Finsider	–	–
D Fisons	6,4T	6,3T
M Fluor	48,7	49
D Ford	109	109,5
F Fujitsu	14,05	14,4

	19. 7.	18. 7.
F Nissan Motor	7,35	7,35
F Nisshin Steel	2T	2,05G
F Nissho-Iwai	2,9G	2,9G
D NL Industries	34	35,5G
F Norsk Hydro	200	202,5
F Nynex	184	186
H Occ. Petroleum	81,8	83
F Océ v. d. Grinten	200G	200G
F Olivetti St.	8,55	8,4
F Olivetti Vz.	6,7	6,75
F Olympus Optical	10G	10G
H v. Ommeren	23,2G	23G
F Omron Tateisi	22,5G	22,5G
F Pacific Telesis	164	165

	19. 7.	18. 7.
F US Steel	66,8	67
F US West	170	170
M Vaal Reefs Expl.	283,3	282
D VMF-Stork	106,5	105,5
D Volvo A	87G	87G
D dgl. Nam B	87G	87G
F Warner Commun.	53,4	50
F Warner Lambert	82	85
F Wells Fargo	85	91G
M Western Deep L.	123	122,7
M Western Mining	7,15	7,05
M Westinghouse El.	61,7	62,2
F West.-Utrecht H	69G	69G
D Xerox Corp	106	105

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Donnerstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Gut behauptet ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Niedriger in den ersten beiden und höher in den darauffolgenden Sichten, wurde Kaffee bewertet. Etwas fester notierte Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	19. 7.	18. 7.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	338,50	338,00
Sept.	345,50	345,00
Dez.	361,50	360,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)	19. 7.	18. 7.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	244,58	244,04
Amber Durum	245,14	245,14
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	133,40	130,50
Okt.	139,00	136,00
Dez.	144,00	141,30
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	126,50	124,50
Okt.	123,50	123,50
Dez.	122,00	121,80
Hafer Chicago (c/bush)	19. 7.	18. 7.
Juli	184,50	181,25
Sept.	177,00	176,25
Dez.	178,50	179,50
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	352,75	355,00
Sept.	311,50	312,50
Dez.	290,50	289,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	19. 7.	18. 7.
Juli	132,50	132,00
Okt.	132,00	129,90
Dez.	133,80	131,30

Genußmittel

	19. 7.	18. 7.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Juli	144,25	145,00
Sept.	140,70	141,00
Dez.	137,70	137,50
Kakao New York ($/t)	19. 7.	18. 7.
Terminkontr. Juli	2145	2139
Sept.	2105	2091
Dez.	2103	2093
Umsatz	2071	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,42	4,47
Okt.	4,64	4,68
Jan.	5,12	5,13
März	5,75	5,73
Mai	6,03	5,99
Umsatz	6450	10375
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4,32	4,41
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt Juli	2195–2197	2205–2215
Sept.	2206–2210	2222–2222
Nov.	2217–2220	2222–2225
Umsatz	2022	1646
Kakao London (£/t) Terminkontrakt Juli	1761–1770	1755–1765
Sept.	1755–1760	1755–1759
Dez.	1691–1691	1688–1639
Umsatz	2840	3038
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	125,40–125,60	122,20–122,60
Okt.	131,40–131,60	129,40–129,60
Dez.	139,80	138,00–138,80
Umsatz	2402	3388
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	19. 7.	18. 7.
schw. Sarawak spez.	352,50	352,50
weißer Sarawak	605,00	605,00
weißer Muntok	612,50	612,50

	19. 7.	18. 7.
Orangensaft New York (c/lb)		
Juli	169,90	169,90
Sept.	166,75	168,30
Nov.	166,40	165,25
Jan.	166,90	165,40
März	167,40	166,00
Umsatz	500	1350

Öle, Fette, Tierprodukte

	19. 7.	18. 7.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	56,00	56,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	28,25	28,25
Sojaöl Chicago (c/lb) Juli	31,90	30,85
Aug.	29,70	29,40
Sept.	28,30	28,05
Okt.	26,35	26,25
Dez.	24,40	24,50
Jan.	24,25	24,40
März	24,35	24,30
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	35,00	35,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	26,25	26,25
Choice white hog 4% fr. F	19,75	19,75
Talg New York (c/lb) top white	21,25	21,25
fancy	21,00	21,00
bleichfähig	19,25	19,25
yellow max. 10% fr. F	16,50	16,50
Schweine Chicago (c/lb) Juli	55,35	55,05
Aug.	54,00	53,60
Okt.	51,00	50,60
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Juli	55,85	53,60
Aug.	54,50	52,30
Febr.	69,50	68,10

	19. 7.	18. 7.
Häute Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	67,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	58,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Juli	700,00	704,00
Aug.	690,00	698,00
Sept.	659,00	667,00
Nov.	641,00	640,00
Jan.	650,00	656,00
März	664,00	667,00
Mai	674,50	677,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Juli	168,50	170,00
Aug.	169,00	170,00
Sept.	170,50	171,50
Okt.	169,00	169,50
Dez.	172,20	172,90
Jan.	174,70	174,00
März	177,00	177,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	19. 7.	18. 7.
Juli	353,50	343,50
Okt.	362,50	354,00
Dez.	367,00	362,00
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	65,50	52,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	1045,00	1050,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	565,00	560,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	595,00	602,50
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	242,00	235,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1550,00	1550,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	268,00	269,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	19. 7.	18. 7.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	68,65	69,30
Dez.	68,70	69,20
März	70,80	71,15
Mai	71,75	72,15
Juli	72,80	73,00
Okt.	72,20	72,55
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	46,75	47,00
Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	19. 7.	18. 7.
Aug.	475–478	485–490
Okt.	490–492	499–495
Dez.	492–495	497–498
Umsatz	204	401
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	19. 7.	18. 7.
Okt.	51,60	51,60
Dez.	51,40	51,40
März	53,00	53,00
Mai	53,20	53,20
Umsatz	1	5
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	19. 7.	18. 7.
Juli	555,0–557,0	555,0–560,0
Okt.	574,0–575,0	570,0–571,0
Dez.	585,5–586,0	574,5–575,0
Umsatz	31	47
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	19. 7.	18. 7.
Juli	13 415	13 415
Aug.	13 410	13 395
Kautschuk London (p/kg)	19. 7.	18. 7.
Nr. 1 RSS loco	70,00–72,00	71,50–73,00
Aug.	70,50–72,00	71,50–72,40
Sept.	70,50–72,00	71,50–73,00
Okt.	70,50–72,00	72,00–72,80
Tendenz: leichter		

	19. 7.	18. 7.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Aug.	208,00–209,00	210,50–211,50
Sept.	214,00–215,00	217,00–217,50
Nr. 2 RSS Aug.	202,00–203,00	204,00–205,00
Nr. 3 RSS Aug.	198,50–199,50	200,50–201,50
Nr. 4 RSS Aug.	191,50–192,50	193,50–194,50
Tendenz: leichter		
Jute London (£/lgt)	19. 7.	18. 7.
BWC	590,00	516,00
BWD	515,00	505,00
BTC	590,00	516,00
BTD	515,00	505,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	19. 7.	18. 7.
Blei: Basis London laufend. Monat	142,66–142,85	144,80–145,17
drittfolg. Monat	140,39–140,58	143,29–143,48
Zink: Basis London laufend. Monat	251,54–251,73	250,86–251,05
drittfolg. Monat	250,40–250,59	250,86–251,05
Produz.-Preis	283,28	282,69
Reinzinn 99,9%	3902–3941	3896–3935

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	19. 7.	18. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	389,10–390,99	387,94–389,82
Blei in Kabeln	150,50–152,50	152,50–154,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	19. 7.	18. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	381–384	380–382
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	425–428	425–428
MS 63	411–417	411–416

Zinn-Preis Penang

	19. 7.	18. 7.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	19. 7.	18. 7.
Leg. 225	413–430	413–430
Leg. 226	415–432	415–432
Leg. 231	445–452	445–452
Leg. 233	455–472	455–472

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	19. 7.	18. 7.
Platin (DM je g)	34,708	33,658
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	32 750	32 300
Rücknahmepr.	32 000	31 550
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	33 040	32 420
Rücknahmepr.	32 200	31 540
verarbeitet	34 650	34 040
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 375	31 860
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	713,40	699,20
Rücknahmepr.	692,40	678,50
verarbeitet	744,80	729,90

Internationale Edelmetalle

	19. 7.	18. 7.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	352,35	346,25
15.00	350,20	345,75
Zürich mittags	351,25–352,00	346,50–347,00
Paris (Fr/1-kg-Barren) mittags	98 800	98 000
Silber (p/Feinunze) London Kasse	573,85	564,95
3 Monate	590,65	581,45
6 Monate	608,05	598,45
12 Monate	640,05	630,75
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	260,00	259,25
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	106,20	104,60

New Yorker Preise	19. 7.	18. 7.
Gold H & H Ankauf	350,20	345,75
Silber H & H Ankauf	762,50	741,50
Platin fr. Händlerpr.	342,00–345,00	340,00–344,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	140,50–141,50	138,50–139,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Juli	744,70	762,00
Aug.	747,50	762,50
Sept.	753,00	766,50
Dez.	772,00	792,00
Jan.	786,70	801,50
März	804,00	817,90
Mai	820,70	835,40
Umsatz	30 000	27 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	19. 7.	18. 7.
Juli	59,80	59,60
Aug.	60,35	60,30
Sept.	62,10	62,00
Dez.	62,75	62,70
Jan.	63,90	63,85
März	65,20	65,10
Mai	66,50	66,35
Umsatz	6500	8000

Londoner Metallbörse

	19. 7.	18. 7.
Aluminium (£/t) Kasse	871,50–872,50	870,00–870,50
3 Monate	896,50–897,00	895,00–895,50
Blei (£/t) Kasse	376,00–377,00	384,50–385,50
3 Monate	371,00–372,00	378,50–379,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1018,0–1019,0	1019,0–1019,5
3 Monate	1037,0–1037,5	1034,5–1035,0
abends Kasse	1024,0–1025,0	1026,5–1027,5
3 Monate	1040,5–1041,0	1042,5–1043,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1026,0–1028,0	1033,0–1038,0
3 Monate	1043,0–1045,0	1047,0–1052,0
Zink (£/t) Kasse	669,00–670,00	670,50–671,00
3 Monate	666,00–667,00	671,00–671,50
Zinn (£/t) Kasse	9365–9375	9455–9465
3 Monate	9310–9311	9380–9385
Quecksilber ($/Fl.)	295–305	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	77–79	82–83

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Haering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

FORMEL 1 / Tyrrell-Team von der WM ausgeschlossen, Bellof fährt dennoch nach Brands Hatch

„Mal sehen, ob uns ein Bobby von der Piste holt“

Die zusätzlichen Treibsätze

Die Spatzen pfiffen es von den Boxendächern: Irgend etwas stimmt nicht mit dem Tyrrell-Team (siehe WELT vom 17. Juli). Auch Wohlgesonnenen fiel es schwer, vergnügt zu bleiben, wenn der Engländer Martin Brundle und der Gießener Stefan Bellof mit rund 200 PS schwächeren Autos den Turbo-Fahrzeugen in der Formel 1 um die Ohren fuhren. Nun ist der internationale Verband Ken Tyrrell auf die Spur gekommen und hat das gesamte Team gesperrt.

Stefan Bellof verweist auf die Neider, die man dann habe, wenn man in der Formel 1 besonders schnell zur Sache gehe. Sein Fazit: „Ich werde weiterhin schnell fahren, auch wenn die anderen vor Neid platzen.“ Kein Zweifel, er kann das. Auch ohne Mogelei. Doch die im Handumdrehen erfolgte Beschleunigung seiner Karriere von null auf hundert geschah eben nicht nur mit Hilfe des eigenen Adrenalinausstoßes. Da gab es zusätzliche Treibsätze.

Die FISA hat das in einem 127 Zentimeter langen Fernschreiben festgestellt. Als ob es nur die Gewichtsmanipulation gewesen wäre! Da gibt es den viel ernster zu nehmenden Vorwurf, das verwendete Benzin habe nicht den Regeln entsprochen.

Sicher, irgendwie mußten die Tyrrell-Leute den Turbo-Vorsprung schließlich wettmachen. Aber dann behaupte niemand. Brundle und Bellof hätten nicht gewußt, was mit ihren Autos geschieht. Die beiden haben schließlich getestet, sind im Training gefahren und haben in sorgfältiger Zusammenarbeit mit Mechanikern und Teamleitung diese Wagen auf das sorgfältigste abgestimmt. Was, bitte, haben Brundle und Bellof abgestimmt? Phantomfahrzeuge, die sie gar nicht kannten?

Das etwaige Hinausreden auf Fahrlässigkeit oder gar Übertölpeln durch die Teamleitung kann nicht akzeptiert werden. Es wurde manipuliert. Vorsätzlich und nach sorgfältiger Überlegung. Betrogen wurden dabei nicht nur die Konkurrenten, sondern alle, die sich für diesen Sport begeistern: Veranstalter, Sponsoren, Fans. Das ist der Tatbestand, der zum härtesten Urteil in der Grand-Prix-Geschichte führte, um das auch Stefan Bellof nicht herumkommen wird, der nächstes Jahr so gern beim Wunschteam aller Formel-1-Fahrer untergekommen wäre, nämlich bei Ferrari.

KLAUS BLUME

dpa/sid/DW. **Paris/Bonn**

Ist die erst Anfang dieses Jahres begonnene Formel-1-Karriere des 26jährigen Gießeners Stefan Bellof nach nur neun Grand-Prix-Rennen bereits zu Ende? Der Internationale Motorsportverband (FISA) hat den englischen Rennstall von Ken Tyrrell wegen eines Verstosses gegen das Reglement drakonisch bestraft (siehe unten stehende Urteilsverkündung) und von der weiteren Teilnahme an der Formel-1-Weltmeisterschaft 1984 ausgeschlossen.

Dieser Hinauswurf des Teams, das seit 1970 im Grand-Prix-Sport tätig ist und für das der Schotte Jackie Stewart zweimal die Weltmeisterschaft gewann (1971 und 1973), trifft neben dem Engländer Martin Brundle insbesondere Stefan Bellof, der damit in der Formel 1 praktisch vor dem Nichts steht.

Kernpunkt der FISA-Anklage gegen Tyrrell: Im Wassertank des Rennwagens von Bellofs Partner Martin Brundle waren nach dem Rennen in Detroit (Brundle wurde Zweiter) Bleikügelchen gefunden worden. Die FISA geht offensichtlich davon aus, daß diese Kügelchen erst während des Rennens bei einem Boxenstopp nachgefüllt wurden, um den Wagen auf das vorgeschriebene Mindestgewicht von 540 Kilogramm zu bringen, die Wagen während des Rennens jedoch erheblich leichter waren.

Diese Spekulationen kursierten schon länger. Die beiden Tyrrell-Ford sind als einzige des kompletten Grand-Prix-Starterfeldes mit dem herkömmlichen, 540 PS starken Saugmotoren ausgerüstet, während sämtliche Konkurrenten mit mindestens 700 PS starken Turbomotoren fahren. Dennoch schaffte Bellof einen dritten, einen fünften und einen sechsten Platz, Brundle war vor seinem zweiten Rang in Detroit einmal Fünfter geworden. Wenn die Wagen ein Rennen durchstanden, kamen sie immer kurz vor dem Ziel an die Boxen, wo ihnen Wasser – und möglicherweise die umstrittenen Bleikügelchen – eingefüllt wurden, um bei der Schlußabnahme das erforderliche Mindestgewicht zu bringen.

Stefan Bellof reiste gestern dennoch nach England. Ken Tyrrell hatte ihn angerufen und gesagt: „Setz' dich ins Flugzeug und komm', wie abgesprochen, rüber.“ Tyrrell beabsichtigt, ungeachtet des FISA-Urteils von Paris, in Brands Hatch anzutreten. Stefan Bellof zur WELT: „Ich habe von dem Urteil aus der Zeitung erfahren. Berührt hat mich das überhaupt nicht. Ich gehe davon aus, daß wir alles richtig gemacht haben und deshalb weiterfahren. Deshalb werde ich mich heute in Brands Hatch auch ins Cockpit meines Tyrrells setzen und mit dem Training beginnen. Mein Chef, Ken Tyrrell, hat mir am Telefon gesagt: Das Urteil und die Urteilsbegründung stimmen so nicht. Es hat alles seine Ordnung. Nur das allein ist für mich maßgebend.“ Etwas mulmig ist Bellof freilich dennoch vor dem Einsatz in England: „Mal sehen, ob wir fahren können, mal sehen, ob uns ein englischer Bobby von der Piste vertreibt. Welche Rechtsmittel wir ausschöpfen werden, ist noch nicht endgültig besprochen.“

Gegen das Urteil kann zwar Berufung eingelegt werden, doch nach FISA-Recht ändert eine Berufung nichts am Urteil. Ken Tyrrells Anwälte werden dennoch klären, ob dies nicht doch Erfolg haben kann. Ansonsten, so überlegt man bei Tyrrell, wäre noch der Weg über die ordentlichen Gerichte in London und Paris möglich. Ken Tyrrell sagte in einer ersten Stellungnahme: „Das ist doch die Karrikatur eines Urteils. Auf alle Fälle werden wir im eigenen Land an den Start gehen.“ Tyrrell zur WELT: „Ich möchte auf alle Fälle folgendes feststellen: Wir werden die Entscheidung von Paris auf keinen Fall hinnehmen. Wir werden uns wehren.“

Fest steht: Eine solche schwerwiegende Bestrafung wegen Veränderung des Wagengewichts hat es zuvor noch nie in der 34jährigen Geschichte des Formel-1-Championats gegeben. Noch niemals zuvor wurden entsprechende Verstöße so streng bestraft. In den beiden letzten Jahren wurden, unter anderem auch Nelson Piquet, Niki Lauda und Manfred Winkelhock zwar disqualifiziert und verloren ihre Placierungen und WM-Punkte, eine derartige Maßnahme, wie sie jetzt gegen einen gesamten Rennstall ausgesprochen wurde, aber ist neu.

Alle Urteile: Belgier Jacky Ickx muß seine Lizenz als Rennleiter abgeben

sid, **Paris**

Der Ausschluß des englischen Teams Tyrrell, für das auch der Gießener Stefan Bellof fährt, war der schwerwiegendste Beschluß des Exekutivkomitees des Automobilverbandes FISA auf seiner Sitzung in Paris. Das sind die Entscheidungen:

● Das Formel-1-Team Tyrrell wird von der Weltmeisterschaft 1984 ausgeschlossen. Die bisher von Stefan Bellof (Gießen) und Martin Brundle (England) gesammelten fünf beziehungsweise acht Weltmeisterschafts-Punkte werden aberkannt und nicht neu verteilt. Die Entscheidung ist sofort wirksam, also noch vor dem englischen Grand Prix am Sonntag in Brands Hatch.

● Der Belgier Jacky Ickx wird in seiner Funktion als Rennleiter des Grand Prix 1984 in Monte Carlo mit einer Geldstrafe von 6000 Dollar belegt, weil er beim Abbruch des Rennens nicht, wie vorgeschrieben, die Sportkommissare befragt hat. Seine Lizenz als Rennleiter wird bis Ende des Jahres eingezogen.

● Der englische Lotus-Rennfahrer Nigel Mansell wird ebenfalls mit 6000 Dollar Geldstrafe belegt, weil er beim Start zum Grand Prix in Detroit eine Karambolage verursacht hatte und dieser Unfall einen neuen Start erforderlich machte. Außerdem wird seine Lizenz „auf Bewährung“ eingezogen. Sollte er noch einmal einen ähnlichen Unfall verursachen, verliert er die Lizenz endgültig.

● Die Veranstalter des Grand Prix in Dallas müssen eine Kaution von 200 000 Dollar hinterlegen, wenn ihr Rennen wieder endgültig auf dem Terminkalender 1985 eingetragen werden soll. Begründet wird dieses Urteil mit den zahlreichen Schäden am Streckenbelag, die erst in der Nacht vor dem Rennen ausgebessert wurden und die zur Absage des Aufwärm-Trainings am Vormittag vor dem Rennen geführt hatten.

● Formel-1-Fahrzeuge dürfen weiterhin pro Rennen 220 Liter an Bord haben. Nachtanken bleibt verboten. Die Reduzierung des Tankinhaltes auf 195 Liter wird aufgehoben. Die Regelung gilt bis 31. Dezember 1988.

● Die Formel-2-Europameisterschaft wird in ihrer bisherigen Form aufgehoben. Ab 1985 sollen zwölf Rennen gefahren werden, von denen vier im Rahmen eines Grand Prix stattfinden. Die Hubraum-Beschränkung der Motoren wird von zwei auf drei Liter erhöht. Turbomotoren sind verboten. Die Leistung wird auf 450 PS begrenzt. Mindestgewicht des Wagens: 540 kg. Damit können die in der Formel 1 nicht mehr konkurrenzfähigen Ford-Cosworth-Motoren in der Formel 2 eingesetzt werden. Ein Name für die neue Meisterschaft soll noch bekanntgegeben werden.

● Ab 1985 wird es keine Formel-3-Europameisterschaft mehr geben. Dadurch sollen die nationalen Meisterschaften aufgewertet werden. Am Ende des Jahres wird ein „FIA-Cup“ ausgefahren, an dem die besten acht jeder Meisterschaft teilnehmen.

● In der Langstrecken-Weltmeisterschaft wird der maximale Spritverbrauch der Fahrzeuge um 15 Prozent gesenkt. Das heißt, für etwa 160 Rennkilometer stehen nur noch 85 statt bisher 100 Liter Benzin zur Verfügung. Für ein 1000-km-Rennen ergibt das eine Reduzierung von 600 auf 510 Liter.

NACHRICHTEN

Dannebergs weiter Wurf

Dingolfing (sid) – In Dingolfing warf Rolf Danneberg (Wedel/Pinneberg) den Diskus 66,26 Meter weit. Die deutschen Stabhochspringer verpaßten ihre Chance auf eine Olympia-Nachnominierung. Hinter dem Polen Kozakiewicz (5,50 m) übersprangen Lohre, Volmer, Heinrich und Schmidt allesamt nur 5,30 m.

Chance für Harries

Düsseldorf (sid) – Axel Harries aus Furtwagen, der deutsche Meister über 800 m, hat als einziger deutscher Sportler noch eine Chance, für die Olympischen Spiele in Los Angeles nachnominiert zu werden. Das bestätigte das NOK für Deutschland.

Ohne Thomas Happe?

Steinbach (sid) – Thomas Happe (TuSEM Essen) bangt um seine Teilnahme am olympischen Handballturnier. Der 26jährige Abwehrspieler zog sich bei einem Testspiel einen Sehnen-Abriß im linken Schultergelenk zu. Bundestrainer Schobel: „Wenn er nicht fahren kann, wäre das eine Katastrophe.“

Eine Runde weiter

Bastad (sid) – Hans-Dieter Beutel (Hannover) hat bei den mit 75 000 Dollar dotierten internationalen schwedischen Tennismeisterschaften in Bastad die dritte Runde erreicht. Er bezwang den Argentinier Horatio de la Pena mit 0:6, 7:5, 6:2.

Tennissieg über Mexiko

Kempten (sid) – Die deutsche Mannschaft holte beim Galea-Cup der Tennisjunioren den 0:2-Rückstand gegen Mexiko noch auf und gewann mit 3:2. Deutschland spielt in der Zwischenrunde gegen die USA, deren Team Jugoslawien mit 3:1 bezwang.

Pole bat um Asyl

New York (sid) – Der Pole Edward Sliwinski, der an den Weltspielen der Behinderten in New York teilnahm, hat in den USA um politisches Asyl gebeten. Sliwinski, der eine Beinprothese trägt, hatte bei den Weltspielen den 100-m-Lauf gewonnen.

Kein Vertrag für Braun

Paris (dpa) – Der deutsche Radprofi Gregor Braun ist von seinem französischen Arbeitgeber La Redoute mit einer Geldstrafe von rund 4000 Mark bestraft worden, weil er zu einem Rennen ohne Fahrrad und Material erschienen ist. Teamchef Bernard Thévenet, der frühere Tour-Sieger, wird außerdem Brauns Vertrag für 1985 nicht verlängern.

Olympia-Start gefährdet

Freiburg (sid) – Dietmar Mögenburgs Olympiastart in Los Angeles ist gefährdet. Wegen Ischiasbeschwerden ist der Europameister im Hochsprung bei Professor Klümper in Freiburg in Behandlung. Gefährdet ist auch der Olympia-Start des 400-m-Europameisters Hartmut Weber, der an einer schweren Muskelverletzung leidet. Abgesagt für Los Angeles haben bisher die beiden Weltmeister Willi Wülbeck (800 m) und Patriz Ilg (3000 m Hindernis).

ZAHLEN

TENNIS

Federation-Cup der Damen in São Paulo: Deutschland – Schweden 2:1, Bulgarien – UdSSR 2:1, Jugoslawien – Israel 3:0, USA – Schweiz 2:1, CSSR – Griechenland 3:0, Italien – Österreich 2:1, Frankreich – Dänemark 3:0, Australien – Belgien 3:0. – **Weissenhof-Turnier**, erste Runde: Gilbert (USA) – Buehning (USA) 6:3, 6:4, Curren (Südafrika) – Denton (USA) 6:4, 6:2. – Zweite Runde: Gene Mayer (USA) – Davis (USA) 7:5, 7:6, Higueras (Spanien) – Casal (Spanien) 6:2, 1:6, 7:6, Leconte (Frankreich) – Barbosa (Brasilien) 6:1, 6:2.

RADSPORT

Tour de France, 19. Etappe: 1. Arroyo (Spanien) 6:16:25 Stunden, 2. Kelly (Irland), 3. Anderson (Australien), 4. Hinault (Frankreich), 5. Fignon (Frankreich), 6. Simon (Frankreich), 7. Muñoz (Spanien), 8. Lemond (USA) alle 1:14 Minuten, 18. Dietzen (Deutschland) 3:47 Minuten zurück. – **Gesamtwertung**: 1. Fignon 91:55:20, 2. Hinault 8:39, 3. Lemond 9:52, 4. Millar (Schottland) 10:16, 5. Simon 15:45, 6. Kelly 16:21, 7. Arroyo 16:58, 67. Dietzen 1:34:41 zurück.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: TuS Iserlohn – Bayer Leverkusen 1:9, MTV Gifhorn – Eintracht Braunschweig 0:1, SC Freiburg – 1.FC Kaiserslautern 4:1, Lurup Hamburg – Hamburger SV 0:8, FC Bad Ems – Bayern München 1:7, SG Kirchheim – Eintracht Frankfurt 2:5, FC Rastatt – Borussia Mönchengladbach 2:6, Schramberg-Sulgen – Bayer Uerdingen 1:10. – **Intertoto-Runde**: FC St. Gallen – Bohemians Prag 3.2.

GEWINNZAHLEN

Mittwochslotto: 1, 5, 11, 12, 15, 26, 29, Zusatzzahl: 22. – **Spiel 77**: 3 7 9 7 2 0 9. (ohne Gewähr)

GEWINNQUOTEN

Mittwochslotto: 1: 304 386,20 Mark, 2: 33 820,60, 3: 5 059,00, 4: 90,60, 5: 7,10 Mark. (ohne Gewähr)



TENNIS

Petra Keppeler: „Wut im Bauch“

sid, **São Paulo**

„Mit einer riesigen Portion Wut im Bauch“ brachte die 19 Jahre alte Augsburgerin Petra Keppeler das deutsche Tennis-Team der Damen ins Viertelfinale des Federationcups. Die Siebte der deutschen Rangliste besiegte gegen Schweden die Wimbledon-Viertelfinalistin Carina Karlsson 6:4, 3:6, 6:1 und gewann an der Seite von Sylvia Hanika im Doppel gegen Karlsson/Jexell 6:3, 6:4. Zuvor hatte Sylvia Hanika beim 4:6, 6:3, 2:6 gegen Catarina Lindqvist stark enttäuscht. Petra Keppeler war im ersten Spiel gegen China (3:0) nicht im Einzel eingesetzt worden. Sie hatte Interims-Coach Jürgen Faßbender gedroht: „Wenn ich wieder nicht spielen kann, nehme ich den nächsten Flieger nach Hause.“ Die deutsche Mannschaft, an Nummer drei gesetzt, trifft im Viertelfinale auf Australien (Anne Minter und Elizabeth Sayers), das Belgien klar mit 3:0 besiegte.

TOUR DE FRANCE

Italiener Tonon in Lebensgefahr

sid, **Annecy**

Der 29 Jahre alte Radprofi Carlo Tonon liegt im Koma. Der Italiener stieß während der 19. Etappe der Tour de France bei der Abfahrt vom 1713 Meter hohen Col de Joux-Plane mit einer Geschwindigkeit von 60 km/std mit einem Zuschauer zusammen, stürzte und zog sich einen Schädelbruch zu. Ein Sprecher des Krankenhauses von Annecy, in das Tonon gebracht wurde, sagte gestern, man müsse die nächsten 48 Stunden abwarten, ehe eine Prognose darüber gestellt werden könne, ob der Italiener seine schweren Kopfverletzungen überleben könne. Der Zuschauer, ein Mann aus der Schweiz, mit dem Tonon zusammenprallte, war den Berg trotz aller Absperrungen mit einem Fahrrad in entgegengesetzter Richtung hinaufgefahren. Er wurde ebenfalls verletzt, über seinen Gesundheitszustand ist bisher noch nichts bekannt.

FUSSBALL

„Derwall ist ein teurer Fehlgriff“

SAD, **Istanbul**

Der ehemalige Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall wird in der Türkei mit Lob, aber auch mit Kritik überschüttet. Eine Meinungsumfrage der auflagenstärksten Zeitung „Hürriyet“ unter ihren Lesern ergab: 83 Prozent befürworten die Verpflichtung Derwalls. Die Zeitung zitiert einen Leser: „Er ist einer der bekanntesten und fähigsten Trainer der Welt. Wir müssen froh sein, ihn zu haben.“ Aber auch zu diesem Preis? Die Zeitung „Günaydin“ kommentierte den angeblichen Jahresverdienst von 400 000 Mark (netto) so: „Eine Sensation. Selbst die besten türkischen Industriemanager verdienen nie mehr als 100 000 Mark im Jahr.“ Die Zeitung „Cumhuriyet“ hält Derwall für „zweite Wahl und eine Verlegenheitslösung“. Der ehemalige Nationaltorwart Turgay, ein türkisches Fußball-Idol, sagt kurz und knapp: „Ein teurer Fehlgriff.“

Als Los Angeles erfuhr, was Hockey ist

Die 23. Olympischen Sommerspiele in Los Angeles werden einen neuen Zuschauerrekord bringen. Von den frei verkäuflichen 5,3 Millionen Eintrittskarten sind eine Woche vor Beginn der Spiele 90 Prozent abgesetzt. „Wir haben mehr Karten als je zuvor bei Olympischen Spielen verkauft“, sagt Peter Ueberroth, der Präsident des Organisationskomitees (LAOOC).

Nur kleine Restposten von Qualifikations-Wettbewerben und größere Kontingente für die Fußball-Vorrundenspiele sind zu haben. Bei einem Durchschnittspreis von 47,60 Mark (18 Dollar) pro Karte liegen die Einnahmen durch den Ticketverkauf bereits bei über 220 Millionen Mark. Wenn das erstmals privat geführte Organisationskomitee nach Ende der Spiele einen Kassensturz macht, können sogar 25 Millionen Mark auf der Habenseite stehen.

Eröffnungs- und Schlußfeier sowie die Final-Wettkämpfe in allen Sportarten sind seit langem ausverkauft. Umgerechnet 665 Mark waren für die Luxuskategorie der Eröffnungszeremonie zu bezahlen, auf dem Schwarzmarkt wird die Karte inzwischen für über 3000 Mark gehandelt. „Mehr als die Hälfte waren für weniger als zehn Dollar zu haben“, meint Olympia-Manager Harry L. Usher. Die billigsten Karten waren beim Hockey (8,40 Mark) und beim Bogenschießen (14 Mark) zu erstehen, für ein Vormittagsprogramm bei den Schwimm-Vorläufen aber mußten schon 42 bis 98 Mark angelegt werden.

Die 13 500 Plätze im Schwimm-Stadion werden dennoch bei jeder Veranstaltung ausverkauft sein. Das Gleiche trifft für Turnen (12 713 Plätze/Preise beim Finale bis 266 Mark), Judo (4140), Bahnradfahren (8000), Kunstspringen und Synchron-Schwimmen und den Demonstrations-Wettbewerb Tennis (10 000) zu. Sichtbare Lücken wird es nur beim Handball (4000/Finale 17 000), eine in Südkalifornien völlig unbekannte Sportart, und beim Hockey (22 000) geben. Für das Feldhockeyspiel gingen die Karten lange unerwartet gut weg. Dann aber hatten Lokaljournalisten herausgefunden, daß es sich dabei gar nicht um das in den USA sehr populäre Eishockey (Hockey genannt), sondern um Feldhockey handelte.



Noch acht Tage bis zu den Olympischen Spielen. 90 Prozent der 5,3 Millionen Eintrittskarten sind verkauft, ein finanzieller Erfolg.

Andere Wettbewerbe, insgesamt gibt es bei Olympia in den 25 Sportarten 370 Veranstaltungen, fanden für europäische Verhältnisse überraschend guten Anklang. Bogenschießen wird an allen acht Wettkampf-Abschnitten vor vollen Tribünen (4000) stattfinden. Die Sportart ist in den USA beliebt, dazu stellen die Gastgeber bei Damen und Herren die Favoriten. Aber auch Judo, bei Olympia 1976 in Kanada noch unverständig als „Gezerre an Pyjamas“ bezeichnet, fand reißenden Absatz. „Viele Leute haben gemerkt, daß es etwas Neues und dazu Weltklasseathleten zu sehen gibt“, sagt Pete Siracuse, der im LAOOC für den Radsport zuständige Kommissar. Im Postvertriebssystem des LAOOC hagelte es Anfragen für Rad-Tickets, nachdem die Testwettbewerbe auf der neu gebauten Bahn im Fernsehen gezeigt worden waren.

Anders als andere Olympia-Organisatoren verwehrten die Amerikaner auch hochstehenden Sportfunktionären, Politikern und deren Angehörigen den freien Zutritt. So wird US-Präsident Ronald Reagan zwar übernächsten Samstag die Eröffnungsworte sprechen, seine Familie aber hat die Spitzenpreise für die Tribüne zu bezahlen. Aus organisatorischen Gründen werden aber einige Veranstaltungen sogar frei zu sehen sein. Zum Straßenradfahren und zum Marathon werden mehrere hunderttausend Zuschauer erwartet.

Glück aus Rosenholz

P. Jo. – „Kofferträger" war früher nicht gerade eine lobende Bezeichnung. Denn die Männer, die auf Bahnhöfen und an den Dampferanlegestellen den feinen Herrschaften die *Gepäcklast abnahmen*, gehörten gewiß nicht zu den höheren Ständen. Heute ist das anders. Heute ist der Koffer, jedenfalls wenn es sich um einen Aktenkoffer handelt, ein „Statussymbol". Das versichert uns jedenfalls eine einschlägige Pressemitteilung, die „Ehemänner, Karriere-Frauen, Kolleginnen und Chefs" anspricht.

„Der Aktenkoffer ist heute", werden wir belehrt, „mehr als nur ein Gebrauchsgegenstand, er ist zum absoluten Imageträger geworden." Natürlich nicht jeder. Wer sich mit Kunststoffhartschalen begnügt, muß sich nicht wundern, wenn er auf dem Flughafen erst dreimal nach dem Falschen greift, ehe er den eigenen in der Hand hält – falls den nicht schon ein Fremder versehentlich für den eigenen gehalten hat.

Auch der durchsichtige Plastikkoffer, der seinen Inhalt jedermann preisgibt, verspricht wegen seiner Indiskretion nicht den rechten Prestigegewinn. Und die Blechkoffer, die mit Understatement des scheinbar billig Primitiven hausieren gingen, fanden inzwischen so viele Anhänger, daß mit ihnen kaum noch aufzufallen ist. Schließlich ist auch der althergebrachte Stoff- oder Lederkoffer nicht mehr ganz das Richtige. Stoff und Leder signalisieren zwar „große Reise", aber nicht unbedingt *einen höheren Status.*

Deshalb hat jemand tief nachgedacht. Und nun kann er verkünden: „Mit Holz sind Geschäftsleute keineswegs auf dem Holzweg. Handfester Beweis dafür ist ein Diplomatenkoffer aus Rosenholz – dem edelsten aller Hölzer." Jedes Stück sei zwar eine Einzelanfertigung, aber trotzdem könne man es schon für 449 Mark erwerben.

Trotzdem bleiben Zweifel. Wer schützt mich, wenn ich mich zum Kauf entschließe, davor, daß derselbe Gedanke *meinem* bösen Nachbarn nicht auch kommt? Was wird dann aus meinem Image? Deshalb werde ich den Kauf aufschieben, bis sich die Firma an den Usancen der bildenden Kunst orientiert und den Koffer nur noch in einer limitierten und signierten Auflagen mit Seltenheitsgarantie anbietet. Wenn schon Brett vorm Kopf, dann doch bitte aus Rosenholz.

Sensationeller archäologischer Fund auf Samos: Die Kolossalfigur des Heraion

Zuletzt erschien der Kopf

Das gegenwärtig starke Interesse an archäologischen Fragen hat – wie viele andere Zeitströmungen – durchaus etwas Nostalgisches. Hier glaubt man noch an Wunder, an wissenschaftliche Sensationen. Aber tatsächlich sind sie äußerst selten. Selbst bedeutende Funde schließen in den meisten Fällen höchstens eine Lücke im bereits bekannten Bild. Die Nachricht, daß jetzt auf der Insel Samos der „Kopf der Kolossalfigur" gefunden wurde, ist eine solche Sensation.

Das Deutsche Archäologische Institut Athen hat auf griechischem Boden vier große Grabungen, sämtlich schon vor dem Ersten Weltkrieg, begonnen: Olympia, Tiryns, den Kerameikos von Athen und das Heraheiligtum auf Samos, kurz „das Heraion" genannt. Trotz der langen Grabungszeiten kennt man die Ausmaße vom Heraion bis heute nicht; das liegt vor allem an dem Umstand, daß man eben nur dort graben darf, wo die Grundstücke käuflich erworben sind. Für die Wissenschaftler wäre besonders wichtig, das Propylon zu kennen, das Eingangstor, durch das am Jahresfest der Hera der Festzug – auf der Heiligen Straße von der Stadt Samos kommend – ins Heiligtum einzog. Eine Strecke der Heiligen Straße ist im Osten des Heraion schon seit Jahren freigelegt, höchst eindrucksvoll mit großen Blöcken gepflastert und vorzüglich erhalten.

1979 kaufte man ein weiteres Grundstück hinzu und begann im Sommer 1980 dort zu graben. Das Propylon fand man jedoch nicht, wohl aber in ganz geringer Tiefe neben der Pflasterung einen riesigen Stein, der sich nach sorgfältiger Reinigung als eine auf der Vorderseite liegende Jünglingsfigur enormer Größe erwies. Die Bergung, der Transport in den Hof des Grabungshauses und die Drehung der viele Tonnen schweren Figur, so daß sie auf den Rücken zu liegen kam, erwies sich als dermaßen schwierig, daß man nur mit größter Bewunderung an die Künstler des 6. vorchristlichen Jahrhunderts denken konnte, die das alles mit einfachen technischen Mitteln zuwege gebracht hatten.

Einen Sommer lang lag der Jüngling, der „Kouros", im Freien unter der samischen Sonne, wundervoll modelliert und vorzüglich erhalten, obwohl die Witterungslinien auf seinen Schultern beweisen, daß er lange im Freien und eben auch im Regen gestanden haben muß, ehe er umstürzte. Im Fundzustand fehlten ihm die Beine, ein Arm und das Gesicht; das Haar, in schöne ornamentale Wellen gelegt, ist dagegen in voller Schärfe erhalten. In ganzer Größe muß er etwa 5½ Meter hoch gewesen sein und circa sechs Tonnen gewogen haben. Einen Sommer lang defilierten staunende Besucher an ihm entlang, betrachteten entzückt die schönen Fingernägel der rechten Hand, und medizinisch geschulte Leute fanden staunend jeden Muskel am richtigen Platz. Inzwischen durchsuchten archäologische Mitarbeiter die Regale des Grabungsmagazins, in denen seit langem einige Marmorbruchstücke ruhten als „Zeugnisse einst vorhandener Kolossalplastik", und siehe da: Alles konnte angefügt werden! Der rechte Unterschenkel mit Knie wurde bereits 1912 ausgegraben. Einige Haarfragmente entdeckte man 1954 in einer Hausruine am Strand; 1974 fand man den linken Unterarm, in zwei Teile gespalten und als Schwelle in ein byzantinisches Haus verbaut. Und den rechten Oberschenkel mit der Inschrift „His – ches Anetheken ho rhesious". „His – ches" heißt „hat es geweiht". Das dritte Wort könnte *eine Herkunftsbezeichnung oder der* Vatername sein. Diese Inschrift zieht das Werk aus seiner Anonymität und gibt ihm sogar einen Namen.

Seit dem Herbst 1980 hat der samische Jüngling dann eingelattet gelegen und auf seinen Transport in die Hafenstadt Samos gewartet. Dort wurde gerade ein Erweiterungsbau des alten Museums fertiggestellt – finanziert vom Volkswagenwerk und gebaut nach dem Plan des Berliner Architekten Düttmann. Mit einer Figur dieses Ausmaßes hatte jedoch niemand gerechnet. Deshalb mußte erst durch Tieferlegung des Bodens ein eigener Raum für sie geschaffen werden. Auf einem Tieflader des griechischen Militärs reiste sie dann endlich im Jahre 1982 die 22 Kilometer zu ihrem neuen Standort. Aber die statischen Berechnungen für die Sockelung und die Anfertigung nichtrostender Stahlstützen haben weitere zwei Jahre in Anspruch genommen. Pläne wurden gefaßt und wieder verworfen, und erst in diesem Jahr um die Osterzeit konnte das Meisterwerk aufgerichtet werden unter der Leitung des Münchner Restaurators Bertolin. Auch das hat wieder Wochen in Anspruch genommen. An einem mächtigen Stahlgerüst hängend wurde die Kolossalfigur austariert. Wenn man diese Schwierigkeiten sieht, fragt man sich, wie wohl die antiken Bildhauer gearbeitet haben mögen. Wahrscheinlich hat man eine solche Figur in grober Ausarbeitung, in der sie noch verhältnismäßig widerstandsfähig war, am Standort aufgerichtet und dann erst vollendet.

So wie der Kouros jetzt aufrecht steht, ist der Museumsraum für ihn wie ein bedrückender Käfig. Ein solches Werk war für Freiheit und Weite geschaffen, das Haupt hoch erhoben in den samischen Wind. Doch ändert das nichts an seiner Schönheit und absoluten Vollkommenheit, wenn auch jeden Betrachter das Fehlen des Gesichts mit Bedauern erfüllt hat. Und nun ist auch dies Gesicht gleich zu Beginn der diesjährigen Grabungskampagne in nur zehn Zentimeter Tiefe gefunden worden, und niemand kann glücklicher sein als der Ausgräber und Grabungsleiter Helmut Kyrieleis. Meister Bertolin wird wieder kommen müssen, um das Werk zu vollenden.

Doch worin liegt nun die Sensation? Der samische Neufund ist zur Zeit die größte erhaltene Figur aus dem griechischen Altertum, also etwas ganz Einzigartiges. Bisher gab es nur das Rumpf-Fragment eines Kolosses auf Delos sowie auf Naxos und *Thasos unvollendete Stücke*, an denen die Künstler offenbar gescheitert waren. Und der prachtvoll erhaltene Sunin-Kouros im Athener Nationalmuseum ist um vieles kleiner. Übrigens weisen zwei Beine und eine Hand desselben Formats – seit langem im Museum der Stadt Samos ausgestellt – noch auf einen zweiten Kouros hin. Es ist denkbar, daß die beiden Riesen-Figuren zusammengehört haben oder zumindest ganz nah beieinander neben der Heiligen Straße aufgestellt gewesen sind.

Denkt man in diesem Zusammenhang an Werke ägyptischer Großplastik, so ist in Samos neben der künstlerischen Qualität vor allem die technische Meisterschaft zu bewundern, denn der Kouros ist ja nicht im Block steckend gearbeitet, sondern in Schrittstellung und ohne jede äußere Stütze. Sein gesamtes Gewicht ruht nur auf den verhältnismäßig schmalen Fesseln, ein Wunderwerk an Präzision.

Die Frage, was diese Votiv-Bilder bedeutet haben, läßt sich nicht so einfach beantworten. Denn daß es keine Götterbilder waren, sondern Weihgaben, beweist *die Aufstellung* in ziemlicher Entfernung vom Tempel. Vermutlich dienten sie als Geschenke an die Göttin Hera, als Dank für den glücklichen Ausgang einer Unternehmung oder als Bitte um Beistand. Und sicher traf die griechische Bäuerin das Richtige, als sie beim Anblick des großen Kouros ausrief: „Mein Gott, was muß der Stifter für ein reicher Mann gewesen sein!"

EVA JANTZEN



Stripperinnen gehen auch mal die Straßenlaternen hoch: Marine Jahan in Walter Hills Film „Straßen in Flammen" FOTO: UIP

Walter Hills Stadtwestern „Straßen in Flammen"

Heute Nacht oder nie

Jugend strömt in den Rockpalast, in dem Ellen Aim (Diane Lane), die berühmte, *schöne Sängerin*, mit ihrer Band ein Konzert gibt. Das Publikum klatscht und jubelt, aber nur zwei Songs lang. Denn da nähert sich durch Nacht und Regen mit heulenden Motoren ein schwarz-ledernes Motorradfahrerheer, die Gang der „Bombers". Sie dringt in den Saal ein und entführt Ellen Aim von der offenen Bühne – nicht zum Zweck der Lösegelderpressung oder so, bloß mal auf vierzehn Tage, zum – möglicherweise beiderseitigen – Vergnügen, meint Raven, der Bomberchef.

Die Kneipenwirtin und Ellen-Aim-Bewunderin Reva telegrafiert ihren Bruder Tom zu Hilfe, der früher mit Ellen befreundet war. Er kommt: ein einsamer Tapferer, Wortkarger, Starker, im bürgerlichen Leben nicht sonderlich Verwurzelter, der, wie ein Polizist erzählt, „schon immer ein gro*ßer Arsch" gewesen ist. Er* ohrfeigt schnell ein paar Jungrocker aus der schwesterlichen Wirtschaft und läßt sich von Ellens Manager und derzeitigem Freund, Billy Fish, anheuern, die Sängerin zu befreien.

In einer Bar liest er ein mutiges *Schmuddelmädchen auf, die* vornamenlose Exsoldatin McCoy, fährt mit ihr und Billy Fish gewehrbewaffnet in den Battery District zum Hauptquartier der Bombers, schießt deren Motorräder zusammen, bis die „Straßen in Flammen" stehen, rettet, von McCoy schlagkräftig unterstützt, die an ein Bett gefesselte Ellen und bringt sie mit seiner Crew im Bus einer Negersängergruppe (die hinterher bei Fish auftreten darf) in Sicherheit, schläft noch einmal mit ihr, hat noch ein Duell mit schweren Hämmern gegen den Anführer der Bom*bers zu bestehen, siegt, verzichtet auf* den ausgemachten Lohn und auch auf Ellens Liebe und verschwindet wieder. In einem gestohlenen Auto zieht er mit McCoy neuen Gefahren und Großtaten entgegen.

Walter Hill (vom dem die „Warriors" sind und „Nur 48 Stunden") hat den Film im temporeichen, umweglos gradlinigen, leichtfaßlichen Actionstil gedreht und einen punkig bunten, fein fotografierten, spannenden Stadtwestern gemacht, gemischt aus flapsiger Lässigkeit, brutalen Schlägereien, fotogenen Feuersbrünsten in malerisch nebeliger Regennacht, aus Rockmusik, neonbeleuchteten Slumkulissen, unterkühlter Zärtlichkeit, Auto-, Motorrad- und U-Bahn-Fahrten, Bösewichtigkeit und Heldentum und gekrönt vom ersehnten Sieg des Guten.

Strahlende Comic-Strip-Helden und -Heldinnen agieren – am herrlichsten ist Amy Madigan als McCoy, die struwwelige, cool verwahrloste, unerschrockene Schlägerin mit der Pistole in der Bluse – und dann der gebügelt schnoddrige, stets geschäftige Billy Fish (Rick Moranis). Michael Paré spielt den lonesome Cowboy, den Supermann mit dem sentimentalen Herzen, Willem Dafoe den physiognomisch an Dracula geschulten Bomberchef.

Der Filmverleih empfiehlt den Kinos die Werbezeile „Heute nacht wird sich zeigen, was es heißt, jung zu sein." Das hat zwar wenig Bezug zum Film, immerhin aber heißt der Rocksong, den die gerettete Ellen singt, so ähnlich.

LUDWIG MERKLE

Mit dem Alter wächst der Charme: Film- und Bühnenstar Rex Harrison FOTO: DPA

London: Zwei große Altstars auf dem Boulevard

Lustige Witwe mit Lord

Was für ein Sommer, was für saure Gurken. Selbst die kommerziellen Londoner Bühnen kommen gegen *das große Gähnen nicht an. Die* meisten von ihnen haben sich daher offenbar entschlossen, lieber aus Eigenem dazu beizutragen, aus dem Fundus. Man bietet verstaubtes Altmaterial an und hofft, irgend jemand könnte darin wertvolle Antiquitäten *entdecken.*

Die letzte Trouvaille dieser Art ist Frederic Lonsdales biedere Komödie „Aren't we all?" – will sagen, sind wir nicht all' ein bißchen behämmert, steigen im reifen Alter kleinen Mädchen nach und machen uns auch sonst auf mancherlei Weise lächerlich, jedoch mit charmant-weisem Augenzwinkern, versteht sich? Die Inszenierung ist mäßig, das Stück wirklich kaum noch zu benutzen – aber die Besetzung ist ausgesprochen teuer und hochkarätig: in den Hauptrollen als aufreibend lustige Witwe die wackere, wenn auch betagte Claudette Colbert, als charmuzierender Lord der nun wahrhaft alte Schäker *Rex Harrison.*

Harrisons Zeiteinteilung dessen, was er zu sprechen hat, ist immer noch vorbildlich. Miß Colberts kaum gebremster Charme macht mancherlei wieder gut, was man besser übersieht. Mit großem Staunen stellt der *Zuschauer fest, daß bisweilen fast so* etwas aufkommt wie Unterhaltlichkeit, und gar Grazie. Jedoch, es geht bald vorüber.

Man sollte meinen, die Londoner Kritik würde über diese Darbietung herfallen wie ein Rudel besonders *hungriger Wölfe. Nichts davon. Man* übt sich in böser Höflichkeit. Jeder mäkelt ein klein wenig, und jeder über was anderes. Das ist gut und recht, so hoch im Sommer: da bedankt auf diese Art sich ein jeder für vergangene Kino-Träume.

CHRISTIAN FERBER



Graziös wie in ihren größten Hollywood-Filmen: Claudette Colbert FOTO: DPA

Pforzheim zeigt „*Eisen, Gold und Bunte Steine*"

Patriotischer Schmuck

Am Anfang war das Buch. Das ist beim Film gar nichts Ungewöhn*liches. Aber bei Kunstausstellungen* war es bisher eher umgekehrt. Doch das muß nicht sein, wie jetzt das Schmuckmuseum Pforzheim mit „Eisen, Gold und Bunte Steine" beweist.

Die Idee stammt von Brigitte Marquardt, die zuerst ihre Dissertation über den bürgerlichen Schmuck aus der Zeit des Klassizismus und Biedermeier in Deutschland, Österreich und der Schweiz schrieb, dann ein Buch folgen ließ (s. WELT-Kunstmarkt v. 26.5.) und nun, sozusagen die Anschaulichkeit nachreichend, die Ausstellung arrangierte.

Dabei kam ihr *zustatten*, daß der bürgerliche Schmuck, der zwischen 1780 und 1850 gefertigt wurde, in den Museen eher ein Randdasein führt, weil die wissenschaftliche Aufarbeitung noch in den Anfängen steckt. Zum anderen mag eine Rolle gespielt haben, daß es sich vom Materialwert *her meist nicht um sehr teure Stücke* handelt – aber das sagt natürlich nichts aus über den Kunst- und Sammlerwert.

Obwohl gegen Ende des 18. Jahrhunderts die bürgerlichen Kreise gesellschaftlichen und gelegentlich auch schon politischen Einfluß gewannen, was mit einem gewissen Repräsentationsbedürfnis verbunden war, verfügten sie in aller Regel doch nicht über den Reichtum, um mit dem Schmuckprunk des Adels konkurrieren zu können. Sie mußten sich auf einfachere Formen und weniger edle Materialen beschränken. Dem kam die Rückbesinnung auf die Antike im Klassizismus entgegen, denn Kameen – antik oder nachgeschnitten, manchmal auch nur aus Muscheln gefertigt oder durch Glaspastenabgüsse ersetzt – forderten keine schweren Ketten und Fassungen. Mit der sogenannten Cannetille-Technik, bienenkorbartig geflochtenen Kugeln aus Goldfäden, konnte außerdem der Eindruck eines größeren Material*reichtums erweckt werden, als* er tatsächlich vonnöten war.

Während und nach den Befreiungskriegen ließ sich mit dem Schmuck aus Eisenkunstguß außerdem die Not zu einer Tugend machen. Diese schwarzen Ketten, Broschen, Ringe wurden zuerst als Trauerschmuck eingeführt. Im Zuge der Goldsammlungen für die Befreiung des Vaterlandes – der Wahlspruch „Gold gab ich für Eisen" ist schließlich heute noch bekannt – wurde dieser Schmuck zu einer patriotischen Demonstration. Das Billige verband *sich mit dem Schicklichen und dem* Schönen, wie hier an vielen Beispielen abzulesen ist.

Erstaunlich in der Ausstellung ist der Reichtum der Formen bei dem Biedermeierschmuck. Während die Arbeiten des Klassizismus dem antiken Ideal verpflichtet sind – die Formen waren ganz einfach, meist geometrisch,es gab Kreise, aufrechtstehende oder liegende Ovale, Rechtekke, Rhomben und Schilde, – ist in den Jahrzehnten nach 1820 nur schwer eine stilistische Gemeinsamkeit auszumachen. Stattdessen fallen inhaltliche Übereinstimmungen bei den Freundschaftsringen oder dem Erinnerungs- und Trauerschmuck auf. Auch der Hang, Haare zu verabeiten oder als Souvenir im Schmuck aufzubewahren ist für diese Zeit typisch. Ausserdem gab es feinste Elfenbeinscchnitzereien, Miniaturmalereien auf Elfenbein oder opakem Glas. Es ist eine erstaunliche Vielfalt, ein bemerkenswerter Reichtum an künstlerischen Ideen, die diese Ausstellung sehenswert machen.

PETER DITTMAR

Bis 9. 9.; München: 21. 9.–25. 11.; Schwäbisch Gmünd: 16. 12.–13. 1. 85; Düsseldorf: 19. 1.–3. 3.; *Hanau: 10. 3.–21. 4.; Hamburg: 30. 4.–* 23. 6.; Katalog 15 Mark

Klingender Frühling – Neue Schallplattenreihe „Primavera" präsentiert junge Musikpreisträger

Unaufhaltsam auf dem steinigen Weg nach oben

„Je preiser gekrönt, desto durcher gefallen" soll Josef Hellmesberger, einer aus der berühmten Wiener Geiger- und Dirigentendynastie, gesagt haben. Die Sottise enthält ein Körnchen Wahrheit. Zwar haben viele bedeutende Künstler an Wettbewerben teilgenommen und Preise errungen. Den meisten aber haben sie wenig genützt, zumindest *nicht* auf Dauer. Die Gazetten vermelden das Ereignis, ein oder einige Konzerte sind der künstlerische und materielle Nachhall – dann sind die Lorbeerkränze verwelkt.

Die Großen ihres Fachs, die Weltberühmten, die wären auch ohne spektakuläre Auszeichnung zu Ruf und Ruhm gekommen, allenfalls ein wenig später. Und wieviele von den Geehrten (man erinnere sich an das Beispiel des armen Van Cliburn) sind *heute vergessen*, überrundet von denen, die damals leer ausgingen. Wie viele haben nicht warten und ohne einmaligen Wettbewerbserfolg allabendlich das „Hic Rhodos hic salta" erproben und bestehen müssen, bevor sie sich durchsetzen konnten. Ihre Zahl ist fast Legion, und nicht die schlechtesten sind darunter.

Dennoch haben Qualitätsausscheidungen *natürlich* ihren guten Sinn, und sie können auch Hilfestellung geben. Zu den berühmtesten in Ost und West gehören der Moskauer Tschaikowsky-Wettbewerb, der Brüsseler „Concours Reine Elisabeth", der Warschauer Chopin-, der Posener Wieniawski-, der israelische *Rubinstein-*, der amerikanische Leventritt- und der Clara Haskil-Wettbewerb. Jüngeren Datums sind der Wettbewerb der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Rundfunkanstalten und – seit 1975 – der Deutsche Musikwettbewerb.

Letzterer ist eine auf unseren Nationalcharakter zugeschnittene Institution. Er versteht sich als Spitze einer Leistungspyramide, die ihre Basis in den „Jugend musiziert"-Wettbewerben und deren weiteren Auslesestationen hat. Auf den verschiedenen Sprossen der Leiter wird solide Qualitätserforschung betrieben. Aber das Image eines auf die internationale musikalische Szene ausstrahlenden Katalysators und Animators hat der Concours noch nicht. Ihm fehlte bisher auch die Publizität, um zumindest als Starthilfe nützlich zu sein.

Als eine solche versteht sich nun die *neue* Schallplattenreihe „Primavera". Sie erscheint bei EMI in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Musikrat, dem Westdeutschen Rundfunk Köln und dem Schallplattenlabel „harmonia mundi". Die Reihe will nicht nur die Wettbewerbspreisträger vorstellen, sondern ganz allgemein junge, begabte Musiker auf ihrem *Weg an die Spitze unterstützen. Die* ersten beiden Aufnahmen stellen allerdings zunächst einmal Preisträger des Deutschen Musikwettbewerbs 1983 vor.

Den ersten Preis in der Gruppe Klaviertrio errang das 1980 gegründete Grüneburg-Trio (Susanne Stoodt, Violine; Joachim Griesheimer, Violoncello; Ulrich Koneffke, Klavier). Für sein Plattendebüt (DMR 2007 D) wählte das Ensemble Brahms' C-Dur-Trio op. 87 und Charles Ives 1904 komponiertes Trio. Es läßt instrumentalen Feinschliff hören und schöne klangliche Homogenität. Eine frische, unverbrauchte Musikalität ist im Spiel der Gruppe zu spüren. Sie kommt der satten, kraftvollen Romantik Brahms' so zugute wie der skurril-naiven Emotion des Spätimpressionisten Ives. Viele Plätze sind auf den internationalen Kammermusikpodien für das Klaviertrio nicht frei. Das Grüneburg-Trio könnte einen von ihnen besetzen.

Michael Faust, 1983 erster Preisträger unter den Flötisten, gebürtiger Kölner des Jahrgangs 1959, spielt bei seinem Plattendebüt, zusammen mit seinem so versierten wie fantasie*vollen Klavierpartner Alexander Lon*quich, Messiaens „Le merle noir", Bachs Solo-Partita a-Moll BMV 1013, Luciano Berios Sequenza I und Schuberts Variationen über „Ihr Blümlein alle" (DMR 2008 D). Fausts farblich raffiniert abgestuftes Klangregister basiert auf grundsolide ausgebildeter Finger- und Atemtechnik. Musikalisch wird er sowohl dem barocken und klassischen Ideal ruhig fließender Agogik als auch dem nervösen Affettuoso der Moderne gerecht.

Den beiden schönen Zeugnissen außerordentlicher instrumentaler und musikalischer Begabung sollen noch in diesem Jahr weitere Dokumentationen des deutschen Musikernachwuchses folgen. Vorbereitet werden Aufnahmen mit dem Flötisten Michael Schneider und der Camerata Köln, dem Hamburger Fontenay-Trio und dem von Christobal Halffter dirigierten Bundesjugendorchester.

HANS OTTO SPINGEL

JOURNAL

Ljubimow wird Direktor des „Bobigny"-Theaters

AFP, Paris

Der sowjetische Regisseur Juri Ljubimow, Gründer und ehemaliger Direktor des Moskauer Theaters an der Taganka, soll die Leitung des Pariser „Bobigny"-Theaters übernehmen. Ljubimow, dessen letzte Theater-Inszenierungen in der Sowjetunion verboten wurden, hatte im März 1984 während eines mehrmonatigen Londoner Gastspiels von seiner Entlassung in Moskau erfahren. Der 1917 geborene Regisseur wurde nach dem zweiten Weltkrieg am Moskauer Wachtangow-Theater engagiert. Im Ausland wurde er 1963 in London für seine Inszenierung von „Schuld und Sühne" ausgezeichnet und trat unter anderem durch Opern-Inszenierun*gen an der Mailänder Scala hervor.*

Videokassetten nun auch in Bibliotheken

dpa, Bonn

Die öffentlichen Bibliotheken werden in Zukunft auch Videokassetten ausleihen und auf diese Weise eine Alternative zum Angebot kommerzieller Videotheken schaffen. Zunächst sollen in Bonn die Grundlagen für die Errichtung von Videobeständen unter pädagogischen, soziologischen, medienpolitischen und rechtlichen Aspekten geklärt werden. In Modellversuchen werden die Stadtbibliotheken Bielefeld, Duisburg und Celle einen Bestand von 600 bis 1000 Kassetten zusammenstellen. Parallel dazu soll ab Herbst in zwei noch nicht genannten Bibliotheken *ein Videoangebot von 400 bis 500* Kassetten für die türkische Bevölkerung geschaffen werden.

Petit Palais Paris zeigt deutsche Maler

AFP, Paris

Eine Ausstellung über deutsche Malerei von 1848 bis 1905 wird vom 12. Oktober bis zum 13. Januar 1985 im Petit Palais in Paris gezeigt. Die Exposition umfaßt 190 Werke von 45 Künstlern. Sie ist als Folgeveranstaltung der Ausstellungen über die deutschen Romantiker (1976 in der Orangerie) und „Paris-Berlin" (1978 im Centre Pompidou) gedacht.

200 Jahre alte Mumie in China entdeckt

AFP, Peking

Die mumifizierte Leiche einer Chinesin, die vor rund 200 Jahren lebte, ist in der Region Zhuang in der südchinesischen Provinz Guangxi gefunden worden. Die Frau war bei ihrem Tode rund 40 Jahre alt. Die Tote, mit 1,45 m von sehr kleiner Gestalt, trug eine Jacke aus grobem Baumwollstoff und einen handgewebten Rock. Das Haar der Mumie ist vollständig erhalten. Die konservierte Leiche wird im Regionalmuseum von Wuzhou ausgestellt.

7. Sommerakademie von Marburg

wm, Marburg

Bis zum 4. August findet die 7. Marburger Sommerakademie statt, deren Programm eine Verbindung von Ferien einerseits und kreativer Tätigkeit andererseits ermöglicht. Die 100 Teilnehmer aus der Bundesrepublik können sich in den Klassen Bildhauerei, figürliches Zeichnen, Aktmalerei, Pantomime, Keramik, Freie Malerei, Druckgraphik *und Fotografie profilieren. Erstmals* gibt es eine Kindermalschule für 6-12jährige. Die Gesamtleitung hat der Bildhauer Johannes Dröge übernommen.

Kommern wird zum Wildpflanzenreservat

dpa, Kommern

Das Rheinische Freilichtmuseum Kommern (Kreis Euskirchen) in der Nordeifel hat sich zu einem Reservat für Wildpflanzen entwickelt. Dazu war internationale Hilfe notwendig. Die Wild- und Nutzpflanzen haben sich inzwischen über das Museumsgelände hinaus ausgebreitet und wurden so wieder heimisch. Begonnen hat alles 1980 mit der „Anlage biogenetischer Reservate zur Erhaltung gefährdeter dörflicher Wildpflanzen-Gesellschaften *und historischer Nutzpflanzen-Kulturen".*

Maier Verlag beteiligt sich an Heye-Verlag

dpa, Hamburg

Der Otto Maier Verlag, Ravensburg, hat 26 % des Verlags Friedrich W. Heye (Hamburg/München) übernommen. Heye gehört zu den bedeutendsten deutschen Kalenderverlagen. Der seit 100 Jahren bestehende Otto Maier Verlag zählt europaweit zu den führenden Herstellern von Spielen und Puzzles, Kinder- und Jugendbüchern. Der Heye Verlag will künftig die technischen Möglichkeiten und das Know-how des Ravensburger Unternehmens nutzen, um sich mehr auf Marketing, Sortimentsausweitung, Produktgestaltung und Werbung zu konzentrieren.





Heillose Verwirrung herrschte vor dem MacDonald-Lokal. Niemand begriff, was der Todesschütze James Huberty (kleines Foto) angerichtet hatte. FOTOS: UPI/AP

Die schlimmsten Massaker

Das Phänomen des Massakers ist weltweit verbreitet und ist keineswegs auf die Vereinigten Staaten beschränkt: Am 30. Mai dieses Jahres erschoß der Exil-Tscheche Karel Charva in der Eppsteiner Grundschule fünf Schüler und Lehrer. Motiv: unbekannt. Charva erschoß sich.

Am 23. November tötete ein Amokschütze in Lyon fünf Passanten auf freier Straße. Der Mann wurde gefaßt. Motiv: Liebeskumer. Am 7. April erschoß ein Unbekannter in einem Delfter Cafe sechs Gäste, 50 Meter von einer Polizeistation entfernt. Als Verdächtiger gilt ein arbeitsloser Niederländer türkischer Herkunft. In Tokio erstach 1. Oktober 1982 ein 22jähriger Student drei Erwachsene und drei Kinder in einer Mietskaserne. Der Examenskandidat war wegen des Krachs der spielenden Kinder durchgedreht. Er ergab sich der Polizei. In der Nähe von Philadelphia erschoß am 26. September 1982 ein farbiger Gefängniswärter 13 Menschen. Motiv: Streit um das Sorgerecht der Kinder, die er tötete. In Korea verursachte ein ehemaliger Polizist in einer achtstündigen Raserei durch mehrere Dörfer am 27. April 1982 ein Gemetzel, dem 69 Menschen zum Ofer fielen. Motiv: Rüge des Vorgesetzten.

K.T.

Helfende Hände kümmern sich um diese Frau: Hinter ihr liegen 90 unvorstellbare Minuten. FOTO: AP

90 Minuten lang war San Ysidro Schauplatz der Hölle

W. W. San Ysidro

Ein Amokschütze in schwarzem Tarnanzug hat Mittwoch in der kalifornischen Stadt San Ysidro unweit der mexikanischen Grenze 20 Menschen getötet und 21 verletzt. „Ich habe Tausende umgebracht, und ich werde weitere tausend töten." Mit diesem Ruf war der Mann in das MacDonald's-Restaurant marschiert, bewaffnet mit einem halbautomatischen Gewehr, einer Schrotflinte und einem Revolver. Wahllos begann er auf die Gäste und auf das Bedienungspersonal zu schießen, bevor er endlich von einem Scharfschützen getötet wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren 20 Menschen tot und 21 verletzt. Er hatte damit das schlimmste „Tages-Massaker" in der Kriminalgeschichte der USA verursacht.

„Wie ein Schlachthaus sah das Hamburger-Restaurant aus", schilderte Polizeileutnant Bill Nelson erschüttert die Szene, „Schrecklicheres habe ich nie gesehen."

Augenzeugen berichteten über die 90 Minuten des Terroristen:

● „Hier", schrie eine junge Mutter und reichte, von einer Kugel getroffen, ihr Baby weiter, „hier – kümmern Sie sich um mein Kind." Beide überlebten, schweben aber in Lebensgefahr.

● Zwei ahnungslose Kinder kamen auf Fahrrädern angeradelt. „Durch ein Fenster", so ein Augenzeuge, „feuerte der Mann auf die beiden – sie fielen sofort von ihren Rädern."

● *In diesem Augenblick fuhr der* dienstfreie Polizist Juan Echevarria am Schauplatz vorbei: „Ich sah die Kinder in ihrem Blute liegen. ‚Helfen Sie mir,' jammerte ein Junge. Während ich das vorhatte, hörte ich Glas splittern und rannte um mein Leben." Die Kinder zählen zu den Opfern.

● Die ersten Opfer wurden ein Ehepaar, als es das Restaurant betrat. „Er sah sie, legte an, drückte ab", so jemand, der unter einem Tisch überlebt hatte.

● Im Radio hörte eine Frau von dem Massaker. „Hören Sie, ich bin Frau Huberty – das könnte mein Mann sein, der da schießt," sagte sie der Polizei am Telefon und fuhr zum Tatort, wo sie ihren Mann durch ein Fernglas erkannte. Doch alle Versuche, Kontakt mit ihm aufzunehmen, scheiterten – sie sah ihn nur als Toten wieder.

Der Täter ist James Oliver Huberty (41). Er war, zusammen mit seiner Frau und seiner Teenager-Tochter, erst vor sieben Monaten aus Ohio ins kleine San Ysidro südlich von San Diego gezogen. Dort arbeitete er, bis ihm vor einigen Tagen gekündigt wurde, als Sicherheitsbeamter in einem Komplex von Eigentumswohnungen. Am Tag des Massakers ist es dann zwischen ihm und seiner Frau zu einem Streit gekommen. Polizeileutnant Paul Ybarrando sieht in Huberty „einen Psychopathen".

Das Urteil von Nachbarn fällt unterschiedlich aus: „Ich kenne ihn als ruhigen Mann", sagt Sandra Martinez, „der aber offenbar immer auf irgend etwas oder irgend jemanden böse war." Einem anderen Nachbarn kam er dagegen immer ausgeglichen vor. – Offenbar saß ihm aber der Revolver locker. Geschossen hat er oft und gern.

Die ersten Streifenwagen waren zwar binnen Minuten nach den ersten Schüssen am Tatort, sahen sich aber außerstande einzugreifen. Warum es freilich 90 Minuten dauerte, ehe ein Spezialkommando eintraf, dürfte Anlaß einer Untersuchung werden. Der Scharfschütze richtete Huberty aus 20 Meter Entfernung. In den Taschen des Toten fand die Polizei noch massenhaft Munition..

(SAD)

Schock beim Anblick der toten Wälder

Informationsreise durch die CSSR entsetzt Österreichische Parlamentariergruppe

PETER ZERBE, Linz

„Dieser Wald stirbt nicht mehr, er ist schon tot!" Dieses Fazit zog gestern der Vizepräsident der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer und Parlamentsabgeordnete Karl Weichselbaumer, der zusammen mit mehreren österreichischen Politikern und Forstexperten zwei Tage lang Waldgebiete in der Tschechoslowakei besucht hatte. „Das Ausmaß des Waldsterbens im Erzgebirge, im Isergebirge und im Riesengebirge ist einfach unvorstellbar. Man muß es mit eigenen Augen gesehen haben, wie 70 bis 100 Jahre alte Baumbestände tot wie Bohnenstangen oder Telegraphenmasten in den Himmel ragen," sagte Weichselbaumer.

Etwa wie 1957 war das Erzgebirge eine riesige Waldfläche. Die Fichten mit ihren grünen Zweigen bildeten eine der eindrucksvollsten Waldflächen Europas. „Doch heute," so schilderte der Landwirtschaftskammervize seine Eindrücke, „ist von der Waldpracht nicht mehr viel übriggeblieben. Auch Kiefern und Buchen sterben zunehmend ab. Die Berge haben in dieser Gegend ihre Waldkronen verloren."

Seit Mitte der 50er Jahre stehen in der nördlichen Tschechoslowakei und angrenzenden Gebieten wie „DDR" und Polen mehr als 70 Kraftwerke, die mit der dort lagernden Braunkohle befeuert werden. Diese Braunkohle hat nach tschechoslowakischen Angaben, wie der Parlamentarier berichtete, einen Schwefelgehalt von bis zu 10 Prozent. Fehlende Entschwefelungsanlagen und unwirksame Filter haben dazu geführt, daß unvorstellbare Mengen von Schadstoffen in den Himmel geblasen werden. Die Chemische Industrie im Raum Brüx (Most) verstärkt seit Jahren diese Abgaswolken. Ungehindert kann sich ein Giftschwall in den Waldgebieten aller drei Länder ablagern.

Allein im tschechoslowakischen Grenzgebiet zwischen Eger und Mährisch-Ostrau ist mehr als 600 000 Hektar Wald, was 90 Prozent des gesamten Waldbestandes von Nordrhein-Westfalen entspricht, praktisch tot. Für 100 000 Hektar konzidieren sogar die tschechoslowakischen Behörden die totale Vernichtung. Versuche, durch Aufforstungen angerichteten Schaden wieder gutzumachen, sind nach den Beobachtungen von Weichselbaumer gescheitert, weil der Boden absolut verseucht sei. Lediglich mit Birken, Erlen und Ebereschen wäre es unter Umständen möglich, dem „sauren Regen" Paroli zu bieten. „Doch diese Laubbäume," so erklärte der Parlamentarier, „können das Fichtennutzholz nicht ersetzen."

Das einzige, was nützen würde, wären Reinigungsanlagen und Filter. Genau dafür aber ist in den sozialistischen Volkswirtschaften kein Geld mehr vorgesehen, da in etwa 35 Jahren das Revier ausgekohlt sein wird. So lange sollen die Kraftwerke noch ohne großen Kostenaufwand Energie liefern.

In Gesprächen räumten die tschechoslowakischen Reisebegleiter Weichselbaumers ein, daß mit den beiden Nachbarländern keine Gespräche über Umweltschäden durch die Schadstoffe aus den Kraftwerken geführt worden seien.

Der Eindruck vor Ort sei verheerend, berichtete Weichselbaumer sichtlich geschockt: „Grau, braun, rötlich leuchten die 'Waldfriedhöfe'. Da gibt es kein Leben mehr. Kein Vogelgezwitscher, kein Reh kann sich mehr im Dickicht verstecken – es herrscht Todesstille und Totenstimmung." Mit dem Fällen der „Baumleichen" kommen die Waldarbeiter auch nicht mehr nach. Und Bäume, die noch nicht ganz am Ende sind, werden zu Brutstätten von Schädlingen – ein teuflischer Kreislauf.

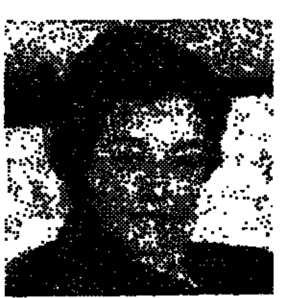
Welche Auswirkungen das Waldsterben auf die Klimaveränderung für die drei Länder haben wird, ist *nicht bekannt. In Prag, Ost-Berlin* und Warschau spielt man die Schadstoffbelastungen herunter. Bekannt ist lediglich, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser zunehmend Schwierigkeiten bereitet. Wo ehemals Wälder das Regenwasser filterten und in den Grundwasserkreislauf einbrachten, fließt es jetzt über tote Bäche und Flüsse ab.

Auch Deutschland ist „vom Sauren Regen" aus der CSSR gefährdet. Im Nationalpark „Bayrischer Wald" zeigen sich immer mehr abgestorbene Bäume. Hier sind sich die Experten über die Schadensursache ziemlich einig. In den Höhenlagen gäbe es zwar nur relativ wenig Schwefeleintrag, aber sehr viel Ozon. Dieses Gas, schädige die Schutzhülle der Nadeln, so daß es einerseits zu Auswaschungen von Spurenelementen und Mineralstoffen und andererseits zum Abbau von Chlorophyll komme.

LEUTE HEUTE

Der Penny-Krieg

Jean Delk (55), robuste Steuerberaterin im winzigen texanischen Mesquite, ist bereit, mit dem „Moloch Staat" Krieg zu führen – um einen Penny. Um diesen hatte sie sich offenbar bei der Begleichung der Steu-



erschuld ihrer Mandanten, des Friseur-Ehepaares **Billie Culver**, in Höhe von 8956,52 Dollar geirrt. Jetzt schickte ihr das Finanzamt „wegen Steuerschuld" einen Strafbescheid in Höhe von 205 Dollar. „Im Falle von Nichtbegleichung können Pfändungen, Einziehungen und Beschlagnahmen verfügt werden." Das war zuviel. Die Dame schrieb einen „ziemlich rüden Brief" – und wartet noch auf Antwort.

Mun hinter Gittern

Der Gründer der „Vereinigungskirche", **Myung Mun**, muß noch in dieser Woche seine 18monatige Gefängnisstrafe wegen Einkommensteuerhinterziehung antreten. Richter **Gerard Göttel** aus Waterbury wies das 64jährige Oberhaupt der drei Millionen Mitglieder zählenden Mun-Sekte an, sich am Wochenende im Gefängnis von Danbury einzufinden.

Die „Katastrophe" live: Ein gedämpfter Knall

Von JOCHEN ZWIKIRSCH

Der Expreßzug war gerade 100 Meter vor meiner Telelinse in einen Atommüll-Transporter gerast (s. WELT v. gestern), da habe ich mich erst 'mal gemütlich in meinen Stuhl zurückgelehnt, während drüben satter schwarzbrauner Qualm aufwölkte.

Großbritanniens spektakulärstes Eisenbahnunglück seit Jahren fand nämlich vor geladenen Gästen statt. Hunderte Journalisten, Politiker und die versammelte Atom-Lobby des Inselreichs erlebten vom Tribünenplatz aus, wie ein 160-Kilometer-Zusammenprall zwischen einem Intercity (239 Tonnen) und einem quer über den Schienen liegenden Spezialwag*gon für verbrauchten Kernbrennstoff* (61 Tonnen) aussieht. Und das live.

Um es gleich zu sagen: So etwas ist beeindruckend und furchteinflößend zugleich – obwohl bei der sechs Millionen Mark teuren Katastrophenshow mit dem unbemannten „Geisterzug" natürlich kein Menschenleben in Gefahr war, und Furcht gerade genommen werden sollte. Englands Elektro-Energiebehörde CEGB hatte den großen Knall auf der Staatsbahn-Teststrecke in Leicestershire eigens inszeniert, um einer zunehmend kritischen Öffentlichkeit zu beweisen: Selbst beim denkbar schwersten Unglück halten die Atommüll-Eimer aus Mangan-Nickel- und Chrom-Molybdänstahl, in denen alljährlich eine Million ausgebrannter Uranbrennstäbe zur Wiederaufbereitungsanlage Sellafield rollen, eisern dicht. Quod erat demonstrandum, vor Gästen.

So saß man also erwartungsvoll auf seinem roten Logenstühlchen und hatte Hollywood im Sinn. Eine Zugkatastrophe, so weiß es schließlich jedes katastrophenfilmgeschulte Kind, ist von ohrenbetäubendem *Krachen, dem Kreischen auseinan*derfetzenden Metalls und trommelfellzerreißenden Explosionen begleitet. Der Traumfabrik ins Stammbuch: mitnichten.

Alles, was Punkt 13 Uhr, 19 Minuten und 35 Sekunden zu hören war, war ein gedämpfter dumpfer Knall – so, als falle eine schwere eiserne Kellertür ins Schloß. Nur für Sekundenbruchteile glomm ein orangeroter Feuerball von explodierendem Treibstoff und Schmieröl auf; dann verhüllte emporschießender Qualm die Szene. Knapp fünf Sekunden nach dem Aufprall war alles vorbei.

Um so dramatischer das Bild, das sich nach dem blitzschnellen Löschen des Treibstoffbrandes bot: die noch hundert Meter weiter ins nichts geraste Lok, kaum noch als solche zu erkennen. Ziehharmonikaartig zerknautschte Waggons. Zentnerschwere Trümmer, die wie Tennisbälle 175 Meter durch die Luft geflogen waren . . .

Der 60 Meter weit weggeschleuderte Atommüllbehälter freilich war, von ein paar Kratzern abgesehen, heilgeblieben – womit die teure Übung ihren Publicitysinn erfüllt hatte. Das Grauen packte einen später – bei einem Blick ins völlig zerstörte Innere dessen, was einmal Erste-Klasse-Wagen waren. Großer Gott, wenn man da dringesessen hätte . . . (SAD)

WETTER: Wolkig, mäßig warm

Wetterlage: Die nach Deutschland eingeflossene kühle Meeresluft gelangt vorübergehend unter Hochdruckeinfluß, lediglich der Norden und Nordosten werden noch von einem schwachen Störungsausläufer gestreift.



Vorhersage für Freitag:
Im Westen und Süden zunehmende Bewolkungsauflockerungen, am Nachmittag längere sonnige Abschnitte, Tageshöchsttempertauren 20 bis 23 Grad. Im Norden und Osten meist stärker bewölkt, aber nur geringe Niederschlagsneigung. Höchsttemperaturen hier bei 18 Grad. Tiefsttemperaturen allgemein um 12 Grad.

Weitere Aussichten:
m Norden leicht unbeständig, verein zelt Sprühregen, sonst meist freundlich bei ansteigenden Temperaturen.

Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:

Stadt	°C	Stadt	°C
Berlin	17°	Kairo	33°
Bonn	15°	Kopenh.	22°
Dresden	14°	Las Palmas	29°
Essen	14°	London	16°
Frankfurt	16°	Madrid	30°
Hamburg	17°	Mailand	25°
List/Sylt	15°	Mallorca	27°
München	14°	Moskau	23°
Stuttgart	16°	Nizza	23°
Algier	24°	Oslo	19°
Amsterdam	15°	Paris	16°
Athen	31°	Prag	13°
Barcelona	27°	Rom	26°
Brüssel	14°	Stockholm	15°
Budapest	20°	Tel Aviv	32°
Bukarest	22°	Tunis	26°
Helsinki	16°	Wien	19°
Istanbul	22°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* **am Samstag**: 5.30 Uhr, Untergang: 21.25 Uhr; **Mondaufgang:** 0.47 Uhr, Untergang: 14.20 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Freude am Fackellauf beschämt Amerikas Kritiker

WOLFGANG WILL, New York

Stolz und Begeisterung in einem nicht erwarteten Ausmaß schlagen in Amerika den olympischen Fackelläufern entgegen. Mehr als 8000 Kilometer haben sie bis heute auf ihrem Weg nach Los Angeles schon quer durch den Kontinent zurückgelegt, und oft war die Ankunft der schlanken Metallfackel schlichtweg das Ereignis des Jahres. Zwar säumten selbst im verwöhnten New York bei der Ankunft des Feuers am 8. Mai Zehntausende die Straßen, doch mußten sie dazu meist nur wenige Häuserblocks weit schlendern. In den unendlichen Weiten des Landes aber, irgendwo in kleinen Nestern mit Namen wie Sedalia, Useful, Knob Noster oder Loose Creek entlang der rund 15 000 Kilometer langen Stafettenstrecke nach Südkalifornien, strömten die Menschen teilweise von weither zusammen. Sie kamen in Bussen und Autos, auf Motorrädern und sogar zu Fuß von weither. Wie zum Nationalfeiertag wehte das Sternenbanner an den Häusern und auf den Plätzen. Nachts schimmerten vielfach Kerzen in den Fenstern der Häuser entlang der Strecke.

Nun war dieser Stafettenlauf vor seinem triumphalen Verlauf monatelang eine der Hauptzielscheiben der ausländischen Kritik. Die Aufteilung der gesamten Wegstrecke in Kilometersegmente und deren Verkauf zu 3000 Dollar pro Kilometer an Kunden ohne jede Vorbedingung werteten zahlreiche, vor allem östliche Stimmen als Vermarktung eines Ideals durch den Kapitalismus. Zwar äußerte auch der Bürgermeister von Olympia, die „Flamme Olympias sei heilig und nicht verkäuflich". In der Hauptsache aber ließ der Ostblock verbreiten, bei der Auswahl der Kunden zähle allein das Geld, gleichgültig, wes Geistes Kind der Käufer sei. Tatsächlich erwarben auch Mitglieder der gefürchteten Rockergruppe „Hell's Angels" einen der Kilometer und werden die Fackel vermutlich in ihrer Ledermontur mit Hakenkreuz-Emblemen Los Angeles näher tragen. *Solche Randereignisse auf dem lan*gen Weg ins Coliseum am Pazifik in das Zentrum der Berichterstattung zu stellen, hieße jedoch vollkommen den Idealismus der Bevölkerung zu verkennen. Denn: Die Millionen Dollar aus dem Kilometer-Verkauf kommen – ähnlich wie bei den Wohltätigkeits-Parties der High Society – ausschließlich karitativen Zwecken zugute. Besonders der Breitensport und der Behinderten-Sport sollen von den Millionen-Einnahmen profitieren. Die Behinderten-Olympiade in den USA konnte beispielsweise mit diesem Geld unterstützt werden.

Darüber hinaus aber erhalten unzählige Menschen Gelegenheit zur *Teilnahme an diesem Spektakel, die* sonst nie die Chance dazu gehabt hätten. Finanzkräftige Sponsoren und die Hilfsbereitschaft unzähliger sportbegeisterter US-Bürger machten es möglich. So schenkte in New York ein Mäzen dem 91jährigen Abel Kiviat ein Streckenstück. Kiviat ist Amerikas ältester noch lebender Medaillengewinner: Er gewann in Stockholm 1912 die Silbermedaille über 1500 Meter. In Nottstown/Pennsylvania hingegen waren die Startgelder für den 25jährigen Marathonläufer Wayne Deegan kein Präsent eines großzügigen Millionärs. Einen solchen gibt es vor Ort gar nicht. Hier hatte die Lokalzeitung die Einwohner zu Spenden für mehrere Freizeit-Sportler des Städtchens aufgerufen, und die Bürger ließen sich nicht lumpen. Das Los fiel dann auf Deegan, Malermeister von Beruf. Ein wohlhabender Grundstücksmakler wiederum sorgte in Kansas City dafür, daß seine achtjährige körperbehinderte Tochter mit der Fackel in der Hand über einen ganzen Kilometer lang der sportliche Star im örtlichen Fernsehen war: Er schenkte ihr einen Kilometer - ganz für sie allein. In Kentucky schlugen Marine-Infanteristen, die *sich in einem Ausbildungs-Camp be*fanden, im Wald Nutzholz und bezahlten von dem Erlös einem 16jährigen Pfadfinder einen der begehrten Kilometer. Und als in einer Ortschaft in West-Virgina die Schüler einer Taubstummenschule die Straße säumten, erkannte der vorbeieilende Läufer die Situation und übergab die Fackel an den vordersten Schüler. Der reichte sie weiter, bis jedes Kind in der Reihe für kurze Zeit das Feuer in seiner Hand gehalten hatte.

Auf diese Weise wurde die Stafette nicht zu dem rein kommerziellen Ereignis, zu dem es vorher stilisiert worden war. In ihm manifestierte sich vielmehr der freie Geist eines Landes, die jede Idee, und sei sie in einer Metallfackel verkörpert, zum geistigen Eigentum aller Menschen deklariert hat.

Neue Einzelheiten über Unwetter in der Sowjetunion

DW. Moskau

In Bayern sind eine Woche nach der Hagel-Katastrophe die Spuren der Verwüstung noch keineswegs beseitigt. Wie der Präsident des Bayerischen Handwerkstages, Heribert Späth, gestern in München sagte, rechne er für die Handwerker mit einem Auftragsschub von „irgendwo zwischen 100 und 500 Millionen Mark". Während die Glaserbetriebe bis zum September die größten Schäden behoben haben dürften, gebe es bei Dachdeckern, Spenglern und Isolierern „echte Engpässe". Bei dem Unwetter waren Schäden in Höhe von mehreren 100 Millionen Mark verursacht worden. Inzwischen werden aus der Sowjetunion immer neue Einzelheiten über das Ausmaß der *Wirbelsturm-Katastrophe vom 9. Juni* bekannt, das weite Gebiete östlich von Moskau verwüstet hat. Am Dienstag hatte die sowjetische Regierung angekündigt, daß die betroffene Region mit umgerechnet mehr als 400 Millionen Mark unterstützt werde. Eine Meldung in der Tageszeitung „Sowjetskaja Rossija" ließ gestern darauf schließen, daß durch den Wirbelsturm Zehntausende von Menschen obdachlos geworden sind. Der sowjetische Ministerrat beschloß, Baumaterial für mindestens 3000 Wohnungen zu liefern. Die von dem Orkan betroffene Region wird von 8,4 Millionen Menschen bewohnt. Moskau hatte lediglich lapidar von einem Unwetter gesprochen. Für zahlreiche Tote spricht inzwischen die Tatsache, daß in Zeitungen plötzlich ungewöhnlich viele Kinder zur Adoption freigegeben werden. Nach Berichten von Augenzeugen sollen allein in der Stadt Iwanow 500 Menschen ums Leben gekommen sein.

Gurt bleibt unbeliebt

AP, Stuttgart

Trotz des ab 1. August angedrohten Verwarnungsgeldes von 40 Mark für „Gurtmuffel" legt nicht einmal jeder zweite Autofahrer in Deutschland den Gurt an. Wie der Auto Club Europa gestern in Stuttgart berichtete, ist in einer süddeutschen Kleinstadt ermittelt worden, daß sich lediglich 41 Prozent der Fahrer und 45 Prozent der Beifahrer anschnallen. Vor allem ältere Menschen gehören zu den „Gurtsündern", während jüngere die Vorschrift korrekter befolgten.

Seltene Begegnung

dpa, Kronberg

Ein Jogger im Taunus traute seinen Augen nicht, als ihm jetzt plötzlich im Wald ein Känguruh gegenüberstand. Für die alarmierte Polizei war die Nachricht indes keine Neuigkeit mehr, seitdem fünf dieser Tiere aus dem Opel-Zoo in Kronberg verschwunden sind. Känguruhs haben als Vegetarier keine Überlebensprobleme.

Junges Paar verbrannt

dpa, Hamm

Ein junges Paar, dessen Identität noch nicht feststeht, ist in der Nacht zu gestern in einer Wohnung in Hamm (Westfalen) Opfer eines Brandanschlags geworden. Ein 21jähriger Mann wurde als mutmaßlicher Brandstifter festgenommen. Vor der Tür zu der zerstörten Wohnung hatte die Feuerwehr eine Benzinkanne mit Lunte gefunden.

Tollwut grassiert wieder

AP, Bonn

Die Zahl der Tollwutfälle in Deutschland steigt. Wie der Deutsche Jagdschutzverband gestern in Bonn berichtete, wurden im vergangenen Jahr 6631 Fälle registriert. Dies war die zweithöchste Zahl in der seit 1954 geführten Statistik. 1976 wurden 8634 Fälle registriert.

Black-out in Göttingen

dpa, Göttingen

Nach einem Kurzschluß in einem Umspannwerk am Stadtrand von Göttingen saßen am Mittwochabend in Südniedersachsen und Nordhessen rund 300 000 Menschen eineinhalb Stunden im Dunkeln. Es war der längste Stromausfall seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Lediglich in den Krankenhäusern liefen Notstromaggregate.

Angedockt

dpa, Moskau

Das sowjetische Raumschiff Sojus T-12 mit drei Astronauten an Bord hat gestern früh an die Orbitalstation Salut 7 angekoppelt. Die Besatzung stieg anschließend in die Raumstation um.

Rätselhafter Anschlag

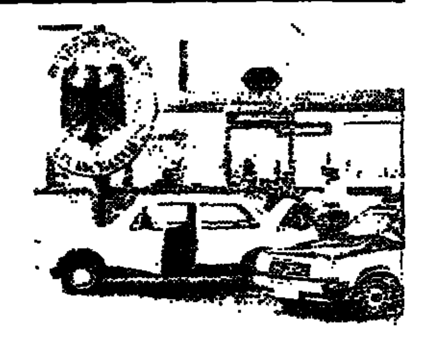
dpa, Rottach-Egern

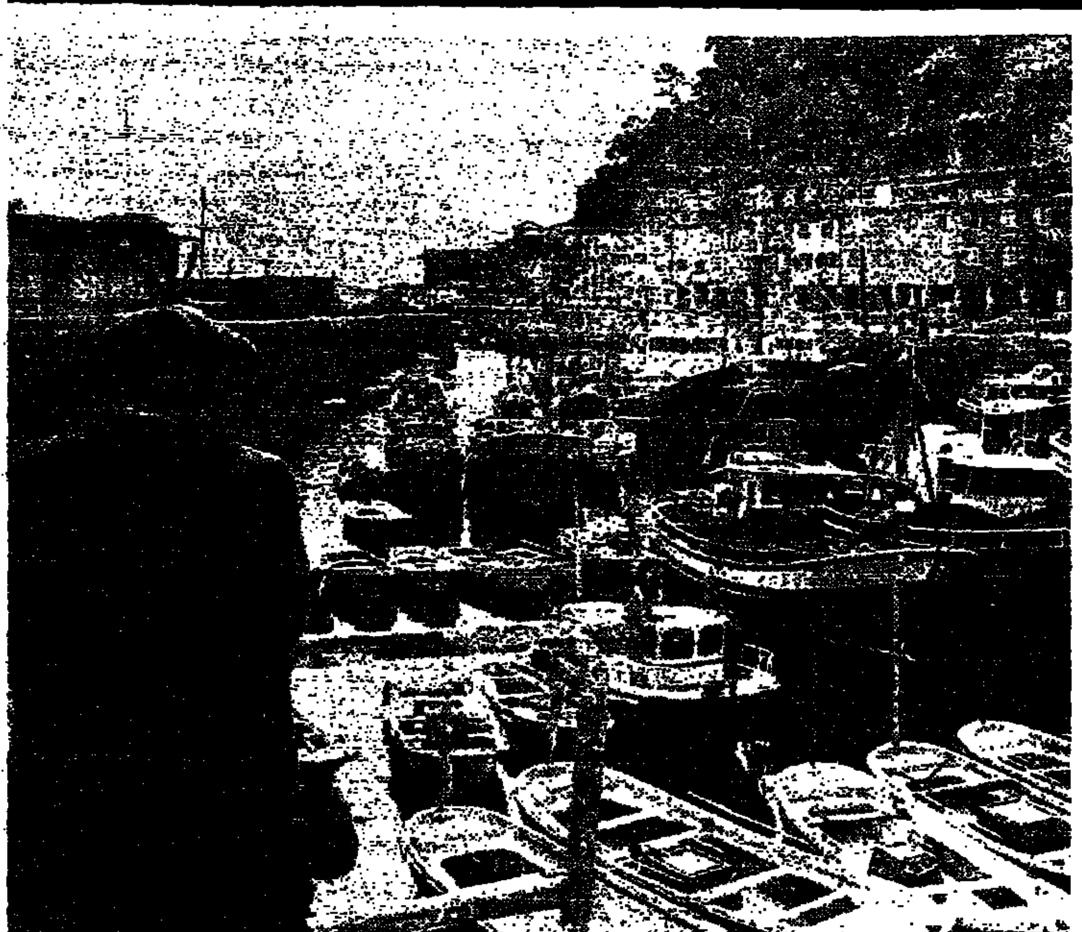
Rätselhaft ist der Polizei das Motiv eines Anschlags auf ein Landhaus in Rottach-Egern am Tegernsee. Unbekannte legten nachts den Schlauch, mit dem das Grundwasser von einer Baustelle in den See geleitet wurde, in das Innere des Hauses und schalteten die Pumpe an. Am nächsten Morgen stand das Wasser einen Meter hoch im Erdgeschoß. Schaden: 700 000 Mark.

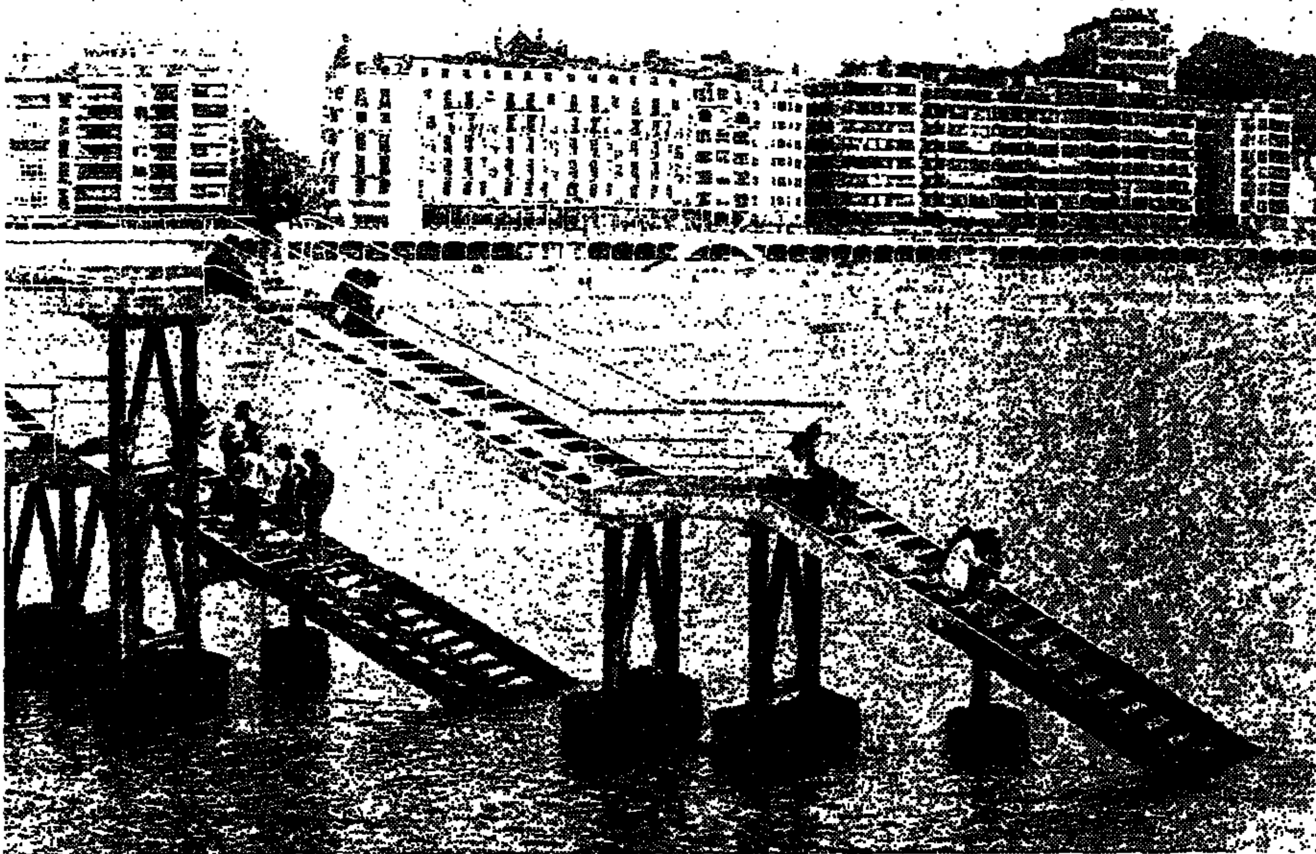
ZU GUTER LETZT

Lufthansa: Arbeitszeitverkürzung am Boden Überschrift *aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.*









Am Fuße des Monte Urgull liegt der Fischerhafen von San Sebastian (links). Am Strand La Concha künden die alten Hotels aus dem 19. Jahrhundert (rechts) vom einstigen Glanz dieses Seebades. FOTOS: NICOLE HERZOG-VERREY

Euskadi – das Land der Basken wartet auf Gäste / Ein verträumter Badeplatz der Belle Epoque

San Sebastian

Mit einer Prise Selbstironie charakterisieren sich die Basken so: Ein Baske ein Mensch, zwei Basken eine Wette und drei Basken ein Chor. Ja, sie wetten bei jeder sich bietenden Gelegenheit, diese Basken. Beim Steinheben, dem Nationalsport, wird gewettet, wie oft der Athlet das sperrige Gewicht in einer Minute auf die Schulter bringt, und an der Haltestelle werden Wetten abgeschlossen, *ob der Bus pünktlich kommt* oder nicht. Und will ein baskisches Kind seine Suppe nicht essen, dann heißt es nicht „einen Löffel für Opi und einen Löffel für Omi", sondern „wetten, daß du den Teller nicht leer kriegst?"

Daß die Bewohner von Euskadi – so nennen die Basken ihr Land – den geselligen Gesang lieben, findet der Reisende bestätigt, wenn er das Radio einstellt, mit einem patriotischen Busfahrer unterwegs ist, (alle Busfahrer sind patriotisch), oder wenn er abends durch die Altstadt von San Sebastian schlendert. Aus den offenen *Fenstern der „Sociedads"* (Männern vorbehaltene Klubs, wo selbst gekocht und bedient wird) dringt häufig kräftiger Männergesang. Allein in San Sebastian gibt es 80 Männergesangvereine.

Der Gesang hat wohl nicht zuletzt deshalb eine Sonderstellung im baskischen Leben, weil Baskisch unter *Franco* 40 Jahre lang verboten war, und die Basken versuchten, im Lied ihre Sprache, das Euskara, lebendig zu halten. Seit 1982 ist das Baskenland offiziell zweisprachig, aber von den *zwei Millionen Einwohnern* beherrschen nur 800 000 dieses ausgefallene Idiom, das nicht zur indogermanischen Sprachengruppe gehört. Von diesen 800 000 sind 300 000 Schüler, die noch dabei sind, Euskara zu lernen. Der Bürgermeister von San Sebastian, Ramon Labayen, erster Kulturminister der baskischen Regionalregierung: „Ohne Sprache sind wir nichts."

In Getaria, einem romantischen Fischerstädtchen, dessen Gassen vom Duft gegrillter Fische durchzogen sind, entdeckte ich auf einer Hauswand einen Satz, den mir mein Begleiter mit leuchtenden Augen übersetzte: „Das Baskenland ohne Baskisch ist wie eine Taube ohne Flügel". Auf Schritt und Tritt wird der Reisende daran erinnert, daß Euskadi eine sperrige spanische Region ist, mit *Menschen, die ihre Heimat glühend* lieben und denen es ein Herzensanliegen ist, sich dem Besucher mitzuteilen.

Bei dem Namen Baskenland denkt man eher an Terrorismus denn an Tourismus. Das soll sich nach dem Willen der baskischen Regionalregierung ändern. Lendakari Karlos Gairaikoetxea, eine Art Ministerpräsident (allerdings mit weniger Kompe*tenz als seine deutschen Kollegen)* sähe schon sehr viel gewonnen, wenn Urlaubern die Angst vor der ETA genommen würde. Vor deutschen Journalisten sagte er in Vitoria: „Bisher ist noch kein Tourist zu Schaden gekommen. Der Terror der ETA beschränkt *sich auf Exponenten der Staats*macht. Ich möchte das nicht verharmlosen, damit nur deutlich machen, daß Reisende nichts zu befürchten haben."

Der Lendakari führt Klage, daß das Baskenland von der Madrider Zentralregierung auf dem Gebiet des Tourismus benachteiligt werde. Eige*ne touristische Initiativen seien bis*her gezielt behindert worden, weil Madrid wohl befürchte, die Basken wollten auf Umwegen eine eigene Außenpolitik betreiben.

Mit einem Trick haben sich die Basken jetzt einen Freiraum geschaffen für eigenständige Aktivitäten. Sie gründeten das private Reisebüro *„Eusko Turismo"*, das *hundertpro*zentig im Besitz der Regionalregierung ist. Nun soll es mit dem Fremdenverkehr langsam, aber stetig bergauf gehen. Die Tourismusplaner haben auch schon eine bestimmte Klientel im Visier: die gehobene Mittelschicht, die vom Massentourismus an der Mittelmeerküste abgeschreckt ist und Wert legt auf ein individuelles Ferienerlebnis. Albizu Andrade, für Tourismus zuständig: „Bei uns gibt es keinen Betonburgen. Wir lehnen Massenabfertigung ab."

In der Vergangenheit haben sich an den Stränden des kantabrischen Meeres vor allem Madrider und Spanier *aus dem Süden* getummelt, die vor der Sommerhitze in den kühlen, grünen Norden geflohen sind. In den sechziger und siebziger Jahren, unter dem Eindruck des ETA-Terrors, trauten sich Autofahrer mit einem „M" auf dem Nummernschild nicht mehr in ihr favorisiertes Feriengebiet. 1979 war der absolute Tiefpunkt erreicht. Bis auf 90 Prozent ging der Inlandtourismus zurück. In den vergangenen vier Jahren zeigt die Statistik zwar *wieder nach oben, aber nicht hoch* genug. Urlauber aus Frankreich, Deutschland und Nordeuropa sollen die ausbleibenden Spanier ersetzen. Lendakari Gairaikoetxea: „Wir sind ein gastfreundliches Land, haben eine bekannt gute Küche, eine gute Infrastruktur und eine reizvolle Landschaft. Das sind unsere Argumente."

Albizu Andrade verweist selbstbewußt auf die lange touristische Tradition des Landes: „Als an der spanischen Mittelmeerküste das Wort Badegast noch völlig unbekannt war, da hatte San Sebastian schon einen internationalen Ruf als Badeort."

In der Mitte des 19. Jahrhunderts kamen die ersten Sommerfrischler, meist Aristokraten aus Spanien, *Frankreich, England* und Rußland wegen des milden Klimas hierher. In der „Belle Epoque" erlebte die Stadt dann ihren gesellschaftlichen Höhepunkt. Die Architektur dieser Zeit prägt auch heute noch das Bild der Stadt, die wohl zu den schönsten Europas zählt, auch wenn Häuser und Paläste heute etwas Patina angelegt haben. Den Blick vom Berg Igeldo auf die Concha, die Bucht, die San Sebastian wie eine Muschel umschließt, wird der Reisende in die Raritätensammlung seiner Erinnerungen aufnehmen.



Clubcharakter: einer der zahlreichen Gesangsvereine in San Sebastian FOTO: NORBERT KOCH

Kilometerlange Strände wie an der Mittelmeerküste gibt es im Baskenland nicht. Abgesehen von San Sebastian, Deva, Zaraus und wenigen anderen Orten mit verhältnismäßig weiträumigen Stränden, ist die grüne Küste des kantabrischen Meeres felsig, allerdings mit vielen kleinen goldfarbenen, sandigen Buchten durchsetzt. Diese romantischen Fleckchen sind allerdings nur mit dem Auto zu erreichen.

Grün ist die dominierende Farbe von Euskadi, und das kommt nicht von ungefähr, sondern vom Regen. Der Urlauber, der drei Wochen Baskenland bucht, muß schon einige Regentage einkalkulieren. Dafür wird er entschädigt mit einem milden Klima, das der Gesundheit förderlich ist, und er hat ein Alibi, um Land und Leute kennenzulernen. In einer Entfernung von maximal anderthalb Autostunden hat er alle Attraktionen in seiner *Reichweite*.

Loyola beispielsweise, ein Wallfahrtsort. Hier wurde Ignatius von Loyola geboren, der Gründer des Je*suitenordens. Sein Geburtshaus*, ein wehrhaftes Castell, ist noch völlig erhalten. Oder Getaria, ein malerischer Fischerort, in dem der erste Weltumsegler, Magellans Steuermann, El Cano, geboren wurde. Hier sollte man sich unbedingt die Kirche „San Salvador" ansehen. Sie ist wie ein Schiff gebaut und hat keine rechten Winkel, weil – wie der Pfarrer diese Besonderheit erklärte – auch die Natur keine Geometrie kenne. Gernica – die Bas*ken schreiben den Namen ihrer* „heiligen Stadt" ohne „u" – wurde weltbekannt durch das Gemälde Picassos. Von der tausendjährigen gewaltigen Schwureiche steht heute nurmehr der Stumpf im ehemaligen Landtagsgebäude.

Ein Abstecher in die Rioja, eine der berühmtesten Weinregionen Spaniens, kann auch zum Programm gehören. Die Landschaft ist völlig unbaskisch, nämlich karg und braun. Einer der bemerkenswerten wehrhaften Orte ist Languardia. Autofahren ist hier verboten, weil die mittelalterliche Stadt ein einziger Weinkeller ist und die Erschütterungen von Kraftfahrzeugen die Gewölbe zum Einsturz brächten. Das allein ist natür*lich noch kein Grund, um nach* Laguardia zu fahren; aber die Kirche „Santa Maria de los Reyes". Man betritt sie durch eine ganz normale Tür, und dann steht man plötzlich vor einem riesigen gotischen Portal, *mit farbi*gen Plastiken, die sich zum Spitzbogen hin krümmen. Dieses Mirakel ist illuminiert, und der Besucher hält den Atem an.

Wer unbedingt in der Sonne bruzzeln will, sollte nicht nach Euskadi reisen. Wem ein paar Regentage nichts ausmachen und wen es nicht *stört, daß ihn Einheimische patrio*tisch missionieren wollen, dem ist diese spanische Region, die ein gespanntes Verhältnis zu Spanien hat, ein aufregendes Ferienziel.

Apropos Wetten. Ich habe auch eine laufen. Ich habe mit einem Basken gewettet, daß ich in den nächsten drei Jahren wiederkehre und eine Fahrt mit der Schmalspur-Bimmelbahn von Bilbao nach San Sebastian mache. Auf unseren Bustouren kreuz und quer durch die grünen Berge sahen wir, wie sich der kleine Zug wie *eine Spielzeugeisenbahn durch* die Landschaft schlängelte. Wir wären am liebsten umgestiegen, so lustig und einladend rumpelte das Nostalgiebähnchen seinem Ziele zu. Daß es *die 116 Kilometer lange Strecke* selten pünktlich bewältigt, kann uns nicht stören.

NORBERT KOCH

*

Auskunft: Eusko Turismo, Andia, No 13, San Sebastian.

NACHRICHTEN

999 Ferienzüge mehr

Während der Sommersaison (bis 29. September) wird die Bundesbahn 999 Entlastungszüge zusätzlich zu den im Kursbuch veröffentlichten Zügen einsetzen. Die Bundesbahn empfiehlt, an den Tagen mit starkem Verkehr möglichst die erfahrungsgemäß weniger stark besetzten Vor- oder Nachzüge zu benutzen. Für nur 3,50 Mark können Plätze auch in diesen Zügen reserviert werden.

Warten auf das Visum

Wer seinen Urlaub in den USA verbringen will *und noch kein* Visum beantragt hat, muß nach Angaben des amerikanischen Generalkonsulats in Frankfurt derzeit wegen der unerwartet hohen Anzahl von kurzfristigen Buchungen, die nun auch bei Fernzielen in Mode kommen, mit einer Wartezeit von etwa zwei Wochen rechnen.

Sommer-Flugpreise

Während der Zeit des großen Berliner Festivals bieten die Berlin-Fluggesellschaften bis zum 31. August einen Standby- und einen Familientarif an. Die Preise für den einfachen Flug kosten beim Standby-Tarif jeweils ab Berlin oder ab Bremen 76 Mark, Köln/Düsseldorf 95 Mark, Frankfurt 94, Hamburg 52, Hannover 50, München 104, Nürnberg 82, Stuttgart 108 sowie Sylt 85 Mark. Dieser Tarif gilt für Jugendliche bis zum Ende des 21. Lebensjahres, für Studenten bis 25 Jahre sowie für Senioren ab 65 Jahren. Zwei zahlende Passagiere können beim Familientarif bis zu zwei Per*sonen unter 22 Jahren kostenlos* mitnehmen.

Kinderrabatt

Eltern mit Kindern, die in der Zeit bis 31. August ihren Urlaub in Frankreich, Belgien oder Holland verbringen, können in 23 Sofitel Hotels (Reservierungen bei Resinter, Westendstraße 47, 6000 Frankfurt 1) ihr Urlaubsbudget schonen. Bei der Buchung eines Zimmers für die Eltern ist das zweite für bis zu drei mitreisende Kinder kostenlos. Das kostenlose Kinderzimmer bieten die Sofitel Hotels in Avignon, *Bordeaux*, Brest, *Lyon, Macon*, Marseille, Metz, Montpellier, Mulhouse, Nantes, Nimes, Orleans, Paris, Strasbourg, Toulouse und Val d'Isere sowie in Brüssel, Namur und Den *Haag*.

WÄHRUNGEN

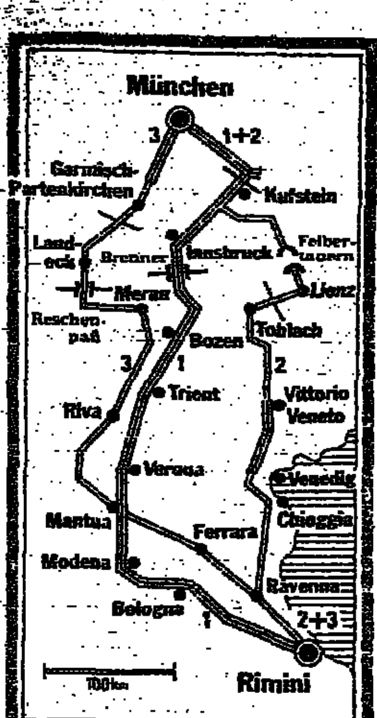
Land	Einheit	Kurs
Ägypten	1 Pfund	2,60
Belgien	100 Franc	5,00
Dänemark	100 Kronen	28,00
Finnland	100 Fmk	48,25
Frankreich	100 Franc	33,50
Griechenland	*100 Drachmen*	*3,00*
Großbritannien	1 Pfund	3,84
Irland	1 Pfund	3,13
Israel	1 Schekel	0,023
Italien	1000 Lire	1,69
Jugoslawien	100 Dinare	2,40
Luxemburg	100 Franc	5,00
Malta	1 Pfund	6,45
Marokko	100 Dirham	34,50
Niederlande	100 Gulden	89,75
Norwegen	100 Kronen	35,50
Österreich	100 Schilling	14,37
Portugal	100 Escudos	2,35
Rumänien	100 Lei	5,75
Schweden	100 Kronen	35,25
Schweiz	100 Franken	119,75
Spanien	100 Peseten	1,85
Türkei	100 Pfund	1,05
Tunesien	1 Dinar	3,50
USA	1 Dollar	2,89
Kanada	1 Dollar	2,19

Stand vom 17. Juli – mitgeteilt von der *Dresdner Bank AG, Essen* (ohne Gewähr).

ÄRZTLICH GELEITETE SANATORIEN UND KLINIKEN

KREUZFAHRTEN

Schleichwege an das Mittelmeer / Für weniger Geld mehr von Land und Leuten sehen



München – Rimini. Die Hauptstrecke über den Brenner (1) ist 680 Kilometer lang, die Alternativroute (2) 611 Kilometer und der Schleichweg (3) über den Reschenpaß 740 Kilometer.

München

Ist es nicht besser, über Alternativrouten oder Schleichwege über die Alpen *in den Süden zu fahren*, statt stundenlang im Stau steckenzubleiben? Vor dieser Frage stehen rund zehn Millionen deutsche Autotouristen, die nach den Erfahrungen des ADAC in der zweiten Julihälfte und im August in den Urlaub starten. Der ADAC kann die Frage am besten beantworten. Er ist den Urlauberströmen vorausgereist und hat in umfangreichen Tests Entfernungen, Zeiten und Kosten ermittelt. Den Berechnungen liegen die Gebühren für einen Mittelklassewagen (Golf) und Treibstoffkosten von 17 Pfennig pro Kilometer zugrunde. Für Mautgebühren unterwegs gilt folgende Faustregel: Man zahlt in Italien rund acht Mark, in Frankreich neun Mark, in Spanien zehn Mark auf 100 Kilometer.

Italien

Hauptstrecke: Die übliche Route geht von München über den Brenner und die italienischen Autobahnen direkt nach Rimini. Für die 680 Kilometer sind 71 Mark Mautgebühren, 116 Mark Treibstoffkosten zu veranschlagen. Die Fahrzeit beträgt achteinhalb Stunden.

Alternativroute: Man fährt von München nach Kufstein über die Felbertauernautobahn, Lienz, Toblach, Vittorio, Veneto, Venedig und Ravenna nach Rimini – das sind 611 Kilometer. Die Mautgebühren betragen 34 Mark, die Treibstoffkosten 104 Mark, die Fahrzeit elf Stunden. Bei der Routenwahl sollte man auch daran denken, *daß der Grenzübergang* Salzburg fast immer stundenlange Wartezeiten hat – sogar nachts. In Kufstein dauert die Abfertigung in der Regel nur 30 Minuten.

Schleichweg: Er geht von München nach Garmisch, Landeck und Meran. Dann nach Riva am Gardasee und über Mantua und Ravenna nach Rimini. Die Strecke ist 740 Kilometer lang, es sind keine Mautgebühren zu zahlen. An Treibstoffkosten muß man 126 Mark rechnen. Die Fahrzeit beträgt zwölfeinhalb Stunden.

Man spart auf den Alternativstrecken zwar 49 beziehungsweise 61 Mark, fährt aber zweieinhalb oder sogar vier Stunden länger. Es lohnt sich also nur für Urlauber, die Zeit haben, die ihre Nerven schonen und durch reizvolle Gegenden fahren wollen.

Frankreich/Spanien

Hauptstrecke: Es geht von Karlsruhe über Lyon auf der Autobahn nach Orange, wo sich die Wege nach Spanien und an die französische Riviera trennen. Das sind 752 Kilometer. Die Autobahngebühr kostet 47 Mark, die Treibstoffkosten betragen 128 Mark, die Fahrzeit beträgt siebendreiviertel Stunden.

Alternativroute: *Auf gut ausgebauten* Straßen von Karlsruhe nach Straßburg, dann über Colmar, Lyon und Nyons nach Orange. Für die 735 Kilometer lange Strecke betragen die Benzinkosten 125 Mark. Die Fahrt dauert zehneinhalb Stunden.

Die Alternativstrecke eignet sich nur für Autobummler, die viel von Frankreich sehen wollen. Für Riviera-Urlauber gibt es noch die *bequeme Anreise durch den Gotthard*tunnel nach Mailand, weiter nach Genua und dann von Genua auf der Küstenautobahn nach Nizza.

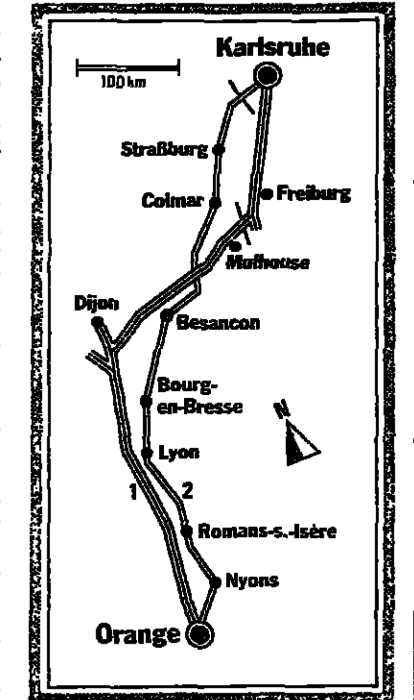
Bei einer längeren Anreise zum Ferienort ist es nicht immer einfach, unterwegs ein Übernachtungsquartier *zu finden. In der Zentralschweiz* haben sich die Hoteliers schriftlich verpflichtet, ihre 25 000 Betten auch für eine Nacht an durchreisende Autofahrer zu vermieten (was die meisten Beherbergungsbetriebe nicht gern tun). Am Grenzübergang Weil und in den Schweizer Raststätten Stans Nord und Gotthardraststätte gibt es für „die größte Raststätte der Welt" Zimmernachweise.

Wer in Italien ein Quartier sucht, sollte sich einen vom ADAC zusammengestellten Prospekt besorgen, der Adressen, Telefonnummern und Preise enthält. Wenn *man* im Übernachtungshotel auch zu Abend essen will, kommt man oft billiger weg, wenn man Halbpension bucht. Manche Hoteliers gewähren den günstigeren Halbpensionspreis aber auch erst *bei dreitägigem Aufenthalt*.

Auch am Brenner gibt es gute Übernachtungsmöglichkeiten. An der Raststätte „Europabrücke" befindet sich ein Zimmernachweis der Gemeinden Schönberg, Matrei und Steinbach. Ein Bett mit Frühstück ist ab 20 Mark zu haben. Die bis Schönberg fällige Maut (5,70 Mark) wird erstattet.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß Autofahrer ohne großes Risiko auch im Sommer losfahren und sich an der Mittelmeerküste ein *Quartier suchen können*. Dabei helfen kleine Agenturen, die an der Ortseinfahrt oder am Marktplatz liegen und dem Urlauber das Abklappern der Hotels ersparen. Ist ein Badeort tatsächlich überfüllt und der nächste auch – dann hat man immer noch die Chance, in eine Großstadt im Landesinnern zu fahren, wo die Hotels zur Ferienzeit fast leer sind. Am nächsten oder übernächsten Tag hat die beauftragte *Agentur mit Sicherheit ein* Strandhotel gefunden.

JOCHEN MEYERS



Karlsruhe – Orange. Die Hauptstrecke über die Autobahn (1) ist 752 Kilometer lang, der Schleichweg (2) über Straßburg mit 735 Kilometern zwar nur etwas kürzer, aber um 50 Mark billiger.

HOTELS

Hamburg – 250 Hoteliers aus der ganzen Welt haben erstmals eine Rangliste der „besten Hotels der Welt" aufgestellt. Die Manager der Luxusherbergen wählten – im Auftrag der Zeitschrift „Männer Vogue" – die ihrer *Meinung nach drei besten* Häuser unter 200 vorgegebenen Spitzenhotels aus. Das Ergebnis der Umfrage („The Hotelier's Hotels") *war überraschend. Nicht* ein asiatisches Hotel, sondern Hamburgs vornehmes „Vier Jahreszeiten" landete auf dem er*sten Platz mit insgesamt* 270 Punkten. Es folgten auf den nächsten Plätzen die Hotels „Oriental"/Bangkok (268 Punkte), „Ritz"/Paris (251), „Connaught"/London (152), „Plaza Athenee"/Paris (150), „Hotel du Cap Eden Roc"/Antibes (149), „Cipriani"/Venedig (146), „The Regent"/ Hongkong (130), „Hotel Okura"/Tokio (126), „The Peninsula"/Hongkong (123), „The Mandarin"/Hongkong (122), „The Dorchester"/London (106), „Ritz Carlton"/Chicago (95), „Vier Jahreszeiten"/München (91), „Mayfair Regent"/New York (90), „Manila Hotel"/Manila (89), „Imperial"/ Wien (71), „Bristol"/Paris (70), „Stanford Court"/San Francisco (68), „Dolder Grand"/Zürich (61), „Waldorf Towers"/New York (52) und „Beverly Wilshire"/Beverly Hills (50).

Nach dem Urlaub ohne Ärger durch den Zoll

Frankfurt

Rhein-Main-Flughafen, Gepäckausgabe. Endlich hat Michael W. seine Koffer. Ohne zu zögern steuert er dem „grünen" Ausgang zu, hat er doch außer einigen Souvenirs nichts aus seinem Urlaub in Südostasien mitgebracht. Plötzlich vernimmt er die höfliche, aber bestimmte Aufforderung „Öffnen Sie bitte diese Tasche". Wenn es sein *muß*, er hat nichts zu verbergen. „Und diese Kamera und die Objektive", fragt der Zollbeamte, „warum haben Sie die nicht deklariert?" Warum sollte er, er habe sie doch in Deutschland gekauft, vor über einem Jahr schon. „Können Sie das beweisen?" Nein, wer schleppe schon immer alte Rechnungen mit sich herum. Der Ton wird schärfer, ein Wort gibt das andere. Das Ende der Geschichte: ein Verfahren wegen Zollvergehens.

Auch in diesem Jahr wird für so manchen Urlauber die Rückkehr von fernen Ländern und sonnigen Stränden mit einer bösen Überraschung *enden – an der Zollabfertigung* eines Flughafens oder an einem der Grenzübergänge. Zwar werden die Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft immer mehr abgebaut – jüngst zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. Hier genügt jetzt schon eine notfalls selbst gebastelte grüne Scheibe (mit acht Zentimetern Durchmesser) am Autofenster, um an der Grenze nicht mehr kontrolliert zu werden. Reisende, die aus sogenannten Drittländern kommen, machen oft ganz andere Erfahrungen. Sie werden, wenn auch stichprobenartig, mit ihren Mitbringseln bei der Einreise schärfer unter die Lupe genommen denn je. Grund genug, einige Regeln zu beachten:

- Wer teure, im Ausland hergestellte Ausrüstungen (Foto, Video), Kleidungsstücke *(Pelze)* und *Schmuck* mit in den Urlaub nimmt, muß damit rechnen, daß er bei der Rückkehr von einem Zöllner auf ihre Herkunft angesprochen wird. Vor allem, wenn er aus Ländern mit deutlich niedrigerem Preisniveau kommt. Die wichtigste Empfehlung daher: Rechnungen mitnehmen oder bei der Ausreise diese Gegenstände vom deutschen Zoll durch eine „Nämlichkeitsbescheinigung" bestätigen lassen.
- Wer unsicher ist, ob die Gegenstände, die er einführt, von einer Abgabe frei sind, sollte sie in jedem Falle angeben. Sonst kann es ihm passieren, daß er bei einer Kontrolle neben der fälligen Eingangsabgabe auch noch den Zollzuschlag in gleicher Höhe berappen und unter Umständen sogar mit einem Strafverfahren rechnen muß. Schwierigkeiten bekommt auch, wer etwa ein *Leopardenfell* oder eine Tasche aus der Haut von Wildkrokodilen von seiner Urlaubsreise mitbringt. Das Washingtoner Artenschutzabkommen verbietet nämlich den Handel mit Produkten, die von gefährdeten Arten stammen.
- *Der Begriff „Freimengen"* bedeutet, daß Waren in einem genau festgelegten Umfang gänzlich von Abgaben befreit sind. Am bekanntesten sind diese Freimengen bei Tabak, alkoholischen Getränken, Kaffee, Tee und Parfums. Bei Einfuhr aus *EG-Staaten etwa sind dies*: 300 Zigaretten oder 75 Zigarren; 1,5 Liter Spirituosen oder drei Liter Schaumwein und vier Liter Wein; 50 Gramm Kaffee; 150 Gramm Tee. Für andere Waren aus der EG gilt seit 1. Juli dieses Jahres die neue Freimengengrenze von 620 Mark. Bei Einfuhr aus Ländern außerhalb der EG liegt diese Grenze bereits bei 115 Mark. Dabei ist zu beachten: abgabenpflichtig sind alle Waren, die „nicht teilbar" und deren Wert die Freigrenze überschreitet. Ein 630 Mark teures Schmuck- oder Kleidungsstück aus Frankreich zum Beispiel muß in voller Höhe verzollt werden, auch wenn sein Wert *nur 10 Mark über der Freigrenze liegt*. Aber es soll Zöllner geben, die in einem solchen Fall schon mal ein Auge zudrücken. Die Gefälligkeits-Quittung eines ausländischen Juweliers über 600 Mark für eine Smaragdbrosche wird hingegen nicht verfangen.
- Für Waren aus der EG, deren Wert bis 290 Mark über den Freimengen liegt, wird eine Pauschalabgabe von fünf Prozent des Warenwertes erhoben. Dieser Satz gilt auch für die meisten anderen europäischen und nordafrikanischen Staaten. In jedem Fall ist es ratsam, Rechnungen vorzulegen, sonst wird der Wert der Waren vom Zoll geschätzt. Großzügig übrigens. Das erlebte auch jener ehrliche Reisende, der dem Zöllner am Düsseldorfer Flughafen seine in Marokko scheinbar preiswert erworbene Ledertasche präsentierte und zu hören bekam: „Sie können passieren. Der Tasche sehe ich von weitem an, daß sie nichts wert ist."

RUDOLF ZEWELL

Cunard/NAC: Fitneß-Ferien und Rabatte für Frühbucher

Zer. Hamburg

Ein positives Ergebnis konnte die Cunard/NAC (Neuer Wall 54, 2000 Hamburg 36) nach Übernahme der *Kreuzfahrtschiffe* „Sagafjord" und „Vistafjord" im Oktober 1983 bis jetzt verbuchen. Bis zum Ende des Geschäftsjahres '83/84 erwartet die Reederei rund 6100 Passagiere aus Kontinental-Europa und einen Umsatz von 40.1 Millionen Mark. Steigendes Interesse wird für den letzten Transatlantikliner, die „QE 2" (Queen Elizabeth II) registriert, mit Cunard Princess und Countess, zwei Schiffen der guten Mittelklasse, die im amerikanischen Kreuzfahrtraum zu Hause sind, hofft man, ein jüngeres Publikum anzusprechen. Für „Sagafjord" und „Vistafjord" bietet die Reederei neue attraktive Programme und Preisvorteile für Frühbucher.

Wer bis zum 31. August eine Kreuzfahrt aus der kürzlich veröffentlichten Programmvorschau '84/85 bucht, spart 750 Mark. Zu den Neuheiten '85 zählt eine Karibik-Kreuzfahrt der Vistafjord, die vom 5. Januar bis 30. März jeweils auf 14 Tage-Törns so attraktive Inseln und Häfen wie Aruba, Antigua, St. Thomas, Barbados, Cozumel, Jamaika, St. Maarten, Newis, Tortola und Grenada anlaufen wird (Preis ab 4730 Mark).

Ein neues Fitneßprogramm bietet Cunard/NAC jetzt auf beiden Luxusschiffen: Während jeder Kreuzfahrt werden auf der „Vistafjord" und der „Sagafjord" verschiedene Kurse von Wassergymnastik und Dehnungsübungen bis Aerobic durchgeführt, die von sachkundigen Trainerinnen des berühmten kalifornischen Fitneß-Zentrums „Golden Door" geleitet werden. Ein *kalorienarmer* „Golden Door Menüvorschlag" rundet das Angebot für gesundheitsbewußte Kreuzfahrer ab.

Auch ihr Informationsbedürfnis können Kreuzfahrer in Zukunft in umfassenderer Weise befriedigen. Die Reederei hat mit der Deutschen Presseagentur vereinbart, speziell für Vistafjord-Passagiere zusammengestellte Nachrichten täglich über Satellit abzurufen.

Alle Neuheiten und Verbesserung werden sicher dazu beitragen, den Kreis der zufriedenen Wiederholer noch zu vergrößern. So waren kürzlich auf einer Vistafjord-Reise von Genua über Portugal und England nach Hamburg von 566 Passagieren 361 schon einmal oder öfters mit dem Schiff gefahren.

HOTELS MIT EIGENEM SCHWIMMBAD

Silencehotel

Die ruhig gelegenen Hotels im Grünen – persönliche Atmosphäre – lobenswerte Restaurants

SELBSTÄNDIG GEFÜHRTE FAMILIENBETRIEBE

Lüneburger Heide

Heide-Kröpke 100 Betten

Jeglicher Komfort. Zimmer. Solarien. HALLENBAD - Sauna (tägl. kostenlos) Tennisarrangements - Tischtennisräume - Pferdeboxen - 6-Tage Lucull-Aufenthalt in Teilp. 555.- DM pr. Pers. Lucull-Wochenend-Pauschale 3 Tage i. DZ pr. Pers. 260.- DM. 4 Tage i. DZ pr. Pers. 285.- DM Prospekt anfordern. BAB-Dreieck Walsrode. Abfahrt Allertal-Tankstelle oder Abfahrt Westenholz.

3031 OSTENHOLZER MOOR ☎ (0 51 67) 288

Tecklenburger Land

Schloßhotel Surenburg Das zauberhafte Hotel im Tecklenburger Land

Ruhig gelegen im Surenburger Wald, nahe Wasserschloß Surenburg. Hallenbad, Sauna, Sonnenstudio, Minigolf, Boccia, Fahrräder, Tennis, Golf, Segeln, Surfen in unmittelbarer Nähe. Feriensonderangebot '84 bitte Sonderprospekt anfordern. Preisbeispiel 1 WO HP 495.- DM

4446 RIESENBECK/WESTF. ☎ (0 54 54) 70 92-93-94

Hochsauerland

Silence-Kurhotel **Gut Funkenhof**

Ruhiges Familienkomforthotel mit ländlichem Charme. Hallenbad, Sauna, Solarium, Massagen, Erstklasserestaurant, Bar, Kaffeegarten. Zimmer aller Komfort. Sonderpauschalen ganzjährig. VP ab 65.– DM. Bitte Prospekt-Material anfordern.

5768 Altenhellefeld ☎ (0 29 34) 10 12

Hochsauerland

Wald-Hotel Willingen

Besonders ruh. Lage dir. am Wald m. herrl. Aussicht, gemütl. und pers. Atmosphäre, behaglich komfort. Zim. m. Bad/DU/WC, Tel. - HALLENBAD - Sauna - Sonnenliege - Massagen Whirl-Pool, 4-Feld-Tennishalle Tennis-Intensivkurse - Skischule - HP ab 65.- DM - Farbprosp. ODER VIDEOFILM anf.!

3542 WILLINGEN 0/HOCHSAUERLAND ☎ (0 56 32) 60 16 · 60 17

Berchtesgadener Land/KÖNIGSSEE

Alpenhof

Wenn Sie ein Stück Paradies für Ihren Urlaub pachten wollen: unser Haus - ein Hotel ersten Ranges - liegt im schönsten Gebiet des Alpen-Nationalparks Berchtesgaden. Hallenbad - Sauna - Kurabteilung (alle Kassen, kein Kurzwang), Hotelbar, Tagungsraum (bis 40 Pers.) - Poolbillard - Tischtennis - Hausprospekt.

8240 BERCHTESGADEN ☎ (0 86 52) 6 10 51 - Telex 56210 alhof

Bayern – Schwarzwald

Höchstgelegenes BERGHOTEL in Mittenwald **Latscheneck** – 1.100 m – Familie M. Neuner, Klaus. Hallenbad - Sauna - Bronzarium - Oase der Ruhe und Entspannung. Behaglichkeit mit jeg. Komfort - CRE-AKTIV-URLAUB - Bitte Farbprosp. anf. RELAIS DU SILENCE SILENCEHOTEL

8102 Mittenwald · Kaffeefeld 1 · ☎ (0 88 23) 14 19

Zum Postillion

Komfortables Hotel garni in ruhig. u. doch zentraler Lage. Alle Zimmer mit Bad o. Dusche/WC, Tel., Radio, TV, Hallenbad, Sauna, Solarium. Bitte Prospekt anfordern

Fam. H. D. Hamberger. Telefon (08640) 88 86

8216 Reit im Winkl/Oberbayern

Wenn Erholung …
dann das Beste!

HOTEL ÖSCHBERGHOF

Sie finden in unserem komfortablen Haus von hohem Niveau mit eigenem 18-Löcher-Golfplatz vielseitige Möglichkeiten der Urlaubsgestaltung.

Am Golfplatz 1 · Telefon 07 71 · 841 · 7710 Donaueschingen

BAD HERRENALB SCHWARZWALD

Parkhotel Adrion

Haus mit Hallenbad, Sauna, Solarium, Kosmetikstudio, med. Bäderabteilung. Alle Hotelzimmer u. Appartements mit Bad o. Dusche/WC, 500 m vom Zentrum, in ruhiger Lage am Waldrand, mit herrlicher Sicht auf Bad Herrenalb, das Albtal und die Wälder. Üb./Fr. ab 45,- DM.

über den Dächern von Bad Herrenalb

7506 Bad Herrenalb, Oswald-Zobel-Str. 11, Inh. S. Wöhlert, Tel. 07083/3041

ENZKLÖSTERLE Ferienhotels mit Hallenbädern

7546 Schwarzwald 600-900 m

Gesunde Landschaft – persönl. geführte Hotels – Schwarzwälder Gastlichkeit

ENZTAL HOTEL

Erholungs- u. Erlebnisurlaub mit Komfort. Hallenbad, Sauna, Sonnendusche, Kegelbahn, Billard, Tischtennis. Wöchentlich Tanzabende, Ferienprogramm. Günstige Pauschalen Telefon 07085/611

Hotel Garni mit Abendrestaurant **Schwarzwaldschäfer** am Rande des Hochwaldes

Erleben Sie rustikale Behaglichkeit in stilvoller großzügiger Anlage. Entspannen Sie bei Geselligkeit und Tanz. Wir bieten Hallenbad (28° C), Sauna, Solarium und Freizeitprogramm. Information / Prospekte: 0 70 85 / 330

Forsthaus Hotel-Pension in rustik. Stil, ruh. Südlage dir. a. Wald, Zi. m. Bad o. Dusche/WC/Balkon/Tel./TV, Hallenbad, Sauna, Tel. (07085) 680

Hotel-Café Bären

7292 Baiersbronn-09 (Huzenbach), Tel. (0 74 47) 3 22 - Familie Grammel. Hallenbad, Tischtennis. ÜF ab 32,- DM, VP ab 56,- DM

Schwarzwald-Urlaub … „Wunderschön"!!!

Sport! – Erholung – Kur – Wandern – Schwimmen. Grüne Wiesen, sprudelnde Bäche, endlose Tannenwälder. Genießen Sie den Komfortneubau, die gepflegte Küche und persönliche Atmosphäre. Hallenbad 29°, Strudelbad 35°, Meerwasserpool 32°, Solarium, Sauna, Fitneß, Massagen, Kneippkuren. Ein Haus zum Wohlfühlen! HP ab DM 66.-, VP ab DM 72.- Unser Farbprospekt informiert Sie Tel. 0 74 47 10 22

HOTEL-CAFÉ Sackmann 7292 Baiersbronn-Schwarzenberg/Freudenstadt

Das ideale Ferienhotel **Waldhorn** Familie Schilling

7546 Enzklösterle/Schwarzwald. Hallenbad, Sauna, Tennisplatz. Nähe bei den Heilquellen von Wildbad. Prospekt anfordern. Telefon 0 70 85/711

Lüneburger Heide

HOTEL HEIDEHOF Hallenbad 7 x 12 mit Gegenstromanlage, Sauna, Solarium

Für Urlaub und Wochenende

Restaurant im rustikalen Stil, altdeutsche Bierstube, 90 Betten, alle Zimmer mit Du/WC, Telefon, Radio, z. T. m. Südbalkon. Lift, Bundeskegelbahnen, Garagen, Parkplätze, Klub- und Tagungsräume bis 120 Pers.

Ringhotels · 3102 Hermannsburg, Lüneburger Heide, Telefon (05052) 3481

Hotel Landhaus Höpen DAS EXCLUSIVE HEIDE-HOTEL

Urlaub und Erholung im Heidesommer. Pauschalarrangements anfordern

Urlaub für Anspruchsvolle inmitten einer reizvollen, ruhigen Heidelandschaft. 80 Betten. Auserlesene Speisen und Getränke. Aktivurlaub mit Hallenschwimmbad (9x18m). Sauna, Solarium, Massagen, Doppelkegelbahnen, Exkl. Hotelbar, stilvolle Räumlichkeiten für Familienfeiern u. Festlichkeiten jegl. Art. Modernste Konferenzräume m. neuzeitl. Technik. Exklusive Ferienwohnungen auch zum Selbstbewirtschaften.

3043 Schneverdingen (Lüneburger Heide) Tel. 05193/1031, Telex 924153

Ihr Kurhotel in Bad Bevensen

Haus der Spitzenklasse im Kurzentrum, direkt am Wald. Geräumige Zimmer mit Balkon und allem Komfort. Exzellente Gastronomie (nur für Hausgäste). TV-Raum, Aufenthaltsraum (Galerie). Großzügiges Hallenbad 29°, Liegewiese, Sonnen- und Dachterrasse. Med. Badeabteilung – alle Kassen. Ideal auch für Tagungen und Seminare, Festlichkeiten und Familienfeiern.

VP 87,- bis 105,- DM

Pension **Kurhotel Ascona**, Zur Amtsheide 4, 3118 Bad Bevensen, Telefon: (05821) 10 85-89

Im Naturschutzpark Lüneburger Heide

… idyllisch, in zauberhafter Ruhe, direkt am Mühlenbach gelegen. Von Wald umgeben. Ausgedehntes Wanderwegnetz. Moderner Hotelkomfort und rustikale Gemütlichkeit. 80 Betten. Tagungsräume bis 100 Pers., Lift, Hallenschwimmbad (15 x 7 m), Sauna, Tischtennis, Billard, Tennisplatz, Reitstall (Gastboxen).

2115 Egestorf, Nordheide 1, Tel. 04175/14 41, Telex 21 80412

Verkehrsgünstig, 3 km von der Autobahn Hamburg–Hannover, Abfahrt Egestorf

HOTEL HOF SUDERMÜHLEN

Hotel Niedersachsen · Ringhotel, 2112 Jesteburg, Lüneb. Heide, 041 83/20 44

Ringhotel-Champagner-Offerte. 2 Tage VP und Fest-Menü 203.- bis 237.- DM, VP 72.- bis 97.- DM. Täglich Wildspezialitäten, lebende Hummer und Forellen. Hallenbad mit Jetstream, Whirlpool, Sauna, Sunlift

Sauerland

Berghotel Schwarzwald im Hochsauerland. 500–800 m. Eine Oase der Ruhe und Erholung

Herrliche sehr ruhige freie Waldrandaussichtslage, bequeme Wege ab Haus, großer Liegegarten, eig. Frei- u. Hallenbad, Hot-Whirl-Pool, Sauna, Solarium, Tischtennis, Billard, Fahrräder, Bücher. Alle Zimmer DU/WC, Bhf. Brilon-Wald Abholung 5790 Brilon-Gudenhagen, Tel. (02961) 35 45 – Prospekt

5 Sterne des Sauerlandes ★★★★★



alte Posthalterei · HOTEL STÖRMANN … SEIT 1769 … das ideale Familienhotel.

MIT NEUEM FACHWERKHAUS AM SONNENHANG! HALLENBAD, WHIRLPOOL UND SAUNA SIND IM HAUSPARK INTEGRIERT

5946 SCHMALLENBERG (Hochsauerland) Tel. (02972) 455 · 456

Eifel

Hotel-Restaurant **Maarheide** · Familie Weller

Hallenbad, Sauna, Solarium. Alle Zi. Du/WC, Südbalkon, z. T. Telefon. Ruh. Lage. VP 65,–, HP 56,–, ÜF 42,– DM. Tagungsräume 15–30 Personen. Bitte Prospekt + Programm anford. 5471 Niederdürenbach, Tel. 0 26 36/63 35. A 61 / Abf. N.Z./4 km. Zwischen Nürburgring und Rhein, Laacher See und Ahr

Für alle

die sich auf ihre Urlaubsreise freuen oder Ferienerinnerungen auffrischen wollen, sind die „Reise-Welt" in der WELT und „Modernes Reisen" in WELT am SONNTAG jede Woche willkommene Lesestoffe.

Hessen



Die Hardtmühle · **Hotel und Landhaus** eingebettet i. d. schönste Waldlandschaft Waldecks – dem Allgäu Hessens, 60 Betten. Alle Zim. Du. od. Bad/WC, Tel. Lift, Tennisplatz, Hallenbad, beh. Freibad, Sauna, Solarium, med. Badeabteilung (alle Kassen) im Haus. Familienprogramm: z. B. Ehepaar u. 2 Kinder 10/3 J. VP 925,- pro Woche. Wanderungen, Grill-Partys, Hüttenfeste, Gartenpartys, Terrassenfeste, Ausflüge. Wanderwoche mit Ansitz (Wildbeobachtung und Jägerfrühst. i. e. Jagdhütte) zum Sonderpreis. Fahrradtourenwoche. Tennis-Turnier 23.–26. 7. 84. Prospekt:

Tel. 05626/741, Luftkurort, 3590 Bergfreiheit bei Bad Wildungen

Odenwald

Wie wär's? Erholungsurlaub in herrlicher Landschaft im Odenwald

Hotel Bellevue Garni, 6149 Grasellenbach. Gepflegte Spazier- und Wanderwege in ozonreicher Luft. Hallenbad, Sauna, Solarium, Fitneßraum. Alle Zimmer mit Bad/Du., WC, Balkon, Telefon. Doppelzimmer als App. ausgestattet, ruhige Lage. Hausprospekt. Tel. 06207-32 10 und 32 11

Die Vorwahl-Nummer gehört zu jeder Telefon-Nummern-Angabe. Bitte denken Sie daran.



Hotel Volk · 6951 Limbach/Badischer Odenwald, Tel. 06287/201

Verbringen Sie Ihren Urlaub im staatl. anerkannten Erholungsort. Unser neues Haus in ruhiger Lage bietet Ihnen allen Komfort. Hallenbad (28°), Whirlpool, Sauna, Solarium, Frühstücksbüfett, Wahlmenü. Eigene Metzgerei. Wanderwege in den nahe geleg. Mischwäldern. VP 50,- bis 52,- DM. In der „KRONE" Zi. Du./WC, VP ab DM 38,-

Nordsee – Niedersachsen – Harz

Ringhotel Wingst · 2177 Wingst 04778/70 66-68

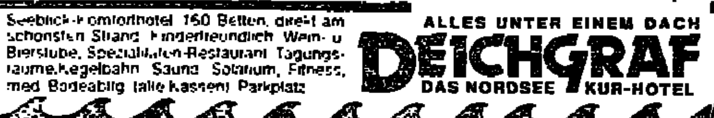
Waldschlößchen Dobrock

80-Bett.-Komf.-Hotel, Hallenbad, Sauna, Solarium, Kegelbahn, eig. Tennispl., Kurgarten, Baby-Zoo, Reitn., 1100 Hektar Waldgebiet. Sonderprospekt für „14-Tage-Urlaubsvergnügen" ab 684,-

Erholungsparadies in Nordseenähe

Hotel Seelust

2190 Cuxhaven-Duhnen, Cuxhavener Str. 65–67. – Das führende Komforthotel mit der persönlichen Note. Und der guten Küche, Hallenbad/Sauna/Solarium. – Ganzjährig geöffnet. – Telefon 04721/470 65–67.





Seeblick-Komforthotel 160 Betten, direkt am schönsten Strand. Kinderfreundlich. Wein- u. Bierstube, Spezialitäten-Restaurant, Tagungsräume, Kegelbahn, Sauna, Solarium, Fitness, med. Badeabtlg. (alle Kassen), Parkplatz

ALLES UNTER EINEM DACH **DEICHGRAF** DAS NORDSEE KUR-HOTEL

Kurzurlaub z. Kennenlernen: 5 Tage HP DM 310,- pro Pers. im DZ (Saisonzuschlag b. 31. 8.) Spezielle Clubarrangements bitte anfordern

BEAUTY-CENTER · 2190 CUXHAVEN - DOSE TEL. 04721/47091 · HALLENBAD

Wirklich eine gute Idee — mal wieder ausspannen im **Harzhotel Romantischer Winkel** Ruhig, direkt am Kurpark und See.

Schwimmbad, Sauna, Solarium, Urgemütl. Restaurants, Kamin.

Familie Oelkers, 3423 Bad Sachsa, Telefon (0 55 23) 10 05 — Hausprospekt

Wohin? ins Hotel Waldgarten, 3391 Wildemann ☎ 05323/6229

mod. Hotel mit viel Komfort · Hallenbad · ÜF ab 30,-/Du/WC ab 39,- · Hausprospekt

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl



SCHROTHKUREN in Norddeutschland

in einem der schönsten Hotels im Südharz, aller Komfort, besond. günstig. 14 Tage DM 1400,– · 21 Tage DM 1950,– · Garantierte Abnahme. Hausprospekt bitte anfordern

Kneipp- und Schroth-Kurhotel „Wiesenbeker Teich", 3422 Bad Lauterberg im Harz, Tel. 0 55 24/33 09 und 29 94

FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

INLAND

Alt-Westerland/Sylt
Neubau-Ferienwhg., ruh. Gartenlage. Gemütl. u. sehr kft. im Friesenstil eingerichtet. v. Priv. zu verm.: ab 12. 8. 2 Zi. bis 4 Pers. u. ab 19. 8. 1 Zi. bis 2 Pers. Tel. 04651/26246 od. 02150/855

Ferienhaus-Urlaub
in schönem Herbst, ab 1. Sept. 84 in 2859 Spieka-Neufeld b. Cuxhaven. Komf. n. Strand, bis 4 Pers. DM 45/tgl. + Nbk. Ausk.: 06231-13 11

Ferien auf Sylt
Komf. Ferienwohnungen und Häuser in Westerland, Kampen, Keitum, ab sofort frei. Nebensaison ab DM 80,-, Hauptsaison ab DM 140,-. Tel. 04651/314 78

Ferienwohnung Sylt-Ost/Morsum
(3–4 Personen) frei Anfang August/September. Anfragen nach 18 Uhr 09841/9 12 84

INSEL SYLT
Appartement-Vermietg. Billy Henke. Ferien-Whgn. auf der gesamt. Insel. 2280 Westerland, Wilhelmstraße 6, Telefon (04651) 2 25 74

Kampen Kft.-Whg f. 2-4 Ps. d. Absage ab 24. 8. frei. obere Etage eines neueren Friesenhauses, sehr ruh. in best. Lage, Blick auf beide Meere. Tel., Ölhzg., Farb-TV, Tel. 04651/42732

Nordsee · Bensersiel
Urlaub für Kurzentschlossene
in mod. Apartm. u. Ferienwohnungen **z. Selbstbewirtschaften,** direkt am Deich, mit Schwimmbad, Sauna, Solarium, Restaurant und medizin. Badeabteilung. Tel. 04971/1556

Nordseeinsel Nordstrand
– direkt am Wasser – Ferienhäuser mit 56 m² Wohnfläche, allem Komfort u. 4 Schlafplätzen, p. Tag 70,- Vorsaison/ 80,- Haupts. Vor 15. 7. u. nach 10. 8. noch frei. Auskünfte tagsüber bei Herrn Thiessen, Tel. (04842) 83 11

Morsum/Sylt, komfort. 3-Zi.-Whg., 90 m², 2 Bäder, FFS, Fahrräder, Waschm., m. Südgart., f. 4–6 Pers. frei ab 12. 8. DM 120,-, ab 1. 9. DM 90,-, Tel. 040/880 31 87, ab So., 19 U.

Sylt 11. 8.–1. 9. frei
Kft.-Haus in Munkmarsch f. 4-6 P. Tel. 02553/1010

Sylt
Nä. Keitum gemütl. neues Fer.-App. m. smtl. Kft. ab 28. 7. frei. 02304/1 64 65, priv. 02304/8 24 99

SYLT-VERMIETUNG KUECHLER, 2280 Westerland
Appartements und Ferienhäuser frei. Bitte Bildprospekte anfordern – Friedrichstraße 9 – Telefon 04651/75 77

Sylt
exkl. Friesenhaus, Strandnähe, ab 17. 8. frei. Tel. 0911/540203

Wenningstedt
1–3-Zi.-Apps. ab Mitte Aug. frei. Tel. 05364/877 Mo.–Fr., 8–13 Uhr

Westerland/Sylt
in unseren Ferienhäusern im Süden Westerlands u. Alt-Westerland bieten wir Ihnen behagliche sowie sehr komf. Ferienapp's. an. Schroeter, 2280 Westerland, Pf. 1627 od. Tel. 04651/25150 u. 23365

St. Peter-Ording
Zentral, ruhiges, preisgünstiges 2½-Zi.-Kft.-App., Seeblick, Tennis, Tel. 04825/81 29

Wyk/Föhr, Strandlage
Kft.-Fewo, bis 4 P., Schwimmb., Sauna, ab 20. 8. frei. T. abds. 04681-14 85

Kampen/Sylt
ist im Herbst am schönsten. Komf.-Fer'whg. fr. ab 19. 8. 84. 02129/66 26

Keitum/Sylt
Kft. Reetdachhs., Ortskern, absolut ruhig. ab 7. 8. frei. T. 0211/62 53 23

Langeoog
Fwhg., Toplage, ab 29. 8. zu verm., Tel. 04421–2 16 68

Langeoog
Ferienwohnung für 4 Pers. ab 25. 8., evtl. auch ab 19. 8. frei. DM 105,-/NS 60,- per Tag. Tel. 05192/40 62

Langeoog
Mehrere Kft.-Appartements (Neub.) ab August noch Termine frei. Tel. 04954/5095

Morsum/Sylt am Watt
1-Zi.-App. f. 2 Pers., sehr ruh. Reetdachhs. ab 8. 8. frei. Tel. 04654/332

Winter, Frühjahr und Herbst in **Kampen** auf Sylt. **Ruhe** und **Weite** genießen in behaglichen Appartements mit Komfort u. persönlicher Atmosphäre! Gästehaus Spielmann, Tel. 04651/4 29 24

Sylt-Westerl.
Hüs-Rum-Härt, Kft.-Hs., gr. Garten, 6 Ps. ab 11. 8., ab 25. 8. 2-8 Ps. Tel. 04537/407

Varel – Nordseebad Dangast
Gemütl. Fe'Wo. f. 5 Pers., 130 m², ab sofort frei. Tel. 04451/5979

Westerland
2-Zi.-Kft.-App., Zentr., Nh. Strd. Tel., TV, v. 21. 7.-1. 9. frei. 040/647 17 43

Westerland/Sylt
Im Belvedere, dir. a. Meer. Ruhezone u. doch zentral gelegen. App. m. gr. Südbalk. m. Blick auf Dünen u. Meer frei. Tel. ab So. 10 Uhr 0421/49 11 10

Insel Langeoog
Urlaub in modernen Apartments u. Ferienwohnungen z. **Selbstbewirtschaften.** Direkt am Strand u. Kurviertel! Schwimmbad, Sauna u. Restaurant i. Haus. Tel. 04972/6079

SYLT
ist bei jedem Wetter schön. Hübsche Ferienwohnungen und Häuser in jeder Größe und Lage frei. App.-Vermittlung CHRISTIANSEN, Alte Dorfstr. 3, 2280 Tinnum/Sylt, Tel. 04651/3 18 86

Nord- und Ostsee
Ferienwohnungen. Ferientermine frei. 04331/65 04

Morsum/Sylt
Lux.-Fer'whg. (4 Pers.) in Reetdachlandhs. m. Blick a. d. Wattenmeer, ab 11. 8. fr., 040/59 18 41 u. 04654/13 41

Sylt – Ferienhaus
in Keitum-Munkmarsch für gehobene Ansprüche frei ab 18. 8. Tel. 04102/62139

Morsum/Sylt, Kft.-Fe'wo., 2 Zi., 4 Schlafplätze, ruh. Lage mit Wattblick. Terr., Strandkorb ab 5. 8. 84 frei. Tel. 040/86 80 52 ab 19.00

Sylt – Sonnenland 1
Meeresblick, Reetdach, freistehend. Hs. f. 4 Pers., kft., Spülm., Farb-TV etc. ab 29. Juli bis 26. Aug. zu verm., 300.- DM pro Tag. Tel. 04652/539 od. 02171/32101

Ostseeresidenz Damp 2000
Komfort-Ferienwohnungen/Häuser vermietet Spitzer, Postfach 100, 2335 Damp 2, Tel. 04352 - 52 11

Heiligenhafen (Ostsee)
frei: ab 24. August. Kft.-Wohnung im Ferienpark, Seeblick, gute Ausstattung, preisgünstig. Wellenbad kostenlos. Tel. 04102/621 39

Fehmarn / Südstrand
Bung., dir. am Strand, für 4–6 Pers., v. 15. 8. 84 noch frei. 04931/40 19

Langholz/Ostsee
komft. Ferienhs. f. 4 Pers., ab 29. 7. frei, 200 m z. Strand. Tel. 040/850 73 36 ab 18 Uhr

Niendorf/Ostsee
Kft.-App. dir. a. Wasser m. Swimmingp., f. 3 P. ab 16. 8. 84 frei v. priv., T. 04552/13 26

Ostseebad Damp 2000, kft. priv. Fer.-Häuser u. -Whgn. vermietet preiswert Tel. 04352/53 00 oder 51 88

Ostsee/Sierksdorf, Fewo f. 2-4 P. ab 3. 8. 84 fr., Farb-TV, gr. Balk., Südl., Seebl., Hallenb. u. Tennispl. vorh., p. Tg. DM 70,-. T. 04563/71566

Timmendorfer Strand
Aug./Sept. Studio-App. frei. Tel. 0421/255878 ab 18 U.

Timmendorfer Strand
App., Terr., ruhig und zentral. ab August. Tel. 04503/53 13

Malente, Villa am See mit Boot
Ostholst., Wald- und Seenparadies, 70 m², Lux., 2–6 Pers., Tel. 04349/679

Allgäu. Ferienwohnung/Halbhaus in herrlicher Lage, 60 m² für 2–4 Pers. zu vermieten. DM 50,- p./Tag. Frei August/September. Tel. 08332/12 75

Garmisch.-Par. Neu erb. komf. Fer'whgn., ruh. Lg., 2–5 P., J. Ostler, Gästeh. Boarlehof Brauhausstr. 9, Tel. 08821/5 06 02

Komf. Ferienwohnung
neu, ruh. Lg., 80 m², 4–5 Pers., Näh. Kochelsee, 25 km v. Garmisch. Tel. 08821/46 87, ab 20 U. 08851/51 38 + 13 75

Herrl. ruh. Fewo in renov. Bauernhof b. Bad Tölz/Obb., Nh. Kochel- od. Tegernsee, Holzbalkendecken, Kachelofen, Zhg., gemütl. Komf., ab sof. fr., DM 450,- p. W., 089/811 61 91 v. 9–10 vorm.

Viel für'n Preis im Ferienpark 8379 Bischofsmais: 3-Raum-Wohnkomfort, tolle Disco + Sportanlagen. Sommer- u. Winter-Ferienort. Tel. 09920/241. Prospektanfragen

Baden-Baden
Haus Sahlbach, Komfort-Ferienappartements mit Garagen, inmitten schönster Landschaft, ruhig und doch zentral gelegen, zu kleinen Preisen. Information: Villa Sahlbach, Lessingstraße 7, 7570 Baden-Baden, Tel. 07221/2 37 80

Saig / Südschwarzwald
Fewo im Privaths., großzügig mit allem Komf. ab 18. 8. 84 noch frei. Haus Thoma, Titiseestr. 2, 7825 Lenzkirch/Saig, Tel. 07653/18 87

Wenn Ferienhausurlaub erst kostenlosen Katalog anfordern! **Hein & Co.** Gladbecker Str. 148-170, 4250 Bottrop, Tel. 0 20 41/5 10 61 (Mo.-Sa. 8-18 Uhr)

Bad Bevensen
Kft.-App. Balkon, ruhige Lage, ab sof. u. später frei. 05821-1999

Bodensee
Fewo bis 6 Pers. Tel. 07556/8368 od. 030/811 62 37

Fewo Sylt, Obb., Badgastein, Costa d. Sol u. an viel. and. Orten. ab 11. 8. frei, Wesemann, Postf. 17 48, Friedrichstr. 28 I, 2280 Westerland, Tel. 04651/77 45

Hahnenklee, Fe.-Whgn., 2–4 Pers., ab DM 40,-/75,- tägl., Immo-Büro, 3380 Goslar 2, Postf., 05325/27 46

Pfälzer Wald – Bad Bergzabern
Ferienwhgn. frei. Tel. 0711/75 29 58 ab 18 Uhr.

Yacht-Hof Edersee. Gemütl. Ferienwhg., ca. 80 m², schön. Wohnl., 2 Min. v. Strd., Wassersp., Wäld., Berge, b. 4 Pers./Tg. 49,- b. 88,-, Tel. 05621/2015, ab 17 Uhr 05623/46 89

2 Ferienwohn., Südhang Hambacher Schloß/Neustadt-Weinstr., am Pfälzer Wald, Panoramablick, Sonnenterr., Liegew., 2–4 Pers., 45,- bis 60,- DM, alles inkl., 06321/8 12 94

AUSLAND

Urlaub in Dänemark
Ferienhäus. a. d. schönst. Stränden d. Nord- u. Ostsee, des Limfjords u. Ringkøbingfjord. Frus Ferienhausvermittlung, Hærvejsvænget 12, 6040 Egtved, Tel. 0045/4 98 34 57 oder 0045/5 55 34 38

Nord-Seeland
Ferienhäuser ab 11. 8. v. priv. z. verm. T. 040/48 27 45 od. 09452/30 83 96

Bornholm Sømarken
2 Ferienhäuser für 6 od. 8 Pers. Noch freie Termine in der Hauptsaison 1984, ab 34. Woche halber Preis. Tel. 0045 3 99 26 60

Dänische Ostsee Insel Lolland-Falster. Noch Ferienhäuser frei ab 21. 7. Tel. 0045/3 92 23 88

Insel Als (Alsen) Dänemark
Ferienhäuser, Whg. a. Bauernhöfen. Nord-Als Turistservice, Storeg. 85-s. DK 6430 Nordborg, (00454) 45 16 34

Dänemark ab DM 195,- Wo.
Ferienhäuser, FH, Sörensen, Dorfstr. 36 a, 3012 Lgh. 8. T. 0511/74 10 11

Sommerhäuschen im Schärengarten
an der Ostsee mit Boot u. Badebrücke zu vermieten. Anfragen an Charly Pettersson, PL 2324, S-76 100 Norrtälje/Schweden

Wir suchen
Angler, Wanderer, Pilz- u. Beerensammler, Kanuten, Radler, Segler, Naturfreunde, Mineralsucher, Ferienhausurlauber, die einen naturnahen Urlaub in Värmland, Dalsland u. Västergötland verbringen möchten. Infos kostenlos. Schweden-Reisen West, S 65105 Karlstadt/Schweden, Box 323 A · Tel. 0046/54/10 21 70

Scandinavien Holiday Center, Lemvig (Dänemark)
Ferienwohnungen in der bezaubernden Landschaft des Limfjord. Jetzt buchen – besonders günstig. Sonderpreise 04.08.-25.08., z.B. 4 Pers. DM 550,-/Wo. Sonderangebot ab 25.08.: 2:1 oder 3:2 zu buchen bei Ihrem Reisebüro oder Vermittlungs-Bureau Dänische Ferienhäuser, Waller Heerstr. 176, 2800 Bremen, Tel. 0421/387091, Fs 246108

GARANTIERT HÄUSER FREI AM STRAND
Gehen Sie schnell und sicher - 30 freie Angebote mit Bild werden für Sie durch unsere EDV ausgesucht. Sofortige, kostenlose Zusendung. Bitte Termin u. Personenanzahl nicht vergessen. Häuser überall in Dänemark. Seit 1963. Dänische Sommerhaus Vermittlung, Kongensgade 123, DK-6700 Esbjerg. Durchwahl 00455 12 28 55

Westküste Dänemark. Insel Fanø
Fanøspezialist verm. Ferienhäuser a. d. Insel Fanø. Direktverm. Fordern Sie bitte Prosp. m. Fotos u. a. Bitte Termin u. Personenzahl nicht vergessen. Fanøspezialisten, Postvejen 86, Sønderho, 6720 Fanø. Tel. 0045/516 43 99 oder 0045/681 42 02 17–21, Wochenende 9–21 Uhr.

AROSA Graubünden/Schweiz „Rothornblick": Die Top-Appartements bis 6 Personen. Großes Hallenbad, Tennis- und Squashhallen. Tel. 004181/31 02 11

Komfort-Fe.-Wohnungen Ernen/Wallis
Nähe Bettmeralp. 1–5 Zimmer für 2–7 Pers. Sommer- und Winterkurort. Ruhige Lage. Bergwandern, Tennis, Tischtennis und Schwimmen. Schneesichere Abfahrten u. Langlauf v. Dez.–April. Pro Pers./Tag DM 17,50 – 25,—. Kostenlosen Prospekt u. Video-Film anfordern. Tel. 02 31 - 52 74 78.

Ferienw./Wallis, 75 m², 2100 m, ideales Wandergebiet, Tennisplätze u. Hallenbad vorhanden, frei v. 11. 8. bis 30. 9. 1984. Tel. 02723/50 71

Ferien und Klavierspielen
Wallis/Schweiz. Chalet mit Steinwayflügel, Wohnraum/Kamin, 3 Schlafzi., 2 Bäder, Kü., Spül- u. Waschm., Zh. Tel. 004127/41 89 78

Bad Zurzach/Schweiz
D. Schweiz Grenze, Wohnung 52 m² s. frei. Tel. 02565-1390

Östl. Zürichsee
700 m Höhe, 2 Zi.-Kft.-Whg., Ferns., gr. Terr., SFr. 58,-/tag, Tel. 040/722 44 65

Schweiz-Lenzerheide, Golf, Tennis, Schwimmen, Surfing, Reiten, Wandern, 1. Komfort Ferienwhg. direkt am See, bis 6 Pers. zu vermieten. Tel.: 030/432 20 03 o. 030/496 48 84

Apulien, Halbinsel Gargarno, ab 1. Sept. bis Jan. 85 App's., 2–6 Pers. ab DM 12,- pro Pers./Tag. frei. Ideal z. überwintern, günstiger Monatspreis, ganzjährige deutsche Beratung. Studio Patricia Casella Postiale I-71018 Vico del Gargarno (FG)

Ligurien
Individuelle Ferienwohnungen in einer ehemaligen Olivenmühle, ruhig und ländlich gelegen nahe San Remo. Für 2 bis 6 Personen, mit Gärten. Vacanza Ligure GmbH, 8032 Gräfelfing, Scharnitzer Str. 17, Tel. 089/85 36 39

Sardinien
Doppel-Bung. jeweils 3 Zi., Kü., Bad, noch frei ab 8. Sept. Tel. 06151/451 84

Lago Maggiore/Italien
Terassenbungl., Seeblick, 3 Min. z. Strand, 3 Räume, Ostufer, ab 25. 8. 84 frei. Tel. 040/607 00 65

Billig-Bungalows und FeWos
ADRIA-ZENITH ☎ (0861) 13081

TOSKANA Fe-Wo + Villen. ITALIEN-TOURS · 040/32 76 11, Johanniswall 3, 2000 Hamburg 1

FeWo-Bungalows frei!
CAORLE · LIGNANO · JESOLO · BIBIONE · ☎ 0039/431 - 43221

TOSCANA Nähe Siena komf. Whng. in Landvilla, 2 gr. Zi., Kü., Bad, Loggia, v. möbliert an 1–2 Pers. preisw. zu verm. Casilli 520 20 AMBRA (AR) Tel. 0039/55/99 68 80

Bad Hofgastein
Kft.-Fewo, v. 4. 8.–8. 9. wieder frei, T. 040/605 07 47

Nähe Seefeld/Tirol
Komf. Ferienwohnungen, ca. 40 m², idealer Urlaubsort, herrl. Wandergeb., Haus Handl, Leutsch, Tel. 0043/52 14/66 55, Frau Elisabeth informiert Sie gern.

Österreich/Kleinwalsertal, Kft.-Ferienwhg., 2–4 Pers., ruh. Lage, gr. Balk. m. herrl. Blick, TV, Sauna, 2 Tennispl., ab sof. frei, 02191/2 68 62

Traunsee-Salzkammergut
Komf. 3-Zi.-F.Whg. in Altmünster, 4 P., gr. Balkon, Seebl., priv. Badepl., T. 08104/71 85

Côte d'Azur
Neubau-Fewo, direkt am Strand m. Terrasse. T. 0234/23 21 80

Côte d'Azur/Antibes
schöne Ferienwohnung u. Haus. Tel. 0033/93/950241 deutschspr.

Frankreich ab DM 195,-/Wo.
Ferienhäuser FH Sörensen, Dorfstr. 36a, 3012 Lgh. 8, Tel. 0511/74 10 11

Sonnige, Komf.-Ferienwhg. in deutschem Privathaus an traumhafter, absolut ruhiger Panoramalage von Nizza. Tel. 0033-93-98 36 75

Südfrankreich, gemütl. einger. Ferienhaus in Port Grimaud, bis 5 Personen ab 25. 8. 84 2 Wochen DM 3000,- zuzügl. Motorboot, zu vermieten. Tel. 0228/65 46 89

Côte d'Azur
Villa mit Pool f. 10–14 Pers.
weg. Krankheit kurzfr. noch Termine Juli/Aug. frei. Tel. 0711/2 57 16 84

Côte d'Azur
FERIENWOHNUNGEN, VILLEN, HOTELS an den schönsten Lagen zwischen Nizza, Cannes, St. Maxime, St. Tropez, Cavalaire, Le Lavandou, La Ciotat, Cap d'Agde, etc. … u. KORSIKA. Alle Jahreszeiten, auch SOMMERFERIEN. SPÄTBUCHUNG auch unmittelbar vor Reiseantritt möglich. Fordern Sie unseren Gratis-Bildkatalog an: CÔTE D'AZUR-RESIDENCES GMBH, Gegelsteinstraße 18 · D-8210 Prien ☎ 08051/37 06 + 16 60

Côte d'Azur (Frejus):
Preiswertes 36 m² Ferienchalet. Frei Juli–Okt. T. 0711/83 29 38 & 0711/83 23 85

Ihr Spezialist für France –
Villen – (auch luxuriöse m. Pool), Appart., Hotels an allen Küsten einschließlich Korsika – ausführlicher Bildkatalog. **Agence Française**, Friedhofstraße 25, 7000 Stuttgart 1, Tel. 07 11/25 10 10, 25 10 19. Noch freie Termine August / September

Côte d'Azur
Ferienhaus in Cavalair, 2 SZ, Schwimmb. u. Tennispl. vorh. T. 02235/38 99

Cannes, Côte d'Azur
gepfl. Villenhaush. deut. Fam. bietet: DZ/Bad, Frühst., auch HP. Tel. 0033/93/454722, Referenzen

Côte d'Azur, Ste. Maxime
ruh., komf. Villa, Pool, Blick auf St. Tropez, und Meer, ab 12. 9. frei. Tel. 06172/41306

Cap Concialere/Mittelmeer
2-Zi.-F'whg., 4 Pers., dir. a. Wasser, 6. 8. – 4. 9. 84 frei. Tel. 040/880 35 47 ab 18.00 Uhr

PLAYA PARAISO
Paraiso Floral Teneriffa
die beliebte Appart.-Anlage im Süden, das Paradies für Individualisten u. Aktivurlauber. Surfen, Tauchen, Wasserski, Tennis (Bergwandern). 2 Wochen Flug/Übern. ab DM 1097,-
SÜDTOURISTIK Telefon: 0511/6312416

Costa Blanca
Ferienhaus ab 15. 9. frei. Tel. 05761/29 79

Ibiza
Bungalow i. Strandlg. + Lux.-Terr.-Whg. jew. m. Pool + Pkw. Mo. – Fr. 9 – 17 U. 030/302 23 58 sonst. auch Sa + So. 030/341 38 02

Ibiza gr. Villa mit Pool, Pkw; traumh. Meeresblick; ab 29. 9. 84 frei. Tel. 0511/81 01 13

La Palma
Die Schönste der Kanaren. Exkl. kl. Appt.-Anlage (nur 8 St.). Herrl. Lage und Panorama in paradies. Ruhe. Gr. Gartenanlage mit Swimming-pool, Tennisplatz u. a. m. Deutsche Leitung. Bildunterlagen und Information 003422/434975. Wir rufen gern zurück

Mallorca, Puerto de Alcudia, 6-P.-Lux.-Apt. m. Meerbl. v. Priv. zu verm. Durch hauseig. Gart.-Anl. dir. m. d. 8 km lg. weiß. Sandstr. v. Alcudia verb., Surf- u. Wasserskimöglichk. i. ca. 70 m Entf., Tennispl. ca. 150 m entf., Erstvermietg. 3 Do.-SZ, 2 Bd., kpl. einger. Kü., gr. W/Eßzi. m. off. Kam., Terr. m. off. Kam. + 56 m² D-Terr. m. FKK-Möglichk. Noch Term. fr. Juli/Aug., 150,-/Tg., Sept./Okt. 120,-/Tg., 02431/3289

MORAIRA – Costa Blanca
komft. Haus bis 6 Ps., Pool, Meerbl., 23.8./30.9. frei, Tel. 00 43 52 26 24 00

Costa del Sol, erstkl. Bungalow, noch einige Wo. frei, 4–6 P., Sw.-P., 30 km westl. v. Malaga, 02685/346

Costa Blanca, gepfl. Landhaus m. Garage, meeresnah, ab 15. 8. 84 f. seriöse Mieter frei. T. 040/720 15 49

Gran Canaria
Playa del Ingles **Bungalow** für 1–3 Pers., Dez. u. Jan. noch frei. Tel. tgl. 17–19 Uhr: 0228/35 11 42

Gran Canaria, Playa del Ingles
Freistehender Bungalow, 2 Schlafzi., Swimmingpool, 300 m z. Strand. Tel. 02191/2 68 82

IBIZA Kft.-Whg., 80 m², 2 SZ, 2 Dachterr., 160 m², traumh. Blick a. Meer + Sta. Eulalia/Strand, 5 Min. Betreuung am Ort, fr. ab 13. 9. 84, T. 06421/73 55

TENERIFFA exklusiv
IKARUS-Appartements. Puerto de la Cruz, Ortsteil La Paz. Sehr geräumig und elegant mit Panorama-Blick auf den Atlantik, für 2–3 Personen einschl. Flug und Transfer. 3 Wo. ab Düsseldorf bei 3 Pers. im App. schon ab 1106,- je Pers. Unterlagen: O. Gebauer, Liliencronring 13, 2000 Tangstedt 1, Tel. 04109/90 63 ab 17 Uhr.

Gran Canaria/Villa Eden
Maspaloms, 2- und 3-Raum-Lux.-Wohnungen ab DM 39,- pro Pers. und Tag. Preisw. Flüge. Tel. 02554/233

MALLORCA-Ostküste
Bglw. a. Meer in Sdlg. o. Hochhsr. 4–6 Personen, tägl. DM 85,-. Nachsaison ab 1. 11. DM 65,-. September DM 75,-; ferner Badehaus für Arthrose-Rheuma, Gicht u. ä. Casa Flores Apart. Post. 95 Porto Cristo. Tel. 9–13 Uhr, Mo.-Sa. 0034/71/57 05 28

GRIECHENLAND
Villen, FerWhgn, App. Festland/Inseln. Fährschiffe, Flüge, Immobilien. Tel. 02 28/48 54 07 Johanna Burggraf, Karmeliterstr. 43, 5300 Bonn 3

Ferien in Florida Golf von Mexiko
In Sarasota/Bradenton vermieten wir unser gepflegtes und luxuriöses Wohnhaus. In Strandnähe gelegen, mit Klimaanlage und viel Komfort ausgestattet verfügt es über Schwimmbad, 3 Schlafräume und ist für bis zu 8 Pers. geeignet. Auf Wunsch Auto-Benutzung. August/September. Tel. 07 61/3 63 86, Telex 77 21686

Barbados – Luxusvilla
mit Sandstrand an der Karibik inkl. komplettem Personal, US-Dollar 750,- per Woche. Information: Tel.: 089/470 20 11

KIJKDUIN/SCHEVENINGEN
Herrenhaus dir. a. Strand u. Dünen 3-Zi.-Etage, Bad, FF, Tel., ruh. Gegend DM 500,-/Woche Tel. 0031/70/237141

Florida W. Palm Beach
Lux.-Villa m. Pool, 300 m. z. Strand, 3 Schlafz., 1 Woche DM 1500,-. Tel.: 02191/66465

KORFU + KRETA
App. u. Hotels, JP-Reisen, 2 HH 13, Johnsallee 8, 040/44 30 34

BURG – SCHOTTLAND
Ostküste: Große 2-Etagen-Ferienwohnung, 2 Schlafzimmer, 2-4 Erwachsene. 0 21 34/6 93 01

Urlaub an der franz. Atlantikküste? **Club Atlantique**
COTE D'ARGENT — WIR sind DIE Spezialisten. Beauner Platz 5 · D-6140 Bensheim · ☎ 06251/39077 u. 39078 · Tx 468481 CLAT
Prospekt kostenlos – die jetzt noch freien Objekte und Termine ab sofort stark ermäßigt

SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMAN

Eine knappe – und unnötige – Niederlage erlitt in London die „Weltmannschaft" im Wettkampf über vier Runden gegen die UdSSR. In der Weltauswahl fehlte unter anderen Portisch, den man ursprünglich recht unverständlich auf Platz 7 aufstellte, hinter Seirawan, der dann nach zwei Niederlagen London verließ und von Larsen ersetzt wurde. Portisch blieb dem Wettkampf aus Protest gegen diese Aufstellung der Mannschaft fern – auch Hort wäre eine wesentliche Verstärkung dieser Mannschaft gewesen!

An den Spitzenbrettern besiegte Karpow Andersson 2 1/2: 1 1/2 und Kasparow Timman im selben Verhältnis. Dagegen blieb Kortschnoi gegen Polugajewski mit 2:1 erfolgreich und spielte unentschieden gegen den in der letzten Runde eingesetzten Ersatzmann Tukmakow. Hier sein Sieg aus der 2. Runde:

Réti-System

Kortschnoi – Polugajewski

1.Sf3 Sf6 2.g3 d5 3.Lg2 c6 (Eine als sehr solide geltende Aufstellung, gegen die Kortschnoi etwas neues vorbereitet hat:) **4.0-0 Lf5** (Lg4 ist meines Erachtens genauer!) **5.d3 h6** (Nicht unbedingt notwendig – nun bleibt Schwarz in der Entwicklung zurück.) **6.c4 e6 7.Le3!?** (Völlig neu und ungewöhnlich – bisher pflegte man den Läufer immer auf b2 zu entwickeln!) **Le7 8.Db3 Dc8** (Der Zweck des Läuferzugs war, die sonst günstige Verteidigung Db6 zu verhindern – in der c-Linie steht die Dame nicht günstig – Kortschnoi wird es auf eine eindrucksvolle Weise beweisen.) **9.Sc3 0-0 10.Tac1 Lh7 11.cd5: ed5: 12.Se5 Ld6 13.Ld4!** (Über diese Strategie würde sich R. Réti sicherlich freuen: Der d-Bauer bleibt auf d3, um den Lh7 in seiner Wirkung zu beschränken. Nach Te8 will Weiß mit 14.f4 fortsetzen und sonst droht 14.Sb5. Selbstverständlich scheitert c5? an 14.Sd5:) **Lc7 14.e4!** (Bei überlegener Entwicklung öffnet Weiß nun die Position.) **de4: 15.de4: Sa6** (Nach Sbd7 wäre 16.Lh3 unangenehm.) **16.Sc4 Sd7 17.a4 Sac5 18.Da3 Se6 19.Le3 Sb6 20.Sd5!** (Eine „petite combinaison" – wie es Capaplanca nannte: Weiß wird mit Läuferpaar klaren Positionsvorteil haben:) **Sc4: 21.Tc4: Dd8** (cd 22.cd wäre schlecht, zum Beispiel Sd8 23.Tfc1 usw.) **22.Sc7: Dc7: 23.b4 De7 24.Dc3 Tfd8 25.f4 f6 26.b5 cb5: 27.ab5: Td7!? 28.Tc8+ Tc8: 29.Dc8:+ Sf8 30.Dc4+ De6 31.De6:+ Se6: 32.La7: Sd4 33.Lh3 Se2+ 34.Kf2 Td2** (Auf diese Gegenaktion hat sich Polugajewski offenbar verlassen, als er mit seinem 27. Zug den Ba7 im Stich ließ – es wird jedoch gar nichts einbringen – Schwarz ist verloren!) **35.Ke3 Tb2 36.Le6+ Kh8 37.Td1 g5 38.Td8+ Kg7 39.Le5 gf4:+ 40.gf4: Lg6** und Schwarz überschritt gleichzeitig die Bedenkzeit. Genausogut hätte er aufgeben können, da 41.Lf8+ Kh7 42.Td7+ Kh8 43.Lg7+ oder auch 41.Td7+ Kh8 42.Le7 sofort gewinnt.

Im **offenen Turnier in Baden-Baden** (10.–18. August) spielen fünf Großmeister und andere Titelträger mit. Es gibt noch freie Plätze, Anmeldungen: „Org-Chess", 6620 Völklingen, Telefon 06898/620 22.

Lösung vom 13. Juli

(Kg1,Dd1,Ta1,e1,Lb2,c2,Sd4,f1,Ba2,b3,f3,g2,h3): 1 ... Tg2:+ aufgegeben – 2.Kg2: Dg5+ 3.Kh2 Ld6+ 4.Kh1 Sf2 matt.

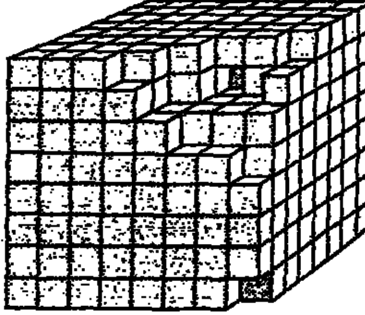
Öberg-Unander (1983)

Schwarz am Zug gewann

(Kg1,Tc1,Lb3,e3,Ba2,b5,f4,g2:Kf7,Tc6,Lc3,Se7,Ba7,b6,e6,f5,g4)

DENKSPIELE

Würfelei

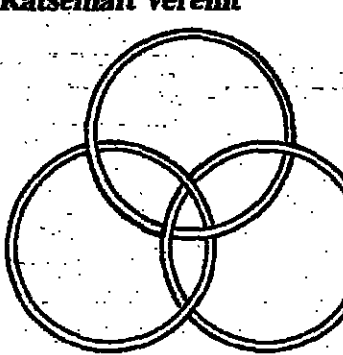


Hier entsteht unzweifelhaft ein Würfel. Wieviele Würfel werden mindestens noch benötigt, um den großen zu vollenden? Er soll natürlich massiv sein!

Kopfrechnung

Bitte teilen Sie 50 durch 1/2 und zählen Sie fünf dazu. Aber kopfrechnen, bitte! Haben Sie's?

Rätselhaft vereint



Dies sind die berühmten drei Borromäischen Ringe: Können Sie beschreiben, auf welche Weise sie miteinander verbunden sind?

Zahlen-Palindrome

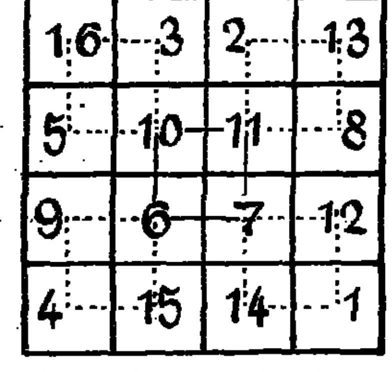
Das sind Zahlen, die vorwärts und rückwärts gelesen denselben Wert haben. Mathematiker schlagen sich zum Beispiel mit dem 196er-Problem herum. Dabei nimmt man eine beliebige Zahl und addiert zu dieser ihre Spiegelzahl. Mit der Summe verfährt man entsprechend und so fort. Meistens kommt irgendwann ein Palindrom heraus, beispielsweise: 194+491=685 +586=1271 +1721=2992 und das wär's dann schon! Wie heißt das entsprechende Palindrom bei der Ausgangszahl 197?

Scharade

Alles hängt und drängt zum ersten.
Das zweite zu graben ist nicht schwer.
Wer ein Ganzes besitzt, braucht das erste nicht mehr.

Auflösungen vom 13. Juli

Magie im Quadrat



16	3	2	13
5	10	11	8
9	6	7	12
4	15	14	1

Ist es nicht erstaunlich, daß schon das von Dürer gezeichnete uralte magische Quadrat die genannten Bedingungen erfüllt, und auch die Zahlen in den fünf kleinen Viererblocks die magische Summe ergeben?

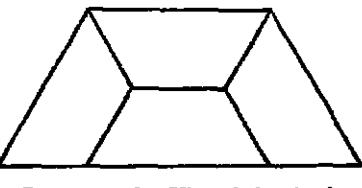
Gespiegelte Geschwindigkeit

Die auf 34943 folgende Spiegelzahl ist 35053. Folglich ist Huschke in der Stunde 110 km gefahren!

Wieviel Sternlein?

Im Idealfall wird ein ja extrem weit entfernter Stern von einem Objektiv immer als Punkt auf dem Film abgebildet werden. Bei gleicher Blende sammelt ein Teleobjektiv wegen der größeren geometrischen Öffnung aber mehr Licht, als das Normale. Folge: Alle Stern„punkte" sind heller!

Unterteilung



So wurde das Viereck in vier kongruente Vierecke unterteilt.

Immer im Kreis ...

Man braucht wenigstens drei Kreisbögen, um die neun Punkte geschlossen zu verbinden, zum Beispiel in der hier gezeigten Weise.

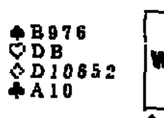
REISE ● WELT
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann
Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

Das große Kreuzworträtsel

174

BRIDGE

Problem Nr. 15/84



	Nord	
	♠ 4 ♡ 5 2 ♢ A 8 4 3 ♣ B 9 7 5 3 2	
West ♠ B 9 7 6 ♡ D B ♢ D 10 6 5 2 ♣ A 10	N / W O / S	**Ost** ♠ A 10 8 5 ♡ 10 8 7 6 3 ♢ K ♣ 8 6 4
	Süd ♠ K D 3 2 ♡ A K 9 4 ♢ B 9 7 ♣ K D	

Süd spielt „3 Sans-Atout". Kann dieser Kontrakt durch bestes Gegenspiel zu Fall gebracht werden?

Lösung Nr. 14/84

Erstaunlicherweise macht Süd 12 Stiche! Er nimmt Cœur-Zehn mit dem As und spielt Karo-Vier zur Acht, Neun und Zehn. West setzt zum Beispiel Treff fort. Der Tisch legt die Dame. Es folgt Cœur-Bube. Ost gibt die Dame. Süd nimmt und legt Karo-Dame vor. West setzt den König ein. Der Tisch nimmt und kassiert Karo-Sieben, um dann Pik-Buben vorzusetzen. Ost legt den König und Süd macht das As. Süd spielt dann Pik-Dame und die beiden hohen Karos ab. Süd hat als letzte drei Karten Pik-Neun, Cœur-Acht, Treff-Zehn und der Tisch Treff-As, -Sechs und -Drei. West ist mit Pik-Zehn, Cœur-Neun, Treff-König und -Neun machtlos, weil er in drei Farben im Abwurfzwang ist. Gibt er Treff, ist der Tisch sofort hoch. Trennt er sich jedoch von einer Karte in Pik oder Cœur, zieht die Hand die hochgewordene Karte und squeezt West erneut. U.A.

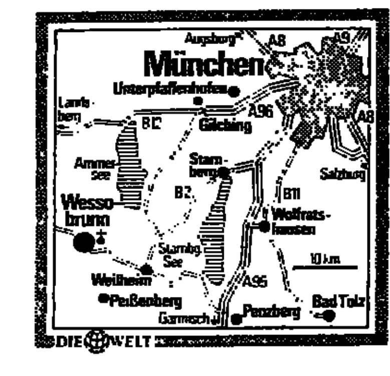
Auflösung des letzten Rätsels

WAAGERECHT: 2. REIHE Taormina — Oker — Murnau 3. REIHE Eeden — Milan 4. REIHE Emile — Robbe — klar 5. REIHE Meder — Menelik 6. REIHE Speyer — Legat — di 7. REIHE Cer — Achim — Elias 8. REIHE Munch — Stade 9. REIHE Spuren — Adria — Lea 10. REIHE Ag — Seine — Amiens 11. REIHE Ries — er — Toul — Grat 12. REIHE Stare — Attentat 13. REIHE Soll — Sue — Eder 14. REIHE Nestor — Ta — Timpani 15. REIHE Kt. — Gna — Lenin — Te 16. REIHE Tito — Unkel — Rasen 17. REIHE Itala — Polen 18. REIHE Creme — Geher — Ona 19. REIHE Ehe — Stern — Reuter 20. REIHE Gerte — Admiral — tot 21. REIHE Neer — Aribert — Altona

SENKRECHT: 2. SPALTE Garmisch-Partenkirchen 3. SPALTE Perugia — Ettore 4. SPALTE Preller — Eris — Ge 5. SPALTE Mee — Meise — immer 6. SPALTE Id. — Melun — Sonate 7. SPALTE Neger — Senora — Sta. 8. SPALTE Man — Acker — Ulster 9. SPALTE reich — Altena 10. SPALTE Kotor — Anet — Grab 11. SPALTE Linde — Legende 12. SPALTE Emblem — Teufel — Mr. 13. SPALTE Brie — Silone — Petit 14. SPALTE Malta — Tibor 15. SPALTE Manet — Aladin — Raa 16. SPALTE Tun — Edam — Rebell 17. SPALTE Keule — Eppan 18. SPALTE Null — Lerida — Otto 19. SPALTE Aida — Ena — Ente — Neon 20. SPALTE Tuerkis — Asturien — Arta = CARABINIERE

AUSFLUGS-TIP

Anreise: Von München auf der A 932 bis Starnberg, weiter auf der B 2 bis Weilheim, dort Abzweigung nach Wessobrunn; oder auf der B 17 von Augsburg über Landsberg am Lech, hier Abzweigung Richtung Weilheim (etwa 30 Kilometer bis Wessobrunn).
Auskunft: Gemeindeverwaltung, Zöpfstraße 1, 8129 Wessobrunn.



Wessobrunn

Mitten im Pfaffenwinkel, Oberbayerns reizvoller voralpiner Landschaft zwischen Isar und Lech, liegt Wessobrunn auf einer leichten Anhöhe. Unten schimmert der Ammersee, und im Süden ragt der Steilabhang der Zugspitze auf. Auf dem von mächtigen Linden gesäumten Hauptplatz steht ein verwitterter Granitstein. Auf ihm ist eines der ältesten deutschen Sprachdenkmäler, das „Wessobrunner Gebet", eingemeißelt.

Im Jahr 753 wurde das Benediktinerkloster Wessobrunn gegründet. So alt soll auch die Linde im Klosterhof sein. Die Sage berichtet, daß in ihrem Schatten der Baiernherzog Tassilo nach der Jagd rastete und tafelte, jener Tassilo, der Karl dem Großen den Gehorsam verweigerte und daraufhin geblendet und verbannt wurde.

Schwermut liegt über den Ruinen der Wessobrunner Abtei. Von der einstigen Klosterkirche steht nur noch ein romanischer Turm, der „Graue Herzog". Bei den Abbrucharbeiten nach der Säkularisation 1803 wurde nur ein mächtiges romanisches Holzkreuz, gestaltet wie ein archaischer, unbehauener Baum, gerettet. Es hängt jetzt in der Pfarrkirche. Allein die Hofanlage mit drei Flügelseiten und dem Gästetrakt (aus dem Jahre 1680) blieben erhalten. Schwerer barokker Stuck schmückt seine langgezogenen Gewölbe. In ihnen lebt die innere Kraft und das hohe Lebensgefühl des Barock.

Verschwunden sind auch die Häuser der Baumeister, Maler, Schnitzer und Stukkatoren, die direkt an der Klostermauer wohnten. Über 800 Namen sind im Pfarrbuch für die Jahre 1600 bis 1800 verzeichnet. Wessobrunner wie Johann Baptist und Dominikus Zimmermann, der Erbauer des Rokoko-Juwels „Wies", Josef und Franz Xaver Schmuzer zählten zu den gesuchtesten Künstlern Europas. Sie bauten Kirchen, Paläste und Festungen. An den meisten bedeutenden Barockbauten Deutschland wirkten sie mit.

Erhalten blieb in Wessobrunn auch das Madonnenbild „Mutter der Schönen Liebe". Tausende von Pilgern wallfahrten zu ihm. Die nach der Legende von Herzog Tassilo während einer Bärenjagd entdeckten drei Quellen sprudeln immer noch. Im nahen Gasthof „Zur Post" aber sprudelt der Bierhahn mit dem süffigen dunklen Andechser Bier. Dazu schmeckt eine deftige Brotzeit aus der hausgeigenen Metzgerei. PETER HORNUNG



Wessobrunn FOTO: SÜDDEUTSCHER VERLAG

Schnupftuch-Tausch

Beschmutztes gegen Blütenweißes: Wer in der speziellen Sammelstelle der Kurverwaltung in Bad Füssing benutzte Papiertücher abliefert, bekommt dafür blütenweiße – so lange der großzügig angelegte Vorrat reicht. Für zwei gebrauchte soll es je ein neues Schnupftuch geben.

Bad Füssing ist nicht allein in seinem Kampf gegen Sauberkeitsmuffel. In den Feriengebieten Schleswig-Holsteins werden in diesem Sommer 150 000 Mülltüten von ADAC-Geschäftsstellen, Tankstellen, Straßenwachtfahrern und Kurverwaltungen verteilt. Damit sollen Autofahrer und Feriengäste animiert werden, ihre Abfälle nicht irgendwo in der Landschaft zu hinterlassen. Die Beutel tragen den Aufdruck „... danke für saubere Natur, Straßen, Strände und Rastplätze!" Mit einem kleinen Gewinn, neu für alt, wird hier, mit einem Dankeschön dort versucht, die weitverbreitete achtlose Wegwerflust einzudämmen.

Traurig genug, daß die Erziehung zum verantwortungsvolleren Umgang mit unserer Umwelt nötig ist. Und das in einem Land, dessen Hausfrauen im südländischen Ferienheim erstmal mit Besen und Scheuertuch die Spuren mediterraner Schlampigkeit beseitigen, bis auch der Leihvilla Fußboden so sauber ist, daß man davon essen kann. Aber offenbar nimmt das Saubermann-Syndrom mit zunehmender Weite der Umgebung ab.

Andere Länder mit einer weniger demokratischen Regierungsform haben längst drakonische Maßnahmen ergriffen: Wer in einem asiatischen Stadtstaat zum Beispiel Zigarettenstummel wegwirft, muß mit hohen Geldstrafen rechnen oder wird zum Straßenfegen verurteilt. Es wäre doch schön, wenn der Papiertausch- und der Müllbeutelaktion der gleiche Erfolg beschieden wäre wie jener Strafaktion: Sauberkeit, wohin man blickt... B.C.



Eine Fahrt auf engen, wildromantischen Strecken gehört zu den schönsten Erlebnissen eines Motorradurlaubs FOTO: RAINER KRAUSE

ÖSTERREICH / Zweiradtouren sind keine Domäne der Männer mehr

Mit „heißen Öfen" durch das Gesäuse

Mariazell

In den hellen Glockenklang der weltberühmten Wallfahrtskirche in Mariazell mischt sich an diesem Sommermorgen der satte Sound unserer Motorräder. Die Zwiebeltürme glänzen in der Sonne, feiertäglich gekleidete Menschen bummeln zwischen Devotionalien- und Souvenirkitsch-Ständen. Mit dem Helm unterm Arm, mit etwas verstrubbelten Haaren und der Ledermontur betrete ich die Kirche und komme mir zwischen all den Heiligenfiguren vor wie eine Rockermaid – die allerdings so einen Schutzengel auf der Tour gelegentlich gut brauchen kann. Denn gleich schwing' ich mich wieder auf meine BMW.

Vier Tage lang sind wir unterwegs mit einer Motorradler-Gruppe, zwei Frauen, drei Männer und Klaus, der Reiseleiter. Die Tour führt auf oft wilden Wegen durch die Steiermark, ins Dachstein-Massiv, durchs berüchtigte „Gesäuse". Und damit auf dieser Reise der Horizont nicht im Plexiglas der Helme eingeengt bleibt, sind kulturelle Abstecher eingeplant. Der Reiseleiter ist Lehrer von Beruf, Österreicher, der die Strecken, die auf dem Programm stehen, ebenso gut kennt wie das Innenleben unserer BMWs, Hondas, Yamahas. Autobahnen sind für ihn tabu, denn da, meint er, könne ja jeder ... „Reisen statt rasen" heißt das Motto der Tour.

Wir starten zur ersten Etappe bei strahlendem Wetter. Mit dicht schließendem Integralhelm und der schweren Lederverpackung fühle ich mich wie in ein Heizkissen gewickelt. Die Maschinen sind voll aufgetankt, Öl, Luftdruck und Stoßdämpfer kontrolliert, und im Gepäck befindet sich außer ein bißchen sportlicher Garderobe die Brotzeit für die erste Pause. Und für alle Fälle ein Regenschutz.

Die Strecke führt über Berchtesgaden ins Salzburger Land. Die Landschaft liegt in strahlendem Sonnenlicht. Die Konzentration aber gilt der Straße, den Kurven, der Maschine. Zunächst habe ich Lampenfieber. Denn nach mehreren Jahren Motorrad-Abstinenz fehlte doch die Übung. Ein paar Stunden mit einem Fahrlehrer, ein Sicherheitstraining beim ADAC hatten mir wieder gezeigt, wozu die Fahrerin im Sattel fähig sein sollte. Dennoch reicht am ersten Tag mein Blick meist nur bis zur nächsten Biegung. Kurven, viele enge, hatte Klaus versprochen.

Die erste Etappe soll mit 330 Kilometern die längste sein, nicht die schwierigste, wie tröstlich versichert wird. Nach einigen Stunden spüre ich die rechte Schulter. Schließlich kann man den „Gasarm" nicht zwischendurch mal ein bißchen entspannen.

Nach etwa 240 Kilometern schwenken wir ab in einen kleinen Seitenweg, zu einem gemütlichen Gasthof im Salzburgischen. Verspätetes Mittagessen, Durst, wir trinken Apfelschorle literweise. Nach der Weiterfahrt erste „Bodenberührung". An einer steilen Engstelle gehorcht mir die Maschine nicht mehr, sie rutscht mir weg, liegt am Boden. Benzin läuft aus. Ich stehe zwar noch auf den Beinen, kriege das Vier-Zentner-Monstrum aber nur mit Hilfe der anderen wieder hoch.

Tennengebirge, Lammertal, hübsche Dörfchen. Ein Stopp am Ufer des 125 Meter tiefen Hallstädter Sees, mit leichter Gymnastik lockern wir uns ein bißchen auf. Die Pause war wichtig, denn danach bringt uns der Koppenpaß mit 23 Prozent Steigung und 16 Prozent Gefälle ganz schön ins Schwitzen. Warum eigentlich in den engsten Kehren immer dieser tükkische Rollsplitt liegen muß? Wir sind jetzt zehn Stunden unterwegs. Bad Aussee, Tauplitz, Pürgg, der Blick für die Naturschönheiten trübt sich ein bißchen. Jetzt wollen wir wissen: Wie weit ist es noch?

Ein letztes holpriges Stück, dann ist der „Dachsteinblick" erreicht, ein ehemaliger Bergbauernhof, jetzt ein Gasthaus. Die Maschinen parken wir unter uralten Kastanienbäumen direkt vor der hauseigenen Kapelle. Etwas steifbeinig beziehen wir unsere Zimmer, mitten drin ein großes kariertes Federbett. Müdigkeit macht sich bemerkbar. Doch da duftet es nach Schweinebraten, ein Viertel Roter wäre jetzt auch nicht schlecht, und nach einer erfrischenden Dusche spricht nichts mehr gegen einen gemütlichen Abend. Später fahre ich die Strecke dann noch einmal: Kurven, Kurven, Kurven – im Traum.

Am nächsten Morgen steht zwischen uns und dem weiteren Reiseverlauf ein Geröllpaß, der als „happig" eingestuft wird. Klaus gibt beim kräftigen Frühstück Instruktionen: Nicht die Handbremse ziehen, „dann bist weg", langsam fahren, bei Gegenverkehr lieber stehen bleiben. Die Geröllstrecke hat es in sich: Schmale, vom Regen ausgewaschene Rillen, enge Kurven. Und immer da, wo man nicht ausweichen kann, liegt noch ein dicker Steinbrocken. Einen aus der Gruppe „schmeißt" es, ein paar Schrammen, ein bißchen verbogenes Blech – nichts Schlimmes. Links geht es ziemlich tief runter, besser nicht hingucken, weiterfahren.

Aber plötzlich ist alles vergessen. Wir spüren wieder Asphalt unter den Rädern. Der Reiseleiter lobt: Wir hätten die Sache gut gemacht. Wir werden ganz stolz, kurz vorher hätte ich noch ein Königreich für eine dreispurige Autobahn gegeben. Abenteuerlich bleibt auch die weitere Route, die Strecke „durch den Stein".

Aber zwischen St. Martin am Grimming und Bad Mitterndorf im steirischen Salzkammergut kann uns jetzt – fast – nichts mehr erschrecken. Nicht einmal die Abgründe, von steilen Felswänden gesäumt, nach unten nur mit einem Holzgeländer „gesichert". Und weil die Gegend so schön ist, kurven wir einmal eine Acht ums Grimmingmassiv. Fußgänger grüßen freundlich. Langsam, wie wir fahren, fühlen sie sich von uns in keiner Weise gefährdet oder belästigt.

Später ist Admont der Ausgangspunkt für die Fahrt ins „Gesäuse", jene als „wildromantisch und berühmt-berüchtigt" beschriebene Gegend entlang der Enns, mit Schluchten und Kluften, wilden Gebirgsbächen. Nach einigen Kilometern eine Enttäuschung: Uns empfängt eine Prachtstraße mit Leitplanken und Mittelstreifen, doch Klaus macht doch bald eine kehrenreiche, schmale Streckenidylle ausfindig. Steigungen und Gefälle erreichen immer wieder 20 Prozent. Wir gewöhnen uns daran, und als mich am zweiten Abend die Wirtin in Weichselboden mit dem Satz begrüßt: „Was, Sie fahr'n die schwere Maschin?", sage ich ganz lässig: „Na klar."

Sonnenschein auch am nächsten Tag. Den Lederanzug behalte ich trotzdem an, lieber schwitzen, als bei einem Sturz Schrammen zu riskieren. Trotzdem habe ich jetzt kein flaues Gefühl mehr an steilen Engstellen, wenn mir auch zum lockeren „Easy Rider" sicher noch etliche Alpenpaß-Trainingsstunden fehlen. Beim Hengstpaß zweigen wir noch einmal ab zur Egg-Alm, wo zwischen blühenden Blumenwiesen gewaltige Speckteller auf uns warten. Letzte Übernachtungsstation oben am Hochkönig. Gerade noch vor Einbruch eines heftigen Gewitters treffen wir ein.

Die Fahrt zurück nach München ist dann nur noch Routine. Obwohl Klaus sagt, er kenne da unterwegs noch eine Strecke, die sei „ganz spaßig." Aber die heben wir uns auf, vielleicht beim nächstenmal...

HEIDI GANSER

*

Veranstalter: Motorrad-Reisen bieten unter anderem der ADAC, DER, Marlboro-Reisen, Motorrad-Reisen/München und Western Adventures/Asbach an. Voraussetzung für die Teinahme ist ausreichende Fahrpraxis. Der ADAC bietet außerdem ein Sicherheitstraining an, bei dem man sein Motorrad auch auf schwierigen Strecken zu beherrschen lernt.
Ausrüstung: Wichtig sind Lederbekleidung, Helm, feste Schuhe, Handschuhe und ein Regenschutz. Die meisten fahren mit dem eigenen Motorrad, aber es gibt auch Leihmöglichkeiten.



Mariazell, Österreichs bedeutendster Wallfahrtsort, gehört zum Kulturprogramm der Motorradurlauber. Die auf die Zeit um das Jahr 1200 zurückgehende Kirche Mariae Geburt erhielt ihre heutige Gestalt bei einem großzügigen Umbau in der Barockzeit. Dabei bekam die Fassade zwei barocke Seitentürme, während der gotische Mittelturm erhalten blieb, so daß die charakteristische dreitürmige Front entstand.

FOTO: HEIDI GANSER

ANGEBOTE

„North Star" ade

Die „North Star" verläßt Europa. Das 3000 BRT große Schiff, das sich beim deutschen Publikum gerade erst wegen seiner legeren Klubatmosphäre einen Namen gemacht hat, nimmt im Spätherbst Kurs auf die Karibik, wo es dann über den Winter hinaus für amerikanische Gäste zum Einsatz kommt. Doch werden zuvor zwei Mittelmeer-Kreuzfahrten zu „Garantie-Preisen" angeboten (das bedeutet gleicher Preis beispielsweise für jede Doppelkabine; die ersten Bucher erhalten die besten). Eine achttägige *Umrundung* Westeuropas *beginnt* am 1. September in Bremerhaven und endet am 9. September in Alicante, sie kostet inklusive Flug Alicante–Frankfurt ab 1920 Mark. Eine Reise zu den griechischen Inseln ab/bis Bari dauert vom 20. bis 27. September. Preis einschließlich Flüge Frankfurt–Bari und zurück, pro Person ab 2370 Mark (Auskunft: Hanseatic Tours, Große Bleichen 21c, 2000 Hamburg 36).

Sommerspaß

Ein Angebot für Kurzentschlossene ist der „Sommerspaß" der Dorint Hotels. Sie liegen im Harz, Hochsauerland, Eifel, Rhön, Schwarzwald oder in den Ausläufern der belgischen Ardennen. Die Pauschale kostet pro Person ab 319 Mark für vier Übernachtungen mit Halbpension, Wein, Begrüßungscocktail, Schwimmbad- und Saunabenutzung. (Auskunft: Dorint, Goeterstraße 17, 4050 Mönchengladbach 2).

Jazzen im Urlaub

Einen Blues-Jazz-Rock-Workshop für Anfänger und Fortgeschrittene veranstaltet Ingolstadt vom 4. bis 10. August in den Räumen der Musikschule. Er umfaßt Harmonielehre, Rhythmik, Instrumentalunterricht, Combospiel, Jam Session und ein Abschlußkonzert mit Schülern und Dozenten in der Kleinkunstbühne „Neue Welt". Die Teilnahmegebühr: 120 Mark. (Auskunft: Raimund Frick, Stadttheater, Schloßlände 1, 8070 Ingolstadt).

Nachhilfe an Bord

Für die 15tägige Familien-Kreuzfahrt der „Fedor Schaljapin" vom 25. August bis 8. September '84 hat Jahn Reisen jetzt erstmals Lehrer verpflichtet, die Schülern von 13 bis 18 Jahren an Bord gratis Privatstunden in Latein und Mathematik erteilen. Damit sie trotzdem an Ausflügen in den angelaufenen Häfen teilnehmen können, wird der Unterricht auf die reinen „Seetage" gelegt. Außerdem räumt die Reederei für die Teenager bis 18 Jahre 50 Prozent Ermäßigung ein. Für Erwachsene kostet die Reise in der Vierbettkabine ab 1395 Mark. Nebenbei bietet die Route Ancona–Dubrovnik–Piräus–Kusadasi–Istanbul–Varna–Odessa–Kreta–Genua auch noch ein wenig lebendigen Geschichts-Unterricht (Auskunft: Jahn Reisen-Kreuzfahrtabteilung, Postfach 210 164, 8000 München 21).

Sommerfrische Sörup

Eine Sommerfrische, wie man sie sich oft erträumen mag, ist das kleine Dorf Sörup auf halbem Wege zwischen der Schlei und der Flensburger Förde. Da gibt es den Südersee, wo *man zum Nulltarif* baden und schwimmen oder sich ein Ruderboot mieten kann, reichbesetzte Fischgewässer, eine Reithalle und Tennisplätze, eine Ferienfahrschule, ein weites Wandernetz, auf dem man stundenlang über Wiesen und an Knicks vorbeilaufen kann. Ferienwohnungen für vier bis fünf Personen sind zu Preisen von 30 bis 40 Mark am Tag zu buchen (Auskunft: Fremdenverkehrsamt, 2393 Sörup).